

**„They Hate Our Freedoms“**

**Identitätsbildung und kollektive Selbstverständigung  
der Vereinigten Staaten im Krieg gegen den Terror**

Dissertation

zur

Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Philosophie

in der Philosophischen Fakultät

der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt von

David Scheu

aus

Tübingen

2023

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen Fakultät  
der Eberhard Karls Universität Tübingen

Dekan: Prof. Dr. Jürgen Leonhardt

Hauptberichterstatter: Prof. Dr. Georg Schild

Mitberichterstatter: Prof. Dr. Jan-Noël Thon

Tag der mündlichen Prüfung: 22.05.2019

Tübingen, Universitätsbibliothek

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	S. 1
<b>2. Zugänge und Konzepte</b>	
2.1 Der kollektive Identitätsbegriff	S. 13
2.2 Abgrenzung und Erinnerung als Konstruktionsmechanismen	S. 20
<b>3. Identitätsnarrative nach dem Kalten Krieg</b>	
3.1 Unipolarität als Herausforderung. Die Sinnsuche der USA nach dem Ost-West-Konflikt	S. 26
3.2 George W. Bush und der Amerikanische Traum	S. 31
3.3 Die Rolle der Außenpolitik in der Bush-Administration vor dem 11. September 2001	S. 40
<b>4. Der 11. September 2001 und die Selbstvergewisserung der US-amerikanischen Nation</b>	
4.1 Zwischen Deutungsbedürfnis und -potenzial. Das narrative Vakuum infolge der Anschläge	S. 45
4.2 Die Anschläge als Kriegsakt gegen die USA	S. 50
4.3 Die Identität der USA als Ursache der Anschläge	S. 57
4.4 Früher Widerspruch. Die Außenpolitik der USA als Ursache der Anschläge	S. 61
4.5 Nationale Einigkeit und die Einhegung von Dissens	S. 67
<b>5. Identitätsnarrative im Krieg gegen den Terror</b>	
5.1 Die USA als Freiheitswahrer im historischen Wandel	S. 77
5.2 Religionsfreiheit oder Kreuzzug?	S. 87
5.3 Der Krieg gegen den Terror als Zivilisierungsauftrag	S. 97
5.4 Nationaler Exzeptionalismus im globalen Kontext	S. 104

## **6. Die Diskreditierung des Krieges gegen den Terror als Ordnungsmuster**

- 6.1 Die sicherheitspolitische Neuausrichtung  
im Vorfeld des Irakkrieges S. 110
- 6.2 Die Infragestellung der Identitätsnarrative nach dem Irakkrieg S. 118
- 6.3 Polarisierung statt Einigkeit S. 129
- 6.4 Die Transformation der Identitätsnarrative ab 2004 S. 136

## **7. Die Abkehr von kollektiven Selbstbestimmungen im außenpolitischen Rahmen**

- 7.1 Barack Obama: Rückbesinnung auf das Landesinnere S. 148
- 7.2 Donald Trump: Repräsentant der eigenen Anhängerschaft S. 157

## **8. Zwischen Singularität und Kontinuität: Die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror im zeithistorischen Kontext** S. 166

## **9. Quellen- und Literaturverzeichnis**

- 9.1 Quellen S. 182
- 9.2 Forschungsliteratur S. 197

## 1. Einleitung

Im Sommer des Jahres 2012 blickte Barack Obama in einem Interview mit dem Fernsehsender CBS auf seine bisherigen dreieinhalb Jahre als Präsident der Vereinigten Staaten zurück. Auf die Frage nach dem größten Fehler seiner ersten Amtszeit gab er dabei folgende Antwort: „The mistake of my first term – couple of years – was thinking that this job was just about getting the policy right. And that’s important. But the nature of this office is also to tell a story to the American people that gives them a sense of unity and purpose and optimism, especially during tough times.“<sup>1</sup> Die Aussage impliziert ein Anforderungsprofil an einen US-Präsidenten, das neben politischen Regierungsabläufen auch die Vermittlung eines gemeinsamen kollektiven Bewusstseins umfasst. Hierauf hatte zwei Jahrzehnte zuvor bereits die Politikwissenschaftlerin Mary Stuckey in *The President as Interpreter-in-Chief* verwiesen: „The president has become the nation’s chief storyteller, its interpreter-in-chief. He tells us stories about ourselves, and in so doing he tells us what sort of people we are, how we are constituted as a community. We take from him not only our policies but our national self-identity.“<sup>2</sup>

Obamas Anmerkung, dass derartige Sinnstiftungen in schwierigen Zeiten in besonderem Maße angezeigt seien, schließt an eine Grundannahme des Sonderforschungsbereiches „Bedrohte Ordnungen“ der Universität Tübingen an: Demnach bilden „Reflexionen über das Selbstverständnis von individuellen Akteuren, sozialen Gruppen oder ganzer Gesellschaften“ einen zentralen Begleitprozess der Reaktion auf eine Bedrohung.<sup>3</sup> Übertragen auf die jüngere US-amerikanische Geschichte liegen die Terroranschläge am 11. September 2001 als Gegenstand zum Abgleichen dieser Hypothese auf der Hand. Die vorliegende Untersuchung, die innerhalb des interdisziplinären Teilprojekts „Mediale Reflexionen“ des Sonderforschungsbereiches entstand, nimmt daher auf Grundlage des Identitätsbegriffs die Thematisierung kollektiver Selbstverständnisse in den Vereinigten Staaten infolge der Anschläge in den Blick.<sup>4</sup>

Der Terminus Bedrohung legt hierbei zunächst eine potenzielle Instabilität nahe.<sup>5</sup> Der Politikwissenschaftlerin Meghana Nayak zufolge war dies auch in den USA nach den

---

<sup>1</sup> Boerma, Lindsey: Obama Reflects on His Biggest Mistake as President. CBS. 12. Juli 2012.

<sup>2</sup> Stuckey, Mary E.: *The President as Interpreter-in-Chief*. Chatham 1991, S. 1.

<sup>3</sup> Frie, Ewald / Nieswand, Boris: Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Zwölf Thesen zur Begründung eines Forschungsbereiches. *Journal of Modern European History* 15 (2017), S. 9.

<sup>4</sup> Die Arbeit wurde gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Projektnummer 170320015 – SFB 923.

<sup>5</sup> Der Begriff der Ordnung wird nachfolgend nicht in einem normativen Sinne in Abgrenzung zu Unordnung definiert, sondern als „Gefüge von Elementen, die in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen und soziale

Anschlägen in Form einer kollektiven Verunsicherung zu beobachten: „The attacks on the World Trade Center and the Pentagon on 11 September 2001 (9/11) radically destabilized the US sense of self.“<sup>6</sup> Dieser Aussage stehen jedoch Erkenntnisse der kollektiven Identitätsforschung entgegen (Kapitel 2.2), wonach die Abgrenzung zu einem äußeren – oftmals als bedrohlich dargestellten – Gegenüber einigend wirken und ein Gruppenbewusstsein stärken kann. Wie die nachfolgende Analyse zeigt, war eben jener Mechanismus auch in der unmittelbaren Folgezeit der Anschläge zu beobachten: In Abgrenzung zum internationalen Terrorismus vermittelte US-Präsident George W. Bush auf konfrontative Weise und mit erheblichem Erfolg eine gemeinsame Identitätsvorstellung der Vereinigten Staaten, auf deren Basis sich die Mehrheit der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner vorübergehend geeint verstand.<sup>7</sup> Der Terrorismus füllte dabei als identitätsstiftendes bedrohliches Äußeres ein Vakuum, das seit dem Ende des Kalten Krieges und dem Niedergang der Sowjetunion aus US-Perspektive bestanden hatte. Der von Bush ausgerufene Krieg gegen den Terror bildete folglich nicht ausschließlich eine außenpolitische Militärkampagne, sondern lässt sich auch als eine nach innen gerichtete Identitätsordnung zur öffentlichen Vermittlung und Bekräftigung eines positiven Wesens der USA greifen.<sup>8</sup>

Diese These fußt auf der Prämisse, auch einer sprachlichen Dimension des Krieges gegen den Terror Rechnung zu tragen.<sup>9</sup> Erstmals umfassend untersuchte diese der Politikwissenschaftler Richard Jackson 2005 in *Writing the War on Terrorism*, wobei er die öffentlichen Äußerungen der Bush-Administration als bewusstes Mittel zur Etablierung einer bestimmten Weltsicht mit dem Ziel der Legitimierung der Kriege in Afghanistan und im Irak verstand.<sup>10</sup> In der Folge war vielfach von einem Narrativ die Rede, durch das der Präsident die Anschläge und die daraus hervorgehende internationale Konstellation perspektiviert geschildert und interpretiert habe.<sup>11</sup> Im deutschsprachigen Forschungsraum widmete sich aus diesem

---

Gruppen oder ganze Gesellschaften strukturieren“. Frie, Ewald / Meier, Misha: Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich. In: Dies. (Hg.): Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 5.

<sup>6</sup> Nayak, Meghana: Orientalism and ‚Saving‘ US State Identity after 9/11. *International Feminist Journal of Politics* 8 (2006), S. 42.

<sup>7</sup> Bei Bezugnahmen auf Personengruppen wird nachfolgend die feminine sowie die maskuline Form verwendet, um die überwiegende Mehrheit auch sprachlich zu erfassen. Weitere Geschlechtsidentitäten bleiben der besseren Lesbarkeit halber ausgespart, sind aber immer mitgemeint.

<sup>8</sup> Der Begriff Identitätsordnung bezieht sich im Folgenden auf die Gesamtheit der im Krieg gegen den Terror vermittelten Identitätsnarrative, die in Kapitel 5 analysiert werden.

<sup>9</sup> Die deutschsprachige Übersetzung „Krieg gegen den Terror“ soll nachfolgend sinngleich mit dem Terminus „war on terror“ verstanden werden als Wortschöpfung der Bush-Administration zur Bezeichnung der internationalen Konstellation nach den Anschlägen am 11. September 2001. Aufgrund des etablierten Gebrauchs des Begriffs wird dennoch auf die Verwendung von Anführungszeichen verzichtet, ohne dabei die dem Terminus inhärente Subjektivität aus dem Blick zu verlieren: Sie ist im Gegenteil stets mitgedacht und wird in Kapitel 4.2 thematisiert.

<sup>10</sup> Jackson, Richard: *Writing the War on Terrorism. Language, Politics and Counter-Terrorism*. Manchester 2005.

<sup>11</sup> Hodges, Adam: *The ‚War on Terror‘ Narrative. Discourse and Intertextuality in the Construction and*

Blickwinkel der Sozialwissenschaftler Dirk Nabers dem Krieg gegen den Terror, den er als interessengeleitetes sprachliches Projekt auffasste: Die Anschläge vom 11. September hätten keine inhärente Bedeutung besessen, sondern seien erst im Anschluss durch die Deutung der US-Administration zum Auslöser eines Krieges gegen den Terror überformt worden.<sup>12</sup>

Bei der Analyse dieser sprachlichen Prozesse zog anfangs vor allem die sicherheitspolitische Argumentation große Aufmerksamkeit auf sich, was angesichts des grundlegenden Paradigmenwechsels auch kaum überrascht: Bushs Postulat einer neuen Bedrohungslage und der damit einhergehenden angeblichen Notwendigkeit von Präventivschlägen im 21. Jahrhundert stufte der Historiker John Lewis Gaddis als weitreichendsten Wandel der US-amerikanischen Verteidigungsstrategie seit dem frühen Kalten Krieg ein.<sup>13</sup> Unter dem Eindruck des umstrittenen Irakkrieges von 2003 als Umsetzung dieser neuen Strategie nahmen Sonderausgaben der Zeitschriften *Discourse and Society* 2004 und *Journal of Language and Politics* 2005 in ihren Untersuchungen jeweils die Legitimierung der Invasion in den Blick.<sup>14</sup>

Neben diesen sicherheitspolitischen Aspekten vermittelten die offiziellen Verlautbarungen im Rahmen des Krieges gegen den Terror jedoch auch ein gemeinsames Bewusstsein der US-amerikanischen Nation: Dem Erklärungsbedürfnis einer verunsicherten Öffentlichkeit begegnete Bush, indem er ein freiheitliches Wesen seines Landes als Ursache der Anschläge benannte und den 11. September damit rückwirkend zu einem Ausgangspunkt kollektiver Selbstvergewisserung umdeutete. Der Politologe Ronald Krebs verwies in seiner Monographie *Narrative and the Making of US National Security* auf die grundlegende Funktion derartiger Identitätsnarrative: „Publicly sustainable narratives of national security rest on enduring identity narratives.“<sup>15</sup> Dies gelte insbesondere in unsicheren Zeiten, die an Kollektive Aufforderungen zu einem Nachdenken über die eigene Verfasstheit richteten.<sup>16</sup> Bushs häufige Thematisierung einer positiven nationalen Identität in der unmittelbaren Folgezeit der

---

Contestation of Sociopolitical Reality. New York 2011; Nünning, Ansgar und Vera: Stories as ‚Weapons of Mass Destruction‘: George W. Bush’s Narratives of Crisis as Paradigm Examples of Ways of World- and Conflict-Making (and Conflict-Solving?). In: Müller-Funk, Wolfgang / Ruthner, Clemens (Hg.): Narrative(s) in Conflict. Berlin 2017, S. 109-134.

<sup>12</sup> Nabers, Dirk: Amerikanische Konstruktionen des Krieges und der Selbstverständigung nach dem 11. September 2001. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17 (2007), S. 372.

<sup>13</sup> Gaddis, John Lewis: A Grand Strategy of Transformation. *Foreign Policy* 133 (2002), S. 50.

<sup>14</sup> Edwards, John / Martin, J. R. (Hg.): Interpreting Tragedy: The Language of September 11th, 2001. Special Issue: *Discourse and Society* 15 (2004), S. 147-359; Chouliaraki, Lilie (Hg.): The Soft Power of War: Legitimacy and Community in Iraq War Discourses. Special Issue: *Journal of Language and Politics* 4 (2005), S. 1-168; Jackson, Richard: Culture, Identity and Hegemony: Continuity and (the Lack of) Change in US Counterterrorism Policy from Bush to Obama. *International Politics* 48 (2011), S. 393.

<sup>15</sup> Krebs, Ronald R.: *Narrative and the Making of US National Security*. Cambridge 2015, S. 13f.

<sup>16</sup> Krebs, Ronald R. / Lobasz, Jennifer: Fixing the Meaning of 9/11. Hegemony, Coercion, and the Road to War in Iraq. *Security Studies* 16 (2007), S. 433.

Anschläge stieß in Politik und Medien auf eine breite Zustimmung, die das ab 2002 bestimmende sicherheitspolitische Narrativ nicht mehr erreichte. Stattdessen schlug die Wahrnehmung des Krieges gegen den Terror infolge des Irakkrieges derart ins Negative um, dass die Terrorismus-Bekämpfung am Ende der Amtszeit George W. Bushs auch als Politikfeld zur Vermittlung eines positiven Selbstverständnisses gänzlich diskreditiert war.

\*\*\*

Der Nachweis der beiden Thesen, dem Krieg gegen den Terror einerseits eine identitätsstiftende Dimension zuzusprechen und ihn andererseits als diesbezüglich gescheitertes und auf die Bush-Administration begrenztes Projekt einzustufen, soll in einer akteurszentrierten Analyse erbracht werden. Damit folgt die Untersuchung der Prämisse des Tübinger Sonderforschungsbereiches, Bedrohungen als „Selbstalarmierungen aus Ordnungen heraus“ zu verstehen: Sie entstehen nicht alleine durch ein auslösendes Ereignis, sondern in der sich daran anschließenden Perzeption der Akteurinnen und Akteure und lassen sich daher in Kommunikationsprozessen erfassen.<sup>17</sup> Dieser Fokus ergänzt und erweitert einen auf politischen Entscheidungen basierenden Identitätsbegriff, den zuletzt der Historiker Walter Hixson in seiner Charakterisierung der USA als „warfare state“ angewandt hatte: Demnach wirkte eine Kette ständiger Kriege konstitutiv zur Aufrechterhaltung eines nationalen Bewusstseins der Vereinigten Staaten.<sup>18</sup> Eine solche politische Ereignisgeschichte wird nachfolgend zwar nicht außer Acht gelassen, bildet jedoch nicht den primären Untersuchungsgegenstand: Stattdessen soll das Einwirken von Ereignissen auf die postulierten Selbstverständnisse eruiert werden, um so die Geschichte der US-amerikanischen Konfrontation mit dem internationalen Terrorismus nach dem 11. September aus einer ideengeschichtlichen Perspektive zu erschließen.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Frie/Nieswand 2017: Zwölf Thesen, S. 7; Fechner, Fabian et. al.: „We are gambling with our survival.“ Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen. In: Frie, Ewald / Meier, Mischa (Hg.): Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 141-173; Schirmer, Werner: Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit. München 2008. Einen solchen Ansatz wandte auch ein US-amerikanisches Forschungssymposium an, das neben Kriegen auch wirtschaftspolitische Krisen in den Blick nahm und dabei konstatierte: „[E]xogenous shocks must be endogenously interpreted.“ Widmaier, Wesley W. / Blyth, Mark / Seabrooke, Leonard: Exogenous Shocks or Endogenous Constructions? The Meaning of Wars and Crisis. *International Studies Quarterly* 51 (2007), S. 748f.

<sup>18</sup> Hixson, Walter L.: *The Myth of American Diplomacy. National Identity and U.S. Foreign Policy.* New Haven 2008; Kaldor, Mary: *Identity and War.* *Global Policy* 4 (2013), S. 336-346; Hutchinson, John: *Nationalism and War.* Oxford 2017.

<sup>19</sup> Dies bedingt ebenfalls ein Aussparen der Frage, inwiefern die Vereinigten Staaten mit Blick auf gesellschaftliche Exklusionspraktiken oder Gesetzgebungsprozesse ihren theoretisch postulierten Ansprüchen gerecht wurden. Diesbezüglich legte die Historikerin Jill Lepore eine Abhandlung der US-amerikanischen Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart vor, in der sie eine mehrfache Diskrepanz zwischen den Prinzipien aus der Zeit der Staatsgründung und den tatsächlichen Handlungen ausmachte. Vgl. Lepore, Jill: *These Truths. A History of the*

Mit Blick auf das Präsidentenamt hat sich in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahrzehnten ein entsprechendes Verständnis etabliert, das der öffentlichen Kommunikation eine mindestens ebenso hohe Bedeutung beimisst wie der politischen Entscheidungsfindung. In den 1980er-Jahren entwickelten hierzu unter dem Eindruck der Präsidentschaft Ronald Reagans die Politologen Samuel Kernell (in *Going Public*) und Jeffrey Tulis (in *The Rhetorical Presidency*) ein solches theoretisches Profil, das danach weiterhin angewandt wurde: In einem Artikel aus dem Jahr 2011 bezeichneten die Kommunikationswissenschaftler Kevin Coe und Rico Neumann die Adressierung der Öffentlichkeit als die zentrale Funktion der modernen Präsidentschaft.<sup>20</sup>

Die Fokussierung auf öffentliche Äußerungen als zentrales Quellenkorpus trägt schließlich auch dem epistemologischen Grundproblem Rechnung, tatsächliche Überzeugungen von Akteurinnen und Akteuren nicht endgültig ermitteln zu können. Ronald Krebs plädierte daher sogar dafür, das Augenmerk bei der politischen Analyse grundsätzlich auf die Aussagen der handelnden Personen zu legen.<sup>21</sup> Der nichtsdestotrotz relevanten Frage nach den Motiven der Außenpolitik der Bush-Administration ging an anderer Stelle bereits ein Sammelband nach, der sich mit den Hintergründen der Entscheidung für eine Invasion in den Irak im Jahr 2003 auseinandersetzte.<sup>22</sup> Die möglichen Beweggründe für die Absetzung des irakischen Machthabers Saddam Hussein werden hier deshalb lediglich in aller Kürze diskutiert (Kapitel 6.4).

Zwar stellt sich bei der Analyse von Reden die Frage der Autorschaft, da oftmals mehrere Personen am Verfassen des Textes beteiligt sind. Zum einen jedoch begleitet ein US-Präsident den Entstehungsprozess von wichtigen Ansprachen in aller Regel eng, wie die Tagesprotokolle George W. Bushs vor seiner Rede am 20. September 2001 vor dem Kongress beispielhaft illustrieren (Kapitel 4.3). Zum anderen lässt sich in solchen mehrstufig entwickelten und offiziellen Formulierungen die für die Öffentlichkeit bestimmte Sichtweise einer Administration am direktesten greifen, die für die Erfassung von Narrativen zur kollektiven Identitätsstiftung von besonderer Bedeutung ist.<sup>23</sup>

---

United States. New York 2018.

<sup>20</sup> Kernell, Samuel: *Going Public. New Strategies of Presidential Leadership*. Washington 1986; Tulis, Jeffrey: *The Rhetorical Presidency*. Princeton 1987; Coe, Kevin / Neumann, Rico: *The Major Addresses of Modern Presidents: Parameters of a Data Set. Presidential Studies Quarterly* 41 (2011), S. 728.

<sup>21</sup> Krebs, Ronald R. / Jackson, Patrick Thaddeus: *Twisting Tongues and Twisting Arms: The Power of Political Rhetoric. European Journal of International Relations* 13 (2007), S. 36.

<sup>22</sup> Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): *Why Did the United States Invade Iraq?* London 2012.

<sup>23</sup> Eine biographisch ausgerichtete Untersuchung hätte dagegen einen stärkeren Fokus auf Tagebuch-Einträge und interne Äußerungen zu richten. Vgl. Campbell, Karlyn Kohrs / Jamieson, Kathleen Hall: *Presidents Creating the Presidency. Deeds Done in Words*. Chicago 2008, S. 18.

Als Akteurinnen und Akteure werden vor allem Eliten aus Politik und Medien in den Blick genommen, da diese die Deutung der Ereignisse nach dem 11. September 2001 entscheidend prägten. Der Kulturwissenschaftler Stuart Croft bezeichnete das Narrativ des Krieges gegen den Terror in diesem Zusammenhang als „elite project“, während der Politikwissenschaftler Jack Holland betonte: „[T]he narration of 9/11 was decidedly top-down.“<sup>24</sup> Den Ausgangspunkt der vorliegenden Analyse bilden dabei die Reden und Äußerungen von US-Präsident George W. Bush, um diese dann mit der Reaktion aus dem politisch-medialen Umfeld abzugleichen.<sup>25</sup> Damit liegt das Augenmerk auf dem politischen Teilbereich der narrativ konstituierten Ordnung, die an anderer Stelle von Croft oder dem Amerikanisten Michael Frank in seiner populärkulturellen Dimension ausgeleuchtet wurde.<sup>26</sup>

Die Fokussierung auf den US-Präsidenten bei der nachfolgenden Untersuchung liegt zunächst darin begründet, dass dieser in den Vereinigten Staaten bei außenpolitischen Kampagnen wie dem Krieg gegen den Terror oftmals eine exponiertere Stellung als in der Innenpolitik einnimmt.<sup>27</sup> Der Politologe Aaron Wildavsky entwickelte hierzu die Theorie der „two presidencies“, wonach der Präsident im Kontakt zur Außenwelt als Repräsentant der Nation eine besondere Machtfülle und Aufmerksamkeit genieße.<sup>28</sup> Angesichts durchaus vorhandener Gegenbeispiele wie einer umstrittenen Außenpolitik Bill Clintons modifizierten William Howell, Saul Jackman und Jon Rogowski den Ansatz Wildavskys in ihrer Publikation *The Wartime President*:<sup>29</sup> Im Fokus stehe der US-Präsident immer dann, wenn einer Thematik nationale Relevanz beigemessen werde – dies sei bei außenpolitischen Fragen oft der Fall, jedoch kein Automatismus.<sup>30</sup> Die Terroranschläge am 11. September 2001 erfüllten aufgrund der von ihnen ausgehenden kollektiven Bedrohungswahrnehmung dieses Kriterium indessen zweifelsfrei und rückten die US-amerikanische Nation und damit Präsident Bush ins Blickfeld.<sup>31</sup>

---

<sup>24</sup> Croft, Stuart: *Culture, Crisis and America's War on Terror*. Cambridge 2006, S. 2; Holland, Jack: *Selling the War on Terror. Foreign Policy Discourses after 9/11*. New York 2013, S. 2.

<sup>25</sup> Diese Akteursauswahl trägt damit auch der Notwendigkeit Rechnung, die Rolle der Massenmedien bei der Konstitution von Ordnungen eingehend zu berücksichtigen. Vgl. Ziemann, Andreas: *Bedrohte Ordnungen – ein soziologischer Kommentar*. *Journal of Modern European History* 15 (2017), S. 15-19.

<sup>26</sup> Frank, Michael C.: *The Cultural Imaginary of Terrorism in Public Discourse, Literature, and Film. Narrating Terror*. New York 2017.

<sup>27</sup> Krebs 2015: *Narrative and National Security*, S. 48.

<sup>28</sup> Wildavsky, Aaron: *The Two Presidencies*. *Trans-Action/Society* 4 (1966), S. 7-14.

<sup>29</sup> Kuypers, Jim A.: *Presidential Crisis Rhetoric and the Press in the Post-Cold War World*. Westport 1997; Canes-Wrone, Brandice / Howell, William G. / Lewis, David E.: *Toward a Broader Understanding of Presidential Power: A Reevaluation of the Two Presidencies Thesis*. *The Journal of Politics* 70 (2008), S. 1-16.

<sup>30</sup> Howell, William / Jackman, Saul / Rogowski, Jon: *The Wartime President. Executive Influence and the Nationalizing Politics of Threat*. Chicago 2013, S. 31f.

<sup>31</sup> Cramer, Jane K. / Thrall, Trevor: *Introduction. Understanding Threat Inflation*. In: Dies. (Hg.): *American Foreign Policy and the Politics of Fear. Threat Inflation since 9/11*. London 2009, S. 8.

Die Reaktion in Politik und Medien auf die Anschläge ist inzwischen umfassend dokumentiert: Sämtliche öffentliche Äußerungen von Präsident Bush sind in der Reihe „Public Papers of the Presidents of the United States“ erfasst, während der Band „Congressional Record“ die Kongress-Debatten jedes Tages im Wortlaut dokumentiert.<sup>32</sup> Eine wachsende Zahl an Medien-Organen stellt zudem frühere Ausgaben in digitalisierter Form zur Verfügung, sodass die Materialfülle eine Eingrenzung des Quellenkorpus erfordert.

Unter den regelmäßig gehaltenen Reden eines US-Präsidenten ist für das Erkenntnisinteresse der nachfolgenden Abhandlung vor allem die Inaugural Address von Relevanz, die in besonderem Maße durch die Vermittlung einer nationalen Identität getragen ist: Immer zu Beginn seiner vierjährigen Amtsperiode legt der Präsident dabei entlang großer Linien seine Sicht auf die Stärken und Ziele des Landes dar, um die Bevölkerung nach dem vorangegangenen Wahlkampf wieder zusammenzuführen.<sup>33</sup> Eine ähnliche Architektur prägt auch die jährliche Rede des Präsidenten zur Lage der Nation zu Jahresbeginn, die nicht zuletzt aufgrund des Vorzugs eines klar eingrenzenden und vergleichbaren Korpus die Quellengrundlage vieler Untersuchungen bildete.<sup>34</sup>

Die Erfassung der Reaktion auf ein singuläres Ereignis wie den 11. September 2001 erfordert jedoch zusätzlich, situative Reden zu konkreten Anlässen in den Blick zu nehmen. Neun Tage nach den Anschlägen rekurrierte Bush in einer außerplanmäßigen Rede vor dem Kongress derart stark auf seine Vorstellung der grundlegenden Charakteristika der Vereinigten Staaten, dass die Ansprache mitunter als zweite – und eigentliche – Amtseinführungsrede des 43. Präsidenten gedeutet wurde.<sup>35</sup> Bereits 15 Jahre zuvor ordnete der Kommunikationswissenschaftler Theodore Windt Reden zur Amtseinführung und in Krisenzeiten in dieselbe Kategorie ein, da beide durch die Thematisierung eines kollektiven Selbstverständnisses geprägt seien.<sup>36</sup> Der Fokus auf eine punktuelle Bedrohungswahrnehmung wie nach dem 11. September ergänzt zudem eine rein diachrone Erfassung narrativer

---

<sup>32</sup> Public Papers of the Presidents of the United States. Published by the Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration. Washington; Congressional Record. Proceedings and Debates of the U.S. Congress. United States Government Publishing Office. Washington.

<sup>33</sup> Donald Trumps Abweichung von diesem Prinzip bei seiner Amtseinführungsrede im Januar 2017 wird in Kapitel 7.2 thematisiert.

<sup>34</sup> Beasley, Vanessa B.: The Rhetoric of Ideological Consensus in the United States: American Principles and American Pose in Presidential Inaugurals. *Communication Monographs* 68 (2001), S. 169-183; Kalb, Deborah / Peters, Gerhard / Woolley, John T. (Hg.): State of the Union. Presidential Rhetoric from Woodrow Wilson to George W. Bush. Washington 2007.

<sup>35</sup> Milford, Mike: National Identity, Crisis, and the Inaugural Genre: George W. Bush and 9/11. *Southern Communication Journal* 81 (2016), S. 22.

<sup>36</sup> Windt, Theodore O.: Presidential Rhetoric: Definition of a Field of Study. *Presidential Studies Quarterly* 16 (1986), S. 104. Situativer Bedrohungskontext und ritualisierter Redeanlass können auch zusammenfallen – wie im Fall der Amtseinführungsreden Abraham Lincolns 1861 am Vorabend des Bürgerkrieges und Franklin D. Roosevelts 1933 inmitten der Weltwirtschaftskrise.

Identitätskonstruktionen, auf die sich die Kommunikationswissenschaftlerin Vanessa Beasley in ihrer Analyse von Reden zur Amtseinführung und zur Lage der Nation aus dem gesamten 20. Jahrhundert konzentrierte.<sup>37</sup>

Zur Erschließung der Reaktion auf die von George W. Bush entworfene Identitätsordnung sollen insbesondere Aussagen von Personen und Organen untersucht werden, die einem Präsidenten der Republikanischen Partei gewöhnlich nicht per se wohlwollend gegenüberstehen. Der Grad ihrer Zustimmung kann dementsprechend Aufschluss darüber geben, welches Ausmaß die Akzeptanz erreichte. Unter den politischen Akteurinnen und Akteuren werden daher insbesondere Mitglieder der Demokratischen Partei in den Blick genommen.<sup>38</sup> Die Parteizugehörigkeit bildet auch deshalb ein wichtiges Kriterium, da die politische Spaltung nach dem offiziellen Ende des Krieges gegen den Terror oftmals eng entlang von Parteigrenzen verlief und damit das Spezifikum der unmittelbaren Folgezeit des 11. Septembers als Phase nationaler Einigkeit aufgezeigt werden kann. Aufgrund des außenpolitischen Analysegegenstandes stehen nachfolgend vor allem Demokratische Mitglieder des Senats im Fokus, da diese bei internationalen Themen meist eine höhere Aufmerksamkeit erhalten als die stärker regional orientierten politischen Vertreterinnen und Vertreter im Repräsentantenhaus.

Im Fall der medialen Berichterstattung wird anhand eines Schwerpunktes auf der Tageszeitung *The New York Times* und der Wochenzeitung *Time Magazine* die Reaktion im liberalen Spektrum verorteter Printorgane untersucht.<sup>39</sup> Gerade die *New York Times* hatte sich in den Jahrzehnten vor den Anschlägen seit 1960 stets für den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten ausgesprochen. Eine Analyse des Politologen Riccardo Puglisi zu den Artikeln in der *New York Times* in den US-Wahlkämpfen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigte zudem eine stärkere Behandlung derjenigen Themenfelder, in denen der Demokratischen Partei gemeinhin eine größere Kompetenz zugesprochen wird – wie etwa Bürgerrechte oder Sozialpolitik.<sup>40</sup>

---

<sup>37</sup> Beasley, Vanessa B.: *You, the People. American National Identity in Presidential Rhetoric*. College Station 2004, S. 6.

<sup>38</sup> Die Termini Republikanische Partei und Demokratische Partei beziehen sich im Folgenden auf die beiden größten US-amerikanischen Parteien – die Republican Party und die Democratic Party, deren Mitglieder in dieser Untersuchung als Republikaner und Demokraten bezeichnet werden.

<sup>39</sup> Als liberal und konservativ werden nachfolgend die unterschiedlichen Weltanschauungen verstanden, die sich in den Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herausbildeten und deren Grundzüge in Kapitel 6.3 erläutert werden. Vgl. Nash, George H.: *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*. 3. Auflage. Wilmington 2006; Bell, Jonathan / Stanley, Timothy (Hg.): *Making Sense of American Liberalism*. Urbana 2012.

<sup>40</sup> Puglisi, Riccardo: *Being The New York Times. The Political Behaviour of a Newspaper*. *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 11 (2011), S. 1-34.

Die den Printmedien nachfolgend beigemessene zentrale Stellung hat zuletzt eine zunehmende Relativierung erfahren. Im Kontext des Aufkommens sozialer Medien konstatierte ein Sammelband zur Präsidentschaft Donald Trumps eine unmittelbarere Debattenkultur, welche die vormals bestimmende Einordnung von Politik durch große Tageszeitungen obsolet erscheinen lasse: „Now, in a world where everyone’s opinions had been liberated and everyone was talking to everyone, the mainstream media appeared too self-important, haranguing, too self-referential and too concerned with themselves and their opinions.“<sup>41</sup> Einerseits jedoch verhalf gerade Trumps Kritik (Kapitel 7.2) Organen wie der *New York Times* wieder zu einer erhöhten Aufmerksamkeit, andererseits bildeten die sozialen Medien während des Krieges gegen den Terror unter Präsident Bush noch kein zentrales Phänomen: Facebook wurde im Jahr 2004 ins Leben gerufen, Twitter 2006.

Dies gilt indessen nicht für die politische Berichterstattung im Fernsehen, dessen Reichweite die der Printmedien auch schon zum Zeitpunkt der Anschläge vom 11. September bei Weitem überstieg. Selbst die *New York Times* als zweitgrößte Tageszeitung des Landes nach dem *Wall Street Journal* sowie das *Time Magazine* als größtes US-Wochenmagazin mit einer Auflage von etwas mehr als einer Million Exemplaren erreichten auf direktem Weg deutlich weniger Personen als die TV-Sender, deren Ausstrahlung von Bushs Rede neun Tage nach den Anschlägen rund 80 Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner verfolgten.<sup>42</sup> Allerdings wurde der *New York Times* wiederholt eine Repräsentativität für die US-amerikanische Medienlandschaft zugeschrieben als „agenda-setting source for other news organizations“.<sup>43</sup> Mehrere Studien zogen daher die Zeitung als Quelle zur Bekräftigung einer theoretischen Annahme heran<sup>44</sup> oder stuften eine Erwähnung in der *New York Times* als Kriterium für die Relevanz einer politischen Rede ein.<sup>45</sup> Hierauf aufbauend will die nachfolgende Untersuchung neben der bloßen Thematisierung auch die etwaige Zustimmung der Zeitung zur Position des Präsidenten in Kommentaren eruieren, was tiefere Aufschlüsse über ihre Akzeptanz zulässt. Darüber hinaus sollen im Fall eines situativ wichtigen Debattenbeitrags aber auch

---

<sup>41</sup> Happer, Catherine / Hoskins, Andrew / Merrin, William: Weaponizing Reality: An Introduction to Trump’s War on the Media. In: Dies (Hg.): Trump’s Media War. Cham 2019, S. 15.

<sup>42</sup> Enormous TV Audience Peaked with Bush Talk. *The New York Times*. 13. September 2001, A24.

<sup>43</sup> Gilens, Martin / Vavreck, Lynn / Cohen, Martin: The Mass Media and the Public’s Assessments of Presidential Candidates, 1952–2000. *Journal of Politics* 69 (2007), S. 1162.

<sup>44</sup> Bennett, W. Lance: Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. *Journal of Communication* 40 (1990), S. 103-127; Althaus, Scott L. / Coe, Kevin: Priming Patriots: Social Identity Processes and the Dynamics of Public Support for War. *Public Opinion Quarterly* 75 (2011), S. 65-88; Coe, Kevin / Bradshaw, Seth C.: Toward a Fuller Understanding of the Echoing Press: Presidential Addresses and the New York Times, 1933–2013. *Communication Theory* 24 (2014), S. 272-290.

<sup>45</sup> Bradshaw, Seth C. / Coe, Kevin / Neumann, Rico: Newspaper Attention to Major Presidential Addresses. A Reexamination of Conceptualizations, Predictors, and Effects. *Communication Reports* 27 (2014), S. 53-64.

andere Printmedien oder Beiträge auf Fernsehsendern wie CNN Berücksichtigung finden, um so trotz der zwangsläufig exemplarischen Quellenauswahl die Reaktionen in ihrem Kern zu erschließen.

\*\*\*

Die Analyse der Selbstverständigungsdebatten im Krieg gegen den Terror erfordert zunächst eine theoretische Erfassung des Identitätsbegriffs, die unter Rückgriff auf kulturwissenschaftliche Paradigmen erfolgt (Kapitel 2). Zu den zentralen Annahmen zählen hierbei die konstruktivistisch geprägte Loslösung von einem essentialistischen Verständnis und daran anknüpfend eine potenzielle Denkbarekeit von Identitäten auf einer kollektiven Ebene. Eine häufige Bezugsgröße für derartige Kollektive bildete dabei in den vergangenen Jahrzehnten in Wissenschaft wie auch sozialer Lebenswelt vor allem der nationale Rahmen. Schließlich werden entlang der Kategorien Raum und Zeit die beiden Prozesse der Abgrenzung und Erinnerung als wesentliche Mechanismen zur Konstruktion kollektiver Identitäten eingeführt.<sup>46</sup> Die wiederkehrende Konjunktur außenpolitischer Abgrenzungsnarrative gerade in den USA illustrierte in diesem Zusammenhang der 2015 veröffentlichte Sammelband *U.S. Foreign Policy and the Other* in mehreren Artikeln.<sup>47</sup>

In einem nächsten Schritt nimmt die vorliegende Untersuchung die Zeit unmittelbar vor dem 11. September 2001 in den Blick (Kapitel 3), um so das mentale Umfeld zum Zeitpunkt der Anschläge zu erfassen. Das Ende des Kalten Krieges hatte dabei für die Vereinigten Staaten zwar eine exponierte und scheinbar unumstrittene Stellung im globalen Kontext zur Folge, bewirkte jedoch zugleich eine verstärkte Sinnsuche angesichts einer veränderten internationalen Konstellation. Hatten sich die USA zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes in Abgrenzung zur Sowjetunion definiert, richtete sich nach deren Auflösung in Ermangelung eines vergleichbaren Gegenübers der Blick nach innen: Wie Präsident Bill Clinton bestimmte auch sein Nachfolger George W. Bush während des Wahlkampfes und nach seinem Wahlsieg im November 2000 die Identität der Vereinigten Staaten über das Selbstverständnis des Amerikanischen Traumes als Narrativ besonderer sozialer Mobilität, ohne dabei auf landesweite Zustimmung zu stoßen. Im Bereich der Außenpolitik konkurrierten zunächst

---

<sup>46</sup> Mit diesen Mechanismen befassten sich innerhalb des Tübinger Sonderforschungsbereiches in den Wintersemestern 2015/16 und 2016/17 die beiden Arbeitskreise „Identität durch Abgrenzung“ und „Using the Past“, deren Ergebnisse in die nachfolgende Analyse einfließen.

<sup>47</sup> Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): *U.S. Foreign Policy and the Other*. New York 2015.

mehrere Strömungen innerhalb der Bush-Administration, die jedoch allesamt die Präsidentschaft nicht entscheidend prägten.

Dies änderte sich infolge der Anschläge am 11. September 2001, nach denen Präsident Bush die Konfrontation mit dem internationalen Terrorismus sofort ins Zentrum seiner politischen Agenda sowie seiner Vermittlung eines positiven Selbstverständnisses der Vereinigten Staaten rückte (Kapitel 4). Aus dem Terrorangriff erwuchs dabei ein öffentliches Deutungsbedürfnis und auch -potenzial, woraus Bush eine nationale Identitätsordnung entwickelte. Dabei klassifizierte er die Anschläge als Kriegsakt gegen die USA und machte als Ursache das freiheitliche Wesen des Landes aus, das den totalitären Ambitionen des Terrorismus entgegenstehe. Damit negierte der Präsident zugleich ein Unbehagen gegenüber einer interventionistischen US-Außenpolitik im Mittleren Osten vor 2001 als mögliches Anschlagsmotiv, womit er bei einem kleinen Kreis politischer Beobachterinnen und Beobachter auf scharfe Kritik stieß. Die große Mehrheit in Politik und Medien teilte jedoch Bushs Deutung, entlang derer sich im Herbst 2001 ein breit verankertes nationales Bewusstsein entwickelte.

Den inhaltlichen Kern dieser kollektiven Identitätsvorstellung konkretisierte Bush durch eine Gegenüberstellung der Vereinigten Staaten mit dem internationalen Terrorismus in mehreren Feldern (Kapitel 5). Den Kontrast zwischen Freiheit und Totalitarismus stellte er in eine Kontinuitätslinie zu früheren Auseinandersetzungen im 20. Jahrhundert, während er das auf der Westerschließung fußende Selbstverständnis der USA als Zivilisationsmacht in Abgrenzung zu einer barbarischen Darstellung des Terrorismus auf eine globale Ebene übertrug. Sowohl das freiheitliche als auch das zivilisatorische Selbstverständnis erfuhr trotz einzelner internationaler Bezüge in der Schilderung des Präsidenten eine dezidiert nationale Perspektivierung durch das Postulat eines US-amerikanischen Exzeptionalismus.<sup>48</sup>

Ab 2002 verschob sich dann der inhaltliche Kern der offiziellen Verlautbarungen markant (Kapitel 6): Im Mittelpunkt stand nicht mehr die Deutung der Ereignisse des 11. Septembers durch die Selbstvergewisserung der eigenen Identität, sondern die Frage der adäquaten Reaktion. Hierbei stieß Bushs Forderung nach Präventivschlägen auf verstärkte Kritik, wobei jedoch die Entscheidung für den Irakkrieg als erstem Anwendungsfall der neuen Sicherheitsstrategie noch immer von einer Mehrheit in Politik und Medien getragen wurde. Dies änderte sich nach dem proklamierten Kriegsende im Mai 2003, als Folgeentwicklungen im Irak die bisherigen Narrative belasteten und neben der sicherheitspolitischen Argumentation

---

<sup>48</sup> Die vorliegende Analyse erhebt dabei keinen Anspruch auf die Erfassung aller kollektiven Selbstverständnisse in den Vereinigten Staaten, sondern will exemplarisch anhand der nach dem 11. September 2001 dominierenden Vorstellungen die Mechanismen nationaler Identitätskonstruktionen erschließen.

auch die Annahme einer überlegenen US-amerikanischen Identität als Konstrukt offenlegten. Dieser vielschichtige Prozess soll exemplarisch anhand der Reaktionen auf die Unruhen im Irak und das Bekanntwerden der Folterpraktiken im Militärgefängnis von Abu Ghraib nachvollzogen werden.

Dass die Terrorismus-Bekämpfung als Politikfeld zur Vermittlung einer positiven Identität der Vereinigten Staaten am Ende der Amtszeit George W. Bushs weitgehend diskreditiert war, verdeutlicht ein Blick auf seine beiden Nachfolger im Präsidentenamt (Kapitel 7). Sowohl Barack Obama als auch Donald Trump vollzogen die nationale Sinnstiftung wieder verstärkt im innenpolitischen Rahmen unter Rückgriff auf das Narrativ des Amerikanischen Traumes. Während Obama (wie Bill Clinton und auch George W. Bush vor dem 11. September) hierbei die Repräsentanz der gesamten Bevölkerung anstrebte, bezog sich Trump in einer weitaus konfrontativeren Weise auf seine vorwiegend weiße Anhängerschaft. Damit verlieh er einem US-amerikanischen Selbstverständnis Ausdruck, das in den Jahrzehnten zuvor primär außerhalb des Weißen Hauses postuliert worden war.

Eine abschließende Kontextualisierung untersucht die zeitgeschichtliche Stellung der Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror zwischen Singularität und Kontinuität (Kapitel 8). Bushs Charakterisierung der Vereinigten Staaten bildete dabei im bisherigen 21. Jahrhundert den einzigen Fall einer primär außenpolitisch begründeten Identitätsvermittlung über einen mehrjährigen Zeitraum. Der internationale Terrorismus nahm dabei erst- und bisher letztmals die Funktion des zentralen sinnstiftenden Gegenpols ein, während andere Administrationen ihn lediglich als Methode der jeweiligen Kontrahenten der USA beschrieben hatten. Einen gänzlichen Sonderfall stellte die nationale Selbstvergewisserung im Krieg gegen den Terror jedoch nicht dar: Wie sein Vorgänger Bill Clinton und sein Nachfolger Barack Obama war auch Bush bestrebt, ein breit angelegtes kollektives Selbstverständnis zu vermitteln durch den Miteinbezug aller in den Vereinigten Staaten lebenden gesellschaftlichen Gruppen. Von diesem Prinzip wich erst Donald Trump ab, der damit im Gegensatz zu seinen direkten Vorgängern nur noch eine verkleinerte Zielgruppe als US-amerikanisch signifizierte.

## 2. Zugänge und Konzepte

### 2.1 Der kollektive Identitätsbegriff

Das Konzept der Identität erlangte in jüngster Zeit in derart zahlreichen wissenschaftlichen Disziplinen Konjunktur, dass der Psychologe Jürgen Straub eine „ausufernde Polyvalenz“ des Begriffs ausmachte.<sup>49</sup> Eine Konkretisierung des nachfolgend zugrundeliegenden Verständnisses bildet daher eine unabdingbare Grundlage. Von besonderer Relevanz sind dabei die Einflüsse der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufkommenden Kulturwissenschaften, welche Untersuchungsgegenstände wie Nationen nicht mehr als natürlich gegeben, sondern als kulturelle Konstrukte auffassten. Als wichtige Strömung innerhalb dieses Cultural Turn bezog der Postkolonialismus das neue Konstruktionsparadigma auf Vorstellungen von Identität: Diese hätte lange Zeit mehr auf einer Zuschreibung von außen und weniger auf inhärenten Wesenszügen der Kolonialiserten beruht, wie der britische Soziologe Stuart Hall auch unter Verweis auf seine persönliche Migrationserfahrung mehrfach betonte.<sup>50</sup> Hiervon ausgehend etablierten sich zwei Grundannahmen: die Loslösung des Identitätsbegriffs von einer individuell-körperlichen Ebene wie auch von einem ausschließlich essentialistischen Verständnis.

Letztgenannte Neuausrichtung erfasste Hall im Terminus der Repräsentation, durch welche Identitäten erst entstünden: „[T]his concept of identity does *not* signal the stable core of the self. (...) Identities are therefore constituted within, not outside representation.“<sup>51</sup> Die Vorstellung der europäischen Aufklärung eines souverän-autonomen Individuums in Abgrenzung zur göttlichen Ordnung bezeichnete Hall im ausgehenden 20. Jahrhundert infolge von Prozessen der Individualisierung und Globalisierung als obsolet und machte stattdessen eine Identitätskrise der Postmoderne aus aufgrund der nicht mehr festen Verortung des Individuums, das sich stattdessen zur Projektionsfläche mehrerer gleichzeitiger Identitätszuschreibungen entwickelt habe. Auf dieser Grundlage konzeptualisierte Hall Identität weniger als statischen Zustand, sondern als dynamischen und nie endgültig abgeschlossenen Prozess.<sup>52</sup> Dieses Verständnis deckt sich insofern mit den Annahmen des

---

<sup>49</sup> Straub, Jürgen: Identität. In: Konersmann, Ralf (Hg.): Handbuch Kulturphilosophie. Stuttgart 2012, S. 334.

<sup>50</sup> Hall, Stuart: Cultural Identity and Diaspora. In: Rutherford, Jonathan (Hg.): Identity: Community, Culture, Difference. London 1990, S. 225.

<sup>51</sup> Hall, Stuart: Who Needs Identity? In: Ders. / Du Gay, Paul (Hg.): Questions of Cultural Identity. London 1996, S. 3f.

<sup>52</sup> Hall, Stuart: Old and New Identities, Old and New Ethnicities. In: King, Anthony D.: Culture, Globalization and

Tübinger Sonderforschungsbereiches, als dass dieser nicht nur singuläre Ereignisse in den Blick nimmt, sondern auch die sich daran anschließenden Prozesse innerhalb einer Ordnung.

Das zweite theoretische Paradigma schloss an eben jene Einsicht einer Konstruiertheit von Identitäten an: Waren diese mental formbar und nicht unabänderlich gegeben, erschienen sie folglich auch kollektiv vorstellbar. In den 1970er-Jahren entwickelte der Sozialpsychologe Henri Tajfel in diesem Zusammenhang das Konzept der sozialen Identität, wonach ein Individuum wesentliche Teile seines Selbstverständnisses aus verschiedenen Gruppenzugehörigkeiten ziehe.<sup>53</sup> Diese Annahme griffen in der Folge sowohl Kultur- als auch Politikwissenschaften auf und betonten die aktive Rolle von Akteurinnen und Akteuren in diesem Prozess: Kollektive Zugehörigkeiten würden nicht nur von den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe wahrgenommen, sondern auch bewusst kommunikativ erzeugt mit dem Ziel der Konstruktion einer solchen Gemeinschaft.<sup>54</sup>

Vielfach wurde dabei auf die Komplexitätsreduktion verwiesen, die mit dieser Zuschreibung gemeinsamer Wesensmerkmale auf mehrere Individuen einher gehe. Der Politologe Ernesto Laclau prägte hierbei den Terminus des leeren Signifikanten, welcher ein Kollektiv durch ein gemeinsames Charakteristikum beschreibe und dabei andere Eigenschaften nivelliere. Ein solcher Signifikant zeichne sich nicht durch seine inhaltliche Tiefe, sondern seine Funktionalität in Bezug auf eine soziale Kohäsionswirkung aus.<sup>55</sup>

Unter den vielen möglichen Referenzgrößen kollektiver Identitäten stand lange Zeit die Nation im Fokus. Deren Bedeutung wurde zuletzt allerdings vermehrt relativiert angesichts der erwähnten Prozesse der Individualisierung und Globalisierung, die eine Bewusstseinschärfung von Zugehörigkeiten auf einer subnationalen oder supranationalen Ebene (in Feldern wie Geschlecht oder Religion) bewirkten. Während der Philosoph Jürgen Habermas daher am Ende des 20. Jahrhunderts von einer postnationalen Konstellation sprach, machte der Historiker John Gillis diesbezüglich drei Phasen aus – eine pränationale bis zu den Revolutionen des späten 18.

---

the World-System. Contemporary Conditions for the Representation of Identity. Basingstoke 1991, S. 47; Hall, Stuart: The Question of Cultural Identity. In: McGrew, Tony / Hall, Stuart / Held, David (Hg.): Modernity and Its Futures. Cambridge 1992, S. 274f.

<sup>53</sup> Tajfel, Henri: Social Categorization, Social Identity and Social Comparison. In: Ders. (Hg.): Differentiation between Social Groups. Studies in the Social Psychology of Intergroup Relations. London 1978, S. 63.

<sup>54</sup> Tajfel, Henri / Turner, John C.: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, Stephen / Austin, William G. (Hg.): Psychology of Intergroup Relations. 2. Auflage. Chicago 1986, S. 7.

<sup>55</sup> Laclau, Ernesto: Emancipation(s). 2. Auflage. London 2007, S. 39. Auf die Notwendigkeit einer größtmöglichen Vagheit bei steigender Größe des zu integrierenden Personenkreises verwies Dirk Nabers, der den Ansatz Laclaus auf die öffentlichen Äußerungen im Krieg gegen den Terror anwandte. Vgl. Nabers, Dirk: Filling the Void of Meaning: Identity Construction in U.S. Foreign Policy after September 11, 2001. *Foreign Policy Analysis* 5 (2009), S. 196.

Jahrhunderts, eine nationale bis in die 1960er-Jahre – und schließlich eine post-nationale seitdem, die er als „era of plural identities“ charakterisierte.<sup>56</sup>

Zugleich war jedoch auch eine fortbestehende Bezugnahme auf die Nation zu beobachten, die sich in der Wissenschaft in der Gründung der bis heute vierteljährlich erscheinenden Zeitschriften *Nations and Nationalism* 1995 und *National Identities* 1999 niederschlug. Auch mit Blick auf das Wahlverhalten entwickelten sich nationale Kategorien 2016 bei der Abstimmung Großbritanniens für einen Austritt aus der Europäischen Union zu einem wesentlichen Faktor, sodass der Politikwissenschaftler Jörg Himmelreich in westlichen Demokratien eine „neue politische Rückbesinnung auf die Nation“ erkannte.<sup>57</sup>

Diese wieder verstärkte Bezugnahme auf die Nation lässt sich dabei gerade mit jenen gesellschaftlichen Veränderungen erklären, durch welche sie eigentlich überholt erscheint. Den Soziologen Rolf Eickelpasch und Claudia Rademacher zufolge wirkten diese Wandlungsprozesse vielfach überfordernd, was ein Bedürfnis nach fester Verortung nach sich gezogen habe: „Die Entwertung und Entzauberung aller sinnstiftenden Traditionen und Loyalitäten im Zuge kultureller Globalisierungsprozesse wird beantwortet mit dem – mehr oder weniger hilflosen – Versuch einer Wiederverzauberung partikularer Bindungen und Identitäten.“<sup>58</sup> Die nationale Ordnung bewegt sich damit gegenwärtig in einem Spannungsverhältnis zwischen vermeintlicher Obsoleszenz und empfundener Notwendigkeit: Während einerseits politikpraktisch immer weniger Probleme innerhalb eines nationalen Rahmens zu lösen sind, bleibt die Nation als „mentale Realität“ ein unvermindert wirkmächtiges Konstrukt.<sup>59</sup>

Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten, in denen der Begriff der Nation eine grundsätzlich positive Konnotation innehat. Der Philosoph Dieter Thomä betonte hierzu: „Wenn die Amerikaner ein pragmatisches Verhältnis zu ihrer Regierung haben, so haben sie ein ästhetisches Verhältnis zu ihrer Nation.“<sup>60</sup> Dies steht in Kontrast zu den Erfahrungen in Europa,

---

<sup>56</sup> Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt am Main 1998; Gillis, John R.: Memory and Identity: The History of a Relationship. In: Ders. (Hg.): Commemorations. The Politics of National Identity. Princeton 1994, S. 20.

<sup>57</sup> Himmelreich, Jörg: Nation – eine Begriffsbestimmung aus aktuellem Anlass. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Rechtspopulismus. Bonn 2017, S. 41.

<sup>58</sup> Eickelpasch, Rolf / Rademacher, Claudia: Identität. 4. Auflage. Bielefeld 2013, S. 76f. Diese Einschätzung teilte auch der Soziologe Craig Calhoun in seiner Monographie *Nations Matter* aus dem Jahr 2009. Vgl. Calhoun, Craig: *Nations Matter. Culture, History, and the Cosmopolitan Dream*. London 2009, S. 1.

<sup>59</sup> Eickelpasch/Rademacher 2013: Identität, S. 68. Auch Stuart Hall stimmte dieser Einschätzung im Grundsatz zu, betonte jedoch deren Perspektivierung: Eine relevante Denkkategorie sei die Nation vorrangig in der westlichen Welt. Der Fokus der vorliegenden Arbeit auf den Vereinigten Staaten rechtfertigt demnach jedoch einen vertieften Blick auf die nationale Dimension von Identitätskonstruktionen. Vgl. Hall 1992: *The Question of Cultural Identity*, S. 304.

<sup>60</sup> Thomä, Dieter: *Unter Amerikanern. Eine Lebensart wird besichtigt*. 2. Auflage. München 2001, S. 87.

wo mit Blick auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges oder den Nationalsozialismus die destruktiven Potenziale nationalen Denkens noch immer vielfach im kollektiven Bewusstsein verankert sind.<sup>61</sup>

Die nachfolgende Untersuchung will die Nation dabei nicht als zentralen Untersuchungsgegenstand durchleuchten, sondern sie als denjenigen Referenzrahmen kollektiver Identitätskonstruktionen zugrunde legen, auf den nach den Anschlägen vom 11. September in den USA verstärkt rekurriert wurde. Eine entsprechende Definition führte der Kulturwissenschaftler Patrick Colm Hogan bei seiner Analyse von Nationalismen ein: „I use ‚nationalism‘, then, to refer to any form of in-group identification for a group defined in part by reference to a geographical area along with some form of sovereign government over that area. (...) I am referring to a sense of identification rather than a political structure.“<sup>62</sup> Der Politologe Herfried Münkler setzte in diesem Sinne die Nation in Relation zum Staat, wobei sich diese beiden politischen Ordnungstypen narrativ beziehungsweise operativ konstituierten. Die oftmals über eine sinnstiftende Erzählung zusammengehaltenen Nationen seien dabei mehr als bloße Aggregationen von Menschen auf einem Staatsgebiet, sondern gründeten sich auf der Vorstellung einer gemeinsamen Identität.<sup>63</sup>

Dieses Verständnis brachte der Politikwissenschaftler Benedict Anderson 1983 zum Ausdruck mit seiner Konzeptualisierung der Nation als imaginierte Gemeinschaft. Diese erhalte und erneuere sich aufgrund ihrer Größe nicht durch persönliche Kontakte, sondern in der Vorstellung ihrer Mitglieder auf Grundlage gemeinsamer Ideen durch eine mentale (und weniger geografische) Grenzmarkierung.<sup>64</sup> Der Ansatz stieß auf große Resonanz und wurde mehrfach empirisch angewandt,<sup>65</sup> war aber auch Gegenstand von Kritik hinsichtlich Andersons starken Fokus auf das Innere bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Rolle der Außenwelt für die Konstruktion einer nationalen Ordnung. Der Historiker Jörn Leonhard ging in *Bellizismus und Nation* beispielsweise der Frage nach, wie die Deutung von Kriegen in Europa und den

---

<sup>61</sup> Schild, Georg: Die bedrohte Supermacht. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges. Opladen 2002, S. 22.

<sup>62</sup> Hogan, Patrick Colm: Understanding Nationalism. On Narrative, Cognitive Science, and Identity. Columbus 2009, S. 4.

<sup>63</sup> Münkler, Herfried: Politische Mythen als Grundlage von Repräsentation und Symbolik. In: Diehl, Paula / Steilen, Felix (Hg.): Politische Repräsentation und das Symbolische. Historische, politische und soziologische Perspektiven. Wiesbaden 2015, S. 229. Die unterschiedlichen Konstitutionsimperative sind auch sprachlich markiert in Termini wie *Staatsverschuldung* oder *Nationalhymne*, die mit dem jeweils anderen Präfix kaum denkbar wären. Analog hierzu nahm der Kulturwissenschaftler Lawrence Grossberg eine Teilung vor in „two functions or modes of operation – coercion and the production of publics and public goods.“ Grossberg, Lawrence: Under the Cover of Chaos. Trump and the Battle for the American Right. London 2018, S. 134.

<sup>64</sup> Anderson, Benedict: Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. 2. Auflage. London 1991, S. 6.

<sup>65</sup> Curtis, Tony (Hg.): Wales: The Imagined Nation. Studies in Cultural and National Identity. Bridgend 1986; William, Robert C.: Russia Imagined. Art, Culture, and National Identity, 1840–1995. New York 1999.

USA auf die Bewusstmachung der jeweiligen Nationen wirkte.<sup>66</sup> Der Historiker Michael Hunt verwies hieran anknüpfend auf die Bedeutung einer äußeren Bedrohung für die nationale Bewusstmachung: „[A] foreign danger can highlight what the nation is about.“<sup>67</sup> Diese notwendige Ergänzung zu Andersons Ansatz deckt sich mit der Annahme des Tübinger Sonderforschungsbereiches, dass kollektive Identitätszuschreibungen gerade im Fall einer äußeren Bedrohungswahrnehmung eine besondere Wirkungskraft entfalten.<sup>68</sup>

Trotz dieser unzureichenden Berücksichtigung einer äußeren Bedrohung markierte Andersons Konzept der imaginierten Gemeinschaft einen grundlegenden Paradigmenwechsel für die Erfassung einer nationalen Ordnung, die fortan durch die Lösung von einem rein essentialistischen Verständnis geprägt war. Diesbezüglich bezeichnete der Historiker Hans-Ulrich Wehler das Jahr 1983 als „annus mirabilis“ der Erforschung der Nation, in dem neben Anderson auch der Historiker Eric Hobsbawm und der Anthropologe Ernest Gellner konstruktivistische Ansätze in die Debatte einbrachten.<sup>69</sup> Während sich Hobsbawm auf die Vergangenheit als Legitimationsquelle fokussierte, lieferte Gellner den inhaltlich extremsten Ausschlag durch sein Verständnis der Nation als arbiträr konstruierbares Phantasiegebilde.<sup>70</sup> Diese völlige Negierung einer Notwendigkeit von Weltreferenz stieß mehrfach auf Kritik. Dem Historiker Dieter Langewiesche zufolge handele es sich bei Nationen zwar um Konstrukte, die jedoch auch an tatsächlich Beobachtbares rückgebunden seien: „Sinnzuschreibung verlangt Auswahl aus dem, was man als vorhanden erkennt. Das Auffinden und die Auswahl, was man daraus in die eigene Nationskonstruktion einbauen will, steuert der Mensch, aber er wählt aus Vorhandenem. Er erfindet, indem er auffindet.“<sup>71</sup>

In diesem Sinne setzt auch der Tübinger Sonderforschungsbereich ein Rekurrenieren auf erfahrbare Ereignisse und Strukturen als Bedingung für eine sich anschließende Deutung voraus.<sup>72</sup> Im Krieg gegen den Terror bildeten dabei die Anschläge am 11. September 2001 die notwendige Grundlage für die nachfolgende Konstruktion einer US-amerikanischen Identität in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus. Mehr noch versteht der

---

<sup>66</sup> Leonhard, Jörn: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten. 1750–1914.* München 2008. Losgelöst vom Kontext des Krieges bemerkte die Politikwissenschaftlerin Anne Norton mit Blick auf die kommunikativen Exklusionspraktiken moderner Nationen: „Their enmities define them.“ Norton, Anne: *Reflections on Political Identity.* Baltimore 1988, S. 55f.

<sup>67</sup> Hunt, Michael H.: *Nationalism as an Umbrella Ideology.* In: Costigliola, Frank / Hogan, Michael (Hg.): *Explaining the History of American Foreign Relations.* 3. Auflage. Cambridge 2016, S. 221.

<sup>68</sup> Frie/Nieswand 2017: *Zwölf Thesen*, S. 7.

<sup>69</sup> Wehler, Hans-Ulrich: *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen.* München 2001, S. 8.

<sup>70</sup> Hobsbawm, Eric: *Introduction: Inventing Traditions.* In: Ders. / Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition.* Cambridge 1983, S. 1-14; Gellner, Ernest: *Nations and Nationalism.* Oxford 1983.

<sup>71</sup> Langewiesche, Dieter: Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf. *Historische Zeitschrift* 277 (2003), S. 602.

<sup>72</sup> Frie/Nieswand 2017: *Zwölf Thesen*, S. 7.

Sonderforschungsbereich Bedrohungskommunikation nicht nur als an diese Erfahrbarkeit geknüpft, sondern auch an konkrete Spezifika der jeweiligen Ordnung. Diese manifestierten sich im Krieg gegen den Terror durch den Rückgriff auf die Erschließung des amerikanischen Kontinents im 19. Jahrhundert (Kapitel 5.3) sowie durch die Betonung einer nationalen Exzeptionalität der USA (Kapitel 5.4). Der nachfolgenden Analyse liegt daher das Verständnis eines moderaten Konstruktivismus zugrunde, der sich als nötige Ergänzung zu essentialistischen Annahmen versteht und nicht als kategorische Abkehr davon.<sup>73</sup>

\*\*\*

Die Konstruktion einer US-amerikanischen Identität nach dem 11. September soll anhand öffentlicher Äußerungen aus Politik und Medien erschlossen werden, womit die Untersuchung eine zentrale Annahme des Linguistic Turn zugrunde legt:<sup>74</sup> Ab den 1960er-Jahren verstanden mehrere Autorinnen und Autoren aus einer philosophischen Perspektive die soziale Wirklichkeit als dem menschlichen Bewusstsein nicht direkt zugänglich, sondern stets sprachlich vermittelt.<sup>75</sup> Mit dieser Zuschreibung einer gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit an Sprache, welche Realitäten her- statt darstellt, ging auch eine Aufwertung selbiger als Erkenntnismedium in empirischen Studien einher. Insbesondere die Kulturwissenschaften untersuchten statt Ereignissen vermehrt deren sprachliche Darstellung.<sup>76</sup>

Zur Anwendung des Sprachparadigmas läge auf den ersten Blick der bereits vielfach verwendete Diskursbegriff Michel Foucaults nahe, der jedoch in einem Spannungsverhältnis zur Konzeptualisierung einer bedrohten Ordnung des Tübinger Sonderforschungsbereiches steht: Während der Terminus des Diskurses auf eine institutionalisierte Form der Kommunikation mit einer stabilisierenden Wirkung auf ein Machtgefüge rekurriert, kann in Phasen einer Bedrohungswahrnehmung die in Foucaults Antrittsvorlesung beschriebene „Ordnung des Diskurses“ oft auch aufbrechen.<sup>77</sup> Entsprechend bezogen sich in erster Linie

---

<sup>73</sup> Calhoun, Craig: Social Theory and the Politics of Identity. In: Ders. (Hg.): Social Theory and the Politics of Identity. Oxford 1994, S. 12-20.

<sup>74</sup> Haas, Stefan: Theory Turn. Entstehungsbedingungen, Epistemologie und Logik der Cultural Turns in der Geschichtswissenschaft. In: Ders. und Wischermann, Clemens (Hg.): Die Wirklichkeit der Geschichte. Wissenschaftstheoretische, mediale und lebensweltliche Aspekte eines (post-)konstruktivistischen Wirklichkeitsbegriffes in den Kulturwissenschaften. Stuttgart 2015, S. 24.

<sup>75</sup> Rorty, Richard (Hg.): The Linguistic Turn. Recent Essays in Philosophical Method. Chicago 1967; Barthes, Roland: Der Diskurs der Geschichte. In: Ders.: Das Rauschen der Sprache. Frankfurt am Main 2006, S. 149-163.

<sup>76</sup> Füssel, Marian / Neu, Tim: Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft. In: Angermüller, Johannes et. al. (Hg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld 2014, S. 146.

<sup>77</sup> Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France. München 1974; Patzold, Steffen: Bedrohte Ordnungen, mediävistische Konfliktforschung, Kommunikation: Überlegungen zu

diachron ausgerichtete und von konkreten Bedrohungskontexten losgelöste Untersuchungen bei der Analyse kollektiver Identitätsvermittlungen in den USA auf den Diskursbegriff.<sup>78</sup>

Im Gegensatz dazu etablierte sich in den Kulturwissenschaften das Konzept des Narrativs zur Erfassung dieses Konstruktionsprozesses. Der ursprünglich in der Fiktionalität verortete Begriff erfuhr infolge des Linguistic Turn in dem Sinne eine Ausweitung auf die soziale Lebenswelt, als dass die unüberschaubare Totalität an Ereignissen durch Akteurinnen und Akteure in sinnstiftenden Erzählungen narrativ gewichtet und geordnet werde.<sup>79</sup> Mit dieser Einsicht einhergehend vollzog sich ein Übertrag von der individuellen auf eine kollektive Ebene, in dessen Folge Narrative nicht mehr nur als Akt persönlicher Kreativität galten, sondern als „cultural tools“ zur Vermittlung einer gemeinsamen Identität.<sup>80</sup> Wolfgang Müller-Funk beschrieb Kulturen hierbei als „Erzählgemeinschaften“, in denen sich das Fehlen eines akzeptierten gemeinsamen Narrativs destabilisierend auswirke wie etwa im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens in den 1990er-Jahren oder mit Blick auf die schwach ausgeprägte gemeinsame Identifikation unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.<sup>81</sup>

Die Charakteristika einer solchen Erzählung beleuchtete Jerome Bruner aus der Perspektive der narrativen Psychologie und unterschied dabei zwischen zwei „modes of thought“: Während der Modus „argument“ auf die Überzeugung in einer Sachfrage abziele, wirke der Modus „story“ sinnstiftend als Fundament des Arguments.<sup>82</sup> Im Kontext des Krieges gegen den Terror fiel unter „argument“ das nachfolgend nicht näher untersuchte Werben der Bush-Administration um die Zustimmung für den Irakkrieg des Jahres 2003, während die Verortung des Konfliktes in einer Tradition der Verteidigung einer freiheitlichen Identität die zugrundeliegende „story“ bildete. Dieses Verständnis einer Erzählung entwickelte Bruner

---

Chancen und Perspektiven eines neuen Forschungskonzepts. In: Frie, Ewald / Meier, Mischa (Hg.): Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 56.

<sup>78</sup> Weiten, Barbara: Wie denkt Amerika? Nationale Identität, Außen- und Wirtschaftspolitik im Wahlkampfdiskurs in den USA. Wiesbaden 2014.

<sup>79</sup> Mitchell, William John Thomas (Hg.): On Narrative. Chicago 1981, viii; Nünning 2017: Stories as ‚Weapons of Mass Destruction‘, S. 116-121.

<sup>80</sup> Wertsch, James V.: Narrative Tools and the Construction of Identity. In: Schultz, Majken et. al. (Hg.): Constructing Identity in and around Organizations. Oxford 2012, S. 144.

<sup>81</sup> Müller-Funk, Wolfgang: Die Kultur und ihre Narrative. Eine Einführung. 2. Auflage. Wien 2008, S. 14. Auch in den Politikwissenschaften fand der Narrativ-Begriff zuletzt Anwendung. Vgl. Gadinger, Frank / Jarzebski, Sebastian / Yildiz, Taylan: Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Dies. (Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden 2014, S. 3-38.

<sup>82</sup> Bruner, Jerome: Actual Minds, Possible Worlds. Cambridge Mass. 1986, S. 11. Diese Zweiteilung in „argument“ und „story“ deckt sich mit der eingangs getroffenen Unterscheidung zwischen „security narratives“ und „identity narratives“. In einem ähnlichen Sinne unterschied die Politologin Jenny Edkins zwischen „politics“ und „the political“. Während der erstgenannte Begriff auf administrative Prozesse Bezug nehme, rekurriere der zweitgenannte auf die zugrundeliegende soziale Ordnung. Vgl. Edkins, Jenny: Poststructuralism and International Relations: Bringing the Political Back in. London 1999, S. 2.

weiter zum Terminus des Narrativs, das er als Instrument zur Sinn- und Ordnungsstiftung der sozialen Wirklichkeit definierte. Dieses werde intentional von Akteurinnen und Akteuren konstruiert und referiere in normativ-wertender Weise auf ein Kollektiv.<sup>83</sup>

Die hier in den Blick genommene sprachlich-narrative Vermittlung von Identitäten deckt selbstredend nicht das gesamte Spektrum möglicher Konstruktionen ab. Patrick Colm Hogan differenzierte zwischen situativen und habituellen Techniken der Sinnstiftung, wobei sich letztere in Alltagspraktiken wie dem Begehen von Feiertagen und der Bezugnahme auf nationale Symbole manifestierten.<sup>84</sup> In den Vereinigten Staaten von besonderer Bedeutung sind in diesem Kontext die bei öffentlichen Veranstaltungen regelmäßig abgespielte Hymne oder die Nationalflagge, auf die unter anderem durch den Fahneid („Pledge of Allegiance“) als tägliches Ritual in Bildungseinrichtungen Bezug genommen wird.<sup>85</sup>

Die Anschläge am 11. September 2001 fallen als spezifisches Einzelereignis indessen unter Hogans Kategorie der situativen Identitätsstiftung, wobei Akteurinnen und Akteure aus Politik und Medien in den USA den Geschehnissen vor allem in sprachlich-narrativer Form Sinn zu verleihen versuchten. Entsprechend legte auch der Linguist Adam Hodges in *The ‚War on Terror‘ Narrative* bei seiner Analyse Bruners Narrativ-Begriff zugrunde.<sup>86</sup> Unterbestimmt blieben allerdings oft die konkreten Konstruktionsmechanismen zur Etablierung einer solchen Erzählung. Daher soll im Folgenden das Potenzial von Abgrenzungs- und Erinnerungsprozessen zur Vermittlung von Identitätsnarrativen ausgeleuchtet werden.

## 2.2 Abgrenzung und Erinnerung als Konstruktionsmechanismen

Auf den ersten Blick scheint Differenz kein naheliegendes Phänomen zur Artikulation von Identität zu sein, da sich letztere ihrer etymologischen Herkunft nach über Gleichheit definiert. Jedoch erfordert die Bestimmung eines Selbst zugleich ein nicht zugehöriges Äußeres, da bei völliger Übereinstimmung aller Elemente keines mehr ein distinktes Charakteristikum

---

<sup>83</sup> Bruner, Jerome: The Narrative Construction of Reality. *Critical Inquiry* 18 (1991), S. 4f.

<sup>84</sup> Hogan 2009: Understanding Nationalism, S. 8.

<sup>85</sup> Hobsbawm, Eric: Mass-Producing Traditions: Europe, 1870–1914. In: Ders. / Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983, S. 271; McCrone, David / McPherson, Gayle (Hg.): *National Days: Constructing and Mobilising National Identity*. London 2009. Eine vergleichende Analyse dieser Mechanismen vollzog Jens Christian König anhand der Rolle von Verfassung, Staatsoberhaupt und Hymne für die Identitätsbildung in den USA und Deutschland. Vgl. König, Jens Christian: *Politische Kultur in den USA und Deutschland: Nationale Identität am Anfang des 21. Jahrhunderts*. Berlin 2010, S. 517-541.

<sup>86</sup> Hogan 2009: Understanding Nationalism, S. 74; Hodges 2011: *The ‚War on Terror‘ Narrative*, S. 63.

aufweisen würde.<sup>87</sup> Dieses relationale Verständnis wandte Henri Tajfel auf seine bereits erwähnte Theorie der sozialen Identität an, indem er die Abgrenzung zu anderen Gruppen als zentrales Element einer kollektiven Selbstbestimmung ausmachte: „[T]he definition of a group (national, racial or any other) makes no sense unless there are other groups around.“<sup>88</sup>

Eine sogar essentielle Notwendigkeit dieses Prozesses der Grenzziehung brachte Ernesto Laclau im Terminus des „constitutive outside“ zum Ausdruck, ohne welches das innere Wesen eines politischen Kollektivs nicht bestimmt werden könne.<sup>89</sup> In der Folge spezifizierte Laclau die Funktionsweise des identitätsstiftenden Gegenübers: Werde dieses besonders negativ oder gar bedrohlich dargestellt, entfalte es seine größte Wirkungskraft hinsichtlich Kohäsionswirkung im Inneren: „Only if the beyond becomes the signifier of pure threat (...) can there be limits and system.“<sup>90</sup> Auch der Tübinger Sonderforschungsbereich sieht bedrohte Ordnungen geprägt von „inkludierenden und exkludierenden Identifikationsaufforderungen, die Menschen mobilisieren, indem sie dazu zwingen, ein bedrohtes ‚Wir‘ von einem oftmals bedrohlichen, immer aber nicht bedrohten ‚Sie‘ zu unterscheiden.“<sup>91</sup>

Neben dieser Bezugnahme auf eine äußere Bedrohung erfordert die Bestimmung kollektiver Identitäten jedoch auch das Eingehen auf die Eigenschaften des Gruppeninneren, wie der Soziologe Niklas Luhmann betonte: „Will man die Einheit einer Differenz thematisieren, ist es notwendig, beide Seiten der Unterscheidung zu bestimmen.“<sup>92</sup> Eine unzureichende Verkürzung dieses wechselseitigen Konstruktionsprozesses bildet daher der Begriff der „negativen Identität“, die der Historiker Morris Berman als Phänomen des ausschließlichen Verweisens auf *nicht* vorhandene Charakteristika definierte.<sup>93</sup> Gerade nach dem 11. September 2001 beschrieb Präsident Bush nicht nur negative Wesenszüge des Terrorismus, sondern in direktem Kontrast hierzu auch positive Merkmale der USA (Kapitel 5).

---

<sup>87</sup> Hall, Stuart: *The Spectacle of the Other*. In: Ders. (Hg.): *Representation: Cultural Representations and Signifying Practices*. London 1997, S. 234; Straub 2012: *Identität*, S. 334.

<sup>88</sup> Tajfel, Henri: *The Social Psychology of Intergroup Relations*. *Annual Review of Psychology* 33 (1982), S. 24.

<sup>89</sup> Laclau, Ernesto: *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London 1990, S. 17f.

<sup>90</sup> Laclau 2007: *Emancipation(s)*, S. 38.

<sup>91</sup> Frie/Nieswand 2017: *Zwölf Thesen*, S. 7.

<sup>92</sup> Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. 7. Auflage. Frankfurt am Main 1999, S. 597.

<sup>93</sup> Berman, Morris: *Locating the Enemy: Myth vs. Reality in U.S. Foreign Policy*. In: Ders.: *A Question of Values*. CreateSpace 2010, S. 34. Auch das Konzept des Feindbildes eignet sich nur bedingt zur Erfassung der Selbstvergewisserung im Krieg gegen den Terror: Zum einen liegt dieser Untersuchung ein dynamisches Identitätsverständnis zugrunde, das sich eher über den Prozess der Abgrenzung als über den Zustand der Feindschaft greifen lässt und eine prinzipielle Wandelbarkeit impliziert. Zum anderen soll die bewusste Konstruktion einer kollektiven Identität durch Eliten aus Politik und Medien im Fokus stehen, während Feindbilder oft unterbewusst wirken. Der Historiker Michael Koch betonte diese fehlende Intentionalität von Feindschaft in seiner Dissertation über die Entstehung des Amerikanischen Bürgerkrieges: In dessen Vorfeld seien viele Zeitgenossen in einem Käfig der Paranoia gefangen gewesen. Vgl. Koch, Michael: *‚Slavocrat‘ und ‚Yankee‘. Feindbilder und der Amerikanische Bürgerkrieg. 1830–1865*. Paderborn 2014, S. 266.

Eine Analyse der Abgrenzungspraktiken nahm der Literaturwissenschaftler Edward Said 1978 in seiner den Postkolonialismus mitbegründenden Abhandlung *Orientalism* in den Blick. Basierend auf einer Auswertung kultureller Zeugnisse aus Großbritannien, England und den Vereinigten Staaten aus mehreren Jahrhunderten deutete Said das verbreitete Orientbild als homogenisiertes Resultat einer interessengeleiteten Fremdzuschreibung aus der Perspektive industrialisierter Staaten, um sich ihrer eigenen kollektiven Identität zu vergewissern: Mit der Charakterisierung des Orients als sinnlich und unterentwickelt sei stets eine westliche Selbstbestimmung als vernunftgeleitet und fortschrittlich einher gegangen.<sup>94</sup>

Zwar kam Kritik vonseiten der Geschichtswissenschaft an Saids Umgang mit seinen verwendeten Quellen auf, die er weder hinreichend kontextualisierte noch eingrenzte durch das Zugreifen auf ein arbiträres Korpus aus wissenschaftlichen Abhandlungen und fiktionalen Zeugnissen.<sup>95</sup> Abseits der analytischen Schwächen warf *Orientalism* aber einen neuen Blick auf epistemologische Grundsatzfragen durch die Betonung einer Konstruiertheit kollektiver Identitäten in Ermangelung eines essentialistischen Kerns, wie Said 1993 in *Culture and Imperialism* erneut betonte: „[N]o identity can ever exist by itself and without an array of opposites, negatives, oppositions.“<sup>96</sup> Dass in der Folge viele auch geschichtswissenschaftliche Untersuchungen das Paradigma Saids ihrer Analyse zugrunde legten, zeugt von der fortwährenden Relevanz dieser Neuausrichtung.<sup>97</sup>

\*\*\*

Neben dieser räumlichen Grenzziehung konstituieren sich Identitäten oftmals auch auf einer zeitlichen Ebene, indem Gegenwärtigem durch die Inbezugsetzung zu Vergangenen Sinn zugeschrieben wird.<sup>98</sup> Zur wissenschaftlichen Erfassung dieses Prozesses maßen mehrere Autorinnen und Autoren im Verlauf des 20. Jahrhunderts dem Konzept des Gedächtnisses eine kollektive Dimension bei, das zuvor von der Kognitionsforschung primär vom Individuum aus gedacht worden war. Die Vorstellung eines kollektiven Gedächtnisses popularisierte zunächst

---

<sup>94</sup> Said, Edward W.: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. London 1995.

<sup>95</sup> Rotter, Andrew J.: Saidism without Said: Orientalism and U.S. Diplomatic History. *American Historical Review* 105 (2000), S. 1205-1217. Auch steht das über lange Zeiträume und mehrere nationale Ordnungen hinweg statische Orientbild Saids in Widerspruch zu der Wandelbarkeit und Ordnungsspezifität, die nachfolgend zugrunde gelegt wird.

<sup>96</sup> Said, Edward W.: *Culture and Imperialism*. New York 1993, S. 60.

<sup>97</sup> Klein, Christina: *Cold War Orientalism. Asia in the Middlebrow Imagination, 1945–1961*. Berkeley 2003; Little, Douglas: *American Orientalism. The United States and the Middle East since 1945*. Chapel Hill 2008; Malreddy, Pavan Kumar: Introduction. *Orientalism(s) after 9/11. Journal of Postcolonial Writing* 48 (2012), S. 233-240.

<sup>98</sup> Erll, Astrid: *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*. 3. Auflage. Stuttgart 2017.

der Soziologe Maurice Halbwachs, der persönliche Erinnerungen immer auch durch zwischenmenschliche Erfahrungen geprägt sah. Jedes individuelle Gedächtnis sei daher trotz seiner jeweiligen Einzigartigkeit nur vollumfänglich fassbar als soziales Phänomen, das sich in kommunikativen Prozessen ausbilde.<sup>99</sup>

Aus kulturwissenschaftlicher Perspektive differenzierten insbesondere Jan und Aleida Assmann den Terminus des kollektiven Gedächtnisses weiter aus, wobei Aleida Assmann grundlegend zwischen sozialem und politischem Gedächtnis unterschied: Ersteres sei im Sinne Halbwachs' an Lebensrhythmen sowie direkte Kommunikation gebunden und basiere auf gemeinsamen Erfahrungen innerhalb einer Gruppe wie etwa im Fall einer Schulklasse oder eines Soldatenregiments. Das politische Gedächtnis speise sich hingegen nicht aus sozialer Interaktion, sondern stifte Identität für eine ungleich größere Gemeinschaft wie eine Nation. Im Gegensatz zum vielstimmigen sozialen Gedächtnis werde das politisch-nationale von Eliten vermittelt, die zur Etablierung eines gemeinsamen Narrativs mit einigender Wirkung die nationale Vergangenheit perspektiviert interpretierten.<sup>100</sup> Angesichts der steigenden Konjunktur derartiger vereinfachender Deutungsangebote aufgrund eines Bedürfnisses nach Verortung in Zeiten der Globalisierung (Kapitel 2.1) lässt sich die Annahme des Historikers John Gillis nur schwer halten, wonach in einer Zeit der „democratization of the past“ im Kontext gesellschaftlicher Fragmentierungstendenzen jedes Individuum seine Geschichte selbst schreibe.<sup>101</sup>

Analog zu Assmanns Zweiteilung in politisches und soziales Gedächtnis unterschied der US-amerikanische Historiker John Bodnar zwischen „official memory“ und „vernacular memory“, wobei als Resultat eines Aushandlungsprozesses dieser beiden Gedächtnisformen das „public memory“ Eingang in die Öffentlichkeit finde. Hierbei seien politische Eliten oftmals bestrebt, Erinnerung zu Lasten von Diversität im Sinne ihrer Interessen manipulativ zu beeinflussen und so dem „official memory“ Geltung zu verschaffen.<sup>102</sup> Diese kritisch-abwertende Sicht verkennt jedoch die sinnstiftende Dimension des politischen Gedächtnisses, das immer auch eine konstruktive Funktion erfüllt in Form der Deutung der gegenwärtigen Konstellation durch die Einbettung in größere Zusammenhänge. Gerade in bedrohten Ordnungen können Vergangenheitsverweise der Bewältigung einer Verunsicherung dienen,

---

<sup>99</sup> Halbwachs, Maurice: Das kollektive Gedächtnis. Stuttgart 1967.

<sup>100</sup> Assmann, Aleida: Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. München 2006, S. 36f; Olick, Jeffrey K. / Vinitzky-Seroussi, Vered / Levy, Daniel: Introduction. In: Dies (Hg.): The Collective Memory Reader. New York 2011, S. 14.

<sup>101</sup> Gillis 1994: Memory and Identity, S. 17.

<sup>102</sup> Bodnar, John: Remaking America. Public Memory, Commemoration, and Patriotism in the Twentieth Century. Princeton 1992, S. 13-20. Dem offiziellen Gedächtnis maß Bodnar aufgrund dessen räumlich wie zeitlich größerer Reichweite bessere Erfolgsaussichten für die Überführung in das öffentliche Gedächtnis bei.

indem die Anknüpfung an Vertrautes eine stabile Ereignisabfolge suggeriert und so als Substitution für wegfallende Routinen fungiert.<sup>103</sup>

Die nachfolgende Untersuchung fragt daher bei der Analyse der Analogiebildungen im Krieg gegen den Terror nicht nach deren Angemessenheit – sondern vielmehr nach ihrer Funktionalität, wie es auch der Historiker David Noon nahelegte: „[R]ather than critiquing the analogies point by point (...) we are more usefully served by asking what those analogies seek to *accomplish* for those who enlist them.“<sup>104</sup> In diesem Sinne unterschieden sowohl Eric Hobsbawm als auch Aleida Assmann zwei Formen des Vergangenheitszugriffs: Während der Geschichtswissenschaft eine rückblickende kritische Analyse vorbehalten sei, werde das politische Gedächtnis von gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in gegenwärtigen Konstellationen zur Vermittlung kollektiver Identitäten intentional erzeugt.<sup>105</sup> Auch der Historiker Manfred Berg sprach angesichts des Spannungsfeldes zwischen wissenschaftlicher Aufarbeitung und öffentlicher Erinnerungskultur in Bezug auf letztere von der „Konstruktion von usable pasts zur Identitätsfindung.“<sup>106</sup>

Neben dieser Funktionalität zeichnet das politische Gedächtnis eine Tendenz zur Vereinfachung aus, indem im Wechselspiel aus Erinnern und Vergessen lediglich die einer Identitätskonstruktion zuträglichen Elemente in den Erinnerungsprozess einfließen. Das Verständnis von Vergessen löste sich dabei aus einem rein negativen Kontext auf Grundlage der Einsicht, dass vollumfängliches Erinnern angesichts der Vielzahl an Reizen und der Ereignisdichte der sozialen Welt einen kaum einlösbaren Anspruch bildet.<sup>107</sup> Der Anthropologe Paul Connerton erfasste hierauf aufbauend eine Typologie von sieben Arten des Vergessens, die auch positive Konnotationen wie Vergebung oder das Abschließen eines Trauerprozesses beinhalteten.<sup>108</sup> Mehrere Beiträge zur kollektiven Gedächtnisforschung deuteten das bewusste Vergessen nicht ausschließlich als manipulativen Akt des Unterschlagens, sondern betonten

---

<sup>103</sup> Frie/Nieswand 2017: Zwölf Thesen, S. 10f. Die stabilisierende Wirkung von Vergangenem auf Gegenwärtiges bildet jedoch keinen Automatismus. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ab 2022 und seine Begründung durch Staatschef Wladimir Putin als Maßnahme zur Rückgewinnung eines historisch zu Russland gehörenden Gebietes legte beispielsweise das Potenzial von Vergangenheitsbezügen zur Legitimation von Gewalt offen.

<sup>104</sup> Noon, David Hoogland: Operation Enduring Analogy: World War II, the War on Terror, and the Uses of Historical Memory. *Rhetoric and Public Affairs* 7 (2004), S. 340.

<sup>105</sup> Hobsbawm, Eric: *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991*. New York 1994, S. 3; Assmann, Aleida: *Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne*. München 2013, S. 307. Teils greifen Akteurinnen und Akteure nicht nur zur Identitätsvermittlung, sondern auch im Werben um politische Mehrheiten auf die Vergangenheit zurück. Ein Beispiel für diesen hier nicht näher untersuchten Mechanismus bildet der mehrmalige Verweis auf die gescheiterte Appeasement-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges unter dem Schlagwort „Munich 1938“ als Argument für die Notwendigkeit von Präventivschlägen im Krieg gegen den Terror.

<sup>106</sup> Berg, Manfred: *Geschichte der USA*. München 2013, S. 153.

<sup>107</sup> Kammen, Michael: *Mystic Chords of Memory: The Transformation of Tradition in American Culture*. New York 1993, S. 3.

<sup>108</sup> Connerton, Paul: *Seven Types of Forgetting*. *Memory Studies* 1 (2008), S. 60.

dessen Funktion für die Zusammenführung von Gruppen durch sinngebende Narrative. Assmann charakterisierte das politische Gedächtnis als perspektivisch organisiert und nicht auf größtmögliche Vollständigkeit angelegt, während der Philosoph Paul Ricoeur betonte: „[W]e cannot tell a story without eliminating or dropping some important events according to the kind of plot we intend to build.“<sup>109</sup>

Auf dieser Basis definiert die nachfolgende Untersuchung das politische Gedächtnis als diejenige Ressource zur Konstruktion kollektiver Identitäten, die auf einer diachronen Ebene argumentiert und durch die Charakteristika der Funktionalität und Selektivität gekennzeichnet ist. Die prinzipielle Offenheit zur Integration neuer Deutungskonstituenten in den Erinnerungsprozess bildet dabei einen wesentlichen Unterschied zum Mythos, der als Ursprungserzählung stärker auf ein einmaliges Gründungsereignis rekurriert. Die Literaturwissenschaftlerin Ann Rigney sprach daher dem Mythos die Funktion von „making the nation“ zu, dem kollektiven Gedächtnis dagegen die des „remaking it“.<sup>110</sup>

Der Begriff der kollektiven Identität soll auf Grundlage dieses Kapitels nachfolgend verstanden werden als ein von Akteurinnen und Akteuren sprachlich vermitteltes und narrativ strukturiertes Selbstverständnis, das auf einen nationalen Referenzrahmen Bezug nimmt und sich der Konstruktionsmechanismen der Abgrenzung und Erinnerung bedient.

---

<sup>109</sup> Assmann, Aleida: Kollektives Gedächtnis. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Geschichte und Erinnerung. Bonn 2008, S. 27; Ricoeur, Paul: Memory and Forgetting. In: Kearney, Richard / Dooley, Mark (Hg.): Questioning Ethics: Contemporary Debates in Philosophy. London 1999, S. 9.

<sup>110</sup> Rigney, Ann: Remembrance as Remaking: Memories of the Nation Revisited. *Nations and Nationalism* 24 (2018), S. 254.

### 3. Identitätsnarrative nach dem Kalten Krieg

#### 3.1 Unipolarität als Herausforderung. Die Sinnsuche der USA nach dem Ost-West-Konflikt

Das Ende des Kalten Krieges wirkte weitreichend auf die Struktur der internationalen Ordnung, die zuvor vier Jahrzehnte lang stark durch den Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion geprägt gewesen war. Der Einschnitt trat noch vor der offiziellen Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991 offen zu Tage: Infolge der Invasion des irakischen Machthabers Saddam Hussein in den Nachbarstaat Kuwait verkündeten US-Präsident George H. W. Bush und Michail Gorbatschow, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), im September 1990 auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Helsinki ein entschiedenes Vorgehen.<sup>111</sup> Der Golfkrieg des Folgejahres – legitimiert durch eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – bildete den ersten größeren Konflikt, der sich nicht mehr unter das vorherige Ost-West-Schema subsumieren ließ. Auch unter Bushs Nachfolger Bill Clinton zeigte sich die neue Konstellation deutlich sichtbar: Er traf sich während seiner achtjährigen Amtszeit insgesamt 18 Mal mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin – und damit fast so oft wie seine Vorgänger während des gesamten Kalten Krieges mit der sowjetischen Führung.<sup>112</sup>

Die Debatte um die Einordnung dieser neuen globalen Lage wurde in den USA vor allem von zwei populärwissenschaftlichen Deutungen bestimmt. Im Sommer 1989 charakterisierte der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in seinem Artikel *The End of History?* das absehbare Ende des Kalten Krieges als Schlusspunkt einer längeren Entwicklung: Durch den Fortbestand der Vereinigten Staaten und den gleichzeitigen Zerfall der Sowjetunion werde sich das US-amerikanische Modell einer liberalen Demokratie zur universellen Staatsform entwickeln: „What we may be witnessing is not just the end of the Cold War, or the passing of a particular period of postwar history, but the end of history as such: that is, the end point of mankind’s ideological evolution and the universalization of Western liberal democracy as the final form of human government.“<sup>113</sup>

Im Gegensatz zu einem solchen konfliktfreien Ende der Geschichte prognostizierte der Politologe Samuel Huntington 1993 einen „clash of civilizations“ als neuen Typus von

---

<sup>111</sup> Public Papers of George H. W. Bush. 1990, Book 2, S. 1204.

<sup>112</sup> Chollet, Derek H. / Goldgeier, James M.: *America between the Wars. From 11/9 to 9/11. The Misunderstood Years between the Fall of the Berlin Wall and the Start of the War on Terror.* New York 2008, S. 3/121.

<sup>113</sup> Fukuyama, Francis: *The End of History?* *The National Interest* 16 (1989), S. 4.

Auseinandersetzungen: Diese würden künftig nicht mehr zwischen Nationalstaaten um politische Allianzen oder ökonomische Interessen ausgetragen, sondern zwischen Kulturkreisen um Werte und Identitäten. Huntington unterschied sieben Kulturen (hinduistisch, islamisch, japanisch, konfuzianisch, lateinamerikanisch, slawisch-orthodox, westlich) – sah dabei aber insbesondere die westliche im Konflikt mit der islamischen und knüpfte damit an Thesen des Orientalisten Bernard Lewis an.<sup>114</sup>

Kritische Stimmen sahen in dem Artikel weniger eine wissenschaftliche Analyse, sondern einen politischen Meinungsbeitrag. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen betonte, dass Huntington durch seine pauschale Kategorisierung die Wahrnehmung verschiedener Kulturkreise erst erzeuge und forcieren, um so ein Zukunftsmodell mit dem Islam als neuem sinnstiftenden Gegenüber einer westlichen respektive US-amerikanischen Kultur zu etablieren.<sup>115</sup> Hierzu konstatierte der Historiker Eric Foner eine voreingenommene und beschönigende Darstellungsweise Huntingtons: „[T]he definition ‚Western civilization‘ is highly selective – it includes the enlightenment but not the Inquisition, liberalism but not the Holocaust, Charles Darwin but not the Salem witch trails.“<sup>116</sup> Huntington selbst war auch gar nicht erst bestrebt, eine solche perspektivierte und normative Stoßrichtung seines Artikels zu negieren: Er beschloss ihn vielmehr mit der Zukunftsempfehlung an die USA, einer kulturellen Verschmelzung entgegenzuwirken durch die Abgrenzung zu anderen Kulturen.<sup>117</sup> Nach den Anschlägen vom 11. September betonte er in diesem Kontext das Potenzial des Islam zur Wiederbelebung eines US-amerikanischen Patriotismus, der in den Jahren zuvor im öffentlichen Bewusstsein kaum verankert gewesen sei.<sup>118</sup>

Diese Einstufung des Zeitraumes zwischen dem Ende des Kalten Krieges und dem 11. September 2001 als Phase ohne Gegner und Kontur verbindet die Position Huntingtons mit der Fukuyamas, der die von ihm prognostizierte Demokratie-Ausbreitung als problematisch auffasste: „The end of history will be a very sad time.“ Der Wegfall des übergeordneten Konfliktes um unterschiedliche Staatsformen habe nämlich auch ein abnehmendes Mobilisierungs- und Identifikationspotenzial in den Vereinigten Staaten zur Folge: „The struggle for recognition, the willingness to risk one’s life for a purely abstract goal, the

---

<sup>114</sup> Huntington, Samuel: *The Clash of Civilizations?* *Foreign Affairs* 72 (1993), S. 22/39; Lewis, Bernard: *The Roots of Muslim Rage*. Boston 1990.

<sup>115</sup> Sen, Amartya: *Identity and Violence. The Illusion of Destiny*. New York 2006; Sen, Amartya: *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*. München 2007; Müller, Harald: *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*. Frankfurt am Main 1998.

<sup>116</sup> Foner, Eric: *Changing History*. 23. September 2002. In: Ders.: *Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from the Nation*. London 2017, S. 135.

<sup>117</sup> Huntington 1993: *The Clash of Civilizations?* S. 49.

<sup>118</sup> Huntington, Samuel: *Who Are We? America’s Great Debate*. London 2004, S. 25.

worldwide ideological struggle that called forth daring, courage, imagination, and idealism, will be replaced by economic calculation (...) and the satisfaction of sophisticated consumer concerns.“<sup>119</sup>

Diese Wahrnehmung eines Verlustes an Struktur und Übersichtlichkeit nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes lässt sich in zahlreichen zeitgenössischen Beiträgen greifen. Im März 1995 rief die *New York Times* ihre Leserinnen und Leser zur Charakterisierung der gegenwärtigen weltpolitischen Phase auf und betonte dabei, dass der Vergangenheitsbezug im Begriff „post-cold-war-era“ von einer Orientierungssuche der Gegenwart zeuge: „But isn't this obsession with post-ness simply another way of acknowledging that we don't know where we are?“<sup>120</sup> Im Sommer 2000 veröffentlichte die Zeitschrift *Foreign Policy* eine Reihe kurzer Essays, in denen mehrere Autorinnen und Autoren die derzeitige Ära aus ihrer Sicht beschrieben und dabei sehr unterschiedliche Schwerpunkte setzten: Die Wirtschaftshistorikerin Emma Rothschild sprach von „The Age of Insubordination“, der Unternehmer George Soros von „The Age of Open Society“, der Biologe Edward Wilson von „The Age of Environment“.<sup>121</sup>

Aus dieser Perspektive erschließt sich ein zweiter Blick auf den Kalten Krieg als sinnstiftender Ordnungskonflikt, in dem womöglich keine der beiden Parteien ein gesteigertes Interesse an einer direkten militärischen Auseinandersetzung hatte.<sup>122</sup> Die Jahre danach waren für die Vereinigten Staaten demnach von einer Ambivalenz gekennzeichnet: Einerseits hatte das Postulat eines US-amerikanischen Exzeptionalismus mit dem Niedergang des sowjetischen Kontrahenten vorübergehend seine größte Sichtbarkeit erreicht mit Blick auf die singuläre militärische und ökonomische Stärke. Andererseits jedoch war den USA mit der Sowjetunion auch ein Gegenüber verloren gegangen, das viele Jahre als Abgrenzungsfolie zur Bestimmung der eigenen Identität gedient hatte.<sup>123</sup>

Der Politikwissenschaftler David Campbell analysierte 1992 in *Writing Security* diese identitätsstiftende Funktion von Außenpolitik während des Kalten Krieges und sah die Folgezeit geprägt von einer „crisis of representation“ für die Vereinigten Staaten, da die Charakterisierung der eigenen Nation ohne einen sichtbaren gleichrangigen Gegenpol deutlich

---

<sup>119</sup> Fukuyama 1989: *The End of History?* S. 18.

<sup>120</sup> Atlas, James: Name that Era. Pinpointing a Moment on the Map of History. *The New York Times*. 19. März 1995, E1. Auch der US-Diplomat Richard Haass betonte, dass das Präfix „post“ als kleinster gemeinsamer Nenner lediglich auf den Konsens verweise, sich nicht länger im Kalten Krieg zu befinden. Vgl. Haass, Richard N.: *The Reluctant Sheriff. The United States after the Cold War*. New York 1997, S. 21.

<sup>121</sup> Naming a New Era. *Foreign Policy* 119 (2000), S. 29-69.

<sup>122</sup> Schild, Georg: 1983: *Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges*. Paderborn 2013.

<sup>123</sup> Bacevich, Andrew J.: *The Limits of Power: The End of American Exceptionalism*. New York 2008, S. 2; Gilmore, Jason / Sheets, Penelope / Rowling, Charles M.: *Make No Exception, Save One: American Exceptionalism, the American Presidency, and the Age of Obama*. *Communication Monographs* 83 (2016), S. 505-520.

erschwert sei.<sup>124</sup> 1997 spürte in Anknüpfung daran ein Sammelband die Rolle kollektiver Feindschaften im Verlauf der amerikanischen Geschichte auf, wobei der Historiker David Kennedy eine nationale Identitätssuche im Hier und Jetzt konstatierte: „What happens to a nation’s sense of identity when its enemies are utterly vanquished, and no longer provide the energizing force of a threat to that nation’s very existence? That is the situation that faces the entire Western world, of course, but especially the United States, now that the Cold War is ended.“<sup>125</sup>

Im gleichen Band machte der Soziologe Ulrich Beck eine Krise des Siegers nach dem Kalten Krieg aus und betonte: „[W]ithout enemies there is no funding, no legitimacy, perhaps even no nation-state integration and legitimation, no unity within.“<sup>126</sup> Diese aufbrechende innere Einigkeit manifestierte sich auf dem Parteitag der Republikaner im August 1992 in Houston, wo der Autor Patrick Buchanan eine inner-amerikanische Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Liberalen als Folgekonflikt des Kalten Krieges beschrieb: „There is a religious war going on in our country for the soul of America. It is a cultural war, as critical to the kind of nation we will one day be as was the Cold War itself.“<sup>127</sup>

Die Sinnsuche nach dem Ost-West-Konflikt kam besonders deutlich zum Ausdruck in einem gewandelten Nachdenken über die Vorstellung eines US-amerikanischen Exzeptionalismus, welche die Identitätskonstruktionen in den Vereinigten Staaten über Jahrhunderte und verschiedene Inhalte hinweg getragen hatte. Diese Außergewöhnlichkeit war stets in Relation zu einem Schlechteren artikuliert worden und stand nun infrage, da das amerikanische Modell zum weltweiten Standard zu werden schien.<sup>128</sup> Ohne Gegenpol und

---

<sup>124</sup> Campbell, David: *Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity*. 2. Auflage. Minnesota 1998, S. 169. Den Krieg gegen Drogen deutete Campbell als unerfolgreiches Testphänomen einer neuen abgrenzenden Identitätsstiftung durch das Postulat einer von südamerikanischen Nationen ausgehenden Bedrohung US-amerikanischer Werte. Vgl. S. 172-189.

<sup>125</sup> Kennedy, David M.: *Culture Wars. The Sources and Uses of Emnity in American History*. In: Fiebig-von Hase, Ragnhild / Lehmkuhl, Ursula (Hg.): *Enemy Images in American History*. Oxford 1997, S. 355.

<sup>126</sup> Beck, Ulrich: *The Sociological Anatomy of Enemy Images: The Military and Democracy after the End of the Cold War*. In: Fiebig-von Hase, Ragnhild / Lehmkuhl, Ursula (Hg.): *Enemy Images in American History*. Oxford 1997, S. 69.

<sup>127</sup> Buchanan, Patrick J.: *Speech to the Republican National Convention. August 12, 1992*. In: Utter, Glenn H.: *Culture Wars in America. A Documentary and Reference Guide*. Santa Barbara 2010, S. 29. Der Kalte Krieg soll keineswegs als kohärenter Zeitabschnitt ohne außenpolitische Diskussionen verstanden werden, was angesichts der Vielzahl gleichzeitiger Entwicklungen und Proteste innerhalb der USA auch unhaltbar wäre. Allerdings bestand mit der Sowjetunion ein konstantes Gegenüber, das stets das Potenzial zur Bestimmung der eigenen Identität bot. Selbst nach dem umstrittenen Vietnamkrieg war die Identitätsordnung des Kalten Krieges nicht endgültig diskreditiert, sondern konnte unter Präsident Ronald Reagan wieder schärfer akzentuiert werden. Der Zeithistoriker Anselm Doering-Manteuffel machte dabei „Frieden“ und „Freiheit“ als wesentliche Selbstverständnisse des „Ostens“ beziehungsweise des „Westens“ aus, die den Debatten über Jahrzehnte Struktur gegeben hätten. Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm: *Im Kampf um Frieden und Freiheit. Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur im Ost-West-Konflikt*. In: Hockerts, Hans Günter (Hg.): *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*. München 2003, S. 29-47.

<sup>128</sup> Shafer, Byron E. (Hg.): *Is America Different? A New Look at American Exceptionalism*. Oxford 1991; Engel,

Zielpunkt erschloss sich stattdessen ein zunehmend kritischer Blick auf das eigene Wesen: Der Soziologe Seymour Martin Lipset beschrieb den US-Exzeptionalismus als „double-edged sword“ (Kapitel 5.4), da die Vereinigten Staaten neben positiven auch negative Alleinstellungsmerkmale inne hätten wie ein hohes Maß an Gewaltdelikten oder den Umgang mit der indigenen Bevölkerung.<sup>129</sup>

Auch die politische Elite in den USA nahm die Problematik der veränderten Konstellation nach dem Kalten Krieg wahr, wenngleich vorerst hauptsächlich in ihrer internen Kommunikation. Frederick Steeper, Stratege im Stab von Präsident George H. W. Bush, machte basierend auf einer Umfrage Wirtschafts- statt Außenpolitik als zentrales Anliegen der Bevölkerung aus und warnte im Dezember 1991 in einem Memorandum vor dem sogenannten Churchill-Faktor: Der britische Premierminister habe sich als Außen- und Krisenpolitiker Reputation erworben, sei dann jedoch im Juli 1945 nach dem Wegfall der äußeren Bedrohung durch Hitler-Deutschland abgewählt worden. Gleiches könne Bush im anstehenden Wahljahr 1992 widerfahren, falls er sich zu stark auf außenpolitische Themen wie den Golfkrieg fokussiere.<sup>130</sup>

Steeper sollte Recht behalten: Bush verlor die Wahl gegen Bill Clinton, der mit einer dezidiert innenpolitischen Agenda angetreten war und anschließend seinen beiden Amtszeiten in den Bereichen der Gesundheitspolitik sowie des Wohlfahrtsstaates entsprechende Schwerpunkte verlieh. Mit dieser politischen Programmatik korrespondierte eine das Landesinnere thematisierende Identitätsstiftung. Der Politologe Calvin Jillson bezeichnete in seiner Monographie über den Amerikanischen Traum die Wiederherstellung sozialer Chancengleichheit als zentrales Leitmotiv der öffentlichen Äußerungen Clintons in dessen erstem Präsidentschaftswahlkampf.<sup>131</sup> Bereits in der Rede zur Bekanntgabe seiner Kandidatur am 3. Oktober 1991 in Little Rock in seinem Heimatstaat Arkansas betonte Clinton mit Blick auf seine Beweggründe für die Bewerbung um das Präsidentenamt: „All of you, in different ways, have brought me here today, to step beyond a life and a job I love, to make a commitment to a larger cause: preserving the American dream, restoring the hopes of the forgotten middle class, reclaiming the future of our children.“<sup>132</sup> In seiner zweiten Amtseinführungsrede 1997 schilderte er dieses Postulat schließlich als Konstante der US-Geschichte unter Rückgriff auf

---

Jeffrey A.: When George Bush Believed the Cold War Ended and Why that Mattered. In: Nelson, Michael / Perry, Barbara A. (Hg.): 41: Inside the Presidency of George H. W. Bush. New York 2014, S. 101.

<sup>129</sup> Lipset, Seymour Martin: American Exceptionalism. A Double-Edged Sword. New York 1996.

<sup>130</sup> Riley, Russell L.: Introduction. History and George Bush. In: Nelson, Michael / Perry, Barbara A. (Hg.): Inside the Presidency of George H. W. Bush. Ithaca 2014, S. 15.

<sup>131</sup> Jillson, Calvin C.: The American Dream. In History, Politics, and Fiction. Lawrence 2016, S. 237.

<sup>132</sup> Clinton, Bill: Preface to the Presidency. Selected Speeches of Bill Clinton, 1974–1992. Edited by Stephen A. Smith. Fayetteville 1996, S. 80.

die Unabhängigkeitserklärung und die Bürgerrechtsbewegung: „The promise of America was born in the 18th century out of the bold conviction that we are all created equal. (...) Martin Luther King’s dream was the American dream. (...) Our history has been built on such dreams and labors. And by our dreams and labors, we will redeem the promise of America in the 21st century.“<sup>133</sup>

Mit Blick auf die Außenpolitik beklagte Clinton indessen das Ende des Kalten Krieges, als er während eines internen Treffens im September 1994 seinem stellvertretenden Außenminister Strobe Talbott zufolge betonte: „The cold war helped because it provided an organizing principle. (...) Our operative problem of the moment is that a bunch of smart people havn’t been able to come up with a slogan for where we are.“<sup>134</sup> Der Historiker Georg Schild sprach in diesem Kontext von einer außenpolitischen Konzeptionslosigkeit der USA in den 1990er-Jahren, als deren Ursache er das „Fehlen einer national akzeptierten Krisenperzeption“ angesichts einer Vielzahl kleinerer Konfliktherde ausmachte.<sup>135</sup>

Im Gegensatz zur Präsidentschaft Bill Clintons wird die Amtszeit seines Nachfolgers George W. Bush in der Rückschau unter dem Eindruck des Krieges gegen den Terror vor allem mit außenpolitischen Themen in Verbindung gebracht. Eine solche Perspektive verkennt jedoch, dass es vor dem 11. September 2001 einen Wahlkämpfer und Präsidenten Bush gab, der in einer Zeit ohne nationale Bedrohungswahrnehmung die kollektive Identität der Vereinigten Staaten ähnlich wie Clinton über das innenpolitische Selbstverständnis des Amerikanischen Traumes bestimmte.<sup>136</sup>

### 3.2 George W. Bush und der Amerikanische Traum

Die Annahme besonderer sozialer Aufstiegsmöglichkeiten findet sich schon früh in der US-amerikanischen Geistesgeschichte. 1831 bereiste der französische Publizist Alexis de Tocqueville neun Monate lang die Vereinigten Staaten und zeigte sich in seiner Gesellschaftsanalyse am meisten beeindruckt von der Gleichheit der Lebensverhältnisse im

---

<sup>133</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1997, Book 1, S. 43-45.

<sup>134</sup> Talbott, Strobe: The Great Experiment. The Story of Ancient Empires, Modern States, and the Quest for a Global Nation. New York 2009, S. 327.

<sup>135</sup> Schild 2002: Die bedrohte Supermacht, S. 33-35.

<sup>136</sup> Der Terminus „American Dream“ wird in dieser Untersuchung sinngleich als „Amerikanischer Traum“ übersetzt und bezieht sich auf das im nachfolgenden Kapitel erläuterte US-amerikanische Selbstverständnis. Popularisiert wurde der Begriff durch den Historiker James Truslow Adams. Vgl. Adams, James Truslow: The Epic of America. Boston 1931.

Kontrast zu den europäischen Monarchien.<sup>137</sup> Rund ein halbes Jahrhundert später führte der Historiker Frederick Jackson Turner in einer Fortentwicklung dieses Gedankens die egalitären Bedingungen nicht mehr auf ein philosophisches Erbe der Aufklärung oder die Auswanderung aus Europa zurück, sondern verstand die Westexpansion über den amerikanischen Kontinent als konstitutiv für die Herausbildung eines US-amerikanischen Bewusstseins: Zum einen sei der Westen durch die Fülle an verfügbarem Land ein Ort ökonomischer Chancengleichheit gewesen, zum anderen habe die Nivellierung von Klassenunterschieden während der Auseinandersetzung mit der Natur zur mentalen Verfestigung des Gleichheitsdiktums beigetragen.<sup>138</sup>

Im Gegensatz hierzu betonten mehrere Autorinnen und Autoren eine Ungleichheit tatsächlicher Lebensverhältnisse in den Vereinigten Staaten.<sup>139</sup> Der Politikwissenschaftler Michael Harrington schrieb am Vorabend der Bürgerrechtsbewegung von einem „anderen Amerika“, das nicht am Aufschwung nach der Weltwirtschaftskrise partizipiert habe.<sup>140</sup> Fünf Jahrzehnte später verwies die Rechtswissenschaftlerin Michelle Alexander in ihrem Buch *The New Jim Crow* auf eine auch nach der rechtlichen Gleichstellung fortbestehende Ungleichbehandlung der afroamerikanischen Bevölkerung: Diese vollziehe sich nicht mehr über Gesetze, sondern durch eine überproportional hohe Inhaftierungsquote und den damit verbundenen Ausschluss vom Wahlrecht.<sup>141</sup> Zuletzt bezeichnete der Ökonom Thomas Piketty die US-amerikanische Gesellschaft aufgrund einer wachsenden Schere zwischen Armut und Reichtum seit den 1970er-Jahren als besonders ungleich im Vergleich mit anderen industrialisierten Staaten.<sup>142</sup> Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der Amerikanische Traum vielfach als nicht (oder nicht mehr) existent erklärt wurde. In *The Betrayal of the American Dream* betonten die Journalisten Donald Barlett und James Steele: „The dismal fact is that for tens of millions of middle-class Americans, as well as for the working poor who hope to achieve that status, the American dream is over.“<sup>143</sup>

---

<sup>137</sup> Tocqueville, Alexis de: *Democracy in America*. Translated by Henry Reeve. 3. Auflage. Band 1. London 1838, xi.

<sup>138</sup> Turner, Jackson Frederick: *The Significance of the Frontier in American History*. With an Introduction by Harold P. Simonson. New York 1963, S. 29/51.

<sup>139</sup> Zu den Kritikpunkten an der Frontier-These zählten die Vernachlässigung urbaner Dynamiken an der Ostküste und die Vorstellung der Zivilisationsgrenze als Ort der Gleichheit: Turner unterschläge potenzielle Klassenkonflikte im Zuge der Westexpansion und verliere ungleich behandelte Gruppen wie die indigene oder mexikanische Bevölkerung aus dem Blick. Vgl. Limerick, Patricia Nelson: *The Legacy of Conquest. The Unbroken Past of the American West*. 2. Auflage. New York 2006.

<sup>140</sup> Harrington, Michael: *The Other America: Poverty in the United States*. New York 1962.

<sup>141</sup> Alexander, Michelle: *The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness*. New York 2010, S. 14.

<sup>142</sup> Piketty, Thomas: *Capital in the Twenty-First Century*. Translated by Arthur Goldhammer. Cambridge Mass. 2017, S. 365.

<sup>143</sup> Barlett, Donald L. / Steele, James B.: *The Betrayal of the American Dream*. New York 2012, xv.

Die Fokussierung auf diese Ungleichheiten verliert jedoch den unverminderten Glauben an einen sozialen Aufstieg aus den Augen. Entsprechend unterschied die Politologin Jennifer Hochschild in einer kurz vor Bushs Amtsantritt veröffentlichten Abhandlung zwischen sozialer Lebenswelt und dem Narrativ des Amerikanischen Traumes. Dessen zentrale Funktion sei weniger die zutreffende Charakterisierung der US-amerikanischen Verhältnisse, sondern die Vermittlung eines breit anschlussfähigen nationalen Verständnisses: „As an ideology, it [the American Dream] performs brilliantly. (...) It provides a unifying vision but allows infinite variations within that vision.“<sup>144</sup>

Besondere Konjunktur erlangte der Amerikanische Traum als ein solches Narrativ im ausgehenden 20. Jahrhundert, als sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes der Blick verstärkt ins Landesinnere richtete. Dies galt zunächst auch für George W. Bush, dessen innenpolitischer Schwerpunkt sich in den beiden im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes veröffentlichten Redensammlungen greifen lässt: Während in *A Fresh Start for America* lediglich zwei von neun Reden außenpolitische Fragen thematisierten, befassten sich in *Renewing America's Purpose* fünf von sechs Kapiteln mit inneren Politikfeldern.<sup>145</sup> In seinen Ansprachen charakterisierte Bush die USA wiederholt als Ort der Aufstiegschancen aller Gesellschaftsmitglieder, was er bei einem Auftritt in Cleveland im April 2000 als Grundlage für den Erfolg des Landes bezeichnete: „America has been successful because anyone can ascend the ladder and transcend their birth.“<sup>146</sup> Nach Bushs Wahlsieg bildete dieses nationale Selbstverständnis weiterhin die Essenz seiner Identitätsstiftung – wie in der Rede zur Amtseinführung am 20. Januar 2001: „It is the American story, a story of flawed and fallible people united across the generations by grand and enduring ideals. The grandest of these ideals is an unfolding American promise that everyone belongs, that everyone deserves a chance, that no insignificant person was ever born. (...) I will work to build a single nation of justice and opportunity.“<sup>147</sup>

Zur Legitimierung dieses Anspruchs berief sich Bush mehrfach auf den ersten Präsidenten der Republikanischen Partei, als er beispielsweise in der erwähnten Wahlkampfrede in Cleveland betonte: „Abraham Lincoln argued that ‚every poor man should have a chance‘.“<sup>148</sup> In diesen Personenkreis schloss Bush auch sich persönlich ein durch eine Selbstinszenierung

---

<sup>144</sup> Hochschild, Jennifer L.: *Facing up to the American Dream. Race, Class, and the Soul of the Nation*. Princeton 1995, S. 250; Cullen, Jim: *The American Dream. A Short History of an Idea that Shaped the Nation*. New York 2003, S. 5-7.

<sup>145</sup> Bush, George W.: *A Fresh Start for America. Policy Addresses of George W. Bush*. Austin 1999; Bush, George W.: *Renewing America's Purpose. Policy Addresses of George W. Bush. July 1999 – July 2000*. Austin 2000.

<sup>146</sup> Bush 2000: *Renewing America's Purpose*, S. 135.

<sup>147</sup> *Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 1.*

<sup>148</sup> Bush 2000: *Renewing America's Purpose*, S. 136.

als gewöhnlicher Bürger abseits der gesellschaftlichen Oberschicht, was sich im Besuch zahlreicher Baseball-Spiele oder häufigen Verweisen auf seine ländlich geprägte Kindheit in Texas manifestierte. Damit überbetonte Bush denjenigen Teil seiner Biographie, der sich schlüssig in das Narrativ des Amerikanischen Traumes über einen Aufstieg aus einfachen Verhältnissen fügte. Tatsächlich war sein Werdegang auch wesentlich von einem privilegierten Familienhintergrund und der Ausbildung an den Elite-Universitäten in Yale und Harvard an der US-amerikanischen Ostküste geprägt und begünstigt.<sup>149</sup>

Besonders deutlich zum Ausdruck kam das Bild einer chancengleichen Gesellschaft durch den Miteinbezug verschiedenster Gruppen in ein breit angelegtes nationales Selbstverständnis: Im Verlauf des Wahljahres 2000 sprach Bush im März in Los Angeles vor Menschen jüdischen Glaubens, im Mai im kalifornischen Rancho Cucamonga vor Seniorinnen und Senioren, im Juni in Portland vor körperlich beeinträchtigten Personen und im Juli in Baltimore vor der Bürgerrechtsorganisation National Association for the Advancement of Colored People.<sup>150</sup> Dabei charakterisierte er das jeweilige Publikum stets als Teil der Vereinigten Staaten und betonte in diesem Kontext bei der Rede in Los Angeles: „Every American must know they are equally American – no matter their culture, race or religion.“<sup>151</sup> Wenige Wochen nach seinem Wahlsieg bezog sich Bush am 27. Februar 2001 vor dem Kongress schließlich erneut auf US-Bürgerinnen und -Bürger mit körperlicher Einschränkung: „For the more than 50 million Americans with disabilities, we must continue to break down barriers to equality.“<sup>152</sup>

Abseits seiner Reden war Bush bestrebt, Chancengleichheit und Diversität durch die personelle Besetzung seiner Administration abzubilden und die ausschließliche Fokussierung auf eine vormals dominierende weiße und maskuline Elite zu vermeiden. Colin Powell als erster Afroamerikaner an der Spitze des US-Außenministeriums bildete dabei das prominenteste Beispiel, jedoch längst nicht das einzige: Auch Bildungsminister Roderick Paige war afroamerikanischer Abstammung, Bauminister Mel Martinez gebürtiger Kubaner, Verkehrsminister Norman Mineta der Sohn japanischer Einwanderer. Unter weiblicher Führung standen indessen erstmalig das Innenministerium (Gale Norton) sowie das Umweltministerium (Christine Todd Whitman), das Landwirtschaftsministerium (Ann Veneman) und das Arbeitsministerium (Elaine Chao) – wobei die in Taiwan geborene Chao zugleich als erste asiatisch-stämmige US-Amerikanerin ein Ministerium auf nationaler Ebene leitete.<sup>153</sup>

---

<sup>149</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 53.

<sup>150</sup> Bush 2000: *Renewing America's Purpose*, S. 166-219.

<sup>151</sup> Bush 2000: *Renewing America's Purpose*, S. 207.

<sup>152</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 1, S. 142.

<sup>153</sup> Zelizer, Julian E.: *Establishment Conservative: The Presidency of George W. Bush*. In: Ders. (Hg.): *The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment*. Princeton 2010, S. 14.

Diese Vielfalt nahmen auch liberale Medien wohlwollend zur Kenntnis: Im Wochenmagazin *The New Yorker* bezeichnete der Kolumnist Hendrik Hertzberg eine Woche nach Bushs Amtseinführung dessen diverses Kabinett als bemerkenswert für einen Präsidenten der Republikanischen Partei.<sup>154</sup> Damit stand Bushs Ausrichtung in Widerspruch zu der Sichtweise konservativer Politologen wie Samuel Huntington, der den US-amerikanischen Kern als dezidiert angelsächsisch auffasste: „There is no Americano Dream.“<sup>155</sup>

\*\*\*

Die Verwirklichung einer gerechten Gesellschaft strebte Bush durch das Konzept des Compassionate Conservatism an, das bereits vor seiner Präsidentschaftskandidatur entwickelt worden war. 1992 publizierte der Amerikanist Marvin Olasky unter dem Titel *The Tragedy of American Compassion* eine Abhandlung über die Armutsbekämpfung in den Vereinigten Staaten von der Kolonialzeit bis zur Gegenwart, in der er zu einer grundsätzlichen Schlussfolgerung kam: Erfolgreiche Armenfürsorge könne von Privatpersonen und gemeinnützigen – vor allem religiösen – Organisationen weitaus effektiver gewährleistet werden als durch staatliche Hilfen ohne konkrete Kenntnis der lokalen Gegebenheiten. Dieses Prinzip habe in den USA lange Zeit gut funktioniert, sei dann aber in den Jahrzehnten nach der Weltwirtschaftskrise durch zu starke sozialpolitische Maßnahmen des Staates unterlaufen worden.<sup>156</sup> Diese Perspektive knüpfte an eine Rede Ronald Reagans aus dem Jahr 1977 an, in welcher dieser eine Hierarchie der Armenfürsorge von unten nach oben umrissen hatte.<sup>157</sup> Olasky popularisierte diese Vorstellung schließlich im Begriff des Compassionate Conservatism, der mit seinen beiden Termini einerseits das Mitgefühl innerhalb der Bevölkerung und andererseits die konservative Vorstellung eines zurückhaltenden Staates zum Ausdruck brachte.

Bush war diesem Ansatz früh zugeneigt und machte als Gouverneur von Texas in den 1990er-Jahren Olasky zu seinem Berater. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft betonte Bush

---

<sup>154</sup> Hertzberg, Hendrik: Fade to Bush. *The New Yorker*. 29. Januar 2001, S. 33-34.

<sup>155</sup> Huntington 2004: Who Are We? S. 256. Mehrere Forschungsbeiträge erklärten den multikulturellen Ansatz mit der Biographie Bushs, der während seiner Kindheit in Texas auf den Ölfeldern des Vaters häufig mit Mexikanerinnen und Mexikanern in Kontakt gekommen war. Die mexikanische Haushälterin der Familie, Paula Rendon, bezeichnete er rückblickend sogar als seine zweite Mutter. Vgl. Gerstle, Gary: Minorities, Multiculturalism, and the Presidency of George W. Bush. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): *The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment*. Princeton 2010, S. 255.

<sup>156</sup> Olasky, Marvin: *The Tragedy of American Compassion*. Wheaton 1992.

<sup>157</sup> Warburton, Terrence L.: George W. Bush's Conservatism. Compassionate or Compromised? In: Denton, Robert E. Jr. (Hg.): *The George W. Bush Presidency. A Rhetorical Perspective*. Lanham 2012, S. 124.

dann bei einem Auftritt in Phoenix explizit: „I am proud to be a compassionate conservative. I welcome the label. And on this ground I’ll take my stand.“<sup>158</sup> Auf dieser Grundlage entwickelte er einen Gerechtigkeitsbegriff, der sich von einer Gewährleistung von Chancengleichheit durch staatliche Eingriffe unterschied. In einer Rede im Juli 1999 in Indianapolis kritisierte Bush in diesem Zusammenhang die Sozialpolitik des früheren Demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson und den von ihm ausgerufenen Krieg gegen die Armut: „In the past, presidents have declared wars on poverty and promised to create a great society. But these grand gestures and honorable aims were frustrated. They have become a warning, not an example.“ Wirksame Fürsorge vollziehe sich stattdessen im lokalen Kontext durch religiöse Einrichtungen: „We found that government can spend money, but it can’t put hope in our hearts or a sense of purpose in our lives. This is done by churches and synagogues and mosques and charities that warm the cold of life. (...) Our national character shines in our compassion.“<sup>159</sup>

Auch in seiner Amtseinführungsrede erhob Bush den Begriff des Mitgefühls zum nationalen Identitätsmarker der USA und nahm dabei erneut seine Administration aus der primären Verantwortung: „[C]ompassion is the work of a nation, not just a government. (...) Church and charity, synagogue and mosque lend our communities their humanity.“<sup>160</sup> Der wiederholte Miteinbezug von Judentum und Islam verweist auf einen religiösen Pluralismus, der auch nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 Bushs Reden prägte (Kapitel 5.2) und sich mit dem bereits erwähnten Anspruch einer möglichst viele Gruppen einbeziehenden Identitätsvermittlung deckt.

Ein ausschließlicher Bezug auf ein lokal vermitteltes religiöses Mitgefühl hätte indessen den Staat und damit auch Bushs Präsidentschaft obsolet erscheinen lassen. Die Suche nach einem aktiven Betätigungsfeld zur Verwirklichung des Amerikanischen Traumes stellte gerade Bush als ersten nach dem Kalten Krieg gewählten Präsidenten der Republikanischen Partei vor Herausforderungen: Für viele Mitglieder der Republikaner hatte die Verteidigungspolitik das präferierte Gebiet der größten staatlichen Sichtbarkeit gebildet. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes verlagerte sich der Blick jedoch auf innenpolitische Themenfelder, in denen vor allem Demokratische Präsidenten Akzente gesetzt hatten durch Projekte wie Franklin D. Roosevelts New Deal oder Lyndon B. Johnsons War on Poverty. Auch Bushs Vorgänger Bill Clinton fokussierte sich in dieser Tradition auf die Reformierung des Gesundheitswesens sowie

---

<sup>158</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 185.

<sup>159</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 81-86.

<sup>160</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 2f. Bushs konservatives Staatsverständnis kam ferner zum Ausdruck im Bestreben der Rückführung des Sozialversicherungssystems. Vgl. Schild, Georg: Zwischen Freiheit des Einzelnen und Wohlfahrtsstaat. Amerikanische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Paderborn 2003, S. 16.

des Wohlfahrtsstaates. Derartige Initiativen stellten jedoch keinen gangbaren Weg dar für George W. Bush, der sich in der Tradition Ronald Reagans um eine Rückführung des Sozialstaates bemühte.<sup>161</sup>

Stattdessen legte Bush einen Fokus auf das Bildungswesen als zentrales Wirkungsfeld seiner Administration, um einen Beitrag zu einer chancengleichen Gesellschaft zu leisten. Alleine die ersten drei der insgesamt neun Reden in Bushs erwähnter Sammlung des Jahres 1999 befassten sich mit bildungspolitischen Fragen. Da die Kapitel dieses Bandes nicht chronologisch angeordnet waren, kann die Reihenfolge hierbei durchaus auch als Rangfolge verstanden werden.<sup>162</sup> Die ersten Initiativen im Amt bestätigten dies: Bereits zwei Tage nach seiner Inauguration hielt der neu gewählte Präsident am 22. Januar 2001 eine Konferenz zum Thema Bildung ab und diskutierte am Folgetag vormittags rund eine Stunde lang im Weißen Haus hierüber mit Mitgliedern beider großen Parteien, ehe er nachmittags offiziell seine Vorschläge an den Kongress übermittelte.<sup>163</sup> Am 27. Februar 2001 bezeichnete Bush schließlich im Repräsentantenhaus die geplanten Investitionen in das Bildungssystem als „my top priority“.<sup>164</sup>

Völlig aus der Luft gegriffen war diese Schwerpunktsetzung nicht: Mehrere wissenschaftliche Publikationen betonten während der Präsidentschaft Bushs die zentrale Bedeutung gleicher Bildungschancen zur Schaffung einer gerechten Gesellschaft, verwiesen diesbezüglich aber auch auf das noch bestehende große Optimierungspotenzial.<sup>165</sup> In diesem Sinne charakterisierte auch Bush im September 1999 in einer Rede in Los Angeles die öffentlichen Schulen des Landes als Ort zur Gewährleistung der Erfüllung des Amerikanischen Traumes: „At their best, America’s public schools have been a source of shared ideals. They gave millions of immigrants a start in life and a dream to follow. They were united by a golden thread of principle: that everyone, if given a chance, could rise in the world and contribute to their country.“ Dieser Auftrag bestehe im 21. Jahrhundert in unverminderter Weise: „In all its simplicity, that is still the mission and mandate of public education in America.“<sup>166</sup> Hieran anschließend erklärte Bush in einer Zeit ohne offenkundige äußere Bedrohung die Verbesserung

---

<sup>161</sup> Dieses skeptische Verhältnis zu einem übergeordneten und dominierenden Staatskörper lässt sich bis in die Gründungszeit zurückverfolgen, als sich die Kolonien vom englischen König lösten. Vgl. Schild 2003: Amerikanische Sozialpolitik, S. 381.

<sup>162</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 7-77.

<sup>163</sup> The Daily Diary of President George W. Bush, 22./23. Januar 2001. George W. Bush Presidential Library. 2015-0012-F, Box 1.

<sup>164</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 141.

<sup>165</sup> Hochschild, Jennifer L. / Scovronick, Nathan B.: The American Dream and the Public Schools. New York 2003; Johnsons, Heather: The American Dream and the Power of Wealth: Choosing Schools and Inheriting Inequality in the Land of Opportunity. New York 2006.

<sup>166</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 17.

des nationalen Bildungsstandes zur zentralen Herausforderung für die Vereinigten Staaten, als er im März 2000 in Milwaukee mit Blick auf die Analphabetismus-Rate von einer landesweiten Krise sprach und die Notwendigkeit weitreichender Gegenmaßnahmen unterstrich: „The problem of illiteracy is national in its impact. It requires a response national in reach.“<sup>167</sup>

Mehrfach rief Bush zu politischer Einigkeit in dieser Frage auf wie in seiner erwähnten Rede in Los Angeles 1999: „Education is too important to have a strategy of divide and conquer. Unless (...) Republicans and Democrats can find common purposes, reform will fail.“<sup>168</sup> Diese angestrebte parteiübergreifende Zustimmung entlang einer bildungspolitischen Agenda erreichte Bush in seinen ersten Monaten als Präsident jedoch nicht, sondern sah sich stattdessen mit Legitimations- und Akzeptanzproblemen infolge eines äußerst knappen Wahlergebnisses konfrontiert: Zum einen hatte der Demokratische Kandidat Al Gore rund eine halbe Million Stimmen mehr erhalten und nur aufgrund des spezifischen US-amerikanischen Wahlsystems verloren, in welchem die Ergebnisse in den 50 Bundesstaaten jeweils getrennt gewertet werden und die Stimmen des unterlegenen Kandidaten nicht in das Endergebnis einfließen. Zum anderen ging der wahlentscheidende Staat Florida unter umstrittenen Umständen mit lediglich 537 Stimmen Vorsprung erst dann an Bush, als der Oberste Gerichtshof eine Neuauszählung untersagte.

Hierauf nahm das *Time Magazine* in der Berichterstattung über Bushs Amtseinführung Bezug, als es Fotos Protestierender mit Plakat-Schriftzügen wie „Illegitimate“ abdruckte und in der Bildunterschrift feststellte: „At times there were more protesters than well-wishers along the parade route, hurling insults and even foods at Bush’s motorcade.“<sup>169</sup> Die Hypothek der Wahlumstände potenzierte sich durch den Vorwurf mangelnder Sachkenntnis und Reife. Wiederholt bedachte das *Time Magazine* George W. Bush mit Blick auf seinen Zweitnamen mit der verniedlichenden Betitelung „Dubya“ und stellte in einem Beitrag im März 2001 unter dem Titel „Easy Does It“ ein geringes Arbeitspensum des neu gewählten Präsidenten fest: „Compared with Clinton – or Cheney – George W. Bush is certainly no workaholic.“<sup>170</sup> An anderer Stelle bezeichneten politische Beobachter Bush als „political hooley“ oder „a callow and illiterate president“.<sup>171</sup>

---

<sup>167</sup> Bush 2000: *Renewing America’s Purpose*, S. 81.

<sup>168</sup> Bush 1999: *A Fresh Start for America*, S. 17.

<sup>169</sup> Carney, James / Dickerson, John F.: *Rolling Back Clinton*. *Time Magazine*. 29. Januar 2001, S. 32.

<sup>170</sup> Carney, James / Dickerson, John F.: *Easy Does It*. *Time Magazine*. 19. März 2001, S. 38-40.

<sup>171</sup> Ivins, Molly / Dubose, Lou: *Shrub: The Short but Happy Political Life of George W. Bush*. New York 2000, S. 179; Miller, Mark Crispin: *The Bush Dyslexicon: Observations of a National Disorder Company*. New York 2001, S. 259.

Auf Kritik stieß zudem die im Sommer 2001 verabschiedete Senkung der Einkommenssteuer.<sup>172</sup> Die politische Beobachterin Karen Tumulty betonte, dass die Reform Gutverdienende prozentual am meisten begünstige und damit im Widerspruch stehe zu Bushs Narrativ einer chancengleichen Gesellschaft. Vor allem das Konzept des Compassionate Conservatism kritisierte Tumulty als inhaltsleere Floskel ohne Entsprechung in der tatsächlichen Politik: „His [Bush’s] compassionate rhetoric masked his conservatism, but five months of decision making have pulled off the mask.“<sup>173</sup> Auch die politischen Mehrheitsverhältnisse änderten sich im Zuge des Steuergesetzes zuungunsten des Präsidenten: Am 24. Mai 2001 trat Senator Jim Jeffords aus Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik der Bush-Administration aus der Republikanischen Partei aus, wodurch die Demokraten mit 50 zu 49 Sitzen die Mehrheit im Senat übernahmen.

In der Bevölkerung schwand der Rückhalt für den Präsidenten ebenfalls sukzessive. In einer im Juni 2001 im *Time Magazine* publizierten Umfrage zeigten sich 38 Prozent der Befragten unzufrieden mit der Amtsführung des Präsidenten – und damit 14 Prozent mehr als noch im Februar unmittelbar nach Bushs Inauguration.<sup>174</sup> Diese Entwicklungen gingen auch am Weißen Haus nicht unbemerkt vorüber. Nach der erfolgreichen Verabschiedung der Steuerreform kündigte Bushs Beraterin Karen Hughes eine inhaltliche Neuorientierung an: Künftig werde der Präsident vermehrt grundsätzliche Fragen thematisieren und das Konzept des Compassionate Conservatism stärker an dessen emphatischer Komponente ausrichten: „We’re moving to a second stage. He [Bush] is going to talk about bigger themes.“<sup>175</sup>

Zum Tragen kam dies kurz vor den Anschlägen vom 11. September, als Bush einen erneuten Themenwechsel vornahm und seine erste große Fernsehansprache an die Nation am 9. August 2001 der Stammzellenforschung widmete. Die bisher vom Präsidenten kaum diskutierte Frage der moralischen Vertretbarkeit einer staatlichen Finanzierung entsprechender Forschungen bezeichnete Bush nun als zentral für die Vereinigten Staaten und leitete hieraus eine nationale Identität als fortschrittliche Wissenschaftsnation ab: „The United States has a long and proud record of leading the world toward advances in science and medicine that improve human life.“<sup>176</sup> Das *Time Magazine* betonte bei der Analyse der Rede zunächst die grundlegend hohe Bedeutung derartiger landesweit übertragener Ansprachen zur Adressierung von

---

<sup>172</sup> Die Steuerreform bildete anfangs die zweite große Gesetzesinitiative der Bush-Administration neben dem No Child Left Behind Act. Letzterer sah stärkere finanzielle Aufwendungen des Staates in das Bildungssystem und flächendeckende Schulleistungstests vor, trat jedoch erst Anfang 2002 nach den Terroranschlägen vom 11. September abseits der ganz großen Aufmerksamkeit in modifizierter Form in Kraft.

<sup>173</sup> Tumulty, Karen: A One-Man Earthquake. *Time Magazine*. 4. Juni 2001, S. 33.

<sup>174</sup> Time / CNN Poll. *Time Magazine*. 4. Juni 2001, S. 32.

<sup>175</sup> Carney, James: A Few Small Repairs. *Time Magazine*. 9. Juli 2001, S. 23.

<sup>176</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 953f.

Grundsatzfragen: „Prime-time presidential addresses are good for declaring war on enemies foreign and domestic. We’ve had the war on poverty, on crime, on drugs, and these exercises are often as much about defining a presidency as defeating an enemy.“ Bushs Thematisierung der Stammzellenforschung in diesem Rahmen zeuge daher von wenig bedeutsamen politischen Zeiten: „So it tells you something about the times we live in that George W. Bush’s first big televised chat with the nation was not about war or welfare or weapons systems, but about bioethics.“<sup>177</sup> Im Sommer des Jahres 2001 verfestigte sich damit das Bild eines suchenden Präsidenten ohne übergeordnete Agenda, der in relativ schneller Folge verschiedene innenpolitische Themen zur Sprache brachte.

### 3.3 Die Rolle der Außenpolitik in der Bush-Administration vor dem 11. September 2001

In der Rückschau auf seine achtjährige Präsidentschaft traten Bushs frühe Initiativen in der Innenpolitik in den Hintergrund angesichts des außenpolitischen Schwerpunktes durch den Krieg gegen den Terror. Einige Autorinnen und Autoren erkannten unter diesem Eindruck bereits in Bushs Reden vor dem 11. September 2001 Elemente einer aktiven und offensiven Außenpolitik wie der Politikwissenschaftler Jack Holland: „[T]he clues to post-9/11 American foreign policy discourse were already evident during the 2000 presidential campaign.“<sup>178</sup> Dem Kommunikationswissenschaftler Joseph Valenzano zufolge bildeten die Anschläge sogar das politische Kapital zur Umsetzung einer schon vorhandenen außenpolitischen Strategie. Auch der im Krieg gegen den Terror zentrale Freiheitsbegriff habe bereits in Bushs Rede zur Amtseinführung im Januar 2001 eine wichtige Stellung eingenommen.<sup>179</sup>

In den Quellen finden sich vereinzelt Belege für diese Sichtweise. In der Militär-Hochschule The Citadel in Charleston deutete Bush im September 1999 den Kalten Krieg rückblickend als Konflikt um zwei Lebensformen, wobei er die USA wie später im Krieg gegen den Terror (Kapitel 5.1) als freiheitlich charakterisierte: „Our world, shaped by American courage, power and wisdom, now echoes with American ideals. We won a victory, not just for a nation, but for a vision. A vision of freedom and individual dignity.“ Auch den internationalen Terrorismus zählte Bush bereits im November 1999 in einer Rede in der Ronald Reagan Presidential Library in Kalifornien zu den Gegnern US-amerikanischer Werte: „Even in this

---

<sup>177</sup> Gibbs, Nancy / Duffy, Michael: „We Must Proceed with Great Care.“ *Time Magazine*. 20. August 2001, S. 14.

<sup>178</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 134.

<sup>179</sup> Valenzano III, Joseph M.: *The Presidency that Almost Wasn’t. George W. Bush’s First Inaugural*. In: Denton, Robert E. Jr. (Hg.): *The George W. Bush Presidency. A Rhetorical Perspective*. Lanham 2012, S. 2/7.

time of pride and promise, America has determined enemies, who hate our values and resent our success – terrorists and crimes syndicates and drug cartels and unbalanced dictators.“<sup>180</sup>

In seiner Inaugural Address bestimmte Bush schließlich – wie von Valenzano angemerkt – die Identität der Vereinigten Staaten nicht nur über den Amerikanischen Traum, sondern betonte auch den globalen Einfluss seines Landes als Gewährer von Freiheit und Demokratie im internationalen Kontext: „Through much of the last century, America’s faith in freedom and democracy was a rock in a raging sea.“ Diese Rolle bezog der Präsident jedoch primär auf die Vergangenheit. Gegenwärtig sah er die USA stattdessen mit der Herausforderung konfrontiert, in einer Zeit ohne große äußere Bedrohungen dieselbe Kraft und Entschlossenheit zu erreichen wie in früheren Krisen: „Our national courage has been clear in times of depression and war, when defeating common dangers defined our common good. Now we must choose if the example of our fathers and mothers will inspire us or condemn us. We must show courage in a time of blessing.“<sup>181</sup>

Auf der Suche nach einem bestimmenden Signum dieser scheinbar konfliktfreien Gegenwart richtete Bush den Blick ins Landesinnere (Kapitel 3.2), während er im Bereich der Außenpolitik einen dezidiert pragmatischen Ansatz verfolgte. Deutlich zeigte sich dies während des Wahlkampfes in der zweiten Fernsehdebatte am 11. Oktober 2000 zwischen Bush und seinem Konkurrenten Al Gore von der Demokratischen Partei. Die Einstiegsfrage von Moderator Jim Lehrer nach den zu erwartenden außenpolitischen Grundprinzipien beantworteten beide Kandidaten mit einer sehr unterschiedlichen Akzentuierung. Während Bush mehrfach auf eine enge Orientierung an nationalen Interessen verwies, bezeichnete Gore Außenpolitik als „a question of values“ und sprach den USA die Aufgabe der globalen Verbreitung von Demokratien zu: „But I think that we also have to have a sense of mission in the world.“ Bush dagegen kam am Ende seiner Antwort ungefragt auf die Bedeutung von Bildungspolitik zu sprechen.<sup>182</sup>

Auch worin konkret das rationale außenpolitische Interesse der Vereinigten Staaten bestand, war innerhalb der Bush-Administration vor dem 11. September 2001 angesichts konkurrierender Strömungen umstritten.<sup>183</sup> Das Verteidigungsministerium unter der Leitung Donald Rumsfelds und seines Stellvertreters Paul Wolfowitz präferierte eine offensive Außenpolitik in der Tradition des Neokonservatismus (Kapitel 6.4) und strebte den Erhalt der

---

<sup>180</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 128/150.

<sup>181</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 1f.

<sup>182</sup> Commission on Presidential Debates. General Election Presidential Debate. October 11, 2000. Transcript.

<sup>183</sup> Staack, Michael: Die Außenpolitik der Bush-Administration. *APuZ* 37 (2008), S. 6-13; Widmaier, Wesley W.: Presidential Rhetoric from Wilson to Obama. Constructing Crises, Fast and Slow. New York 2015, S. 97.

globalen US-Hegemonie auch mit militärischen Mitteln an. Dem gegenüber stand ein zurückhaltenderes Außenministerium um Vietnamkriegsveteran Colin Powell, der bereits in einem Artikel aus dem Jahr 1992 das Führen von Kriegen nur als letztes Mittel gutgeheißen hatte.<sup>184</sup> Selbst die Nationale Sicherheitsberaterin und spätere Befürworterin des Irakkrieges, Condoleezza Rice, warnte in einem Beitrag in der Zeitschrift *Foreign Affairs* im Jahr 2000 noch vor einer außenpolitischen Überdehnung der eigenen Ressourcen und plädierte für eindeutig definierte und zeitlich begrenzte Militäreinsätze wie 1991 in Kuwait.<sup>185</sup>

Das infolge des Irakkrieges postulierte Selbstverständnis der USA als Verbreiter von Freiheit und Demokratie (Kapitel 6.4) war vor dem 11. September 2001 also allenfalls in Teilen der Bush-Administration vorherrschend und keineswegs ein leitendes Prinzip. Bush selbst tendierte sogar eher zu einem außenpolitischen Rückzug. In der Frühphase des Wahlkampfs sprach er sich 1999 für einen schnellen Abzug aus dem Kosovo aus und stieß damit auch auf Kritik. Führende Neokonservative (Kapitel 6.4) wie William Kristol unterstützten im innerparteilichen Vorwahlkampf der Republikaner zunächst Bushs Gegenkandidaten John McCain aufgrund dessen Eintretens für eine Ausweitung des US-Militäreinsatzes auf dem Balkan: „I preferred McCain, and Kosovo was what he did for me.“<sup>186</sup> Bush dagegen rief in der zweiten Fernsehdebatte im Oktober 2000 zu außenpolitischer Demut auf: „[O]ur nation stands alone right now in the world in terms of power, and that’s why we have to be humble.“<sup>187</sup> Im Sommer 2001 verfolgte die US-Administration schließlich Warnungen der Geheimdienste vor einem bevorstehenden Terroranschlag auf die USA nicht mit Nachdruck.<sup>188</sup>

Auch internationalen Abkommen begegneten die Vereinigten Staaten im Vorfeld des 11. Septembers mit skeptischer Distanziertheit.<sup>189</sup> In den ersten Monaten als Präsident verweigerte Bush die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen und begründete dies am 11. Juni 2001 mit innenpolitischen Interessen: „For America, complying with those mandates would have a negative economic impact, with layoffs

---

<sup>184</sup> Powell, Colin: U.S. Forces: Challenges Ahead. *Foreign Affairs* 71 (1992), S. 32-45.

<sup>185</sup> Rice, Condoleezza: Promoting the National Interest. *Foreign Affairs* 79 (2000), S. 45-62.

<sup>186</sup> Widmaier 2015: Presidential Rhetoric, S. 97.

<sup>187</sup> Commission on Presidential Debates. General Election Presidential Debate. October 11, 2000. Transcript.

<sup>188</sup> Ein internes Papier des FBI warnte den Präsidenten am 6. August 2001 ausdrücklich vor einer erhöhten Gefahr durch Osama bin Laden, der zudem den USA in einem Interview mit dem *Time Magazine* im Januar 1999 öffentlich den Krieg erklärt hatte (Kapitel 4.4). Der Politikwissenschaftler Gene Edward Smith betitelte in diesem Kontext das Kapitel seiner Bush-Biographie zur Außenpolitik vor dem 11. September „Asleep at the Switch“ mit Blick auf die Nachlässigkeit gegenüber dem internationalen Terrorismus. Vgl. Smith, Gene Edward: Bush. New York 2016, S. 204-228.

<sup>189</sup> Diese Abkehr vom Multilateralismus Bill Clintons bildete vor dem 11. September 2001 eines der wenigen Elemente im Sinne der Befürworterinnen und Befürworter einer aktiven und konfrontativen Außenpolitik innerhalb der Bush-Administration. Vgl. Schild 2002: Die bedrohte Supermacht, S. 97-120.

of workers and price increases for consumers.“<sup>190</sup> In diese Logik fügte sich auch die Halbierung der Etatforderung von Verteidigungsminister Rumsfeld zugunsten der geplanten Steuersenkungen.<sup>191</sup>

Außenpolitische Fragen waren für George W. Bush demnach zunächst von nachrangiger Bedeutung, was auch in seinen übergeordneten Leitlinien zum Ausdruck kam. Im Oktober 1999 umriss Bush drei grundsätzliche Ziele seiner möglichen Präsidentschaft, die er alle im innenpolitischen Kontext verortete: Die Schaffung einer „responsibility era“ nahm Bezug auf die Eigenverantwortlichkeit und den Konservatismus in Bushs Agenda, die Stärkung von Wohlfahrtsorganisationen dagegen auf den Faktor des Mitgefühls innerhalb des Konzepts des Compassionate Conservatism (Kapitel 3.2). Das dritte Ziel der Gewährleistung gleicher Bildungschancen für jedes Kind bezog sich schließlich auf den staatlichen Beitrag zu einer chancengleichen Gesellschaft.<sup>192</sup>

Ein Blick auf den Tag vor den Anschlägen am 11. September 2001 verdeutlicht exemplarisch sowohl die außenpolitische Konturlosigkeit als auch die innenpolitische Schwerpunktsetzung von Bushs Präsidentschaft bis zu diesem Zeitpunkt. Zum einen stellte das *Time Magazine* an diesem 10. September in einem Artikel über Außenminister Powell ein uneindeutiges außenpolitisches Profil der US-Administration fest.<sup>193</sup> Zum anderen startete an diesem Montag die über mehrere Tage angelegte Initiative „Putting Reading First“ des Präsidenten, um den Kongress von den geplanten Investitionen in das Bildungswesen zu überzeugen.<sup>194</sup> Zum Auftakt nahm Bush mit Bildungsminister Roderick Paige in Florida an einem Kongress teil und forderte im Anschluss daran: „There’s too many of our kids in America who can’t read today (...). And now it’s time to wage war on illiteracy for the young and to whip this problem early.“<sup>195</sup>

Diese letzten öffentlichen Worte des Präsidenten vor den Terroranschlägen vom 11. September illustrieren erneut eine Identitätsstiftung im innenpolitischen Kontext: Durch die Metaphorisierung des Kriegsbegriffs erklärte Bush die Bekämpfung des Analphabetismus zur zentralen gegenwärtigen Aufgabe der Vereinigten Staaten. Den internationalen Terrorismus verstand er dagegen bis zu diesem Zeitpunkt – wie im November 1999 in der Reagan Library zum Ausdruck gebracht – als lediglich einen von vielen gleichrangigen Gegnern neben

---

<sup>190</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 635f.

<sup>191</sup> Widmaier 2015: Presidential Rhetoric, S. 99.

<sup>192</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 183-185.

<sup>193</sup> McGeary, Johanna: Odd Man Out. *Time Magazine*. 10. September 2001, S. 24-32.

<sup>194</sup> Putting Reading First. September 10, 2001. 4:51 PM. George W. Bush Presidential Library. 2014-0158-F, Box 2.

<sup>195</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1097.

Verbrechersyndikaten und Drogenkartellen, nicht jedoch als zentralen Gegenpol der US-amerikanischen Nation.<sup>196</sup>

Am 11. September 2001 setzte Bush seine Bildungsinitiative zunächst fort und besuchte die Stadt Sarasota in Florida, um in der dortigen Emma E. Booker Elementary School unter mehrheitlich afroamerikanischen Schülerinnen und Schülern für eine chancengleiche Gesellschaft zu werben. Für 9.30 Uhr war in der Schule eine kurze Ansprache vorgesehen, für die ein internes Vorbereitungspapier dem Präsidenten folgende „suggested lines“ nahelegte: „We face a national crisis in education, and it demands immediate attention.“<sup>197</sup> Tatsächlich hielt Bush an jenem Dienstagvormittag um 9.30 Uhr in eben jener Schule eine Rede über eine nationale Notlage – diese befasste sich jedoch nicht wie ursprünglich geplant mit bildungspolitischen Missständen, sondern mit Fragen der nationalen Sicherheit: Um 8.46 Uhr war das erste entführte Flugzeug in den Nordturm des World Trade Centers in New York City geflogen, um 9.03 Uhr das zweite in den Südturm. Mit den Terroranschlägen auf die Vereinigten Staaten wandelte sich auch George W. Bushs Charakterisierung einer nationalen US-amerikanischen Identität grundlegend.

---

<sup>196</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 150.

<sup>197</sup> Remarks at Emma E. Booker Elementary School. Sarasota, Florida. September 11, 2001. Draft 9, Suggested Lines. George W. Bush Presidential Library. 2014-0158-F, Box 2.

## 4. Der 11. September 2001 und die Selbstvergewisserung der US-amerikanischen Nation

### 4.1 Zwischen Deutungsbedürfnis und -potenzial. Das narrative Vakuum infolge der Anschläge

Um den historischen Stellenwert des 11. Septembers 2001 entwickelten sich kontroverse Diskussionen, in denen nicht selten die Bedeutung der Ereignisse relativiert wurde.<sup>198</sup> Bereits drei Tage nach den Anschlägen verwies der Ökonom Paul Krugman in der *New York Times* auf die verhältnismäßig geringen materiellen Folgen: „Nobody has a dollar figure for the damage yet, but I would be surprised if the loss is more than 0.1 percent of U.S. wealth – comparable to the material effects of a major earthquake or hurricane. (...) [T]he destruction isn't big compared with the economy.“<sup>199</sup> Tatsächlich erholte sich die Wirtschaft der Vereinigten Staaten relativ schnell. Der Aktienindex Dow Jones mit den größten US-Unternehmen verzeichnete zwar kurzzeitig massive Verluste, erreichte jedoch noch vor Ende des Jahres 2001 wieder das Niveau der Zeit vor dem 11. September. Diese materiell-ökonomische Perspektive verliert allerdings die zeitgenössische Wahrnehmung aus dem Blick. Diesbezüglich kann die mentale Wirkung der Anschläge aus einer Vielzahl von Gründen kaum überschätzt werden.

Angriffe auf die Vereinigten Staaten hatte es zwar schon zuvor gegeben – wie etwa die japanische Attacke auf die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor 1941. Im Gegensatz dazu war aber am 11. September nicht mehr die Peripherie getroffen, sondern das amerikanische Festland mit rund 3000 zivilen Opfern. Damit erodierte zugleich ein über Jahrhunderte gewachsenes Sicherheitsgefühl, das auf der Annahme einer Unverwundbarkeit aufgrund des geografischen Schutzes zweier Ozeane in Ost und West beruht hatte. In der Erschütterung dieser Vorstellung sah der Historiker John Lewis Gaddis die eigentliche Bedeutung der Anschläge: „It was not just the Twin Towers that collapsed on that morning of September 11, 2001: so too did some of our most fundamental assumptions about international, national, and personal security.“<sup>200</sup>

Zudem trafen die Anschläge keineswegs beliebige Ziele, sondern mit dem World Trade Center in New York City und dem Pentagon in Arlington als Hauptsitz des Verteidigungsministeriums zentrale Symbole US-amerikanischer Wirtschafts- und Militärstärke. Die Zerstörung des World Trade Centers veränderte darüber hinaus unwiderbringlich das Stadtbild New Yorks, das durch zahlreiche populärkulturelle Aufnahmen

---

<sup>198</sup> Butter, Michael / Christ, Birte / Keller, Patrick (Hg.): 9/11: Kein Tag, der die Welt veränderte. Paderborn 2011.

<sup>199</sup> Krugman, Paul: After the Horror. *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

<sup>200</sup> Gaddis, John Lewis: Surprise, Security and the American Experience. Cambridge Mass. 2004, S. 80.

fest im öffentlichen Bewusstsein verankert gewesen war.<sup>201</sup> Dem Philosophen Jürgen Habermas zufolge verschwand mit dem Einsturz der Zwillingstürme nichts weniger als eine „Ikone im Bilderhaushalt der amerikanischen Nation“.<sup>202</sup>

Schließlich lag die immense Wirkung der Anschläge auch im Faktor der Überraschtheit begründet. Zwar hatte es im Vorfeld Hinweise der Geheimdienste gegeben (Kapitel 3.3), im Gegensatz zum Angriff auf Pearl Harbor 1941 jedoch keine nennenswerte öffentliche Debatte um das Gefahrenpotenzial des Gegners.<sup>203</sup> Auch Präsident Bush traf die Ereignisse sichtlich unvorbereitet: Seine Ansprache am Morgen des 11. Septembers in Sarasota stellt den seltenen Fall einer ausschließlich handschriftlich formulierten Rede dar.<sup>204</sup> Die wahrgenommene Unmittelbarkeit potenzierte sich durch die mediale Vermittlung, die einen ungleich größeren Personenkreis als bei früheren Attentaten direkt an den Geschehnissen teilhaben ließ: Bereits drei Minuten nach dem Einschlag des ersten Flugzeuges in das World Trade Center um 8.46 Uhr zeigte der Nachrichtensender CNN die Bilder live – wie auch den Einsturz der beiden Türme rund eine Stunde später. Schätzungen zufolge verfolgten über den Tag weltweit rund zwei Milliarden Menschen die Fernsehbilder.<sup>205</sup>

All diese Faktoren bedingten die große Wirkkraft des 11. Septembers, die sich insbesondere in der zeitgenössischen Wahrnehmung einer Zäsur manifestierte. CNN-Moderator Bill Hemmer leitete seine Schilderung am Abend aus Atlanta mit folgender Vorbemerkung ein: „On a normal day, and I underscore the word normal because we are far from that at this point (...).“ Diese Anormalität vermittelte der Sender in seinem Tagesrückblick mit Berichten über Hamsterkäufe, Menschenschlangen zur Abgabe von Blutspenden und die Einstellung des gesamten Flugverkehrs. Die Reporter Bill Delaney aus Boston und Frank Buckley aus Los Angeles bezeichneten die Atmosphäre an den dortigen menschenleeren Flughäfen wortgleich als „very eerie“.<sup>206</sup> Am Folgetag schrieb die *New York Times* schließlich von einer Lähmung der US-amerikanischen Nation mit Blick auf die Absagen von Baseball-Spielen oder die Schließung von Disneyland.<sup>207</sup>

---

<sup>201</sup> Hartwig, Marcel: Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA. *APuZ* 27 (2011), S. 33.

<sup>202</sup> Habermas, Jürgen / Derrida, Jacques: Philosophie in Zeiten des Terrors. Zwei Gespräche, geführt und kommentiert von Giovanna Borradori. Hamburg 2006, S. 52.

<sup>203</sup> Callahan, Kathe / Dubnick, Melvin J. / Olshfski, Dorothy: War Narratives: Framing Our Understanding of the War on Terror. *Public Administration Review* 66 (2006), S. 554.

<sup>204</sup> George W. Bush Handwriting. September 11, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2014-0158-F, Box 2.

<sup>205</sup> Redfield, Marc: The Rhetoric of Terror. Reflections on 9/11 and the War on Terror. New York 2009, S. 26f.

<sup>206</sup> CNN Live Event/Special. September 11, 2001. 10:14 PM. Transcript, S. 5-14. George W. Bush Presidential Library. 2014-0041-F, Box 1.

<sup>207</sup> Harden, Blaine: Physical and Psychological Paralysis of Nation. *The New York Times*. 12. September 2001, A18. Dieses Aufbrechen von Routinen versteht der Tübinger Sonderforschungsbereich als zentrales Charakteristikum einer bedrohten Ordnung. Vgl. Frie/Nieswand 2017: Zwölf Thesen, S. 6.

Viele weitere Tageszeitungen verliehen am Tag nach den Anschlägen dem empfundenen Einschnitt durch die Überschriften auf ihren Titelseiten Ausdruck: Während *The Detroit News* („America Savaged, Forever Changed“) und das *Philadelphia City Paper* („Nothing Will Ever Be the Same“) die Perzeption einer Zäsur auf explizite Weise hervorhoben, taten dies der *College Heights Herald* („9.11.01“) und der *York Daily Record* („9/11/01“) durch den Verweis auf das Datum als Startpunkt einer neuen Entwicklung.<sup>208</sup>

In der Folge fand das Diskontinuitätspostulat seine Verdichtung im Schlagwort „9/11“: Die Bezugnahme auf die Terroranschläge erfolgte auf der Ebene der Zeitlichkeit durch das Anschlagdatum – und nicht in räumlichen Dimensionen durch die Angabe des Orts, wie dies im Fall des Angriffs auf Pearl Harbor 1941 der Fall gewesen war.<sup>209</sup> Dem Philosophen Jacques Derrida zufolge spiegelte sich im häufigen Verweis auf das bloße Datum der Umstand, dass sich die Geschehnisse einer tiefergehenden plausiblen Erklärung entzogen: „[W]e repeat this [9/11] (...) to deny (...) our powerlessness to name in an appropriate fashion, to characterize, to think the thing in question, to get beyond the mere deictic of the date: something terrible took place on September 11, and in the end we don't know what.“<sup>210</sup>

Dieses Unvermögen einer Einordnung der Terroranschläge findet sich in zahlreichen Quellen. In seiner Analyse der unmittelbaren Reaktionen stellte Jack Holland heraus, dass die zeitgenössischen Schilderungen von anwesenden Personen meist nicht über eine rein deskriptive Ebene hinaus gingen. Falls doch eine Einbettung in größere Zusammenhänge erfolgte, geschah dies in einem fiktionalen Rahmen und nicht in einem politischen – durch Vergleiche der Ereignisse mit dem Kinofilm *Independence Day* aus dem Jahr 1996 oder dem Radio-Hörspiel *War of Worlds* aus dem Jahr 1938, die beide jeweils von Angriffen Außerirdischer handelten.<sup>211</sup> Dass diese Wahrnehmung verschiedenste Gesellschaftsschichten durchzog, illustriert ein persönlicher Rückblick des Kulturkritikers Daniel Mendelsohn auf den Tag der Anschläge: „[A]t the time, the first, irrational thought that came into my staggered mind was that someone was making a blockbuster disaster movie.“<sup>212</sup>

Auch in der medialen Berichterstattung nahm diese Perplexität breiten Raum ein. Während der Fernsehsender CNN tagsüber immer wieder nahezu unkommentiert die Bilder des

---

<sup>208</sup> September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages Selected by the Poynter Institute. Kansas City 2001, S. 42-92.

<sup>209</sup> Holland, Jack / Jarvis, Lee: „Night Fell on a Different World“: Experiencing, Constructing and Remembering 9/11. *Critical Studies on Terrorism* 7 (2014), S. 187-204.

<sup>210</sup> Borradori, Giovanna: *Philosophy in a Time of Terror. Dialogues with Jürgen Habermas and Jacques Derrida*. Chicago 2003, S. 87.

<sup>211</sup> Holland, Jack: From September 11th, 2001 to 9-11: From Void to Crisis. *International Political Sociology* 3 (2009), S. 280.

<sup>212</sup> Mendelsohn, Daniel: September 11 at the Movies. *The New York Review of Books* 53/14 (2006), S. 43.

Einsturzes und der anschließenden Verwüstung zeigte, sprach die Moderatorin Paula Zahn am Abend von einem Schockzustand unter Millionen Menschen und beschrieb die Stadt New York in ihrer Gesamtheit als „paralyzed“.<sup>213</sup> Am 12. September bezeichneten fünf Tageszeitungen – der *Arizona Daily Star*, *The Register-Guard*, *The Patriot News*, die *Bucks County Courier Times* und *The Salt Lake Tribune* – die Terroranschläge in der Überschrift auf ihrer Titelseite wortgleich als „Unthinkable“, während die *Quad-City Times* und die *Pioneer Press* die Ereignisse des Vortages als „Beyond Belief“ charakterisierten.<sup>214</sup> Fünf Tage nach den Anschlägen zitierte schließlich die *New York Times* an exponierter Stelle auf ihrer kompletten dritten Seite die Aussagen ungläubiger US-Amerikanerinnen und -Amerikaner.<sup>215</sup>

Ein entsprechendes Bewusstsein kam auch in der Politik über Parteigrenzen hinweg zum Ausdruck. Am Abend des 11. Septembers sprach Präsident Bush von „disbelief“, ehe am Folgetag der Republikanische Fraktionsführer Trent Lott in der Senatsdebatte betonte: „There is no way to understand it.“ Ähnlich äußerten sich anschließend die beiden Vertreter des direkt betroffenen Bundesstaates New York: Charles Schumer verwies auf die Schwierigkeit einer angemessenen Beschreibung der Geschehnisse, während Hillary Clinton die bereits erwähnte wahrgenommene Nähe zur Fiktionalität aufgriff: „This was not an event they watched in horror on television but lived through.“<sup>216</sup>

In diesen Aussagen erkannten Teile der Forschung eine diskursive Leere, da das sprachliche Artikulationsvermögen nach den Anschlägen vorübergehend versagt habe.<sup>217</sup> Als einer der ersten betonte Richard Jackson in diesem Zusammenhang: „[L]anguage itself appeared to collapse along with the Twin Towers.“<sup>218</sup> Allerdings stellte ein solches Sprachversagen nur ein Phänomen unter mehreren dar: Eine Vielzahl der Augenzeuginnen und -zeugen sprach vom ersten Moment an über den Einsturz der beiden Türme, etwa in Form der erwähnten Vergleiche zur Populärkultur. Die Leere in diesen Äußerungen bezog sich demnach nicht auf die Sprache als solche, sondern auf das Unvermögen einer Einordnung der Ereignisse mit sprachlichen Mitteln. Die Stunden und Tage nach den Anschlägen waren daher eher von einem narrativen Vakuum geprägt als von einem sprachlichen.<sup>219</sup>

---

<sup>213</sup> CNN Live Event/Special. September 11, 2001. 10:14 PM. Transcript, S. 7. George W. Bush Presidential Library. 2014-0041-F, Box 1.

<sup>214</sup> September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages, S. 3-106.

<sup>215</sup> Cronin, Anne: „I Can’t Watch. Don’t Watch. ... Run. It’s Going to Come Down.“ *The New York Times*. 16. September 2001, A3.

<sup>216</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1099; Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9284-S9288.

<sup>217</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 78.

<sup>218</sup> Jackson 2005: *Writing the War on Terrorism*, S. 29.

<sup>219</sup> Callahan/Dubnick/Olshfski 2006: *War Narratives*, S. 554.

In dieser offenen Situation richteten sich die Blicke in besonderem Maße auf den Präsidenten, dem vielfach die Interpretationshoheit über die Geschehnisse übertragen wurde. Auf die Frage, ob es sich bei den Anschlägen um einen Kriegsakt handele (Kapitel 4.2), antwortete New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani wenige Stunden nach dem Einsturz der beiden Türme: „I think the president is the one that has to respond.“<sup>220</sup> Im Senat beriefen sich am 12. September auch Politiker der Demokratischen Partei wie Charles Schumer bei der Diskussion um eine angemessene Reaktion auf den Präsidenten: „He [Bush] will be our leader. He will come up with a plan.“<sup>221</sup> Die *New York Times* gab derweil Bushs Einschätzung der Lage mehrfach unmittelbar wider durch die mehrfache unkommentierte Veröffentlichung seiner Reden im Wortlaut am jeweiligen Folgetag.<sup>222</sup>

In einem Kommentar in der *New York Times* betonte der Historiker Michael Beschloss am 17. September schließlich, dass die Aufgabe der nationalen Selbstvergewisserung gerade in Krisenzeiten dem Präsidenten aufgrund seiner Rolle als Staatsoberhaupt zufalle: „Unlike leaders of most other countries, America’s president is required under the Constitution to be both political manager and head of state. In a crisis, we ask him as political manager to explain to us what has happened and how we should respond. We look to him as the head of state for reassurance and to unite us as a people.“ Aus dieser exponierten Stellung leitete Beschloss einen expliziten Deutungsaufrag an Bush in der gegenwärtigen Konstellation ab: „Now we are led by President George W. Bush into a confrontation unlike any we have endured before. He must tell us what to think about a danger that few Americans were aware of even a week ago.“<sup>223</sup> In der Öffentlichkeit rückte also Bushs Funktion als „national storyteller“ in den Fokus, die der Politologe Ronald Krebs als charakteristisch für das Präsidentenamt vor allem in Zeiten einer äußeren Bedrohung bezeichnete.<sup>224</sup>

Mit Blick auf die Agendasuche George W. Bushs vor dem 11. September eröffneten diese Deutungsaufforderungen nach den Anschlägen einen Möglichkeitsraum für einen Präsidenten, der zuvor ohne durchschlagenden Erfolg verschiedene Schwerpunkte zur Vermittlung einer kollektiven Identität der USA im beginnenden 21. Jahrhundert gesetzt hatte (Kapitel 3.2). Bereits am 12. September betonte Raymond Walter Apple in der *New York Times* das diesbezüglich große Potenzial der Anschläge: „For Mr. Bush the attacks constituted a threat and an opportunity. A minority president, just a few months into his term, derided by many as

---

<sup>220</sup> Simko, Christina: *The Politics of Consolation. Memory and the Meaning of September 11*. New York 2015, S. 101.

<sup>221</sup> *Congressional Record*. Vol. 147, No. 118, S9287.

<sup>222</sup> *The New York Times*. 12. September, A4; 13. September, A16; 18. September, B4; 21. September, B4.

<sup>223</sup> Beschloss, Michael: *Bush Faces the Greatest Test*. *The New York Times*. 17. September 2001, A15.

<sup>224</sup> Krebs 2015: *Narrative and National Security*, S. 153.

intellectually inadequate for his job, he is likely to be judged, at least in the months ahead, on whether he can take command and act decisively.“<sup>225</sup>

Die Historikerin Mary Dudziak vertrat dabei rückblickend sogar die Auffassung, dass erst die Wahrnehmung als Repräsentant der Nation infolge des 11. Septembers 2001 Bush nach seiner umstrittenen Wahl in das Präsidentenamt einführte: „This [the Supreme Court decision in 2000] cleared the path for George W. Bush’s inauguration, but it would take another event, on a bright and tragic morning in September, to make him the country’s leader.“<sup>226</sup> Durch seine Deutung der Geschehnisse etablierte Bush innerhalb weniger Tage durch mehrere miteinander verwobene Narrative eine breit akzeptierte Identitätsordnung.<sup>227</sup>

#### 4.2 Die Anschläge als Kriegsakt gegen die USA

Vom ersten Tag an maß Präsident Bush den Terroranschlägen eine nationale Bedeutung bei. Noch bevor die Hintergründe bekannt oder überhaupt die Türme des World Trade Centers eingestürzt waren, sprach er am Morgen des 11. Septembers in der Emma E. Booker Elementary School in Florida von einem schwierigen Moment für Amerika und einer nationalen Tragödie.<sup>228</sup> Verweise auf das gesamte Land implizierten dabei eine Opferschaft aller US-Amerikanerinnen und -Amerikaner – und nicht nur der rund 3000 bei den Anschlägen getöteten Menschen. Die Thematisierung der US-amerikanischen Nation bildete in der Folge einen derart festen Bestandteil der Reden des Präsidenten, dass eine Aufzählung der Bezugnahmen an dieser Stelle repetitiv wäre.

Bushs Postulat eines Angriffs auf die Vereinigten Staaten stieß parteiübergreifend auf weitreichende Zustimmung: Am 12. September sprach der Demokratische Senator Edward Kennedy fast wortgleich wie der Präsident am Vortag von einer massiven Tragödie für Amerika, ehe im Anschluss seine Parteikollegin Hillary Clinton die Bedeutung weg von dem durch sie vertretenen Bundesstaat New York verlagerte: „This was an attack on New York, but it was really an attack on America.“<sup>229</sup> Diese Sicht teilten zahlreiche Medien. Mehrere Tageszeitungen – unter anderem *The Daily Californian*, die *Greenly Tribune*, die *Kalamazoo Gazette*, der

---

<sup>225</sup> Apple, Raymond Walter Jr.: Awaiting the Aftershocks. *The New York Times*. 12. September 2001, A24.

<sup>226</sup> Dudziak, Mary L.: A Sword and a Shield: The Uses of Law in the Bush Administration. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): *The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment*. Princeton 2010, S. 41.

<sup>227</sup> Die schnelle Etablierung einer Deutung stellte einen Unterschied zur Ordnung des Kalten Krieges dar, die erst infolge eines jahrelangen Prozesses entstanden war. Vgl. Jackson 2005: *Writing the War on Terrorism*, S. 20.

<sup>228</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1098. Der Begriff Amerika bezog sich in diesem Kontext nicht in einem geografischen Sinne auf den gesamten Kontinent, sondern auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

<sup>229</sup> *Congressional Record*. Vol. 147, No. 118, S9288/S9315.

*Omaha World Herald* und der *Austin American-Statesman* – griffen am 12. September Bushs Zitat „Our Nation Saw Evil“ in ihrer Titelüberschrift auf.<sup>230</sup> Über einen langen Zeitraum verortete zudem die *New York Times* die Konfrontation mit dem Terrorismus auf einer nationalen Ebene: Ab dem 18. September 2001 gab die Zeitung bis zum Jahresende ihrer täglichen Rubrik zu den Anschlägen in der Kopfzeile stets den Titel „A Nation Challenged“ und deutete den Konflikt damit implizit als Herausforderung, die primär die USA betreffe.<sup>231</sup>

Auch in der Öffentlichkeit entwickelte sich unmittelbar ein nationales Bewusstsein, das sich vor allem in einer steigenden Konjunktur der US-amerikanischen Nationalflagge als zentrales Bewältigungssymbol manifestierte.<sup>232</sup> Der Einzelhandelskonzern Wal-Mart verkaufte zwischen dem 11. und 13. September 450.000 Flaggen und damit ein Vielfaches im Vergleich zu den 26.000 abgesetzten Exemplaren im gleichen Zeitraum des Vorjahres.<sup>233</sup> Am 17. September berichtete die *New York Times* auf ihrer Titelseite von einer landesweiten Patriotismuswelle und vermeldete drei Tage später, dass sämtliche US-Flaggen in New York vergriffen seien.<sup>234</sup> Die Zeitung beschränkte sich dabei nicht auf derartige Feststellungen, sondern vermittelte auf visuelle Weise selbst eine Atmosphäre nationaler Geschlossenheit: Die US-Flagge war am 16. September auf einer kompletten Seite der *New York Times* abgedruckt sowie an den beiden folgenden Tagen auf den Bildern der Titelseite deutlich zu erkennen.<sup>235</sup>

Das *Time Magazine* versah indessen in seiner ersten regulären Ausgabe zu den Anschlägen am 24. September den Schriftzug auf dem Cover mit den Farben der Nationalflagge, während die Titelzeile „One Nation, Indivisible“ ebenfalls eine nationale Geschlossenheit zum Ausdruck brachte. Eine Woche später veröffentlichte das Magazin unter dem Titel „Red, White, and Blue“ Bilder des Fotografen James Nachtwey, welche die US-Flagge aus verschiedenen Blickwinkeln zeigten.<sup>236</sup> Präsident Bush griff dieses patriotische Grundbefinden in seiner Rede am 20. September vor dem Kongress auf, in welcher er die Stärke und Entschlossenheit des Landes am Ausrollen etlicher Nationalflaggen festmachte.<sup>237</sup>

---

<sup>230</sup> September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages, S. 4-100.

<sup>231</sup> Die breite Verankerung dieser Einschätzung spiegelte sich in der Verleihung von sechs Pulitzer-Preisen im Jahr 2002 an die *New York Times* für die Rubrik „A Nation Challenged“, unter deren Titel die Zeitung auch einen Bildband publizierte. Vgl. A Nation Challenged. A Visual History of 9/11 and Its Aftermath. Introduction by Howell Raines. The New York Times. New York 2002.

<sup>232</sup> Andere mögliche Symbole wären das Peace-Zeichen als Plädoyer für globalen Frieden oder schwarze Armbänder als Zeichen der Trauer gewesen. Vgl. Hogan 2009: Understanding Nationalism, S. 252.

<sup>233</sup> Stoddard, Eve Walsh / Cornwell, Grant H.: Unity. In: Collins, John / Glover, Ross (Hg.): Collateral Language. A User's Guide to America's New War. New York 2002, S. 179.

<sup>234</sup> Bragg, Rick: U.S. Binds Wounds in Red, White, Blue. *The New York Times*. 17. September 2001, A1/A5; Not Enough Flags. *The New York Times*. 20. September 2001, B11.

<sup>235</sup> The New York Times. 16. September 2001, A24; 17. September 2001, A1; 18. September 2001, A1.

<sup>236</sup> Time Magazine. 24. September 2001; Red, White, and Blue. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 88-93.

<sup>237</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1140.

Diese nationale Fokussierung war auch Gegenstand von Kritik, wobei die Philosophin Judith Butler eine verengte Perspektive monierte: „It was my sense in the fall of 2001 that the United States was missing an opportunity to redefine itself as part of a global community when, instead, it heightened nationalist discourse.“<sup>238</sup> Eine solche Verortung der Anschläge im globalen Rahmen fand sich außerhalb der Vereinigten Staaten auch in mehreren Stellungnahmen: Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder nannte die Angriffe in einer Regierungserklärung am 12. September eine „Kriegserklärung an die freie Welt“, während der UN-Generalsekretär Kofi Annan am 21. September in einem Gastbeitrag in der *New York Times* bekräftigte: „This was an attack on all humanity.“<sup>239</sup> Innerhalb der USA blieb jedoch das Verständnis einer angegriffenen Nation zunächst vorherrschend, das maßgeblich getragen wurde durch die Interpretation der Anschläge als Kriegsakt.

Die Titulierung des Konfliktes als „Krieg gegen den Terror“ verdeutlicht, dass die Bush-Administration die Anschläge nicht als Einzeltat interpretierte, sondern als Kriegserklärung einer dahinterstehenden Gesinnung an die US-amerikanische Nation.<sup>240</sup> Diese Bedeutung war den Ereignissen keineswegs inhärent gegeben. Als aufschlussreich erweist sich in diesem Kontext die auf den ersten Blick unbedeutend wirkende Beobachtung, dass Präsident Bush erst am Abend des 11. Septembers den Begriff des Krieges verwendete, nachdem er am Nachmittag in der Barksdale Air Force Base in Louisiana die Anschläge noch als Verbrechen charakterisiert hatte.<sup>241</sup> An dieser Einordnung hielt auch Bushs Pressesprecher Ari Fleischer fest, als er wenige Minuten vor der Ansprache des Präsidenten am Abend aus dem Weißen Haus gegenüber den Medien betonte: „[T]hose who committed this crime on the United States will pay the price.“<sup>242</sup> Auch in der anschließenden Rede bezeichnete Bush die Anschläge zunächst noch als „acts of mass murder“ und kündigte eine strafrechtliche Verfolgung der Attentäter an: „I’ve directed the full resources of our intelligence and law enforcement communities to find those responsible and to bring them to justice.“<sup>243</sup>

Hätte es der Präsident dabei bewenden lassen, wäre die Aufarbeitung in die Zuständigkeit des internen Staatsapparates oder auf globaler Ebene des Internationalen Strafgerichtshofes in

---

<sup>238</sup> Butler, Judith: *Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence*. London 2004, xi.

<sup>239</sup> Schröder, Gerhard: Regierungserklärung zu den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika vor dem Deutschen Bundestag am 12. September 2001 in Berlin. Bulletin Nr. 58-1. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 2001; Annan, Kofi: *Fighting Terrorism on a Global Front*. *The New York Times*. 21. September 2001, A35.

<sup>240</sup> Schild 2002: *Die bedrohte Supermacht*, S. 128.

<sup>241</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1098.

<sup>242</sup> Press Gaggle by Ari Fleischer. September 11, 2001. 8:13 PM. Transcript. George W. Bush Presidential Library. 2014-0158-F, Box 2.

<sup>243</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1099f.

Den Haag gefallen.<sup>244</sup> In diesem Sinne hatte sich auch Bushs Vorgänger Bill Clinton zu den Terroranschlägen während seiner Amtszeit geäußert. Als Reaktion auf den Bombenanschlag auf das World Trade Center im Februar 1993 mit sechs Todesopfern erklärte er: „[T]he full measure of Federal law enforcement resources will be brought to bear on this investigation.“<sup>245</sup> Nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998 mit 213 Todesopfern umging Clinton zudem den Kriegsbegriff, indem er die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus als „struggle“ bezeichnete.<sup>246</sup>

Von diesem Paradigma verabschiedete sich Bush jedoch im Verlauf seiner Ansprache am Abend des 11. Septembers 2001, indem er gegen Ende der Rede versicherte: „[W]e stand together to win the war against terrorism.“ Am Folgetag erneuerte Bush nach einem Treffen mit seinem Sicherheitsteam diese Einordnung der Anschläge als Kriegsakt explizit: „The deliberate and deadly attacks which were carried out yesterday against our country were more than acts of terror. They were acts of war.“<sup>247</sup> Zahlreiche Demokratische Mitglieder des Senats wie Edward Kennedy und John Kerry aus Massachusetts sowie Dianne Feinstein aus Kalifornien schlossen sich dieser Klassifizierung an. Mehrere Senatoren der Republikanischen Partei negierten darüber hinaus ausdrücklich ein Verständnis der Anschläge als Verbrechen – unter anderem John McCain („These were not just crimes, they were acts of war.“) und Jeff Sessions („We are in war today, or at least much closer to war than we are to a criminal justice case.“).<sup>248</sup>

Besonders deutlich manifestierte sich die frühzeitige Verinnerlichung des Kriegsbegriffs in einer Äußerung des Demokratischen Senators Joe Biden in der *New York Times* am 12. September: In dieser warnte er einerseits vor einer Überreaktion durch die Einschränkung von Bürgerrechten im Landesinneren, verwendete dabei aber andererseits fast beiläufig und selbstverständlich den Terminus des Krieges: „[I]f we alter our basic freedoms, our civil liberties, change the way we function as a democratic society, then we will have lost the war before it has begun in earnest.“<sup>249</sup> In der Folge entwickelte sich das Bild eines kriegerischen Konfliktes zu einem festen Bestandteil der Reden, wobei Präsident Bush diesbezüglich ein ganzes Wortfeld etablierte: Am 14. September sprach er in Bezug auf die Opfer der Anschläge

---

<sup>244</sup> De Castella, Krista / McGarty, Craig: The War/Crime Narrative and Fear Content in Leader Rhetoric about Terrorism. In: Sinclair, Samuel Justin / Antonius, Daniel (Hg.): *The Political Psychology of Terrorism Fears*. Oxford 2013, S. 85-106.

<sup>245</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1993, Book 1, S. 215.

<sup>246</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1998, Book 2, S. 1415/1461.

<sup>247</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1100.

<sup>248</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9299-S9321.

<sup>249</sup> Apple, Raymond Walter Jr.: Awaiting the Aftershocks. *The New York Times*. 12. September 2001, A24.

nicht mehr – wie noch drei Tage zuvor – von „victims“, sondern gebrauchte die im militärischen Sprachkontext gängige Bezeichnung „casualties“.<sup>250</sup>

Auch in den US-amerikanischen Medien war ein Verständnis der Anschläge als Kriegsakt weit verbreitet, was unter anderem in den Titelüberschriften der auflagenstarken Tageszeitungen *Daily News* („It’s War“) und *USA Today* („Act of War“) am 12. September zum Ausdruck kam.<sup>251</sup> In einem Kommentar in der *New York Times* am 15. September äußerte sich der Journalist Anthony Lewis zwar skeptisch gegenüber militärischer Gewalt als Reaktion, bekräftigte aber zugleich: „President Bush was correct to say that ‚war has been declared on us‘.“<sup>252</sup> Zwei Tage später titelte die Zeitung in der Überschrift auf ihrer ersten Seite „A New War and Its Scale“, während das *Time Magazine* am 1. Oktober 2001 sein Inhaltsverzeichnis unter die Überschrift „The War on Terror“ stellte.<sup>253</sup>

Zwei prominente ausländische Regierungschefs begegneten dem Kriegsbegriff trotz ihrer Solidaritätszusicherung an die Vereinigten Staaten dagegen mit Zurückhaltung. Am 18. September 2001 betonte Frankreichs Präsident Jacques Chirac seine Skepsis bei einem Besuch im Weißen Haus: „I don’t know whether we should use the word ‚war‘.“ An gleicher Stelle thematisierte der kanadische Premierminister Jean Chrétien sechs Tage später „this problem of terrorism“ und vermied damit, den Konflikt als kriegerische Auseinandersetzung zu bezeichnen.<sup>254</sup> Innerhalb der USA kam Kritik am Terminus des Krieges in erster Linie von Seiten politischer Beobachter wie dem Linguisten Noam Chomsky, der sich in einem Interview am 19. September für die Einordnung der Anschläge als Verbrechen aussprach: „The proper term would be ‚crime‘ – perhaps ‚crime against humanity‘.“<sup>255</sup>

Die Vorbehalte lassen sich auf ein Spannungsverhältnis zwischen den Termini „Krieg“ und „Terror“ zurückführen. In der Wochenzeitschrift *The New Yorker* berief sich hierbei der Autor Hendrik Hertzberg zunächst auf die traditionelle Definition eines Krieges als Konfrontation zwischen zwei Staaten, weshalb eine Anwendung auf terroristische Organisationen ausgeschlossen sei: „With growing ferocity, officials from the President on down have described the bloody deeds as acts of war. But unless a foreign government turns out to have directed the operation (...) that is a category mistake.“<sup>256</sup> Löst man sich in Anbetracht vermehrt auftretender asymmetrischer Konflikte von diesem engen Verständnis, bleibt dennoch mit Blick

---

<sup>250</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1099/1108.

<sup>251</sup> September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages, S. 70/121.

<sup>252</sup> Lewis, Anthony: Abroad at Home; Beware Unintended Results. *The New York Times*. 15. September 2001, A22.

<sup>253</sup> Gordon, Michael: A New War and Its Scale. *The New York Times*. 17. September 2001, A1/3; *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 2.

<sup>254</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1126/1155.

<sup>255</sup> Chomsky, Noam: 9/11. New York 2001, S. 15.

<sup>256</sup> Hertzberg, Hendrik: Talk of the Town. *The New Yorker*. 24. September 2001, S. 27.

auf die Eingrenzung des Gegners eine zentrale Unschärfe bestehen: Da der Begriff des Terrors eine Methode (und nicht die nach ihr handelnden Personen) beschreibt, entzieht er sich der Möglichkeit einer Kriegserklärung. Die Historikerin Margaret MacMillan konstatierte hierzu: „Wars are made on enemies, not on ideas.“<sup>257</sup>

Richard Jackson betonte in diesem Zusammenhang die Unmöglichkeit des vollständigen Überwindens einer solchen Praxis, da sie stets von neuen Akteursgruppen angewandt werden könne: „Conceptually, winning a war against terrorism would be akin to winning a war against insurgent warfare; this is because terrorism is a strategy of political violence which will always appeal to certain actors.“<sup>258</sup> Der Linguist George Lakoff schließlich negierte eine militärische Konfrontation des Terrors unter Verweis auf die Etymologie des Begriffs, der seiner lateinischen Wortherkunft zufolge auf den emotionalen Zustand des (Er)Schreckens rekurriert: „[T]error is an emotional state. It is in us. It is not an army. You can't defeat it militarily and you can't sign a peace treaty with it.“<sup>259</sup>

Einen möglichen Ansatz zur Auflösung dieser Widersprüchlichkeit stellte der Sozialphilosoph Michael Walzer zehn Tage nach den Anschlägen in der *New York Times* zur Diskussion. Darin sprach er sich zunächst gegen eine militärische Reaktion der USA aus, da weder Gegner noch Zielfeld zu diesem frühen Zeitpunkt eindeutig identifizierbar seien. In metaphorischer Hinsicht erweise sich der Kriegsbegriff dagegen als tragfähig, um Entschlossenheit und Bedeutsamkeit zu vermitteln: „War' may serve well, however, as a metaphor to signify struggle, commitment, endurance. (...) We should pursue the metaphorical war; hold back on the real thing.“<sup>260</sup> Anknüpfend an George Lakoffs Annahme über menschliches Denken in Metaphern verstanden die Medienwissenschaftlerinnen Erin Steuter und Deborah Wills in diesem Kontext den Krieg gegen den Terror als ein auf Sprachbildern basierendes Phänomen, was sich unter anderem in der Charakterisierung der Attentäter des 11. Septembers als Tiere (Kapitel 5.3) manifestiert habe. Der Terminus des Krieges beschränke sich deshalb hierbei nicht auf die Beschreibung militärischer Aktivitäten, sondern reduziere einen komplexen Sachverhalt zu einer Sinneinheit, die den Konflikt auf eine nationale Ebene hebe

---

<sup>257</sup> MacMillan, Margaret: *Dangerous Games. The Uses and Abuses of History*. New York 2009, S. 166.

<sup>258</sup> Jackson 2005: *Writing the War on Terrorism*, S. 138.

<sup>259</sup> Lakoff, George: *The Political Mind: A Cognitive Scientist's Guide to Your Brain and Its Politics*. New York 2009, S. 126. Der Politikwissenschaftler Paul Bayley bezeichnete den Krieg gegen den Terror in diesem Zusammenhang als Oxymoron. Vgl. Bayley, Paul: *Terror in Political Discourse from the Cold War to the Unipolar World*. In: Fairclough, Norman / Cortese, Giuseppina / Ardizzone, Patrizia (Hg.): *Discourse and Contemporary Social Change*. Bern 2007, S. 50.

<sup>260</sup> Walzer, Michael: *First, Define the Battlefield*. *The New York Times*. 21. September 2001, A35.

und andere Themen überlagere: „War has the ability to focus issues, framing them definitely and inarguably. (...) [W]ar trumps all other topics.“<sup>261</sup>

In der politischen Kultur der Vereinigten Staaten bestand zum Zeitpunkt der Anschläge eine lange Tradition dieses metaphorischen Kriegsbegriffs, der im 20. Jahrhundert unter anderem im War on Poverty unter Lyndon B. Johnson und dem War on Drugs unter Richard Nixon zum Ausdruck gekommen war.<sup>262</sup> Auch George W. Bush hatte sich kurz vor dem 11. September 2001 der Kriegsmetapher bedient durch seine Forderung nach einem „war on illiteracy“ (Kapitel 3.3).<sup>263</sup> Direkt nach den Anschlägen zeigte sich diese metaphorische Verankerung ebenfalls, als der Demokratische Senator John Breaux unter Bezugnahme auf den Kriegsbegriff eine landesweite Einigkeit prognostizierte: „The political war will cease.“<sup>264</sup>

Auf einer nicht ausschließlich bellizistischen Ebene verortete auch der Rechtswissenschaftler Mark Tushnet den Krieg gegen den Terror: „It is, perhaps, more like a condition than a war – more like the war on cancer, the war on poverty, or, most pertinently, the war on crime.“<sup>265</sup> Ein solches Verständnis erlaubt Anknüpfungspunkte zum Kalten Krieg, der gleichfalls einen Ordnungskonflikt beschrieb und weniger konkrete Kampfhandlungen. Unter dem Mantel dieses übergeordneten Rahmens führten die Vereinigten Staaten schließlich die Kriege in Korea und Vietnam, auf deren Ebene sich analog die Militäreinsätze in Afghanistan und im Irak während des Krieges gegen den Terror denken lassen.

Der Krieg gegen den Terror umfasste also unbestreitbar eine konkrete militärische Dimension, was ihn grundsätzlich von den rein metaphorischen Kriegen gegen Armut oder Drogen unterschied. Darüber hinaus war er jedoch als umfassendes Ordnungsmuster der US-amerikanischen Politik auch ins Landesinnere gerichtet, was sich anhand von Gesetzen zur Stärkung der Exekutive oder der Vermittlung eines gemeinsamen nationalen Bewusstseins in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus manifestierte. Der Kriegsbegriff legte dabei für die Identitätsordnung eine wichtige Grundlage, da er dem Konflikt eine nationale Relevanz beimaß. Hierauf aufbauend machte Präsident Bush in der Folge das positive Wesen der US-amerikanischen Nation als ursächlich für die Terroranschläge aus.

---

<sup>261</sup> Lakoff, George / Johnson, Mark: *Metaphors We Live by*. Chicago 1980; Lakoff, George / Johnson, Mark: *Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern*. 9. Auflage. Heidelberg 2018; Steuter, Erin / Wills, Deborah: *At War with Metaphor: Media, Propaganda, and Racism in the War on Terror*. Lanham 2008, S. 9.

<sup>262</sup> Bacharach, Marc: *War Metaphors. How Presidents Use the Language of War to Sell Policy*. Miami 2006.

<sup>263</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1097.

<sup>264</sup> Mitchell, Alison / Berke, Richard L.: *Differences Are Put Aside as Lawmakers Reconvene*. *The New York Times*. 13. September 2001, A16.

<sup>265</sup> Tushnet, Mark: *The Constitution in Wartime. Beyond Alarmism and Complacency*. Durham 2005, S. 45.

### 4.3 Die Identität der USA als Ursache der Anschläge

Auch wenn Bushs Redenschreiber David Frum die Ansprache des Präsidenten am Abend des 11. Septembers im Nachhinein als „doughy pudding of stale metaphors“ tadelte,<sup>266</sup> enthielt sie bereits einen zentralen Bestandteil der Deutung der Ereignisse: Gleich im ersten Satz bezeichnete Bush eine Abneigung gegenüber der freiheitlichen Lebensweise der USA als Motiv der Attentäter: „Today, our fellow citizens, our way of life, our very freedom came under attack. (...) America was targeted for attack because we’re the brightest beacon for freedom and opportunity in the world.“<sup>267</sup> Noch bevor die Verantwortlichen bekannt oder Gegenmaßnahmen diskutiert waren, interpretierte der Präsident die Terroranschläge damit als Auslöser einer Selbstvergewisserung der eigenen nationalen Identität. Die Verlagerung auf diese ontologische Ebene bedeutete zugleich eine Entpolitisierung der Geschehnisse: Bush zufolge waren die Vereinigten Staaten wegen ihres Seins angegriffen worden, nicht wegen ihres Tuns.

Neun Tage später bündelte der Präsident die bisherigen Deutungskonstituenten in einem Satz, als er von einem Kriegsakt gegen die US-amerikanische Nation (Kapitel 4.2) aufgrund einer Abneigung gegenüber ihren Freiheitsrechten sprach: „On September 11th, enemies of freedom committed an act of war against our country.“<sup>268</sup> Das Gewicht dieser Rede fußte vor allem darauf, dass Bush an jenem 20. September 2001 im Repräsentantenhaus vor sämtlichen Mitgliedern beider Kammern des Kongresses sprach. Gewöhnlich adressiert ein Präsident eine solche Joint Session of Congress lediglich in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation, während ansonsten Ansprachen in diesem Rahmen vor allem ausländischen Staatsgästen oder Personen des öffentlichen Interesses vorbehalten sind.<sup>269</sup> Die besondere Konstellation infolge des 11. Septembers führte jedoch dazu, dass Bush neun Tage nach den Anschlägen die einzige außerplanmäßige Rede seiner achtjährigen Amtszeit vor dem versammelten Kongress hielt.

Entsprechend viel Aufwand und Aufmerksamkeit generierte die Ansprache im Vorfeld: Tagelang arbeitete der Mitarbeiterstab im Weißen Haus an den Formulierungen, während Bush den Vortrag selbst vielfach einübte.<sup>270</sup> Das Tagesprotokoll des Präsidenten weist am 18. September ein mehr als halbstündiges Gespräch Bushs mit seinem Redenschreiber Michael Gerson auf und dokumentiert für den 19. und 20. September wiederholt eine „speech

---

<sup>266</sup> Frum, David: *The Right Man. An Inside Account of the Surprise Presidency of George W. Bush.* London 2003, S. 127.

<sup>267</sup> *Public Papers of George W. Bush.* 2001, Book 2, S. 1099.

<sup>268</sup> *Public Papers of George W. Bush.* 2001, Book 2, S. 1140.

<sup>269</sup> Cavari, Amnon: *The Party Politics of Presidential Rhetoric.* New York 2017, S. 31.

<sup>270</sup> Elliott, Michael: „We Will Not Fail.“ *Time Magazine.* 1. Oktober 2001, S. 22.

preparation session“.<sup>271</sup> Die Rede erreichte schließlich 82 Millionen Menschen vor den Fernsehgeräten und stieß zudem an öffentlichen Orten auf Interesse: Das zeitgleich stattfindende Eishockey-Spiel zwischen den Philadelphia Flyers und den New York Rangers wurde nach Fanprotesten nach dem zweiten Drittel unterbrochen, um die Live-Übertragung aus dem Kongress einzublenden.<sup>272</sup>

Mehrere wissenschaftliche Untersuchungen erkannten in der Ansprache am 20. September zentrale Elemente einer Rede zur Amtseinführung oder zur Lage der Nation, da Bush mehrfach auf eine nationale Einigkeit entlang einer gemeinsamen Identität rekurriert habe.<sup>273</sup> Dass diese Vermittlung landesweiter Geschlossenheit eine zentrale Intention der Bush-Administration bildete, legte der Autor Daniel T. Max in einer detaillierten Rekonstruktion der Entstehung der Rede in der *New York Times* im Oktober 2001 dar. Vor allem die Kulisse vor dem versammelten Kongress und damit vor Abgeordneten aus allen Landesteilen sei aus Sicht des Beraterstabes des Präsidenten von besonderer Bedeutung gewesen, um so ein Signal des nationalen Zusammenhaltes nach außen zu senden: „Karl Rove, the president’s chief political adviser, felt strongly that the president did better with a big audience. (...) Congress, he thought, was ideal: it would build a sense of national unity. That was important.“<sup>274</sup>

In vielen weiteren Reden im Herbst 2001 thematisierte Bush die Bewusstwerdung einer US-amerikanischen Identität infolge des 11. Septembers. Bereits drei Tage nach den Anschlägen betonte er in der National Cathedral in Washington die generelle identitätsstiftende Wirkung von äußeren Gegnern: „It is said that adversity introduces us to ourselves. This is true of a nation, as well.“ Am 8. November 2001 verwies Bush in einer Rede zur inneren Sicherheit auf die Stärke, die das Land im Zuge eines Prozesses der Selbstvergewisserung in den zurückliegenden Wochen gewonnen habe: „None of us would ever wish the evil that has been done to our country, yet we have learned that out of evil can come great good. (...) Through this tragedy, we are renewing and reclaiming our strong American values.“<sup>275</sup> Diesen Gedanken brachte er im Januar 2002 in seiner Rede zur Lage der Nation erneut zum Ausdruck: „[A]fter America was attacked, it was as if our entire country looked into a mirror and saw our better selves.“<sup>276</sup> Die regelmäßige Betonung dieser selbstreferentiellen Dimension gerade in großen und wichtigen Reden legt nahe, dass der Präsident den Krieg gegen den Terror nicht

---

<sup>271</sup> The Daily Diary of President George W. Bush, January 18-20, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2015-0012-F, Box 1.

<sup>272</sup> Croft 2006: America’s War on Terror, S. 87.

<sup>273</sup> Simko 2015: The Politics of Consolation, S. 110; Milford 2016: National Identity, S. 22.

<sup>274</sup> Max, Daniel T.: The Making of the Speech. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032.

<sup>275</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1108/1361-1364.

<sup>276</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 134.

ausschließlich als sicherheitspolitische Aufgabe verstand, sondern auch als Projekt zur Artikulation einer nationalen Identität.

Das vorherrschende Diskontinuitätspostulat (Kapitel 4.1) wirkte hierauf insofern unterstützend, als dass es das gegenwärtige Sein in den Mittelpunkt rückte und nicht vergangenes Handeln.<sup>277</sup> Insbesondere die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den Jahrzehnten vor den Anschlägen (Kapitel 4.4) erschien damit als Ursache ausgeschlossen. Innerhalb dieser Logik vermittelte Präsident Bush auch in seiner Rede am 20. September 2001 vor dem Kongress den Eindruck eines Angriffs aus dem Nichts, wobei die Passiv-Konstruktion seines Satzes eine aktive Mitschuld der USA zusätzlich ausschloss: „All of this was brought upon us in a single day, and night fell on a different world, a world where freedom itself is under attack.“<sup>278</sup>

Die überwiegende Mehrheit der politischen Elite griff Bushs Identitätsnarrative parteiübergreifend mit Zustimmung auf, wobei innerhalb der Republikanischen Partei die vormalige Konkurrenz außenpolitischer Strömungen (Kapitel 3.3) in den Hintergrund trat. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach in einem Gastbeitrag in der *New York Times* am 27. September 2001 ebenso von einem Angriff auf die US-amerikanische Lebensweise wie einige Wochen später Außenminister Colin Powell, der am 24. Oktober in einer Rede im Repräsentantenhaus die politischen Freiheiten der Vereinigten Staaten herausstellte: „[It] is an attack against who we are, our value systems, our belief in the dignity of the individual, our belief in democracy, our belief in the free enterprise system.“<sup>279</sup>

Auch viele einflussreiche Mitglieder der Demokratischen Partei deuteten die Ereignisse des 11. Septembers am Folgetag in der Debatte im Senat als Angriff auf das freiheitliche Wesen der USA – wie etwa Mehrheitsführer Tom Daschle: „These attacks were an assault on our people and on our freedom.“ Dieser Einschätzung schlossen sich weitere einflussreiche Demokratische Senatorinnen und Senatoren an: Während der Vize-Präsidentschaftskandidat des Vorjahres, Joe Lieberman, einen Kriegszug gegen die Demokratie erkannte, bezogen sich Charles Schumer und Hillary Clinton aus dem Bundesstaat New York auf die Ebene der kollektiven Identität: Nachdem Schumer einen Krieg um unterschiedliche Lebensweisen ausgerufen hatte, bekräftigte Clinton kurz darauf: „So this in a very real sense was an attack on America, on our values, on our power, on who we are as a people.“<sup>280</sup>

---

<sup>277</sup> Toros, Harmonie: „9/11 Is Alive and Well.“ Or How Critical Terrorism Studies Has Sustained the 9/11 Narrative. *Critical Studies on Terrorism* 10 (2017), S. 205.

<sup>278</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1140.

<sup>279</sup> Rumsfeld, Donald: A New Kind of War. *The New York Times*. 27. September 2001, A21; Croft 2006: America's War on Terror, S. 74.

<sup>280</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9284-S9316.

Diese Sichtweise durchzog auch weite Teile der Nachrichtenmedien. In der *New York Times* machte Thomas Friedman in einem Kommentar zwei Tage nach den Anschlägen wie Präsident Bush einen generellen Hass auf die USA als Triebkraft der globalen Terrornetzwerke aus: „First we have to prove that we are serious, and that we understand that many of these terrorists hate our existence, not just our policies.“<sup>281</sup> Am Folgetag schloss er eine Abneigung gegen politische Handlungen der Vereinigten Staaten als Motiv der Attentäter des 11. Septembers aus: „Their terrorism is not aimed at reversing any specific U.S. policy. Indeed, they made no demands. Their terrorism is driven by pure hatred and nihilism, and its targets are the institutions that undergird America’s way of life, from our markets to our military.“<sup>282</sup> Am 1. Oktober verwies schließlich im *Time Magazine* dessen spätere Chefredakteurin Nancy Gibbs wie Bush auf den Prozess der Selbstvergewisserung, den das Land infolge der Anschläge durchlaufen habe: „[S]omething new has been born. We are seeing it in our nation and sensing it in ourselves, a new faith in our oldest values, a rendezvous with grace.“<sup>283</sup>

Teils nahmen Journalistinnen und Journalisten auch das Selbstverständnis des internationalen Terrorismus näher in den Blick, ohne dabei jedoch vom grundsätzlichen Argument einer Überlegenheit der Vereinigten Staaten abzuweichen. In einem Kommentar in der *New York Times* am 14. September konstatierte Ronald Steel dabei eine identitäre Verunsicherung der Attentäter angesichts einer sich modernisierenden Welt: „Trapped between the traditional world in which they were born and the confusing world of modernity in which they inescapably live, they [the terrorists] seek a single cause for their confusion, their resentments, their frustrated ambitions and their problems of cultural identity.“ Der hieraus resultierende Unmut richtete sich in erster Linie gegen die USA als exponierten Vertreter dieses Fortschritts: „It is perhaps not surprising that they would focus on the world’s most powerful state as the object of their resentment.“<sup>284</sup>

Derartige Deutungsmuster blieben keineswegs auf die *New York Times* und das *Time Magazine* beschränkt. Eine Untersuchung der Editorials der zehn größten US-amerikanischen Tageszeitungen in einem Zeitraum zwischen den Anschlägen und dem Beginn des Krieges in Afghanistan im Oktober 2001 kam zu dem Ergebnis, dass die Presse dem Präsidenten im Wesentlichen folgte und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in den vorherigen Jahrzehnten selten zum Thema machte.<sup>285</sup> Gleiches galt für die Fernsehlandschaft, in der einer

---

<sup>281</sup> Friedman, Thomas: World War III. *The New York Times*. 13. September 2001, A27.

<sup>282</sup> Friedman, Thomas: Smoking or Non-Smoking? *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

<sup>283</sup> *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 17.

<sup>284</sup> Steel, Ronald: The Weak at War with the Strong. *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

<sup>285</sup> Ryan, Michael: Framing the War against Terrorism. *US Newspaper Editorials and Military Action in Afghanistan. Gazette* 66 (2004), S. 378.

Studie der Medienwissenschaftlerin Lynn Spiegel zufolge in den Wochen nach den Anschlägen gerade in den großen Sendern verhältnismäßig wenige Stimmen abseits der Mehrheitsmeinung zur Sprache kamen.<sup>286</sup> Nichtsdestotrotz waren auch in der unmittelbaren Folgezeit des 11. Septembers vereinzelt abweichende Argumentationen zu vernehmen.

#### 4.4 Früher Widerspruch. Die Außenpolitik der USA als Ursache der Anschläge

Zwei Wochen nach den Anschlägen befasste sich die Publizistin Susan Sontag im Magazin *The New Yorker* mit den Motiven der 19 Attentäter und stellte dabei die Erklärung von Präsident Bush grundsätzlich infrage. Der Angriff habe sich in keinster Weise gegen die freiheitliche Lebensweise der Vereinigten Staaten gerichtet, sondern sei Ausdruck von Unmut gegenüber einer interventionistischen US-Außenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten: „Where is the acknowledgment that this was not a cowardly attack on civilization or liberty or humanity or the free world but an attack on the world’s self-proclaimed superpower, undertaken as a consequence of specific American alliances and actions?“<sup>287</sup> Die Philosophin Judith Butler abstrahierte diesen Befund gegen Ende des Jahres 2001 und verwies in einem Aufsatz in der Zeitschrift *Theory and Event* auf die Wichtigkeit, die Triebkräfte des Gegenübers zur künftigen Konfliktprävention zu ergründen. Eine solche differenzierte Sichtweise bleibe das „first-person narrative“ der Bush-Administration jedoch schuldig.<sup>288</sup>

Die von Sontag angesprochenen außenpolitischen Aktivitäten der USA thematisierte Noam Chomsky in den Wochen nach den Anschlägen ausführlich in mehreren Interviews mit überwiegend europäischen Medien, die er im November 2001 in gesammelter Form veröffentlichte. Dabei verkehrte er die Schuldfrage und bezeichnete die Vereinigten Staaten selbst als „terrorist state“ auf Grundlage folgender Definition: „Terrorism is the use of coercive means aimed at civilian populations in an effort to achieve political, religious, or other aims.“<sup>289</sup> Als Beispiele für ein solches terroristisches Handeln gegenüber der Zivilbevölkerung nannte Chomsky die finanzielle wie militärische Unterstützung der Contra-Rebellen in Nicaragua

---

<sup>286</sup> Spiegel, Lynn: Entertainment Wars: Television Culture after 9/11. *American Quarterly* 56 (2004), S. 238.

<sup>287</sup> Sontag, Susan: Tuesday, and After. *The New Yorker*. 24. September 2001, S. 32.

<sup>288</sup> Butler, Judith: Explanation and Exoneration, or What We Can Hear. In: Dies: Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence. London 2004, S. 7. Einen solchen Perspektivwechsel hatte Edward Said bereits am 16. September 2001 in der Zeitschrift *The Observer* vollzogen: „Yet to most people in the Islamic and Arab worlds the official US is synonymous with arrogant power, known for its sanctimoniously munificent support not only of Israel but of numerous repressive Arab regimes.“ Said, Edward: ‚Islam‘ and ‚The West‘ Are Inadequate Banners. *The Observer*. 16. September 2001, S. 27.

<sup>289</sup> Chomsky 2001: 9/11, S. 40/57.

unter Präsident Ronald Reagan und die Zerstörung der Al-Shifa-Arzneimittelfabrik im Sudan unter Präsident Bill Clinton als Reaktion auf die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998.<sup>290</sup>

In direkten Bezug zu den Anschlägen vom 11. September setzte Chomsky die US-amerikanische Unterstützung des mehrheitlich jüdischen Staates Israel in einer islamisch geprägten Region sowie die Militärpräsenz der Vereinigten Staaten in Saudi-Arabien, die aufgrund der dort angesiedelten heiligen Stätten in Mekka und Medina als Einmischung in islamische Angelegenheiten empfunden worden sei.<sup>291</sup> Ein entsprechendes Unbehagen brachte auch Osama bin Laden, der Gründer der Terrororganisation Al-Qaida und Initiator der Anschläge am 11. September 2001, in einem Interview mit dem *Time Magazine* im Januar 1999 öffentlich zum Ausdruck. Darin rief er zum Kampf gegen die USA auf, da die arabische Halbinsel inzwischen von Ungläubigen besetzt sei: „Now infidels walk everywhere on the land where Muhammad was born and where the Koran was revealed to him.“<sup>292</sup>

Darüber hinaus entwickelten sich auch zahlreiche Universitäten zu einem Ort der kritischen Reflexion der Mehrheitsmeinung.<sup>293</sup> Vielfach wurden angesichts des großen Debattenbedürfnisses nach den Anschlägen sogenannte Teach-Ins als freiwillige und unbenotete Diskussionsrunden ins Leben gerufen, um die Ereignisse zu historisieren und in eine größere Perspektive einzubetten.<sup>294</sup> Einer der Initiatoren der Teach-Ins, der Historiker Ralph Young von der Temple University in Philadelphia, bemerkte hierzu rückblickend in einem Gespräch im Juli 2018 mit Blick auf die Hintergründe der Attentate: „I sensed it immediately that the attacks on the World Trade Center were perpetrated deliberately because it was bound to happen considering the United States’ foreign policy and interference in the Middle East.“ In der Fortentwicklung dieses Gedankens dekonstruierte Young das weit verbreitete Diskontinuitätspostulat (Kapitel 4.1 und 4.3): „After September 11, a majority thought the world had changed fundamentally. Actually, the world did not change that much. Rather, many people only woke up to the fact that the world wasn’t exactly as they thought it was.“<sup>295</sup>

---

<sup>290</sup> Im Gegensatz zu dem von der Clinton-Administration betonten Effekt der Zerstörung dort produzierter chemischer Waffen sah Chomsky humanitäre Negativfolgen in größerem Ausmaß als durch die Anschläge am 11. September 2001, da im Sudan mittelbar aufgrund der fehlenden medizinischen Versorgung Tausende Tote zu beklagen seien.

<sup>291</sup> Chomsky 2001: 9/11, S. 40-60.

<sup>292</sup> Conversation with Terror. *Time Magazine*. 11. Januar 1999, S. 38-39.

<sup>293</sup> Gegenstand der Kritik waren neben der in dieser Arbeit untersuchten Deutung der Anschläge auch die militärischen Interventionen in Afghanistan und im Irak, die vielfach als unverhältnismäßige Überreaktion empfunden wurden.

<sup>294</sup> Young, Ralph: Bringing History Alive. A Decade of Teachable Moments: 9/11 and the Temple University Teach-In. *OAH Magazine of History* 25 (2011), S. 53-54.

<sup>295</sup> Gespräch mit dem Historiker Ralph Young am 2. Juli 2018 in Tübingen.

Viele Stimmen aus dem universitären Umfeld teilten diesen kritischen Blick auf die außenpolitischen Interventionen der Vereinigten Staaten auf überspitzte Weise. Die Literaturwissenschaftlerin Barbara Foley machte gar faschistische Tendenzen der USA in den vorangegangenen Jahrzehnten aus, während mit dem Historiker Howard Zinn ein populärer Vertreter der US-amerikanischen Linken betonte: „We need to think about the resentment all over the world felt by people who have been the victims of American military action – in Vietnam, in Latin America, in Iraq.“<sup>296</sup> Verstärkte Aufmerksamkeit erhielt auch der Historiker Paul Kennedy von der Yale University, der 1987 in *The Rise and Fall of Great Powers* den Niedergang der Vereinigten Staaten prognostiziert hatte aufgrund einer für alle Großmächte der vergangenen 500 Jahre charakteristischen imperialen Überdehnung. Entsprechend verstand er nun die Anschläge vom 11. September als Ausdruck eines Unmutes gegenüber der Machtfülle und dem offensiven Auftreten der USA vor 2001.<sup>297</sup>

All diese Äußerungen unterschieden sich vom Zugang des Präsidenten durch einen grundsätzlich anderen Vergangenheitszugriff. Während Bush die Handlungen der USA vor den Anschlägen durch das Diskontinuitätspostulat zu diesen gar nicht in Bezug setzte (Kapitel 4.3) oder aber positiv konnotierte Ereignisse als Analogien heranzog (Kapitel 5.1), einte die abweichenden Meinungen eine weitaus kritischere Perspektive auf die US-amerikanische Geschichte. Exemplarisch zum Ausdruck kam dies in divergierenden Versuchen, das Datum des 11. Septembers 2001 in der Vergangenheit aufzuspüren: Chomsky sah ein „first 9/11“ in Chile, als die Vereinigten Staaten am 11. September 1973 am Sturz des sozialistischen Präsidenten Salvador Allende durch einen Militärputsch beteiligt waren.<sup>298</sup> Dem gegenüber nahm Präsident Bush in einer Rede am 11. Oktober 2001 in Arlington Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, indem er den gegenwärtigen Krieg gegen den Terror mit dem Kampf gegen den Nazismus parallelisierte: „It was on another September 11th – September 11th, 1941 – that construction on this building [the Pentagon] first began. America was just then awakening to another menace, the Nazi terror in Europe. (...) For us too, in the year 2001, an enemy has emerged that rejects every limit of law, morality, and religion.“<sup>299</sup>

Die Debatte um Fragen eines adäquaten Geschichtsbewusstseins erreichte im November 2001 ihren vorläufigen Höhepunkt durch eine Publikation aus dem Umfeld des Weißen Hauses.

---

<sup>296</sup> Bowman, James: Towers of Intellect. *The Wall Street Journal*. 5. Oktober 2001, W17; Bernstein, Richard: Counterpoint to Unity: Dissent. *The New York Times*. 6. Oktober 2001, A13.

<sup>297</sup> Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987; Hartocollis, Anemona: Campus Culture Wars Flare Anew over Tenor of Debate after the Attacks. *The New York Times*. 30. September 2001, A32.

<sup>298</sup> Chomsky, Noam: *Hopes and Prospects*. London 2010, S. 39-74.

<sup>299</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1216.

Unter dem Titel *Defending Civilization* prangerte das American Council of Trustees and Alumni (ACTA) eine gegenwärtige Unterschlagung der positiven Beiträge der Vereinigten Staaten zur westlichen Zivilisation an. Die steigende Zahl universitärer Kurse über den Islam nach dem 11. September sende ein falsches Signal der Selbstbeschuldigung, wie Lynne Cheney, ACTA-Vorsitzende und Ehefrau von US-Vizepräsident Richard Cheney, im Vorwort betonte: „To say that it is more important now [to study Islam] implies that the events of September 11 were our fault, that it was our failure (...) that led to so many deaths and so much destruction.“<sup>300</sup> Im Gegensatz hierzu mahnte ein Handbuch der Brown University eine differenzierte Betrachtungsweise an, was die Ergründung der Abneigung gegenüber den USA einschließe.<sup>301</sup> Auch Ralph Young machte an der Temple University ein gewandeltes historisches Bewusstsein nach den Anschlägen aus: „It used to be, before September 11, that I would have to explain to students at the beginning of the semester (...) that studying the past is the surest way for them to understand, not only the society in which they live, but themselves. Since September 11, it is no longer necessary to make the case for the importance of history.“<sup>302</sup>

Sehr vereinzelt fand diese kritische Auseinandersetzung mit dem vergangenen Handeln der Vereinigten Staaten auch Eingang in die Medienlandschaft. Am 1. Oktober 2001 befasste sich Lisa Beyer im *Time Magazine* mit der Vorgeschichte der Anschläge und griff dabei auf Einblicke zurück, die sie in den 1990er-Jahren als Leiterin der Time-Außenstelle in Jerusalem erhalten hatte. Anhand mehrerer emotional aufgeladener Bilder hinterfragte der Artikel dabei die Sinnhaftigkeit und Angemessenheit der US-amerikanischen Außenpolitik in der islamischen Welt. Abgebildet waren mit kritischen Unterzeilen die von den Vereinigten Staaten zerstörte sudanesisische Pharmaziefabrik infolge der Anschläge auf die US-Botschaften 1998 („Sudan. Was the U.S. hit legitimate?“), durch eine Wüste marschierende US-Truppen („Saudi Arabia. U.S. troop presence is a sacrilege to many“) sowie eine trauernde Frau („Iraq. A Woman grieves for victims of U.S. and British air strikes in 1999“).<sup>303</sup>

Ungeachtet derartiger Beiträge konstatierte Richard Jackson für den frühen Krieg gegen den Terror eine vorbehaltlose Reproduktion der zentralen Aussagen von Präsident Bush durch die US-amerikanische Presse.<sup>304</sup> Noch weitreichender argumentierte der Kommunikationswissenschaftler David Domke, der aus Beobachtungen in der Zeit zwischen

---

<sup>300</sup> Martin, Jerry L. / Neal, Anne D.: *Defending Civilization: How Our Universities Are Failing America and What Can Be Done about It*. American Council of Trustees and Alumni. Washington 2001, S. 6.

<sup>301</sup> Hartocollis, Anemona: Campus Culture Wars Flare Anew over Tenor of Debate after the Attacks. *The New York Times*. 30. September 2001, A32.

<sup>302</sup> Young 2011: *Bringing History Alive*, S. 54.

<sup>303</sup> Beyer, Lisa: Roots of Rage. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 44-46.

<sup>304</sup> Jackson 2011: *Culture, Identity and Hegemony*, S. 396.

2001 und 2004 die Theorie der „echoing press“ ableitete: Während eines Krieges oder anderer Ausnahmesituationen neigen Medien laut Domke zur Zustimmung zum Präsidenten, um einer patriotischen Stimmungslage gerecht zu werden und ihren kommerziellen Erfolg zu gewährleisten: „[N]ational unity is also good business for news institutions during such times [of crises]. (...) In a time of national crisis such as that triggered by September 11, then, the viewpoints proffered by a strategically adroit presidential administration are likely to be consistently echoed in the mainstream press as the ‚objective‘ picture of reality.“<sup>305</sup>

Termini wie Jacksons „reproducing“ oder Domkes „echoing“ suggerieren eine umfassende und unkommentierte Wiedergabe der Position des Präsidenten. Tatsächlich aber stellte sich das Zusammenwirken von Politik und Medien nuancierter dar, wie unter anderem der erwähnte Artikel im *Time Magazine* vom 1. Oktober 2001 belegt. Judith Butler betonte daher mit Blick auf die ersten Wochen nach den Anschlägen: „[A] critical relation to government has been severely, though not fully, suspended.“<sup>306</sup> Bushs Deutung entwickelte demnach anfangs zwar eine starke Dominanz, aber keine vollständige Hegemonialität. Dieser Befund deckt sich mit der Grundthese Ralph Youngs, wonach Dissens zu Mehrheitspositionen eine Konstante in allen Phasen der US-Geschichte bildete.<sup>307</sup>

Nichtsdestotrotz blieb die Zahl dieser kritischen Stimmen vorerst relativ überschaubar, während nahezu sämtliche führenden Politikerinnen und Politiker des Landes parteiübergreifend Einigkeit demonstrierten. Auf diese Trennlinie verwies auch Young: „Regarding dissent immediately after September 11, there was definitely a divergence between political actors and intellectuals. Whereas the latter group articulated dissent against the Bush narrative from the very beginning, there were almost no such voices in the political area from both parties.“ Dies lasse sich auch auf eine Orientierung der Amtsträgerinnen und Amtsträger an den Befindlichkeiten der Öffentlichkeit zurückführen: „One reason for that might be that politicians are particularly afraid of being perceived as unpatriotic and thus losing their reelection bid. They invariably weigh their decisions and statements according to popular opinion.“<sup>308</sup>

---

<sup>305</sup> Domke, David S.: *God Willing? Political Fundamentalism in the White House, the ‚War on Terror‘, and the Echoing Press*. London 2004, S. 22f.

<sup>306</sup> Butler 2004: *Explanation and Exoneration*, S. 1.

<sup>307</sup> Young, Ralph: *Dissent. The History of an American Idea*. New York 2015. Die Ausprägung dieses Widerspruchs divergierte indessen je nach Konstellation. Die verhältnismäßig geringe Meinungspluralität nach dem 11. September 2001 führte der Historiker Robert Mann dabei auf das Phänomen zurück, dass in Zeiten einer äußeren Bedrohung interne Debatten als unangemessene Unterwanderung einer nationalen Geschlossenheit wahrgenommen würden. Vgl. Mann, Robert: *Wartime Dissent in America. A History and Anthology*. New York 2010, S. 159.

<sup>308</sup> Gespräch mit dem Historiker Ralph Young am 2. Juli 2018 in Tübingen.

Überaus deutlich manifestierte sich dieses Phänomen in Form gewandelter Einschätzungen von Bushs Vorgänger Bill Clinton: Während er als amtierender Präsident die Anschläge auf die US-Botschaften in Afrika im August 1998 noch ähnlich wie Bush im Krieg gegen den Terror mit einem Hass der Terrornetzwerke auf die Staatsform der Demokratie erklärt hatte,<sup>309</sup> warf er acht Wochen nach dem 11. September einen weitaus kritischeren Blick auf das eigene Land und betonte dabei zu Beginn seiner Rede an der Georgetown University in Washington am 7. November 2001 explizit seine Stellung als Privatmann. Im Anschluss bekräftigte Clinton, dass das Bild einer ausschließlich positiven und freiheitlichen Identität der USA angesichts der Versklavung der afroamerikanischen sowie der Vertreibung und Ermordung der indigenen Bevölkerung nicht haltbar sei: „Here in the United States, we were founded as a nation that practiced slavery and slaves were, quite frequently, killed even though they were innocent. This country once looked the other way when significant numbers of Native Americans were dispossessed and killed to get their land or their mineral rights.“

Auch gegenwärtig hätten die Vereinigten Staaten ihre Ideale in der Praxis noch nicht vollumfänglich verwirklicht: „And even today, though we have continued to walk, sometimes to stumble, in the right direction, we still have the occasional hate crime rooted in race, religion, or sexual orientation. So terror has a long history.“ Auch wenn Clinton also die Entwicklung der USA als Prozess der Verbesserung schilderte, stellte er zugleich die Widersprüchlichkeiten und Unvollkommenheiten dieses Weges heraus. Vor allem die abschließende Inbezugsetzung der Vereinigten Staaten zu terroristischem Handeln war in dieser zugespitzten Form unmittelbar nach den Anschlägen ansonsten lediglich von unabhängigen Beobachtern wie Chomsky zu vernehmen.<sup>310</sup>

Unter den Kritikerinnen und Kritikern der Mehrheitsmeinung vollzog sich auf einer Metaebene ferner eine Selbstvergewisserung entlang des Begriffs des Intellekts. Judith Butler sprach von einem steigenden Anti-Intellektualismus in den Vereinigten Staaten im Herbst 2001, während Edward Said fünf Tage nach den Anschlägen die Hinterfragung argumentativer Allgemeinplätze als intellektuelle Verantwortung bezeichnete: „Intellectual responsibility, however, requires a still more critical sense of the actuality.“<sup>311</sup> Auf der Gegenseite des Debattenspektrums prägte dieser Abgrenzungsprozess auch den *Defending-Civilization-*

---

<sup>309</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1998, Book 2, S. 1460.

<sup>310</sup> Simko 2015: The Politics of Consolation, S. 199f.

<sup>311</sup> Butler 2004: Explanation and Exoneration, S. 1; Said, Edward: ‚Islam‘ and ‚The West‘ Are Inadequate Banners. *The Observer*. 16. September 2001, S. 27. Ähnlich äußerte sich der Kulturwissenschaftler John Michael: „The increasingly popular metaphor of a war between cultures allows us to avoid the pain of self-reflection. To act justly or even judiciously requires a self-awareness that no intellectual can afford to avoid.“ Michael, John: Intellectuals and the Clash of Cultures. *Socialism and Democracy* 16 (2002), S. 143.

Bericht, der durch seinen Untertitel „How Our Universities Are Failing America and What Can Be Done about It“ das universitäre Umfeld zumindest implizit von der Zugehörigkeit zu einer US-amerikanischen Identität ausschloss. In der Einleitung zogen dann die beiden Autoren Jerry Martin und Anne Neal eine Grenze zwischen weiten Teilen der Öffentlichkeit und denjenigen Universitätsmitgliedern, welche die nationale Einigkeit durch einen moralischen Relativismus unterlaufen hätten: „Proving a shocking divide between academe and the public at large, professors across the country sponsored teach-ins that typically ranged from moral equivocation to explicit condemnations of America.“<sup>312</sup>

Auch zwischen Massenmedien und Personen mit einem intellektuellen Selbstverständnis verlief eine öffentlich artikulierte Trennlinie. Noam Chomsky kritisierte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 18. September 2001 einen zwei Tage zuvor erschienenen Bericht der *New York Times*, der die Opferrolle der Vereinigten Staaten herausgestellt hatte.<sup>313</sup> Einen Tag vor Beginn des Krieges in Afghanistan im Oktober 2001 berichtete die *New York Times* über Proteste an vielen US-amerikanischen Universitäten, ohne sich selbst in diesen Kreis der kritischen Stimmen einzuschließen: „Intellectuals, in other words, were doing what they always do, and what a free society usually expects them to: trying to anchor opinion in knowledge, giving priority to reason at a time when many others may be overcome with emotion, and pricking the consciences of their fellow citizens.“<sup>314</sup> Die Debatten direkt nach dem 11. September waren in den USA also von vereinzeltem Widerspruch zur Position des Präsidenten geprägt, gleichzeitig aber auch von einem weit verbreiteten Patriotismus in Politik und Medien.

#### 4.5 Nationale Einigkeit und die Einhegung von Dissens

Die Hochkonjunktur nationaler Einigkeitsbestrebungen zeigte sich in den Tagen nach den Anschlägen in Form expliziter Aufforderungen, politische Auseinandersetzungen vorerst zurückzustellen. Im Senat plädierte am 12. September der Demokrat Harry Reid für eine landesweite und parteiübergreifende Geschlossenheit: „I am very confident that every member of the Senate views this as an American issue. No party affiliation, no partisanship, no attempt to gain political advantage – nothing – will erode our solidarity or undermine our united resolve as we respond to protect our country and our people.“ Reids Parteikollege Joe Biden

---

<sup>312</sup> Martin/Neal 2001: *Defending Civilization*, S. 1.

<sup>313</sup> Chomsky 2001: 9/11, S. 31-35.

<sup>314</sup> Bernstein, Richard: *Counterpoint to Unity: Dissent. The New York Times*. 6. Oktober 2001, A13.

bezeichnete im Anschluss sogar das Austragen von Kontroversen als gegenwärtig unangezeigt: „This is a time (...) to unite, not to debate.“ Selbst Russell Feingold aus Wisconsin, der wenige Wochen später als einziger Senator gegen den Patriot Act zur Ausweitung der exekutiven Befugnisse stimmen sollte, verstand sich an jenem 12. September noch als Teil des US-amerikanischen Kollektivs: „We as Americans are all united on this issue.“<sup>315</sup> Den Willen zur Einigkeit demonstrierten die Senatsmitglieder an diesem Tag auch durch ein gemeinsames Mittagessen anstelle der sonst üblichen parteipolitischen Trennung.<sup>316</sup>

Augenfällig kam die veränderte Konstellation auch durch Kooperationen früherer politischer Kontrahentinnen und Kontrahenten zum Ausdruck. Am 22. September titelte die *New York Times* „Giuliani and Senator Clinton: Once Rivals, Now Allies“ mit Blick auf die ruhenden Meinungsverschiedenheiten zwischen New Yorks Bürgermeister Rudolph Giuliani und Senatorin Hillary Clinton.<sup>317</sup> Im Kongress waren ähnliche Prozesse zu beobachten: Ungeachtet vorheriger Unstimmigkeiten traten die Fraktionsführer der jeweiligen Kammern – im Senat Tom Daschle und Trent Lott, im Repräsentantenhaus Dennis Hastert und Richard Gephardt – zusammen im Fernsehen auf.<sup>318</sup> Auch George W. Bushs Konkurrent bei der Präsidentschaftswahl des Vorjahres, Al Gore, verwies auf ein stark ausgeprägtes gemeinsames US-amerikanisches Bewusstsein: „There are no divisions in this country where our response to the war on terrorism is concerned. (...) This country is more united than at any time I can remember in my life. (...) We come together not only first and foremost, but solely as Americans at a time our country has been attacked.“<sup>319</sup>

Zur Projektionsfläche dieser Geschlossenheit avancierte in erster Linie der Präsident als Repräsentant einer vereinten Nation. Im Nachrichtensender CNN bewertete Moderator Wolf Blitzer Bushs Rede am Abend des 11. Septembers als starkes Signal und ergänzte: „The president spoke for just under five minutes, and he spoke from the heart.“ In der gleichen Sendung wollte Senator Christopher Dodd im Gespräch mit Blitzer nicht mehr auf seine lediglich zwei Tage zurückliegende Kritik an Bushs Verteidigungspolitik eingehen und versicherte stattdessen: „He [the president] will have total support from Congress. (...) I

---

<sup>315</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9285-S9318.

<sup>316</sup> Mitchell, Alison / Shenon, Philip: Agreement on \$40 Million for Aid and a Response. *The New York Times*. 14. September 2001, A19.

<sup>317</sup> Steinhauer, Jennifer: Giuliani and Senator Clinton: Once Rivals, Now Allies. *The New York Times*. 22. September 2001, B11.

<sup>318</sup> Alvarez, Lizette: With Bipartisan Zeal, Rival House Leaders Bond. *The New York Times*. 25. September 2001, A16.

<sup>319</sup> Berke, Richard L.: Bush Is „My Commander“, Gore Declares in Call for Unity. *The New York Times*. 30. September 2001, A29.

commend the president for his speech.“<sup>320</sup> Auch am Folgetag erhielt Bush großen Zuspruch von Senatorinnen und Senatoren der Demokratischen Partei: Während Edward Kennedy den Präsidenten für seine Rede am Vorabend lobte, bekräftigte Mehrheitsführer Tom Daschle in einem in der *New York Times* abgedruckten Statement: „We, Republicans and Democrats, House and Senate, stand strongly united behind the president.“<sup>321</sup> Hillary Clinton begründete ihre Unterstützung für Bush unter Bezugnahme auf ihre persönlichen Erfahrungen als First Lady in den 1990er-Jahren: „We will also stand united behind our President. (...) I have expressed my strong support for the President, not only as the Senator from New York but as someone who for 8 years had some sense of the burdens and responsibilities that fall on the shoulders of the human being we make our President.“<sup>322</sup> Zudem verzichteten die Demokraten auf eine ihnen eigentlich zustehende Gegenrede nach Bushs Ansprache vor dem Kongress am 20. September, die insgesamt 31 Mal durch stehende Ovationen und Jubelrufe beider Parteien unterbrochen wurde.<sup>323</sup>

Die nachträgliche Einordnung der Rede verdeutlichte das inzwischen hohe Ansehen Bushs. Der Republikanische Senator John Warner sprach von nichts weniger als der besten Rede, die je ein Präsident vor dem Kongress gehalten habe.<sup>324</sup> In der *New York Times* machte Raymond Walter Apple hinsichtlich der sprachlichen Gewandtheit des Präsidenten einen starken Kontrast zu der Zeit vor den Anschlägen aus: „Mr. Bush rose to the occasion, finding at times the eloquence that has eluded him so often in the past.“<sup>325</sup> In einem ähnlichen Sinne bemerkte Margaret Carlson wenig später im *Time Magazine*: „[H]e [Bush] began to discover his best.“<sup>326</sup> Auch intern erreichten das Weiße Haus euphorische Rückmeldungen: In einer E-Mail an Bushs Beraterin Karen Hughes am späten Abend des 20. Septembers lobte der Journalist Scott Pelley vom Fernsehsender CBS: „One of the great speeches of American History. They’ll carve those words in stone.“<sup>327</sup>

Auch die mediale Präsenz des Präsidenten erhöhte sich signifikant, was ein Vergleich der Ausgaben der *New York Times* in den beiden Wochen vor und nach dem 11. September

---

<sup>320</sup> CNN Live Event/Special. September 11, 2001. 10:14 PM. Transcript, S. 3f/15f.

<sup>321</sup> George W. Bush Presidential Library. 2014-0041-F, Box 1; Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9315; *The New York Times*. 12. September 2001, A4.

<sup>322</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9288.

<sup>323</sup> Bumiller, Elisabeth: Bush Talks, Saying Hosts Will Share the Terrorists’ Fate. *The New York Times*. 21. September 2001, A1/B4; Mitchell, Alison: Joint Congress Transformed into a United Showcase of Courage and Resolve. *The New York Times*. 21. September 2001, B5.

<sup>324</sup> Rosenbaum, David E.: Congress Joins in Support of President. *The New York Times*. 21. September 2001, B6.

<sup>325</sup> Apple, Raymond Walter Jr.: A Clear Message: „I Will Not Relent.“ *The New York Times*. 21. September 2001, A1.

<sup>326</sup> Carlson, Margaret: A President Finds His Voice. *Time Magazine*. 24. September 2001, S. 50.

<sup>327</sup> E-Mail by Scott Pelley. September 20, 2001. 11:55 PM. George W. Bush Presidential Library. 2014-0215-F[1], Box 5.

illustriert: Drei Mal war Bush nach den Anschlägen auf dem Titelbild zu sehen, davor hingegen nie. Sieben Mal erschien der Name des Präsidenten nach den Anschlägen in der Titelüberschrift, davor lediglich in einem Fall. Das Cover des *Time Magazine* vom 24. September zeigte derweil Bush bei dessen Besuch in New York inmitten der Trümmer drei Tage nach den Anschlägen. Das Bild war dabei aus einer tiefen Perspektive aufgenommen, welche die Betrachtenden zum Präsidenten aufblicken ließ.<sup>328</sup> Auch in der Öffentlichkeit verschob sich die Bewertung der Amtsführung Bushs ins Positive. In einer Umfrage des *Time Magazine* und des Fernsehsenders CNN bejahten Anfang Oktober 2001 insgesamt 84 Prozent die Frage „Do you approve of the way George W. Bush is handling his job as President?“ Dies bedeutete eine deutliche Steigerung im Vergleich zur bereits zitierten Umfrage im Juni desselben Jahres (Kapitel 3.2), als sich immerhin 38 Prozent der Befragten unzufrieden geäußert hatten.<sup>329</sup>

Bush war seinerseits bestrebt, das Momentum nationaler Einigkeit präsent zu halten. Vier Tage nach den Anschlägen dankte er in seiner wöchentlichen Radioansprache ausdrücklich für den parteiübergreifenden Zusammenhalt: „In Washington, DC, the political parties and both Houses of Congress have shown a remarkable unity, and I’m deeply grateful.“<sup>330</sup> In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 konstatierte Bush ein kollektives US-amerikanisches Bewusstsein auf Basis gemeinsamer Erfahrungen der Trauer und der Gefahrenbewältigung: „Beyond all differences of race or creed, we are one country, mourning together and facing danger together.“<sup>331</sup>

Dieses nationale Wir-Gefühl stellte keinen Automatismus nach Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten dar, sondern fußte auf der konkreten Wahrnehmung einer landesweiten Bedrohung von außen im Jahr 2001. Besonders markant zeigt sich dies bei einem vergleichenden Blick auf die Reaktionen nach dem Bombenanschlag in Oklahoma City, dem am 19. April 1995 insgesamt 168 Menschen zum Opfer gefallen waren. Im Unterschied zu den Anschlägen vom 11. September handelte es sich bei den Attentätern Timothy McVeigh und Terry Nichols um US-Bürger, die aufgrund ihrer regierungskritischen Haltung das Murrah Federal Building mit den dort angesiedelten Büros des Staatsapparates als Ziel ausgewählt hatten. Auf einer Pressekonferenz am Folgetag deutete Präsident Bill Clinton den Anschlag zunächst – ähnlich wie Bush später im Krieg gegen den Terror – als Angriff auf die Vereinigten Staaten und deren freiheitliche Lebensweise. Allerdings stieß er damit anders als Bush nicht auf

---

<sup>328</sup> The New York Times. 28. August 2001 bis 25. September 2001; Time Magazine. 24. September 2001.

<sup>329</sup> Leonhardt, David: U.S. Jobless Rate in a Jump to 4.9%. Bush Vows to Act. *The New York Times*. 8. September 2001, A1; Time Magazine. 8. Oktober 2001, S. 28.

<sup>330</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1113.

<sup>331</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 138.

umfassende Zustimmung. Am 23. April stellte CBS-Moderator Steve Kroft in einem Interview mit Clinton einen grundsätzlich friedlichen Charakter der USA infrage: „Mr. President, do you think that we are a violent nation, that violence is part of the American way of life?“ In seiner Antwort bemühte sich Clinton, eine mögliche Gewaltaffinität in Teilen der Bevölkerung durch Verweise auf die Verfassung oder Freizeitbeschäftigungen zu entdramatisieren: „[W]e’re still a kind of a frontier nation. We’re a nation that believes, indeed, enshrines in our Constitution the right to keep and bear arms. A lot of us, including the President, like to hunt and fish and do things like that.“<sup>332</sup> In jedem Fall fand der Versuch des Präsidenten einer nationalen Identitätsstiftung infolge des Angriffs von innen keine breite Akzeptanz.

Im Gegensatz dazu erreichten die landesweiten Einigkeitsbekundungen unmittelbar nach dem 11. September ein derart starkes Ausmaß, dass mit ihnen vielfach die Einhegung abweichender Meinungen einher ging. Der Philosoph Jürgen Habermas beobachtete in diesem Kontext während eines zweimonatigen Aufenthaltes in New York im Herbst 2001 einen „ungewohnte[n] Anspruch auf Solidarität und die damit verbundene Empfindlichkeit gegenüber vermeintlichem ‚Antiamerikanismus‘.“<sup>333</sup> Deutlich manifestierte sich dies in den zahlreichen Reaktionen auf den Beitrag der Kolumnistin Susan Sontag (Kapitel 4.4), die durch zwei ironisierende Auszeichnungen als Epitom unpatriotischen Verhaltens charakterisiert wurde: Mit dem „Susan Sontag Award“ wollte der Journalist Andrew Sullivan eigenen Aussagen zufolge auf mangelnde Respektsbekundungen gegenüber den USA hinweisen, während das konservativ ausgerichtete Wochenmagazin *The Weekly Standard* das „Susan Sontag Certificate“ zur Hervorhebung unsinniger Deutungen der Anschläge ins Leben rief. Das erste dieser Zertifikate verlieh das Magazin an Sontag selbst für ihre Kolumne in der Zeitschrift *The New Yorker*.<sup>334</sup>

Am 30. September 2001 stellte der Kolumnist Lawrence Kaplan im Politikmagazin *The New Republic* Sontag sogar auf eine Ebene mit den Attentätern des 11. Septembers, als er im ersten Satz seines Artikels rhetorisch fragte: „What do Osama bin Laden, Saddam Hussein, and Susan Sontag have in common?“ Die Antwort gab Kaplan direkt im Anschluss, indem er diesen Personenkreis von der Zugehörigkeit zu einem US-amerikanischen Kollektiv ausschloss: „All

---

<sup>332</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1995, Book 1, S. 560/577. Chin-Kuei Tsui verwies auf zahlreiche Kontinuitäten zwischen Bill Clinton und George W. Bush hinsichtlich der Terrorismus-Bekämpfung und der politischen Kommunikation. Diese wird auch die vorliegende Untersuchung thematisieren (Kapitel 5.2 und 5.3), wobei punktuelle Ähnlichkeiten dennoch nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass Bush die Bekämpfung des Terrorismus im Gegensatz zu Clinton ins Zentrum seiner Präsidentschaft und seiner Identitätsstiftung rückte. Vgl. Tsui, Chin-Kuei: Clinton, New Terrorism and the Origins of the War on Terror. London 2017.

<sup>333</sup> Habermas/Derrida 2006: Philosophie in Zeiten des Terrors, S. 49.

<sup>334</sup> Bernstein, Richard: Counterpoint to Unity: Dissent. *The New York Times*. 6. Oktober 2001, A13.

acknowledge a truth that most Americans would rather not.“<sup>335</sup> Eine Woche später führte *The New Republic* schließlich die Rubrik „Idiocy Watch“ zur Charakterisierung vermeintlich unamerikanischer Sichtweisen ein. Dort aufgeführt waren Kommentare zu den Terroranschlägen, die aus Sicht des Magazins durch moralischen Relativismus und die Verweigerung eines patriotischen Standpunktes die nationale Geschlossenheit unterlaufen hätten.<sup>336</sup>

Sontag reagierte ihrerseits in einem Interview auf der Internetseite *Salon*, das den etwas übersteigerten Titel „The ‚Traitor‘ Fires Back“ trug. Bei genauerer Betrachtung relativierte Sontag darin nämlich Teile ihrer US-kritischen Position: „I’m not against fighting this enemy – it is an enemy and I’m not a pacifist. (...) I do *not* feel that the Sept. 11 attacks were the pursuit of legitimate grievances by illegitimate means.“ Mit ihrem Beitrag im *New Yorker* habe sie sich keineswegs gegen die Vereinigten Staaten stellen, sondern lediglich die Ursachen der Ereignisse ergründen wollen.<sup>337</sup>

Eine solche Motivsuche wurde jedoch unmittelbar nach den Anschlägen von einem Streben nach Einigkeit überlagert, was sich paradigmatisch anhand der Stoßrichtung der Kritik zeigte: Fast nie fand eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Sontags skeptischer Sicht auf die Außenpolitik der Vereinigten Staaten statt, wofür es aus US-freundlicher Perspektive ja durchaus Ansatzpunkte gegeben hätte – etwa mit Blick auf den Beitrag des Landes zur Schaffung einer stabilen Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Stattdessen monierten viele Autorinnen und Autoren bereits die Tatsache, dass Sontag überhaupt einen – wie auch immer begründeten – kritischen Blick auf das eigene Land geworfen hatte. Auf dieser vorgelagerten Ebene waren auch Begriffe angesiedelt wie jener der „hate-America crowd“ des neokonservativen Publizist Norman Podhoretz zur Erfassung abweichender Meinungsbeiträge.<sup>338</sup>

Die Reaktion auf Sontags Kolumne stellte keineswegs ein Einzelbeispiel dar. In weiteren Fällen griff im Herbst 2001 das Prinzip, nationale Einigkeit als Wert an sich zu verstehen. Abweichungen von dieser Norm zogen dabei auch berufliche Konsequenzen nach sich. Am Vormittag des 11. Septembers hatte beispielsweise der Historiker Richard Berthold von der University of New Mexico vor Studierenden derartige Gewalttaten gegen die USA aufgrund einer imperialistischen Außenpolitik gutgeheißen: „Anyone who can blow up the Pentagon gets

---

<sup>335</sup> Kaplan, Lawrence F.: No Choice. Foreign Policy after September 11. *The New Republic*. 1. Oktober 2001.

<sup>336</sup> Idiocy Watch. *The New Republic*. 8. Oktober 2001, S. 10.

<sup>337</sup> Talbot, David: The ‚Traitor‘ Fires Back. *Salon*. 17. Oktober 2001.

<sup>338</sup> Bohlen, Celestine: In New War on Terrorism, Words Are Weapons, Too. *The New York Times*. 29. September 2001, A11.

my vote.“<sup>339</sup> Zwar revidierte er seine affektive Bemerkung im Nachhinein als „incredibly stupid“, erhielt aber nach eigenen Aussagen dennoch Hass-E-Mails und Morddrohungen. Außerdem sprach die Universität eine Verwarnung aus sowie das Verbot, in naher Zukunft Studierende im ersten Semester zu unterrichten.<sup>340</sup> Der Fall erlangte landesweite Aufmerksamkeit, die im Besuch Bertholds in der Fernsehsendung CNN-Newsroom am 18. Dezember 2001 kulminierte. Dort forderte unter anderem Bill Fuller aus dem Kongress des Bundesstaates New Mexico Bertholds Entlassung, da das Recht auf Redefreiheit lediglich vor Inhaftierung schütze.<sup>341</sup> Einer Freistellung kam Berthold schließlich zuvor und kündigte 2002 seinen Rückzug von der Universität an.<sup>342</sup>

Ebenfalls persönliche Folgen hatte eine Äußerung zu den Anschlägen für Fernsehmoderator Bill Maher, der in seiner Talkshow *Politically Incorrect* am 17. September 2001 Präsident Bushs Titulierung der Attentäter als Feiglinge mit Blick auf frühere US-Luftangriffe verkehrte: „We have been the cowards, lobbing cruise missiles from 2000 miles away. That’s cowardly. Staying in the airplane when it hits the building, say what you want about it, it’s not cowardly.“<sup>343</sup> Die Aussage zog den Rückzug von Sponsoren der Sendung sowie eine öffentliche Missbilligung durch Bushs Pressesprecher Ari Fleischer nach sich: „There are reminders to all Americans that they need to watch what they say, watch what they do, and this is not a time for remarks like that.“ Obwohl sich Maher mehrfach für die Aussage entschuldigte, wurde seine Sendung im Sommer 2002 eingestellt.<sup>344</sup>

Die Einhegung divergierender Meinungen beschränkte sich nicht auf die bisher erwähnten Beiträge aus dem liberalen Spektrum, sondern war gegen jedes potenzielle Unterlaufen der nationalen Einigkeit gerichtet. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Debatten infolge einer Aussage des fundamental-baptistischen Pastors Jerry Falwell, der zwei Tage nach den Anschlägen zu Gast in der Fernsehsendung *The 700 Club* des Senders Christian Broadcasting Network war. Dort stellte Falwell einen Zusammenhang her zwischen dem Angriff auf die Vereinigten Staaten und der aus seiner Sicht lasterhaften Säkularisierung des Landes, welche die Religiöse Rechte schon lange vor dem 11. September 2001 verurteilt hatte.<sup>345</sup>

---

<sup>339</sup> Janofsky, Michael: New Mexico: Professor Jokes about Attack. *The New York Times*. 27. September 2001, A16.

<sup>340</sup> Baderjan, Jenny Lyn: The Necessity of Aimless Chitchat. *The New York Times*. 6. Januar 2002, 4004016.

<sup>341</sup> CNN Newsroom. December 18, 2001. 4:30 PM. Transcript.

<sup>342</sup> Berthold, Richard: My Five Minutes of Infamy. *History News Network*. 25. November 2002.

<sup>343</sup> Bohlen, Celestine: In New War on Terrorism, Words Are Weapons, Too. *The New York Times*. 29. September 2001, A11. Ähnlich argumentierte Susan Sontag eine Woche später in ihrem Beitrag im *New Yorker* mit Blick auf die US-amerikanischen Luftangriffe im Kosovo 1999.

<sup>344</sup> Mann 2010: *Wartime Dissent*, S. 160. Jedoch waren die Einschaltquoten seit geraumer Zeit generell rückläufig gewesen, sodass sich die Einstellung der Sendung nicht alleine auf Mahers Aussage zurückführen lässt.

<sup>345</sup> Williams, Daniel K.: *God’s Own Party. The Making of the Christian Right*. Oxford 2012.

Falwells Kritik zielte insbesondere auf die Nicht-Regierungsorganisation American Civil Liberties Union (ACLU), die sich zu Beginn der 1980er-Jahre in Abgrenzung zur christlich-konservativen Organisation Moral Majority gebildet hatte und seitdem für eine Liberalisierung der USA eingetreten war. Im Entstehen der ACLU für das Recht auf Abtreibung und freie sexuelle Orientierung sah Falwell eine Entfernung von christlichen Idealen, weswegen auch Gott am 11. September 2001 von den Vereinigten Staaten abgerückt sei: „He lifted the curtain of protection.“ Daher schrieb Falwell der Organisation eine Mitverantwortung für die Anschläge zu: „I really believe that the pagans, and the abortionists, and the feminists, and the gays and the lesbians who are actively trying to make that an alternative lifestyle, the A.C.L.U., People for the American Way, all of them who have tried to secularize America, I point the finger in their face and say ‚You helped this happen‘.“<sup>346</sup>

Die Äußerung löste unmittelbare Gegenreaktionen aus. Noch am selben Tag veröffentlichte die von Falwell getadelte ACLU eine Stellungnahme ihres Präsidenten Ralph Neas, der die Anschuldigungen Falwells als unangemessene Spaltung des Landes zurückwies: „Religious Right political leaders Pat Robertson and Jerry Falwell have chosen the path of division rather than unity. (...) This is a time for a shared national commitment to bringing those responsible for the terrorist attacks to justice.“<sup>347</sup> Auffälligerweise folgte Neas' Argumentation dabei der gleichen Logik wie die Reaktionen auf den Meinungsbeitrag Susan Sontags: Anstatt einer inhaltlichen Auseinandersetzung – welche die ACLU in den Jahren vor 2001 vielfach mit der Religiösen Rechten geführt hatte<sup>348</sup> – beschränkte sich Neas nun nach den Terroranschlägen auf die Aufforderung zu nationaler Einigkeit. Auch Präsident Bush wies die Aussagen Falwells zurück, als er am 14. September über seinen Sprecher Ken Lisaius vermelden ließ: „The president believes that terrorists are responsible for these acts. He does not share those views, and believes that those remarks are inappropriate.“<sup>349</sup>

Nach der öffentlichen Kritik relativierte Falwell seine Äußerungen und bezeichnete in einem in mehreren Zeitungen veröffentlichten Statement die Attentäter als alleinverantwortlich für die Anschläge. Seine Thesen seien dagegen aus dem Kontext einer längeren theologischen Diskussion gerissen worden. Abschließend thematisierte Falwell die vorübergehende Überlagerung von identitären Kategorien wie Religion oder Weltanschauung durch eine

---

<sup>346</sup> Niebuhr, Gustav: U.S. ‚Secular‘ Groups Set Tone for Terror Attacks, Falwell Says. *The New York Times*. 14. September 2001, A18.

<sup>347</sup> Statement by the American Civil Liberties Union. September 13, 2001. People for the American Way.

<sup>348</sup> Krannawitter, Thomas L. / Palm, Daniel C.: A Nation under God? The ACLU and Religion in American Politics. Lanham 2005.

<sup>349</sup> Goodstein, Laurie: Falwell's Finger-Pointing Inappropriate, Bush Says. *The New York Times*. 15 September 2001, A15.

nationale Referenzgröße in den Tagen nach dem 11. September: „I apologize that, during a week when everyone appropriately dropped all labels and no one was seen as liberal or conservative, Democrat or Republican, religious or secular, I singled out for blame certain groups of Americans. (...) The only label any of us needs in such a terrible time of crisis is American.“<sup>350</sup>

Diese immense Dominanz der US-amerikanischen Nation als Projektionsfläche kollektiver Selbstverständnisse steht zugleich in Widerspruch zu der im Krieg gegen den Terror postulierten Identität der Vereinigten Staaten, die Präsident Bush mehrfach als Ort der Redefreiheit charakterisierte.<sup>351</sup> Bereits zwei Tage nach den Anschlägen prognostizierte der Politologe Theodore Lowi hierzu entsprechende Einhegungsmechanismen: „We will be operating as if we have a national unity party. (...) That means alternative voices will be suppressed.“<sup>352</sup> Der Journalist Frank Rich sah indessen in einem Kommentar in der *New York Times* in diesem eingeschränkten Meinungspluralismus die Wiederkehr eines negativen Nebeneffektes des Kalten Krieges in den USA.<sup>353</sup> Auch Susan Sontag nahm auf das Spannungsverhältnis zwischen Identitätspostulat und Debattenkultur Bezug, indem sie letztere provokativ mit einem sowjetischen Parteikongress verglich und anschließend betonte: „The unanimity of the sanctimonious, reality-concealing rhetoric spouted by American officials and media commentators in recent days seems, well, unworthy of a mature democracy. (...) Let’s by all means grieve together. But let’s not be stupid together.“<sup>354</sup>

Die im Krieg gegen den Terror vermittelte Identität stand demnach nicht nur in Widerspruch zu der bereits vielfach untersuchten politischen Gesetzgebung,<sup>355</sup> sondern auch zum öffentlichen Diskussionsstil in den Vereinigten Staaten im Herbst 2001. In einer Publikation der Nicht-Regierungsorganisation Center for Constitutional Rights, die später die Gerichtsverfahren gegen die Bush-Administration aufgrund der Inhaftierungspraktiken in

---

<sup>350</sup> Niebuhr, Gustav: Falwell Apologizes for Saying an Angry God Allowed Attacks. *The New York Times*. 18. September 2001, B4. Dieser nach den Anschlägen in den USA zu beobachtende Mechanismus korrespondiert mit der Annahme des Tübinger Sonderforschungsbereiches, dass infolge von Bedrohungswahrnehmungen individuelle Identitätsvorstellungen oftmals auf eine kollektive Ebene gehoben werden. Vgl. Frie/Nieswand 2017: Zwölf Thesen, S. 7.

<sup>351</sup> Am 8. November 2001 betonte Bush in einer Rede an die Nation: „We value the right to speak our minds; for the terrorists, free expression can be grounds for execution.“ Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1361.

<sup>352</sup> Seelye, Katharine Q. / Bumiller, Elisabeth: Bush Labels Aerial Terrorist Attacks „Acts of War“. *The New York Times*. 13. September 2001, A16.

<sup>353</sup> Rich, Frank: No News Is Good News. *The New York Times*. 13. Oktober 2001, A23.

<sup>354</sup> Sontag, Susan: Tuesday, and After. *The New Yorker*. 24. September 2001, S. 32.

<sup>355</sup> Schild, Georg: Terrorbekämpfung und Bürgerrechte in den USA nach dem 11. September 2001. In: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden 2005, S. 267-285; Greiner, Bernd: 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen. München 2011; Herman, Susan N.: Taking Liberties. The War on Terror and the Erosion of American Democracy. Oxford 2014.

Guantanamo auf den Weg brachte, war 2002 die Rede von einer „lockstep nation“ in Bezug auf die Disziplinierung öffentlicher Debatten.<sup>356</sup> In den ersten Monaten nach den Anschlägen aber blieben derartige Anmerkungen eine Randerscheinung angesichts der weit verbreiteten nationalen Geschlossenheit entlang der Vorstellung einer gemeinsamen Identität, die auf mehreren inhaltlichen Säulen fußte.

---

<sup>356</sup> Chang, Nancy: *Silencing Political Dissent*. Foreword by Howard Zinn. New York 2002, S. 98.

## 5. Identitätsnarrative im Krieg gegen den Terror

### 5.1 Die USA als Freiheitswahrer im historischen Wandel

Keine andere Vorstellung hat das kollektive Selbstverständnis der Vereinigten Staaten derart geprägt wie die der Freiheit, welche der Linguist George Lakoff im Untertitel seiner 2006 veröffentlichten Abhandlung als „America’s most important idea“ bezeichnete.<sup>357</sup> Der Historiker Eric Foner verwies darüber hinaus auf die große Reichweite und Anschlussfähigkeit des Freiheitsbegriffs als „the organizing theme of US history“, unter dessen Mantel verschiedenste konkrete Sachthemen verhandelt worden seien.<sup>358</sup> Die Semantik des Konzepts war dabei innerhalb der USA immer auch Gegenstand kontroverser Aushandlungsprozesse, die George Lakoff durch eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen einem progressiven und konservativen Freiheitsverständnis beschrieb: Während sich letzteres vor allem auf einer individuell-persönlichen Ebene verorten lasse, habe die progressive Lesart gerade im 20. Jahrhundert dem Staat eine weitaus aktivere Rolle bei der Gewährung von Freiheitsrechten beigemessen.

Abseits dieser konkurrierenden Auffassungen machte Lakoff aber auch die weitgehend unumstrittene Vorstellung eines „simple freedom“ aus, die von einer großen Mehrheit in den USA geteilt werde.<sup>359</sup> Dieses allgemeine Freiheitsverständnis bezog sich meist auf das politische System als Ganzes und die Staatsform der Demokratie, deren Erhalt und Fortentwicklung Präsident Abraham Lincoln in den letzten Worten seiner viel zitierten Gettysburg Address 1863 mit folgenden Worten als zentrale Aufgabe für die Vereinigten Staaten herausstellte: „[T]hat this nation, under God, shall have a new birth of freedom – and that government of the people, by the people, for the people shall not perish from this earth.“<sup>360</sup> Neben den hierzu gehörenden Freiheitsrechten (in Bezug auf Religion, Meinung oder Presse) nahm in der US-amerikanischen Geschichte der Mechanismus der freien (Ab-)Wahl der

---

<sup>357</sup> Lakoff, George: *Whose Freedom? The Battle over America’s Most Important Idea*. New York 2006. Lakoff bewegte sich aufgrund seiner Untersuchungen zur Strukturierung öffentlicher Debatten durch Metaphern (Kapitel 4.2) oft an der Schnittstelle zwischen Linguistik und Politikwissenschaft.

<sup>358</sup> Foner, Eric: *The Story of American Freedom*. New York 1999, xiii.

<sup>359</sup> Lakoff 2006: *Whose Freedom?* S. 25. Die beiden unterschiedlichen Freiheitsverständnisse trafen im Verlauf der US-amerikanischen Geschichte immer wieder aufeinander – unter anderem in den Verfassungsdebatten des späten 18. Jahrhunderts zwischen Federalists und Anti-Federalists oder im Zuge der Culture Wars seit den 1960er-Jahren zwischen Liberalen und Konservativen. Vgl. Hartman, Andrew: *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*. 2. Auflage. Chicago 2019.

<sup>360</sup> *The Collected Works of Abraham Lincoln*. Edited by Roy Basler. Volume VII. New Brunswick 1953, S. 23.

Regierung durch die Bevölkerung eine besondere Stellung ein, welcher im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten auch während Bürger- und Weltkriegen eine Konstante im vierjährigen Rhythmus blieb.

Dieser politische Freiheitsbegriff bildete eine zentrale Argumentationsgrundlage der US-amerikanischen Staatsgründung, die auf dem Postulat einer vom Menschen – und nicht mehr von Gott – ausgehenden Herrschaftslegitimation fußte. In der Folgezeit manifestierte sich dieses nationale Selbstverständnis in den außenpolitischen Abgrenzungsnarrativen gegen die Monarchien des 19. Jahrhunderts sowie in den Konflikten gegen Faschismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert.<sup>361</sup> Zwar war diese gemeinsame Basis zuletzt in den USA im Kontext der Präsidentschaft Donald Trumps (Kapitel 7.2) brüchig wie selten zuvor, was insbesondere 2020 in den Vorwürfen von Wahlfälschung und Demokratiedefiziten durch Trump und seine Anhängerschaft zum Ausdruck kam. Zwei Jahrzehnte zuvor aber fungierte der allgemeine politische Freiheitsbegriff noch als breit akzeptiertes nationales Fundament, auf das auch der Präsident im Krieg gegen den Terror wiederholt einging.<sup>362</sup>

In seiner Rede vor dem Kongress am 20. September 2001 etablierte Bush zunächst die Überzeugungen der für die Anschläge verantwortlichen Terrororganisation Al-Qaida als repressives Gegenmodell zu den Vereinigten Staaten: „In Afghanistan, we see Al Qaida’s vision for the world. Afghanistan’s people have been brutalized. Many are starving, and many have fled. Women are not allowed to attend school. You can be jailed for owning a television. Religion can be practiced only as their leaders dictate. A man can be jailed in Afghanistan if his beard is not long enough.“ Anschließend leitete Bush hieraus einen Hass auf die USA und deren freiheitliche Lebensform ab: „Americans are asking, why do they hate us? They hate what we see right here in this Chamber, a democratically elected government. Their leaders are self-appointed. They hate our freedoms – our freedom of religion, our freedom of speech, our freedom to vote and assemble and disagree with each other.“<sup>363</sup>

Dieses duale Argumentationsmuster bildete in den folgenden Wochen eine wiederkehrende Konstante, indem Bush seine Charakterisierung der Vereinigten Staaten meist direkt mit dem internationalen Terrorismus als negativem Gegenpol kontrastierte. Eine solche Konturschärfung der eigenen Identität durch die Abgrenzung nach außen prägte auch die Rede

---

<sup>361</sup> Für die Zeit des Kalten Krieges analysierte Anselm Doering-Manteuffel in seinem erwähnten Artikel (Kapitel 3.1) die zentrale Rolle des Freiheitsbegriffs in den Vereinigten Staaten. Vgl. Doering-Manteuffel 2003: Im Kampf um Frieden und Freiheit, S. 29.

<sup>362</sup> Vor dem 11. September 2001 prägte dagegen ein konservatives Freiheitsverständnis die Präsidentschaft Bushs, was in der politischen Umsetzung durch Steuersenkungen und eine Rückführung des Sozialstaates zum Ausdruck kam. Vgl. Schild 2003: Amerikanische Sozialpolitik, S. 282.

<sup>363</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1141f.

an die Nation am 8. November 2001, als der Präsident auf das Thema der Meinungsfreiheit zu sprechen kam: „We value the right to speak our minds; for the terrorists, free expression can be grounds for execution.“<sup>364</sup> Als nicht haltbar erweist sich deshalb das bereits erwähnte Konzept einer ausschließlich „negativen Identität“ (Kapitel 2.2): Die Schilderung terroristischer Organisationen als Inbegriff des Unamerikanischen stellte zwar einen konstitutiven Teil des Arguments dar, ging jedoch in einem verwobenen Prozess einher mit der Artikulation positiver Eigenschaften der Vereinigten Staaten.<sup>365</sup>

Darüber hinaus griff Bush punktuell Elemente seiner Identitätskonstruktion aus der Zeit vor dem 11. September (Kapitel 3.2) wieder auf. Zum einen integrierte er bildungspolitische Aspekte in das Bild einer freiheitlichen Nation, als er am 29. November 2001 die diesbezüglichen Chancen in einer freien Gesellschaft betonte: „It must bother them [the terrorists] greatly to know we’re such a free and wonderful place (...), a place where children can be educated.“ Zum anderen ermöglichten Verweise auf die Hilfsbereitschaft nach den Anschlägen die Veranschaulichung jenes Mitgefühls, das Bush während des Präsidentschaftswahlkampfes der Jahre 1999 und 2000 als wesentliches Merkmal der USA geschildert hatte. Am 11. Oktober 2001 nahm er hierzu gegenüber Journalistinnen und Journalisten Bezug auf die gegenwärtigen Solidarisierungseffekte innerhalb des Landes: „The evil ones have sparked an interesting change in America, I think – a compassion in our country that is overflowing. (...) We are strong. We’re compassionate; neighbors care about neighbors.“<sup>366</sup> Diese Aussagen stießen nun auf eine weitaus größere Resonanz als noch vor den Anschlägen: Während das Konzept des Compassionate Conservatism in Bushs ersten Amtsmonaten vielfach als inhaltsleere Floskel kritisiert worden war,<sup>367</sup> lobte der Demokratische Senator Edward Kennedy die mitfühlende Tonlage in Bushs Rede am 20. September 2001: „The president’s speech was exactly what the nation needed – a message of determination and hope, strength and compassion.“<sup>368</sup>

Schließlich waren die Selbst- und Fremdcharakterisierungen im Herbst des Jahres 2001 mit eindeutigen passiven und aktiven Rollenzuschreibungen verknüpft, die wiederum auf die

---

<sup>364</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1361.

<sup>365</sup> Tallman, Chad: Interpreting 9/11: The Role of Language and Narrative in the Construction of ‚American‘ Identity. *Journal of Government and Politics* 5 (2014), S. 2.

<sup>366</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1460/1226.

<sup>367</sup> Margaret Carlson hatte im Untertitel ihres Kommentars im *Time Magazine* am 16. April rhetorisch gefragt: „Where’s the compassion that was supposed to go with Bush’s conservatism?“ Carlson, Margaret: Arsenic and Bad Beef. *Time Magazine*. 16. April 2001, S. 36.

<sup>368</sup> Max, Daniel T.: The Making of the Speech. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032. Die Wiederanknüpfung an Bushs Wahlkampf-Rhetorik des Mitgefühls bildete laut Max ein strategisches Ziel von Beraterin Karen Hughes für die Rede am 20. September.

Schuldfrage zurückwirkten: Das freiheitliche Wesen seines Landes thematisierte Bush auf einer ontologischen Ebene, während er Al-Qaida im Gegensatz dazu offensive imperiale Ambitionen zuschrieb. Diese seien eine existentielle Bedrohung für die US-amerikanische Lebensweise: „Its [Al Qaida’s] goal is remaking the world and imposing its radical beliefs on people everywhere. (...) These terrorists kill not merely to end lives but to disrupt and end a way of life.“<sup>369</sup> Diese Zuweisung eines eindeutigen Handlungsmotives entkräftet zugleich die mitunter vertretene These, dass Bush den internationalen Terrorismus als inhärent bösartig und die Ereignisse als unbegreiflich dargestellt habe.<sup>370</sup> Tatsächlich nämlich erklärte der Präsident die Anschläge mit einem angeblichen globalen Führungsstreben Al-Qaidas und stufte den Krieg gegen den Terror damit zugleich als grundsätzlichen Konflikt zweier konkurrierender Lebensformen ein.

\*\*\*

Seine Deutung bettete Bush zugleich in ein diachrones Narrativ ein, indem er den Krieg gegen den Terror zu früheren außenpolitischen Konflikten der USA um den Erhalt politischer Freiheiten in Relation setzte. Diese Vergangenheitsbezüge schlossen an eine Intensivierung der öffentlichen Erinnerungskultur in den Jahren vor dem 11. September an, die in der Suche nach einer positiven nationalen Vergangenheit begründet lag: Zum einen verstärkten sich angesichts des negativ konnotierten Vietnamkrieges ab den 1980er-Jahren die Bemühungen um ein ausgleichendes Kontrastbild, zum anderen rückte infolge des narrativen Vakuums durch den Wegfall der Sowjetunion als sinnstiftendes Gegenüber (Kapitel 3.1) in den Vereinigten Staaten die eigene Geschichte als Quelle der kollektiven Selbstvergewisserung in den Fokus.<sup>371</sup>

Hierbei entwickelte sich der Zweite Weltkrieg zum zentralen Referenzrahmen des nationalen US-amerikanischen Gedächtnisses, was aus mehreren Gründen nahe lag: Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus war moralisch unumstritten positiv markiert, zudem verliefen die Kampfhandlungen für die Vereinigten Staaten verhältnismäßig schnell und verlustarm.<sup>372</sup> Mit dem wachsenden Lebensalter der Zeitzeuginnen und -zeugen stieg schließlich auch die Dringlichkeit einer persönlichen Befragung, was in einer Konjunktur der

---

<sup>369</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1141f.

<sup>370</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 86.

<sup>371</sup> Dies zeigte sich im Spielfilm *Gettysburg*, der die mitentscheidende Schlacht des Amerikanischen Bürgerkrieges als heroisierendes Porträt beider Seiten ins Bild setzte und im Sommer 1994 bei seiner Erstausstrahlung im Fernsehen 34 Millionen Menschen erreichte. Vgl. Schild, Georg: *Gettysburg 1863. Lees gescheiterte Invasion*. Paderborn 2017, S. 165.

<sup>372</sup> Rosenberg, Emily: *Remembering Pearl Harbor before September 11*. In: Gallicchio, Marc (Hg.): *The Unpredictability of the Past: Memories of the Asia-Pacific War in U.S.-East Asian Relations*. Durham 2007, S. 21.

Oral History mündete: Der Schriftsteller und Radiomoderator Studs Terkel gelangte hierbei 1984 auf Basis von Interviews mit damals Beteiligten zu einer Einstufung des Zweiten Weltkrieges als „good war“, der sich aus Sicht der USA durch hehre Ziele und eine große innere Einigkeit ausgezeichnet habe.<sup>373</sup> Als zweites populäres Signum prägte der Journalist Tom Brokaw den Begriff der „greatest generation“ auf Grundlage von 50 Porträts US-amerikanischer Bürgerinnen und Bürger aus der Zeit des Weltkrieges. Diese hätten nicht für persönlichen Ruhm gegen Hitlers Deutsches Reich gekämpft, sondern den Vereinigten Staaten ihren heutigen Wohlstand gesichert.<sup>374</sup>

Die Einweihungen mehrerer öffentlicher Orte anlässlich der 50. Jahrestage der Kriegsereignisse hielten in den 1990er-Jahren den Zweiten Weltkrieg im öffentlichen Bewusstsein präsent.<sup>375</sup> Hierzu leisteten auch zwei Kinofilme einen signifikanten Beitrag, welche die Ereignisse aus einer dezidiert US-amerikanischen Perspektive schilderten: Steven Spielbergs *Saving Private Ryan* thematisierte 1998 die Rettung eines US-Soldaten in der Normandie, Michael Bays *Pearl Harbor* 2001 den japanischen Angriff und die Reaktion der Vereinigten Staaten hierauf. *Pearl Harbor* entwickelte sich zu einem der kommerziell erfolgreichsten Filme des Jahres und verankerte infolge seiner werbewirksamen Premiere am Memorial Day für Gefallene im Mai 2001 den Zweiten Weltkrieg stark im nationalen Gedächtnis der USA. Zwei Tage vor dem 11. September 2001 strahlte schließlich der Fernsehsender HBO die erste Folge seiner zehnteiligen Serie *Band of Brothers* über in Europa kämpfende US-Soldaten aus und erreichte damit rund zehn Millionen Menschen.<sup>376</sup> Das zeitliche Zusammenfallen dieser intensivierten Erinnerungskultur mit den Anschlägen verschaffte Präsident Bush eine narrative Ressource zur Einordnung der Ereignisse des 11. Septembers, wie auch der Historiker John Bodnar betonte: „At the beginning of a new century, many Americans were more than ready to go to war again. (...) [N]o better resource was available to him [Bush] to bring clarity to the chaos of these events than the virtuous remembrance of World War II.“<sup>377</sup>

---

<sup>373</sup> Terkel, Studs: *The Good War. An Oral History of World War II*. New York 1984.

<sup>374</sup> Brokaw, Tom: *The Greatest Generation*. New York 1998.

<sup>375</sup> Hierzu zählten die Eröffnung des Holocaust Memorial Museums 1993 in Washington, die Einweihung des Denkmals für Präsident Franklin D. Roosevelt 1997 ebendort sowie die Eröffnung des National D-Day Museums 2000 in New Orleans. Zudem autorisierte der Kongress ein Denkmal auf der National Mall in Washington für rund 100 Millionen US-Dollar, mit dessen Bau im Jahr 2000 begonnen wurde.

<sup>376</sup> Noon 2004: *Operation Enduring Analogy*, S. 344; Jackson 2005: *Writing the War on Terrorism*, S. 44; Rosenberg 2007: *Remembering Pearl Harbor*, S. 31-36.

<sup>377</sup> Bodnar, John: *The ‚Good War‘ in American Memory*. Baltimore 2010, S. 234-243. Das Bild des „guten Krieges“ verstand Bodnar jedoch nicht als wahrheitsgetreue Rekonstruktion der damaligen Zeit, die für viele direkt Beteiligte durch Erfahrungen von Leid und Verlust geprägt gewesen sei. Erst Jahrzehnte nach Kriegsende habe sich der positive Erinnerungsstrang im kollektiven Gedächtnis der USA als perspektiviertes und interessengeleitetes Konstrukt etabliert.

Dass Bush diesen Analogiebildungen prinzipiell offen gegenüberstand, zeigte sich bereits vor den Terroranschlägen: Wenn er im Präsidentschaftswahlkampf abseits seines innenpolitischen Schwerpunktes (Kapitel 3.2) die außenpolitischen Errungenschaften der USA aufgriff, rekurrierte er häufig auf den Kampf gegen den Faschismus. Im September 1999 charakterisierte Bush den Zweiten Weltkrieg als Konflikt der nationalen Selbstvergewisserung unter Bezugnahme auf seinen Vater, der ab 1943 im Pazifik gekämpft hatte: „In the world of our fathers, we have seen how America should conduct itself. (...) And I have seen all of this personally and closely and clearly.“ Zwei Monate später bezeichnete er „the dark days of 1941“ mit Blick auf die damals global verbreiteten faschistischen Systeme als Tiefpunkt der Moderne und wies damit zugleich dem US-Kriegseintritt eine zentrale Rolle als Katalysator einer weltweiten Demokratisierung zu.<sup>378</sup> Während Bushs erster Monate als Präsident fanden zudem im Weißen Haus mehrere Vorführungen von Filmen statt, die sich mit dem Zweiten Weltkrieg befassten: Am 7. März 2001 sah der Präsident die HBO-Produktion *Varian's War* über den US-Amerikaner Varian Fry, der in Europa mehreren jüdischen Intellektuellen zur Flucht verhalf.<sup>379</sup> Am 16. Mai lief das Dokumentationsdrama *Submerged* über das U-Boot USS Squalus, aus dem 1939 nach einem Defekt mehrere Personen gerettet wurden und das später in den Kampfhandlungen im Pazifik zum Einsatz kam. Die interne Ankündigung für den Präsidenten pries den Film dabei als „very patriotic“.<sup>380</sup>

Nach dem 11. September verstärkten sich Bushs öffentliche Bezüge auf die zurückliegende US-amerikanische Außenpolitik im Allgemeinen und auf den Zweiten Weltkrieg im Speziellen beträchtlich. Drei Tage nach den Anschlägen machte er in seiner Rede in der National Cathedral in Washington zunächst in allgemeiner Form das Eintreten für Freiheitsrechte als Konstante der Geschichte seines Landes aus: „In every generation, the world has produced enemies of human freedom. They have attacked America because we are freedom's home and defender.“ Sechs Tage später bettete Bush in seiner Ansprache am 20. September im Kongress den gegenwärtigen Konflikt in die Kontinuitätslinie eines fortwährenden Kampfes der Vereinigten Staaten gegen wechselnde illiberale Gegner ein, indem er den internationalen Terrorismus in die Tradition früherer totalitärer Systeme stellte: „We have seen their kind before. They are the heirs of all the murderous ideologies of the 20th century. By sacrificing human life to serve their radical visions, by abandoning every value except the will to power, they follow in the path of fascism and Nazism and totalitarianism.“<sup>381</sup>

---

<sup>378</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 137/150.

<sup>379</sup> Schedule Proposal. February 28, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2015-0140-F, Box 1.

<sup>380</sup> Schedule Proposal. March 26, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2015-0140-F, Box 3.

<sup>381</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1109/1142.

Die Analogie mit dem Kampf gegen den Faschismus konkretisierte Bush in derselben Rede durch eine Parallelisierung der visuell ähnlichen Auslöseereignisse beider Konflikte aus US-Perspektive, indem er den Anschlag auf das World Trade Center mit dem überraschenden Luftangriff Japans auf die Pazifikflotte in Pearl Harbor verglich: „Americans have known wars, but for the past 136 years, they have been wars on foreign soil, except for one Sunday in 1941.“ Auch in seiner Ansprache zum 60. Jahrestag der Ereignisse am 7. Dezember 2001 nahm der Präsident den japanischen Angriff zum Ausgangspunkt eines diachronen Narrativs, das er bis in die Gegenwart dehnte: „What happened at Pearl Harbor was the start of a long and terrible war for America. Yet, out of that surprise attack grew a steadfast resolve that made America freedom’s defender. And that mission – our great calling – continues to this hour.“<sup>382</sup>

Angesichts dieser Vergangenheitsbezüge überrascht es, dass mehrere wissenschaftliche Beiträge Bushs Narrativ durch ein umfassendes Diskontinuitätspostulat gekennzeichnet sahen: Dirk Nabers zufolge stellte Bush den 11. September als völligen Bruch mit allen vorherigen weltgeschichtlichen Entwicklungen dar, während Adam Hodges in den Terroranschlägen den inhaltlichen „starting point“ der Einordnung der Geschehnisse durch den Präsidenten erkannte.<sup>383</sup> Diese Einschätzungen erfassen zwar einen zentralen Aspekt, jedoch nicht das gesamte Bild: Auf der Ebene der Zeitlichkeit war Bushs Deutung von einem Spannungsverhältnis zwischen zwei entgegengesetzten temporalen Dimensionen geprägt, die beide für sich jeweils als konstitutive Stützen der Erzählung fungierten: Während die bereits erwähnten Verweise auf eine Diskontinuität unterstützend auf die Negierung außenpolitischer Handlungen der USA als mögliche Ursache der Anschläge wirkten (Kapitel 4.3), stellten die Analogiebildungen in einem Moment der Verunsicherung ein hohes Maß an Vertrautheit her durch die Einbettung der Ereignisse in einen scheinbar gewohnten Ablauf bereits bewältigter ähnlicher Herausforderungen. Die Widersprüchlichkeit beider Zeitdimensionen lässt sich in zwei kurz aufeinanderfolgenden Aussagen des Präsidenten greifen: Während Bush am 14. September 2001 in der National Cathedral wie bereits zitiert feststellte, dass die Welt in jeder Generation Feinde der menschlichen Freiheit hervorgebracht habe, äußerte er sich sechs Tage später vor dem Kongress gegensätzlich: „[N]ight fell on a different world, a world where freedom itself is under attack.“<sup>384</sup>

---

<sup>382</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1140/1492; Angstrom, Jan: Mapping the Competing Historical Analogies of the War on Terrorism: The Bush Presidency. *International Relations* 25 (2011), S. 230.

<sup>383</sup> Nabers 2009: Filling the Void of Meaning, S. 203f; Hodges 2011: The ‚War on Terror‘ Narrative, S. 43. In einem ähnlichen Sinne charakterisierten Ansgar und Vera Nünning die Anschläge als Bushs narrativen Ausgangspunkt. Vgl. Nünning 2017: Stories as ‚Weapons of Mass Destruction‘, S. 117.

<sup>384</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1109/1140. Die Zeitbezüge im Krieg gegen den Terror zwischen Diskontinuität und Linearität analysierte der Politologe Lee Jarvis im Detail. Vgl. Jarvis, Lee: Times of Terror. Discourse, Temporality and the War on Terror. Basingstoke 2009.

George W. Bush war indessen weder der einzige noch der erste Akteur, der nach dem 11. September die Konfrontation mit dem Terrorismus in Bezug zu früheren Konflikten setzte. Während Bush diese Analogien wie erwähnt erstmals drei Tage nach den Anschlägen in der National Cathedral anstellte,<sup>385</sup> zogen mehrere US-amerikanische Tageszeitungen bereits zwei Tage zuvor am 12. September 2001 in ihren Titelüberschriften Parallelen zum Angriff Japans auf die Vereinigten Staaten im Dezember 1941. Dabei wurde vor allem Präsident Franklin D. Roosevelts damalige Einstufung als „a day that will live in infamy“ in die Gegenwart übertragen durch Schlagzeilen wie „Infamy“ (*The Washington Times, Albuquerque Journal*) oder „A New Day of Infamy“ (*The Journal News, The Spokesman-Review*).<sup>386</sup> In der *New York Times* betitelte der Kolumnist William Safire seinen Kommentar am Tag nach den Anschlägen ebenfalls mit „A New Day of Infamy“, ehe Thomas Friedman einen Tag später beide Konflikte über den Terminus des Weltkrieges verknüpfte: Während der Angriff auf Pearl Harbor für die Vereinigten Staaten den Eintritt in den Zweiten Weltkrieg zur Folge gehabt habe, befinde sich das Land nun in einem Dritten Weltkrieg.<sup>387</sup> Das Wochenmagazin *The New Yorker* platzierte zudem unmittelbar nach den Terroranschlägen online seine Kolumne nach dem japanischen Angriff aus dem Jahr 1941.<sup>388</sup>

Diese frühzeitigen Vergangenheitsbezüge stehen – ebenso wie die Beiträge über die Schuldfrage und Hintergründe der Anschläge (Kapitel 4.4) – in Widerspruch zu David Domkes Titulierung einer „echoing press“ im Krieg gegen den Terror. Mit Blick auf die Analogiebildungen nahm viel eher ein „echoing president“ Deutungsangebote aus den Medien auf und integrierte sie in sein Narrativ. Die mitgestaltende Rolle medialer Nachrichtenvermittlung reflektierte der frühere Chefredakteur der *New York Times*, Max Frankel, im Vorwort einer Zusammenstellung der Titelseiten von US-amerikanischen Tageszeitungen am Tag nach den Anschlägen: „News is the portrayal and ordering of information in a vivid image and narrative. News is the transformation of facts into stories so that they can be understood and remembered in ways that inform and instruct, even as they delight or dismay. News not only portrays events, it ranks them in some order of importance as defined by public needs and interests.“<sup>389</sup>

---

<sup>385</sup> Zwar verglich Bush am Abend des 11. Septembers in seinem Tagebuch die Ereignisse mit denen in Pearl Harbor, öffentlich rekurrierte er auf den Zweiten Weltkrieg allerdings erst in seinen Reden am 14. und vor allem am 20. September. Vgl. Roper, Jon: *The Contemporary Presidency. George W. Bush and the Myth of Heroic Presidential Leadership. Presidential Studies Quarterly* 34 (2004), S. 135.

<sup>386</sup> September 11, 2001. *A Collection of Newspaper Front Pages*, S. 22-117.

<sup>387</sup> Safire, William: *New Day of Infamy. The New York Times*. 12. September 2001, A27; Friedman, Thomas: *World War III. The New York Times*. 13. September 2001, A27.

<sup>388</sup> Hartwig 2011: *Der 11. September im nationalen Bewusstsein*, S. 35.

<sup>389</sup> Frankel, Max: *The Oxygen of Our Liberty*. In: *September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages*

Ein Blick auf die Debatte im US-Kongress am 12. September 2001 verdeutlicht ferner, dass auch weite Teile der politischen Elite mehrere Tage vor Präsident Bush auf das kollektive Gedächtnis der Vereinigten Staaten rekurrierten: Der Demokratische Senator Charles Schumer sprach von einem Pearl Harbor des 21. Jahrhunderts, während sein Parteikollege Edward Kennedy die nationale Entschlossenheit im Zuge des Kampfes gegen den Faschismus als positive Blaupause für die derzeitigen Herausforderungen charakterisierte: „Just as the Pearl Harbor attack galvanized the American people in their resolve to prevail in the war against fascism and tyranny, I am confident that yesterday’s attack on the American people will galvanize our citizens and strengthen our spirit to prevail in the ongoing war against global terrorism.“<sup>390</sup> Zwei Tage später griff Bush diesen Gedanken auf, als er in der National Cathedral die gegenwärtige Situation mit der Zeit des Zweiten Weltkrieges parallelisierte unter Verweis auf die jeweils große Einigkeit in den USA: „Today we feel what Franklin Roosevelt called the warm courage of national unity.“<sup>391</sup> Die Chronologie der Vergangenheitsbezüge verdeutlicht also in besonderem Maße, dass Präsident Bush trotz seiner zentralen Rolle keineswegs der alleinig bestimmende Akteur bei der Konstruktion der nationalen Identitätsordnung war.

Vielfach stuft die Wissenschaft diese Analogiebildungen als historisch inadäquat ein: Zum einen seien die an Territorien gebundenen Faschismen des 20. Jahrhunderts und der internationale Terrorismus des 21. Jahrhunderts von völlig unterschiedlicher Struktur, zum anderen könne der Geschichte des Dritten Reiches nicht eine höhere Relevanz zur Einordnung der Anschläge vom 11. September beigemessen werden als der US-Politik im Mittleren Osten nach 1945.<sup>392</sup> Zudem besteht mit Blick auf das dieser Untersuchung zugrundeliegende Verständnis des Krieges gegen den Terror als Ordnungsmuster die Inkongruenz, dass der Zweite Weltkrieg eine Ebene tiefer anzusiedeln und in Relation zu den konkreten Militäroperationen in Afghanistan und im Irak zu setzen wäre. Aus dieser Perspektive sah auch der Politikwissenschaftler Wesley Widmaier den Krieg gegen den Terror eher mit dem Kalten Krieg vergleichbar, was er anhand von Parallelen zwischen der Rede zur Begründung der Truman-Doktrin am 12. März 1947 und Bushs Rede vor dem Kongress am 20. September 2001 aufzeigte: Beide hätten die jeweilige internationale Konstellation losgelöst vom konkreten Einzelfall als grundsätzlichen Konflikt um konkurrierende Lebensweisen interpretiert.<sup>393</sup>

---

Selected by the Poynter Institute. Kansas City 2001, x; McCombs, Maxwell E.: *Setting the Agenda: The Mass Media and Public Opinion*. 2. Auflage. New York 2014.

<sup>390</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9286/S9315.

<sup>391</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1109.

<sup>392</sup> Lewis, Justin: *Speaking of Wars... Television and New Media* 3 (2002), S. 170; Noon 2004: *Operation Enduring Analogy*, S. 354.

<sup>393</sup> Widmaier, Wesley W.: *Constructing Foreign Policy Crises: Interpretive Leadership in the Cold War and War on Terrorism. International Studies Quarterly* 51 (2007), S. 779.

Vereinzelt waren derartige Vergleiche in der Tat bereits unmittelbar nach dem 11. September zu vernehmen. Prominente Stimmen des Neokonservatismus (Kapitel 6.4) rekurrierten im Herbst 2001 auf die Konfrontation mit der Sowjetunion, was auch Mitglieder der Bush-Administration wie Verteidigungsminister Donald Rumsfeld einschloss.<sup>394</sup> Gerade in der Früh- und Endphase des Kalten Krieges hätten die Vereinigten Staaten durch das offensive Eintreten für die Staatsform der Demokratie ein erhebliches Maß nationaler Selbstvergewisserung erlangt, was der Krieg gegen den Terror nun als Folgekonflikt wieder ermöglichen und zugleich erfordere.<sup>395</sup>

In diesem Sinne bezog der Kolumnist Charles Krauthammer im Dezember 2001 im *Time Magazine* den Kampf gegen den Kommunismus ausdrücklich in das diachrone Narrativ der US-amerikanischen Freiheitsverbreitung mit ein: „For 50 years (December 1941 to December 1991), America had been locked in titanic, existential struggle with fascism, Nazism and then communism. We won, but half a century of mobilization can be psychologically exhausting. We needed a rest. In the '90s, we took it.“<sup>396</sup> Im Gegensatz dazu vermied Präsident Bush direkte Bezüge zum Kommunismus: Während Krauthammer die Vorläufer des internationalen Terrorismus in „fascism, Nazism and then communism“ ausmachte, hatte Bush am 20. September 2001 vor dem Kongress wie erwähnt von „fascism and Nazism and totalitarianism“ gesprochen.<sup>397</sup>

Diese Divergenz zwischen Konkretion (Faschismus, Nazismus) und Abstraktion (Totalitarismus) mag in Bushs persönlichem Bezug zur Zeit des Zweiten Weltkrieges durch die Schilderungen seines Vaters begründet gewesen sein, fügte sich aber auch in das strategische Ziel einer größtmöglichen Akzeptanz der konstruierten Identitätsordnung: Im nationalen Gedächtnis der USA war der Zweite Weltkrieg infolge der intensivierten Erinnerungskultur vor dem 11. September mit überaus positiven Konnotationen versehen, was neben der erwähnten Heroisierung der Wir-Seite auch auf der Etablierung eines negativen Kontrastbildes fußte. Insbesondere Adolf Hitler hatte sich in den Jahrzehnten nach 1945 sowohl auf globaler Ebene als auch in den Vereinigten Staaten zu einem breit akzeptierten Sinnbild des Bösen entwickelt,

---

<sup>394</sup> Rich, Frank: No News Is Good News. *The New York Times*. 13. Oktober 2001, A23.

<sup>395</sup> Noon, David Hoogland: Cold War Revival: Neoconservatives and Historical Memory in the War on Terror. *American Studies* 48 (2007), S. 88.

<sup>396</sup> Krauthammer, Charles: The Hundred Days. *Time Magazine*. 31 Dezember 2001, S. 156. Noch expliziter stellte der Publizist Michael Ledeen diesen Zusammenhang her: „Radical Islam (...) is to this war what communism was to the Cold War.“ Ledeen, Michael: *The War against the Terror Masters. Why It Happened, Where We Are Now, How We'll Win*. New York 2002, S. 150f.

<sup>397</sup> Dass die Verwendung dieser inkohärenten Reihung eine bewusste Entscheidung darstellte, verdeutlicht ein Blick auf den Entstehungsprozess der Rede: Der ursprünglich vorgesehene Begriff „imperial communism“ wurde letztlich durch „totalitarianism“ ersetzt. Vgl. Max, Daniel T.: *The Making of the Speech*. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032.

wie unter anderem der Amerikanist Michael Butter am Beispiel US-amerikanischer Literatur nachwies.<sup>398</sup>

Der Kalte Krieg hingegen bildete nicht in demselben Maße einen unumstrittenen Referenzpunkt nationaler Einigkeit: Trotz der mehrheitlichen Ablehnung der Sowjetunion war die Konfrontation mit dem Kommunismus – und später die Erinnerung daran – in den USA immer auch geprägt von internen Debatten um den adäquaten Umgang zwischen Entspannung und Konfrontation, was besonders im Kontext des polarisierenden Vietnamkrieges zum Ausdruck kam.<sup>399</sup> Indem Bush den Kommunismus nicht explizit benannte, vermied er also zugleich das Hervorrufen potenzieller Kontroversen in einer Zeit landesweiter Geschlossenheit (Kapitel 4.4). Dies galt auch für den internationalen Rahmen angesichts eventuell nötiger Allianzen mit Russland, die während der internen Vorbereitung der Rede vor dem Kongress am 20. September eine Rolle gespielt hatten.<sup>400</sup> Die konkrete Benennung des Nazismus war indessen aufgrund des Fehlens relevanter Nachfolgestaaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts weitaus weniger problematisch.

Der Zweite Weltkrieg stellte demnach nach Kriterien der historischen Angemessenheit zwar eine inadäquate Vergleichsfolie für den Krieg gegen den Terror dar, eignete sich auf einer narrativen Ebene aber in besonderem Maße zur Konstruktion einer breit akzeptierten kollektiven Identität.<sup>401</sup> Diese Reduktion komplexer Zusammenhänge auf einen einsträngigen diachronen Verlauf schloss auch das bewusste Auslassen (Kapitel 2.2) von ambivalenten Aspekten ein wie die erwähnten Leiderfahrungen US-amerikanischer Truppen in dieser Zeit.<sup>402</sup> Somit bestimmte in den Monaten nach den Anschlägen vom 11. September ein positives Bild des Zweiten Weltkrieges als prototypischer Konflikt zur Verteidigung von Freiheitsrechten sowie als Blaupause für den Krieg gegen den Terror die Erinnerungskultur in den USA.

## 5.2 Religionsfreiheit oder Kreuzzug?

Ein spezifischer Teilaspekt des Freiheitsbegriffs im Krieg gegen den Terror war in der Forschung Gegenstand kontroverser Debatten: Einige wissenschaftliche Beiträge sahen George

---

<sup>398</sup> Butter, Michael: *The Epitome of Evil. Hitler in American Fiction, 1939–2002*. New York 2009; Sznajder, Natan: *Memory Unbound: The Holocaust and the Formation of Cosmopolitan Memory*. *European Journal of Social Theory* 5 (2002), S. 87-106.

<sup>399</sup> Appy, Christian G.: *American Reckoning. The Vietnam War and Our National Identity*. New York 2015.

<sup>400</sup> Max, Daniel T.: *The Making of the Speech*. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032.

<sup>401</sup> Noon 2004: *Operation Enduring Analogy*, S. 348.

<sup>402</sup> Bodnar 2010: *The ‚Good War‘*, S. 34-59.

W. Bushs Äußerungen nicht durch Postulate der Glaubensfreiheit und religiösen Toleranz getragen, sondern interpretierten es als dezidiert christliches Projekt eines gläubigen Präsidenten in Abgrenzung zu muslimischen Attentätern.<sup>403</sup> Mehrere Beobachtungen aus den Tagen unmittelbar nach den Anschlägen scheinen diese Annahme zu bestätigen: Bush zitierte in seiner abendlichen Ansprache am 11. September den 23. Psalm aus der Bibel, hielt drei Tage später eine Rede in der episkopalen National Cathedral in Washington und rekurrierte am 16. September gegenüber den Medien auf die gegen den Islam gerichteten christlichen Kreuzzüge des Mittelalters: „This crusade, this war on terrorism is going to take a while, and the American people must be patient.“ Schließlich flankierten regelmäßig Verweise auf eine göttliche Unterstützung des US-amerikanischen Freiheitsstrebens die Argumentation des Präsidenten, wie etwa am 20. September vor dem Kongress: „Freedom and fear, justice and cruelty have always been at war, and we know that God is not neutral between them.“<sup>404</sup>

Allerdings relativieren sich die Bezugnahmen Bushs auf das Christentum bei einer Kontextualisierung. Die Rezitation des Psalms am Tag der Anschläge verband der Präsident nicht in der ansonsten für sein Narrativ charakteristischen dual-konfrontativen Argumentationsstruktur mit einer Abwertung anderer Glaubensströmungen, weshalb sich diese eher als spirituelles Innehalten im Moment der Trauer greifen lässt. Im Sinne einer solchen Verbreitung von Zuversicht zitierte auch der Demokratische Senator Tom Daschle die Bibel: „[T]here is a passage in the Bible from Isaiah that I think speaks to all of us at times such as this: The bricks have fallen down, but we will rebuild with dressed stone; the fig trees have been felled, but we will replace them with cedars. That is what we will do. We will rebuild and we will recover.“<sup>405</sup> Der Gottesdienst in der Kathedrale am 14. September war indessen keineswegs ausschließlich christlich geprägt, sondern beinhaltete auch ein Gebet aus dem Koran. Dieses trug der Imam Muzammil Siddiqi in Anwesenheit von Präsident Bush vor, der seinerseits drei Tage später eine Moschee in Washington besuchte.<sup>406</sup> Die Berufung auf Gott wie in der Rede vor dem Kongress am 20. September bildete wiederum in den Vereinigten Staaten bereits lange vor Bushs Präsidentschaft einen rhetorischen Habitus, der keinen Aufschluss über die tatsächlichen Kriegsziele gibt.<sup>407</sup>

---

<sup>403</sup> Hess Carney, Zoe / Stuckey, Mary E.: The World as the American Frontier: Racialized Presidential War Rhetoric. *Southern Communication Journal* 80 (2015), S. 180.

<sup>404</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1100-1144.

<sup>405</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9284.

<sup>406</sup> National Day of Prayer and Remembrance. The Cathedral Church of Saint Peter and Saint Paul. Washington National Cathedral. September 14, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2014-0041-F, Box 1.

<sup>407</sup> Schild, Georg: God Is Not Neutral. Die Rolle der Religion im amerikanischen Anti-Terror-Krieg. In: Holzem, Andreas (Hg.): Krieg und Christentum. Religiöse Gewalttheorien in der Kriegserfahrung des Westens. Paderborn 2009, S. 818. Spätestens seit der Präsidentschaft Woodrow Wilsons waren die außenpolitischen Debatten in den

Die oftmals als Indiz für einen Religionskrieg angeführte Einstufung des Konfliktes als Kreuzzug am 16. September erweist sich schließlich bei einer zeitlichen Ausweitung des Untersuchungszeitraumes als unrepräsentative Einzelaussage: Kein einziges Mal mehr sprach Bush in den folgenden Wochen öffentlich von einem Kreuzzug, während sich sein Narrativ ansonsten gerade durch die regelmäßige Wiederholung wesentlicher Deutungskonstituenten auszeichnete.<sup>408</sup> Für eine Einstufung der Kreuzzug-Äußerung als unüberlegte Devianz von der üblichen Wortwahl spricht ferner der Redekontext einer Pressekonferenz ohne Manuskript sowie ein Blick auf die Reden Bushs in den Folgetagen: In diesen war der Präsident mit Vehemenz bestrebt, dem entstandenen Eindruck eines anvisierten Religionskrieges entgegenzuwirken und eine muslimische Mehrheit in das US-amerikanische Selbstverständnis zu integrieren.<sup>409</sup>

Am 17. September zitierte Bush bei seinem Besuch der Moschee im Islamic Center of Washington zunächst aus dem Koran und bezeichnete anschließend den Islam als grundsätzlich friedliche Religion: „The face of terror is not the true faith of Islam. That’s not what Islam is all about. Islam is peace.” In der Folge betonte er – ähnlich wie Barack Obama in seiner viel beachteten Rede im Juni 2009 in Kairo – den positiven Einfluss des Islam auf westliche Staaten wie die USA: „America counts millions of Muslims amongst our citizens, and Muslims make an incredibly valuable contribution to our country. Muslims are doctors, lawyers, law professors, members of the military, entrepreneurs, shopkeepers, moms and dads.“ Zwei Tage später erneuerte Bush beim Empfang der indonesischen Präsidentin Megawati Sukarnoputri im Weißen Haus sein Postulat einer Gegensätzlichkeit von Islam und Terrorismus: „I’ve made it clear, Madam President, that the war against terrorism is not a war against Muslims, nor is it a war against Arabs. It’s a war against evil people.“<sup>410</sup>

---

USA unabhängig von der religiösen Prägung des Gegners oftmals von einer Selbstzuschreibung als berufene Nation geprägt. Vgl. Münkler, Herfried: *Barbaren und Dämonen: Die Konstruktion des Fremden in imperialen Ordnungen*. In: Barberowski, Jörg / Kaelble, Hartmut / Schriewer, Jürgen (Hg.): *Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel*. Frankfurt am Main 2008, S. 157.

<sup>408</sup> Zudem war der Begriff des Kreuzzuges in den vorangegangenen Jahrzehnten in den Vereinigten Staaten von seinem semantischen Ursprung gelöst worden durch eine Anwendung in einem säkularisierten Kontext: 1932 hatte Franklin D. Roosevelt auf dem Parteitag der Demokraten angesichts der Wirtschaftskrise von einem „*crusade to restore America to its own people*“ gesprochen, während General Dwight D. Eisenhower 1944 am Abend vor der Invasion in der Normandie gegenüber seinen Truppen die Kämpfe ebenfalls als Kreuzzug charakterisiert hatte und später auch seine Kriegsmemoiren *Crusade in Europe* betitelte. Vgl. Safire, William: *The Way We Live Now. On Language; Words at War*. *The New York Times*. 30. September 2001, 6006026; Eisenhower, Dwight D.: *Crusade in Europe. A Personal Account of World War II*. New York 1948.

<sup>409</sup> Die politische Praxis war in den Monaten nach den Anschlägen hingegen von diskriminierenden Praktiken der Bush-Administration wie der geheimen Inhaftierung von Verdächtigen aufgrund eines islamischen Hintergrundes ohne konkrete Beweise gekennzeichnet. Eine Analyse dieser Vorgänge würde den Rahmen dieser Untersuchung mit ihrem Fokus auf die öffentliche Kommunikation sprengen. Vgl. Chang 2002: *Silencing Political Dissent*, S. 67.

<sup>410</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2001, Book 2, S. 1121/1129.

Die beiden bisher zitierten wohlwollenden Bezugnahmen auf den Islam ließen sich noch durch die konkreten Redekontexte erklären und relativieren: Am 17. September sprach Bush an einem zentralen Gebetsort für Musliminnen und Muslime – am 19. September dann im Beisein des Oberhauptes jenes Staates, in dem zu diesem Zeitpunkt weltweit die meisten Menschen islamischen Glaubens lebten. Am 20. September machte Bush dann jedoch den Miteinbezug des Islam in die positiv konnotierte Wir-Gruppe zu einem zentralen Bestandteil seines Narrativs, indem er sich in seiner Grundsatzrede vor dem Kongress direkt an die muslimischen Gläubigen in aller Welt wandte: „I also want to speak tonight directly to Muslims throughout the world. We respect your faith. It’s practiced freely by many millions of Americans (...). Its teachings are good and peaceful.“ Dem internationalen Terrorismus sprach Bush zugleich das Repräsentationsrecht für den Islam ab: „[T]hose who commit evil in the name of Allah blaspheme the name of Allah. The terrorists are traitors to their own faith, trying, in effect, to hijack Islam itself.“<sup>411</sup> Diesem Argument maß die Bush-Administration einen derart großen Stellenwert bei, dass es auch Teil der knapp gehaltenen Vorab-Zusammenfassung der Rede für die Medien war.<sup>412</sup> Die strikte Trennung von Terrorismus und Religion bildete in den folgenden Monaten eine Konstante und kam auch in Bushs Rede vor den Vereinten Nationen am 10. November 2001 zum Ausdruck: „We don’t hold any religion accountable. We’re fighting evil.“<sup>413</sup> Religiosität spielte demnach im Krieg gegen den Terror auf der Ebene der öffentlichen Kommunikation eine geringere Rolle als ansonsten bei der Identitätsbildung in den USA üblich.<sup>414</sup>

Bushs Eintreten für religiöse Toleranz war indessen keine ausschließliche Reaktion auf den 11. September, sondern prägte sein Vorgehen bereits in der Zeit zuvor. Dies illustriert der ursprüngliche Terminplan des Präsidenten für den Tag der Anschläge, der Gespräche mit katholisch-hispanischen und muslimischen Geistlichen vorgesehen hatte. In Bezug auf letztere betonte ein internes Vorbereitungspapier: „Despite media stereotyping and widely held misperceptions, these [Islamic] communities share many of the same values and beliefs with Americans of other faiths.“<sup>415</sup> Das Zugehen auf verschiedene Glaubensströmungen durchzog

---

<sup>411</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1141.

<sup>412</sup> Max, Daniel T.: The Making of the Speech. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032.

<sup>413</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1378.

<sup>414</sup> Gerade im Vergleich zu vielen infolge der Aufklärung säkularisierten europäischen Staaten hat die Religion im US-amerikanischen Alltag eine größere Bedeutung. Vgl. Hochgeschwender, Michael: Religion, nationale Mythologie und nationale Identität. Zu den methodischen und inhaltlichen Debatten in der amerikanischen ‚New Religious History‘. *Historisches Jahrbuch* 124 (2004), S. 435-520; Nabers, Dirk / Patman, Robert G.: September 11 and the Rise of Political Fundamentalism in the Bush Administration: Domestic Legitimization versus International Estrangement? *Global Change, Peace and Security* 20 (2008), S. 169-183.

<sup>415</sup> Meeting with Muslim- and Arab-American Leaders. September 11, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2014-0158-F, Box 2.

auch den Wahlkampf Bushs und seine ersten Monate als Präsident. In einer Rede zur Bildungspolitik am 2. November 1999 sprach er sich für eine generelle Religionsfreiheit an US-amerikanischen Schulen aus: „It is noble when a young mind finds meaning and wisdom in the Talmud or Koran.“<sup>416</sup> Nach seiner Amtseinführung verwies Bush dann am 29. Januar 2001 im Rahmen der Unterzeichnung zweier Executive Orders zur Unterstützung von Glaubensgemeinschaften auf den Mehrwert religiöser Vielfalt für die Vereinigten Staaten: „First, it’s good to have so many groups represented here: religious and nonreligious; Catholic, Jewish, Protestant, and Muslim; foundations and other nonprofits. This meeting is a picture of the strength and diversity and compassion of our country.“<sup>417</sup>

Drei Tage später brachte Bush beim National Prayer Breakfast in Washington auf der einen Seite erneut seine Toleranz gegenüber nicht-christlichen oder auch atheistischen Zugängen zum Ausdruck, bezeichnete aber zugleich seinen christlichen Glauben als persönlichen Quell der Stärke: „An American President serves people of every faith and serves some of no faith at all. Yet, I have found my faith helps me in the service to people.“<sup>418</sup> Auf diese Unterscheidung zwischen individueller Gläubigkeit und öffentlicher Rolle ging der Amerikanist Kurt Müller in einem Aufsatz näher ein: Einerseits sei George W. Bush infolge des von ihm oft thematisierten Erweckungserlebnisses im Jahr 1986 nach Alkoholproblemen und aufgrund seiner Nähe zur Religiösen Rechten der bislang wohl am stärksten religiös inspirierte Präsident in der Geschichte des Landes gewesen. Andererseits habe das Amt als Staatsoberhaupt und die Funktion als Repräsentant der gesamten Nation den Miteinbezug anderer Glaubensrichtungen erfordert. Die Anschläge am 11. September 2001 durch muslimische Attentäter fokussierten diese Notwendigkeit vorübergehend auf den Islam, um Anfeindungen gegenüber mehreren Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikanern islamischen Glaubens und der Gefahr eines sozialen Unfriedens entgegenzuwirken.<sup>419</sup>

Dass der Schlüssel zum Verständnis dieser religiösen Inklusion mehr im Amt als in der Person liegt, wird zudem durch eine Dehnung der Perspektive deutlich: Auch Bushs Vorgänger Bill Clinton war nach Terroranschlägen bestrebt, keine Verbindung zu Glaubensströmungen gleich welcher Art aufkommen zu lassen. Nur einen Tag nach dem Anschlag in Oklahoma City nahm er am 20. April 1995 noch vor einer vollständigen Kenntnis der Hintergründe jegliche Religion präventiv in Schutz: „This is not a question of anybody’s country of origin. This is not

---

<sup>416</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 60.

<sup>417</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 26.

<sup>418</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 42.

<sup>419</sup> Müller, Kurt: Nine Eleven, the Apocalyptic Political Rhetoric of George W. Bush and the Legacy of American Millennialism. In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzata: Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 195f.

a question of anybody's religion. This was murder. This was evil."<sup>420</sup> Am 20. August 1998 bekräftigte Clinton, dass die Gegenschläge der Vereinigten Staaten als Reaktion auf die vorherigen Attentate auf US-Botschaften in keinsten Weise gegen den Islam gerichtet seien: „I want the world to understand that our actions today were not aimed against Islam, the faith of hundreds of millions of good, peace-loving people all around the world, including the United States.“ Vielmehr habe eine kleine Gruppe Fanatischer die islamische Religion unrechtmäßig vereinnahmt: „[O]ur actions were aimed at fanatics and killers who wrap murder in the cloak of righteousness and in so doing profane the great religion in whose name they claim to act.“<sup>421</sup> Dieses Argument der Entweihung des Islam durch den Terrorismus griff Bush bei der Ankündigung von Militärschlägen in Afghanistan am 7. Oktober 2001 nahezu wortgleich auf: „The United States of America is an enemy of those who aid terrorists and of the barbaric criminals who profane a great religion by committing murder in its name.“<sup>422</sup>

Viele weitere Politikerinnen und Politiker traten wie Bush für eine Loslösung des Islam aus dem terroristischen Kontext ein. Im Kongress plädierte der Demokratische Senator Charles Schumer am Tag nach den Anschlägen dabei für eine möglichst enge Definition des Gegners ohne pauschale Anschuldigungen gegen Religionen und Nationen: „Let us go after those who advocate terrorism and destruction, but not after a whole people or nationality or religion.“ Sein Parteikollege Joe Biden betonte gleichermaßen, dass der Kampf der USA gegen den internationalen Terrorismus nicht entlang religiöser Trennlinien verlaufe: „This is not a struggle over religion.“<sup>423</sup> Der Republikanische Senator John McCain rief zudem in einer Radiobotschaft zu religiöser Toleranz auf.<sup>424</sup>

Die *New York Times* vermittelte derweil auf einer visuellen Ebene den Eindruck einer Zugehörigkeit der islamischen Religion zu den Vereinigten Staaten: Die abgedruckten Bilder zeigten in den beiden Wochen nach den Anschlägen Musliminnen und Muslime in Jerusalem neben einem Plakat mit dem Schriftzug „We Feel Your Pain“, eine Kerzenandacht von Angehörigen verschiedener Religionen mit einer deutlich sichtbaren US-Flagge sowie der Anschlagopfer gedenkende iranische Frauen in Teheran.<sup>425</sup> In einem Kommentar am 14.

---

<sup>420</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1995, Book 1, S. 558.

<sup>421</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1998, Book 2, S. 1461.

<sup>422</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1201. Auch Annita und Michelle Lazar erkannten insofern eine Kontinuität zwischen dem Krieg gegen den Terror und den Jahren zuvor, als dass die US-Präsidenten den Islam jeweils explizit nicht zum Feind der Vereinigten Staaten erklärt hätten. Vgl. Lazar, Annita / Lazar, Michelle M.: *The Discourse of the New World Order: 'Out-Casting' the Double Face of Threat. Discourse & Society* 15 (2004), S. 223-242.

<sup>423</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9286/S9290.

<sup>424</sup> The New York Times. 28. September 2001, A27.

<sup>425</sup> The New York Times. 16. September 2001, A4; 17. September 2001, A1; 21. September 2001, B2.

Oktober 2001 deutete der Politologe Alan Wolfe in der *New York Times* schließlich den Krieg gegen den Terror im Sinne von Präsident Bush als Konflikt um den Erhalt politischer Freiheitsrechte anstatt um Glaubensfragen: „The war now going on between Americans and the forces of Osama bin Laden is not between belief and nonbelief. It is instead about two different ways of believing, only one of which allows for individual conscience and freedom.“<sup>426</sup>

Im *Time Magazine* bemühten sich währenddessen in der Ausgabe am 1. Oktober 2001 zwei Beiträge um das Aufspüren eines positiv konnotierten Islam. David van Biema betonte unter Verweis auf rund sieben Millionen mehrheitlich gut integrierte muslimische US-Bürgerinnen und -Bürger: „Islam is an American religion.“<sup>427</sup> Karen Armstrongs Kommentar unter dem Titel „The True, Peaceful Face of Islam“ war durch eine Historisierung und Exegese des Koran bestrebt, eine angebliche Gewaltaffinität des Islam zu widerlegen: Die Passagen zum Aufruf eines bewaffneten Kampfes hätten lediglich in ihrem Entstehungskontext zu Kriegszeiten das Recht auf Selbstverteidigung gebilligt, weswegen die Anschläge vom 11. September keineswegs durch sie legitimiert werden könnten: „Far from being endorsed by the Koran, this killing violates some of its most sacred precepts.“<sup>428</sup>

Auch aus dem religiösen Umfeld erhielt Bush Zuspruch für den Miteinbezug des Islam in das US-amerikanische Kollektiv. In einem Schreiben an den Präsidenten bestärkten die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten dessen Kurs und bezeichneten die Musliminnen und Muslime als „our brothers and sisters, part of our national family.“<sup>429</sup> Douglas Coe, der Leiter der christlichen Organisation The Fellowship, lobte derweil in einem Brief an Bush dessen Bestrebungen zur Zusammenführung des Landes in seiner Rede am 20. September: „Last night your talk to the nation inspired us all. The spirit in which you spoke and the fact that you would go to a Muslim mosque means more than you will ever know. Really appreciate all you are doing to unify our country.“<sup>430</sup> Auch exponierte Geistliche des Islam innerhalb der USA teilten diese Sicht: Der Präsident des Council on American-Islamic Relations, Nihad Awad, dankte Bush für dessen Zugehen auf Menschen islamischen Glaubens: „His [Bush’s] supportive remarks will help set a tone of tolerance and inclusion for our society.“<sup>431</sup>

Trotz dieser vielfachen Zustimmung drang Bush mit seinem Anliegen einer Loslösung der Schuldfrage von der islamischen Religion nicht flächendeckend in die Mitte der Gesellschaft

---

<sup>426</sup> Wolfe, Alan: The God of a Diverse People. *The New York Times*. 14. Oktober 2001, 4004013.

<sup>427</sup> Van Biema, David: As American As... *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 72-74.

<sup>428</sup> Armstrong, Karen: The True, Peaceful Face of Islam. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 48.

<sup>429</sup> Niebuhr, Gustav: Bishops Write Bush to Back U.S. Efforts. *The New York Times*. 21. September 2001, B7.

<sup>430</sup> Letter by Douglas E. Coe. September 22, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2014-0215-F[1], Box 5.

<sup>431</sup> Sanger, David E.: Bin Laden Is Wanted in Attacks, „Dead or Alive“, President Says. *The New York Times*. 18. September 2001, A1/B4.

durch. Am 14. September berichtete die *New York Times* erstmals von landesweiten Ausschreitungen gegen muslimische Gläubige in den Vereinigten Staaten, wobei sie als Beispiele Übergriffe auf eine Moschee im texanischen Denton und auf den Markt eines Pakistaners in Smithtown im Bundesstaat New York nannte. Auch habe die ständige Vertretung Afghanistans Drohanrufe erhalten, in denen zur Ermordung aller Angehöriger des Islam aufgerufen wurde.<sup>432</sup> Vier Tage später informierte die *New York Times* über weiterhin anhaltende Gewalttaten und mehrere beschädigte Moscheen.<sup>433</sup>

Warum aber waren Menschen islamischen Glaubens in den Vereinigten Staaten in der unmittelbaren Folgezeit der Terroranschläge diesen Anfeindungen ausgesetzt, obwohl sich ein zum damaligen Zeitpunkt immens populäres Staatsoberhaupt öffentlich für sie einsetzte? Ein Blick auf die Zeit vor dem 11. September 2001 zeigt, dass die Debatten nach den Anschlägen in keinen voraussetzungslosen Raum fielen – sondern sich vor dem Hintergrund eines etablierten muslimischen beziehungsweise arabischen Stereotyps negativer Prägung vollzogen. Am Beispiel der Unterhaltungsindustrie kam der Kulturwissenschaftler Jack Shaheen in seiner im Juni 2001 veröffentlichten Abhandlung *Reel Bad Arabs* auf Grundlage von mehr als 900 analysierten Filmen zu der Erkenntnis, dass Hollywood-Produktionen bei der Darstellung der Antagonisten in den zurückliegenden Jahrzehnten bevorzugt auf arabische Figuren zurückgegriffen hätten.<sup>434</sup> Mit Blick auf die Äußerungen aus politischen Expertenkreisen betonte indessen Edward Said, dass diese nach dem Kalten Krieg auf der Suche nach einem „new foreign devil“ im Islam fündig geworden seien – wie beispielsweise der Orientalist Bernard Lewis in seinem Aufsatz *The Roots of Muslim Rage*.<sup>435</sup> Eine skeptische Sicht auf die islamische Religion artikulierte auch der 1996 gegründete konservative Think Tank International Policy Institute for Counter-Terrorism, der wiederholt einen Zusammenhang zwischen dem Phänomen des Terrorismus und dem Islam konstatierte.<sup>436</sup>

Weite Teile dieser Denkströmung sahen sich durch die Anschläge vom 11. September bestätigt und deuteten den Krieg gegen den Terror als Kulminationspunkt eines schon länger bestehenden religiösen Konfliktes.<sup>437</sup> In der Zeitschrift *The Atlantic Monthly* erneuerte Lewis

---

<sup>432</sup> Goodstein, Laurie / Niebuhr, Gustav: Attacks and Harassment of Arab-Americans Increase. *The New York Times*. 14. September 2001, A14.

<sup>433</sup> Lewin, Tamar / Niebuhr, Gustav: Attacks and Harassment Continue on Middle Eastern People and Mosques. *The New York Times*. 18. September 2001, B5.

<sup>434</sup> Shaheen, Jack G.: *Reel Bad Arabs: How Hollywood Vilifies a People*. New York 2001.

<sup>435</sup> Said, Edward W.: *Covering Islam: How the Media and the Experts Determine How We See the Rest of the World*. New York 1997, xxviii; Lewis, Bernard: *The Roots of Muslim Rage*. *The Atlantic Monthly* 266 (1990), S. 47-58.

<sup>436</sup> Jackson, Richard: *Constructing Enemies: ‚Islamic Terrorism‘ in Political and Academic Discourse*. *Government and Opposition* 42 (2007), S. 404.

<sup>437</sup> Kassimeris, George / Jackson, Leonie: *The West, the Rest, and the ‚War on Terror‘: Representation of Muslims*

2002 seine Einschätzung einer vormodernen Verfasstheit islamisch geprägter Regionen, wobei die daraus resultierende Feindlichkeit gegenüber westlichen Staaten als entscheidende Triebkraft für die Anschläge auf die USA gewirkt habe.<sup>438</sup> Auch Samuel Huntington griff seine islamkritische Position wieder auf und sprach im Januar 2002 im Magazin *Newsweek* aufbauend auf seiner These einer Unvereinbarkeit zwischen westlicher und islamischer Kultur (Kapitel 3.1) von einem „age of muslim wars“ als neuem globalen Konfliktmuster im 21. Jahrhundert: „Muslim wars have replaced the cold war as the principal form of international conflict.“<sup>439</sup>

Francis Fukuyama begründete seine Islamkritik unterdessen mit einer unzureichenden Trennung von Staat und Religion in der islamischen Welt, was eine Tendenz zur Indoktrination und eine oftmals undemokratische Verfasstheit zur Folge habe. Daher sah er die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu Präsident Bush nicht in einem Konflikt mit dem internationalen Terrorismus, sondern mit der islamischen Religion: „So this is not simply a ‚war‘ against terrorists, as the American and British governments understandably portray it. (...) Unfortunately, the basic conflict we face is much broader, and concerns not just a small group of terrorists, but a much larger group of radical Islamists and Muslims for whom religious identity overrides all other political values.“ Als Beleg führte Fukuyama den breiten Zuspruch für Osama bin Laden in islamisch geprägten Staaten nach den Anschlägen an: „[W]e are not talking about a small and isolated group of fanatics. Osama bin Laden has evoked substantial sympathy throughout the Muslim world since September 11 for standing up to the United States.“<sup>440</sup> In diesem mentalen Umfeld tat dann auch Präsident Bushs offen gelebte christliche Gläubigkeit – aller Plädoyers für eine multireligiöse Toleranz zum Trotz – ihr Übriges, um die Wahrnehmung eines religiösen Konfliktes zu verfestigen.<sup>441</sup>

---

in Neoconservative Media Discourse. *Contemporary Politics* 17 (2011), S. 19-33. Die unterschiedlichen Sichtweisen spiegelten sich auch in den Analogiebildungen. Während Präsident Bush die Faschismen der 1930er- und 1940er-Jahre wie erwähnt mit dem Terrorismus parallelisierte, sahen konservative Expertenkreise eher Ähnlichkeiten zum Islam. Im Oktober 2001 bezeichnete der Publizist Christopher Hitchens die Terrororganisation Al-Qaida als „fascism with an Islamic face“ und verwies dabei auf Parallelen wie eine Tendenz zur Gewaltverherrlichung, eine Feindlichkeit gegenüber Frauen und jüdischen Gläubigen sowie einen skeptischen Blick auf die Moderne. Vgl. Hitchens, Christopher: Against Rationalization. *The Nation*. 8. Oktober 2001, S. 8.

<sup>438</sup> Lewis, Bernard: What Went Wrong? The Clash between Islam and Modernity in the Middle East. *The Atlantic Monthly* 289 (2002), S. 43-45.

<sup>439</sup> Huntington, Samuel: The Age of Muslim Wars. *Newsweek*. January 2002, S. 6.

<sup>440</sup> Fukuyama, Francis: Has History Started Again? *Policy* 18 (2002), S. 5f. Seine These vom Ende der Geschichte (Kapitel 3.1) hielt Fukuyama hierbei aber auch nach den Anschlägen vom 11. September aufrecht: Die demokratische Staatsform werde langfristig das global dominierende politische System bleiben, müsse sich vorübergehend jedoch gegen einen vormodernen Islam behaupten.

<sup>441</sup> Da sich Bush wiederholt einer konfrontativen Terminologie mit christlichem Hintergrund bediente – etwa durch apokalyptische Bezüge oder die Begriffspaare des Guten und Bösen (Kapitel 5.4) sowie des Hellen und Dunklen –, war in der Forschung mitunter von einem politischen Fundamentalismus die Rede: Durch diesen habe der US-Präsident das eigentlich säkulare Argument der Verteidigung politischer Freiheitsrechte zur moralischen Absicherung religiös flankiert. Vgl. Domke 2004: God Willing, S. 11; Nabers/Patman 2008: Political Fundamentalism, S. 178.

Nicht zuletzt beschrieb auch bin Laden selbst den Konflikt mit den Vereinigten Staaten als religiös begründet. Im Dezember 2001 bezeichnete er in einer Videobotschaft den Krieg in Afghanistan unter US-Führung als Kreuzzug und konstatierte anschließend einen westlichen Hass auf den Islam: „It has become very clear that the West in general, and led by the United States, [is] full of hatred against Islam.“<sup>442</sup> Bereits vor dem 11. September hatte bin Laden in diesem Kontext angesichts des Vordringens US-amerikanischer Truppen auf die arabische Halbinsel in einer Fatwa im Jahr 1998 von „God’s order to kill Americans“ gesprochen und einen Angriff auf „Satan’s US troops“ gefordert.<sup>443</sup>

George W. Bushs Charakterisierung der globalen Konstellation nach dem 11. September als Auseinandersetzung um politische Freiheitsrechte (Kapitel 5.1 und 5.2) unterschied sich demnach grundlegend vom Verständnis bin Ladens sowie konservativer Beobachterkreise im eigenen Land, welche der Rolle der Religion eine größere Bedeutung beimaßen. Zugleich aber bildete Bushs Deutung keineswegs ein Novum oder US-Spezifikum im Rahmen der Konfrontation mit dem internationalen Terrorismus, sondern folgte einem etablierten Muster: Eine Analyse der Reaktion politischer sowie medialer Eliten in den Vereinigten Staaten und Europa auf fünf verschiedene Terroranschläge zwischen 1993 und 2005 kam zu dem Ergebnis, dass in allen Fällen die Einstufung der Ereignisse als Angriff auf die demokratische Staatsform eine zentrale Rolle gespielt hatte.<sup>444</sup>

Mit den Nuancierungen abseits dieses Konsenses befasste sich Jack Holland und erkannte dabei auf Grundlage eines Vergleichs der öffentlichen Äußerungen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Australien nach dem 11. September eine „discursive divergence“ innerhalb der sogenannten Koalition der Willigen: In allen drei Staaten hätten spezifische Alleinstellungsmerkmale die Narrative im Krieg gegen den Terror getragen, die von vorab existierenden Vorstellungen einer nationalen Identität abhängig gewesen seien.<sup>445</sup> Diese Spezifik soll in den folgenden beiden Teilkapiteln erschlossen werden anhand der Frage,

---

<sup>442</sup> Harnden, Toby: Attacks on US Were Blessed, Says bin Laden in New Video. *The Daily Telegraph*. 27. Dezember 2001, S. 4; Kibble, David G.: The Attacks of 9/11: Evidence of a Clash of Religions? *Parameters* 32 (2002), S. 34-45.

<sup>443</sup> Bin Laden, Osama: Fatwa Urging a Jihad against Americans. Published in al-Quds al-Arabi. February 23, 1998. In: Reeve, Simon: *The New Jackals. Ramzi Yousef, Osama bin Laden and the Future of Terrorism*. Boston 1999, S. 270. Im Januar 1999 rief bin Laden zudem wie erwähnt (Kapitel 4.4) zum Kampf gegen die USA auf. Vgl. Conversation with Terror. *Time Magazine*. 11. Januar 1999, S. 38-39.

<sup>444</sup> Al-Sumait, Fahed / Lingle, Colin / Domke, David: Terrorism’s Cause and Cure: The Rhetorical Regime of Democracy in the US and UK. *Critical Studies on Terrorism* 2 (2009), S. 21. Die drei Autoren befassten sich mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center 1993, auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998, auf das World Trade Center 2001, auf die Personenzüge in Madrid 2004 sowie auf die U-Bahn in London 2005.

<sup>445</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 110; Holland, Jack: *The Elusive Essence of Evil. Constructing Otherness in the Coalition of the Willing*. In: PISOIU, Daniela (Hg.): *Arguing Counterterrorism. New Perspectives*. New York 2014, S. 209. Diese Einschätzung deckt sich mit der Annahme des Tübinger Sonderforschungsbereiches einer Ordnungsspezifika von Bedrohungskommunikation. Vgl. Frie/Nieswand 2017: *Zwölf Thesen*, S. 7.

inwiefern die für die USA prägenden Selbstverständnisse eines Auftrags zur Zivilisationsverbreitung (Kapitel 5.3) und einer nationalen Exzeptionalität (Kapitel 5.4) in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus nach 2001 artikuliert wurden.

### 5.3 Der Krieg gegen den Terror als Zivilisierungsauftrag

Im Gegensatz zu vielen anderen Nationen waren die Vereinigten Staaten durch die Sondersituation eines auch nach ihrer Gründung noch sukzessive wachsenden Staatsgebietes gekennzeichnet. Infolge des Besiedlungsprozesses nach Westen bildete sich frühzeitig ein Selbstverständnis als zivilisierte Gesellschaft in Abgrenzung zu Wildnis und indigener Bevölkerung heraus, was der US-Gründervater Alexander Hamilton bereits am Ende des 18. Jahrhunderts im 24. Federalist-Artikel zum Ausdruck brachte: „The savage tribes on our Western frontier ought to be regarded as our natural enemies.“<sup>446</sup> Diese Haltung entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem aktiven Missionsgedanken fort, ehe der Historiker Frederick Jackson Turner in seinem erwähnten Vortrag im Jahr 1893 (Kapitel 3.2) den Zivilisationsprozess als zentrales Signum der Vereinigten Staaten und ihrer Identitätsbildung ausmachte. Die Frontier konzeptualisierte er dabei als „meeting point between savagery and civilization“, an dem in der Auseinandersetzung mit der Natur ein spezifisches US-amerikanisches Bewusstsein entstehe.<sup>447</sup>

Diese Auffassung war von Beginn an nicht unumstritten. Der Historiker Arthur Schlesinger betonte die Bedeutung der Urbanisierung für die Entwicklung der USA und verstand die Städte als eigentliches zivilisatorisches Zentrum des Landes. Die von Turner beschriebene Westeraufahrt habe hingegen nur ein Bruchteil aller Menschen in den Vereinigten Staaten tatsächlich durchlebt.<sup>448</sup> Der Kulturhistoriker Richard Slotkin kritisierte Turners Verständnis der Frontier derweil als euphemistische Verharmlosung der dortigen Vorgänge und verwies in den 1970er-Jahren vor dem Hintergrund von Rassenunruhen und Vietnamkrieg auf eine latente Gewaltaffinität in den USA, die sich auch im Zuge der Expansion über den Kontinent im 19. Jahrhundert manifestiert habe.<sup>449</sup>

---

<sup>446</sup> Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John: The Federalist Papers. With an Introduction, Table of Contents, and Index of Ideas by Clinton Rossiter. New York 1961, S. 161; Hixson, Walter L.: „No Savage Shall Inherit the Land.“ The Indian Enemy Other, Indiscriminate Warfare, and American National Identity, 1607–1783. In: Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): U.S. Foreign Policy and the Other. New York 2015, S. 16-41.

<sup>447</sup> Turner 1963: The Significance of the Frontier, S. 28.

<sup>448</sup> Schlesinger, Arthur: The City in American History. *Mississippi Valley Historical Review* 27 (1940), S. 43-66.

<sup>449</sup> Slotkin, Richard: Regeneration through Violence. The Mythology of the American Frontier, 1600–1860. Middletown 1973.

Zugleich aber maß Slotkin der Westerschließung und ihrer kulturellen Verarbeitung eine hohe Relevanz für das Selbstverständnis der Vereinigten Staaten bei, was besonders zum Ausdruck komme durch die anhaltende Konjunktur und hohe Transformationskraft des Frontier-Narrativs. Dessen Loslösung von seinem ursprünglichen Bedeutungskontext durch den Übertrag auf gesellschaftliche und außenpolitische Debatten des 20. Jahrhunderts thematisierte Slotkin im letzten Band seiner Trilogie.<sup>450</sup> Hieran anknüpfend machte der Rhetoriker Robert Ivie „topoi of savagery“ als zeitübergreifende Konstante der Kriegslegitimation und Identitätsbestimmung der USA aus: Vom Revolutionskrieg über die Konflikte des 19. Jahrhunderts bis hin zum Vietnamkrieg hätten die politischen Eliten in den Vereinigten Staaten den jeweiligen Gegner stets als wilden Aggressor geschildert.<sup>451</sup> Dies galt bereits vor dem 11. September 2001 auch für den internationalen Terrorismus, den Ronald Reagan im Oktober 1980 in einer Fernsehansprache während des Präsidentschaftswahlkampfes als „scourge of civilization“ bezeichnete.<sup>452</sup>

Im Krieg gegen den Terror schloss George W. Bush an diese etablierten Deutungsmuster an. Mehrfach bezeichnete er die USA als Epitome einer zivilisierten Lebensweise, deren Bewahrung er am 8. November 2001 zum grundsätzlichen Ziel des Konfliktes erhob: „We wage a war to save civilization, itself.“ Seine Vorstellung von Zivilisation als geregeltes und gesittetes Zusammenleben erläuterte Bush zwei Tage später vor den Vereinten Nationen: „Every civilized nation here today is resolved to keep the most basic commitment of civilization: We will defend ourselves and our future against terror and lawless violence. (...) We choose the dignity of life over a culture of death. We choose lawful change and civil disagreement over coercion, subversion, and chaos.“ Der Redeausschnitt verdeutlicht erneut die duale Argumentationsstruktur der Identitätsordnung, die bereits bei der Analyse des Freiheitsbegriffs (Kapitel 5.1) zu Tage getreten war: Mit der zivilisierten Darstellung der Vereinigten Staaten ging unmittelbar eine Markierung des Terrorismus als barbarischer und regelloser Gegenpol einher, die Bush in dieser Form bereits sechs Tage nach den Anschlägen eingeführt hatte: „There’s no rules. It’s barbaric behavior.“<sup>453</sup>

---

<sup>450</sup> Slotkin, Richard: *Gunfighter Nation. The Myth of the Frontier in Twentieth-Century America*. New York 1992.

<sup>451</sup> Ivie, Robert L.: *Images of Savagery in American Justifications for War. Communication Monographs* 47 (1980), S. 287/292. Der Historiker William Appleman Williams konstatierte für die Zeit des Imperialismus eine zivilisierte Selbstoppräsentation der Vereinigten Staaten bei einer gleichzeitigen barbarischen Fremdcharakterisierung. Vgl. Appleman Williams, William: *The Frontier Thesis and American Foreign Policy. Pacific Historical Review* (1955), S. 379-395.

<sup>452</sup> Televised Address by Governor Ronald Reagan. October 19, 1980. Ronald Reagan Presidential Library and Museum.

<sup>453</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1361/1375f/1119; Llorente, Marina A.: *Civilization versus Barbarism*. In: Collins, John Martin / Glover, Ross (Hg.): *Collateral Language: A User’s Guide to America’s New War*. New York 2002, S. 39-51; Adib-Moghaddam, Arshin: *Remnants of Empire. Civilization, Torture, and Racism*

Bushs Verständnis von „civilization“ unterschied sich damit grundlegend von dem Samuel Huntingtons, der nach dem Kalten Krieg einen „clash of civilizations“ (Kapitel 3.1) prognostiziert hatte. Die divergierenden Semantiken zeigen sich deutlich bei einem Blick auf die korrespondierenden deutschsprachigen Begrifflichkeiten der Kultur (Huntington) beziehungsweise Zivilisation (Bush). Während Huntingtons Definition als „the highest cultural grouping of people“ sich auf die Referenzgröße eines Kollektivs bezog,<sup>454</sup> rekurrierte Bush in einem normativen Sinne auf eine positiv konnotierte Art des geordneten Miteinanders. Auch wenn Bush also an der begrifflichen Oberfläche scheinbar an Huntingtons Sichtweise anknüpfte, war er in der inhaltlichen Ausgestaltung seiner Identitätsordnung oft um das Gegenteil bemüht. In einer Rede am 7. Dezember 2001 verwehrte sich Bush sogar explizit gegen eine Interpretation des Krieges gegen den Terror als Konflikt zwischen einer westlichen und einer islamischen Kultur im Sinne Huntingtons (Kapitel 5.2): „There is a great divide in our time – not between religions or cultures, but between civilization and barbarism.“<sup>455</sup>

Wie das Freiheitsnarrativ war auch das Zivilisationsnarrativ in Politik und Medien zunächst weit verbreitet. Der Demokratische Senator Harry Reid bezeichnete die Anschläge vom 11. September am Folgetag als barbarische Angriffe durch Unzivilisierte, während sein Parteikollege Charles Schumer eben diese Herausforderung zugleich als Chance begriff: „We can meet the challenge and rise to the next level of civilization.“<sup>456</sup> In einer Sonderausgabe des *Time Magazine* am 14. September argumentierte der Journalist Lance Morrow, dass in der gegenwärtigen krisenhaften Situation der Unterschied zwischen Zivilisation und Barbarei in besonderem Maße zum Vorschein komme: „The worst times, as we see, separate the civilized of the world from the uncivilized. This is the moment of clarity. Let the civilized toughen up, and let the uncivilized take their chances in the game they started.“<sup>457</sup> Im November 2001 machte zudem der erwähnte Bericht des American Council of Trustees and Alumni (Kapitel 4.4) bereits durch seinen Titel *Defending Civilization* die westliche beziehungsweise US-amerikanische Zivilisation als bewahrenswerte Lebensform in der Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus aus.

Kritik an derartigen Einordnungen des Konfliktes äußerte zu diesem frühen Zeitpunkt – wie im Fall der weiteren Teilaspekte des Narrativs auch – lediglich ein kleiner Personenkreis. Der Widerspruch bezog sich insbesondere auf die geläufige Charakterisierung der Vereinigten

---

in the War on Terrorism. In: Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): U.S. Foreign Policy and the Other. New York 2015, S. 222-234.

<sup>454</sup> Huntington 1993: *The Clash of Civilizations?* S. 24.

<sup>455</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1493.

<sup>456</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9285/S9287.

<sup>457</sup> Morrow, Lance: The Case for Rage and Retribution. *Time Magazine*. Special Issue, 14. September 2001, S. 50.

Staaten als prototypischer Vertreter einer zivilisierten Lebensweise. Noam Chomsky griff in diesem Zusammenhang einen Bericht der *New York Times* vom 16. September 2001 auf, wonach die USA als Maßnahme gegen das Regime der Terrorgruppe Taliban die Einstellung von Essenslieferungen aus Pakistan an die afghanische Bevölkerung gefordert hätten. Diese Inkaufnahme einer humanitären Notlage und die mangelnde Thematisierung des Vorgangs in der US-amerikanischen Öffentlichkeit stünden in einem Gegensatz zum zivilisierten Selbstverständnis des Landes. In den zielstrebigem Vorbereitungen einer militärischen Reaktion nach den Anschlägen sah Chomsky ebenfalls das Gegenteil jenes zivilisierten Verhaltens, das Präsident Bush den USA im Sinne geregelter und gewaltfreier Umgangsformen in seinen Reden attestierte: „And surely no ‚civilized world‘ would plunge the world into a major war instead of following the means prescribed by international law, following ample precedents.“<sup>458</sup>

Mit Blick auf die Gegenseite verwies die Journalistin Lisa Beyer im *Time Magazine* am 1. Oktober 2001 auf den zivilisatorischen Vorsprung der arabischen Welt zur Zeit des europäischen Mittelalters. Das damit zusammenhängende Befremden über das selbstbewusste Auftreten der Bush-Administration thematisierte in Beyers Artikel John Esposito, der Direktor des Center of Muslim-Christian Understanding an der Georgetown University: „Many Arabs and Muslims feel they had 10 centuries of great cultural achievement that ended with European colonialism. Now they feel impotent. The West, they feel, looks at them as backward and is only interested in their oil. Their sense of self-worth and identity is wounded.“<sup>459</sup> Vorerst stießen diese Stimmen in den Vereinigten Staaten jedoch kaum auf öffentliche Zustimmung. Vielmehr vollzog sich die nationale Selbstbestätigung innerhalb des Zivilisationsnarrativs im Herbst 2001 nicht nur in Form der bisher erwähnten allgemeinen Verweise auf ein geordnetes Zusammenleben, sondern auch durch Bezugnahmen auf die Erschließung des nordamerikanischen Kontinents.

\*\*\*

Präsident Bush verglich zwar die Westexpansion des 19. Jahrhunderts – im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg (Kapitel 5.1) – selten explizit mit dem Krieg gegen den Terror, vergegenwärtigte aber die damalige Zeit durch die Übernahme von Sprachmustern. Insbesondere eine Bemerkung am 17. September 2001 fand hierbei Beachtung. Auf die Frage, ob er den Tod Osama bin Ladens wolle, antwortete Bush gegenüber den Medien: „I want him

---

<sup>458</sup> Chomsky 2001: 9/11, S. 94/80.

<sup>459</sup> Beyer, Lisa: Roots of Rage. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 46.

held – I want justice. There’s an old poster out West, as I recall, that said ‚Wanted: Dead or Alive‘.“<sup>460</sup> Die Bedeutung dieser Aussage innerhalb des Narrativs war in der Forschung umstritten. Die Kommunikationswissenschaftlerin Denise Bostdorff sah in ihr eine spontane und eher beiläufige „offhand remark“ auf einer Pressekonferenz ohne eine dahinterstehende Strategie.<sup>461</sup> Andere Artikel hingegen deuteten Bushs Bezugnahme auf das Aussetzen eines Kopfgeldes als Ausgangspunkt für die bewusste Etablierung einer neuen inhaltlichen Komponente, nachdem der Kreuzzug-Vergleich des Präsidenten am Vortag (Kapitel 5.2) auf wenig Resonanz gestoßen war.<sup>462</sup>

Unabhängig von Bushs Intention wurde seine „Wanted“-Aussage in großem Umfang aufgegriffen. Mehrere New Yorker Tageszeitungen – darunter mit der *Daily News* eines der damals zehn auflagenstärksten Blätter in den Vereinigten Staaten – platzierten das Zitat des Präsidenten am nächsten Tag auf ihrer Titelseite und potenzierten damit dessen Reichweite erheblich.<sup>463</sup> In den folgenden Wochen intensivierte auch Bush seine Rückgriffe auf die Erschließung des nordamerikanischen Kontinents: Am 10. Oktober 2001 präsentierte er im Washingtoner FBI-Quartier eine „Most Wanted Terrorist List“ mit 22 Namen, woraufhin verschiedene Journalistinnen und Journalisten am Folgetag auf einer Pressekonferenz in ihren Fragen an den Präsidenten die Formulierung „dead or alive“ verwendeten.<sup>464</sup> In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 erweiterte Bush schließlich das Vokabular zur Charakterisierung der Gegner der USA um den Begriff der „outlaw regimes“, welche den internationalen Terrorismus unterstützten.<sup>465</sup> Diese Wortwahl wies zwar einerseits in die Zukunft durch die sprachliche Vorbereitung einer Legitimierung extralegalen Mittel gegen vermeintlich gesetzlos handelnde Personen, rekurierte aber andererseits auch auf die Vergangenheit der Vereinigten Staaten: Das American Heritage Dictionary etwa verknüpft den Terminus „outlaw“ ausdrücklich mit der Besiedelung des Westens während des 19. Jahrhunderts.<sup>466</sup>

Bush klassifizierte den Terrorismus allerdings nicht nur als gesetzlos, sondern rückte ihn vor allem wiederholt in den Bereich des Animalischen. Acht Tage nach den Anschlägen

---

<sup>460</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1120.

<sup>461</sup> Bostdorff, Denise: George W. Bush’s Post-September 11 Rhetoric of Covenant Renewal: Upholding the Faith of the Greatest Generation. *Quarterly Journal of Speech* 89 (2003), S. 293.

<sup>462</sup> West, Mark / Carey, Chris: (Re)Enacting Frontier Justice: The Bush Administration’s Tactical Narration of the Old West Fantasy after September 11. *Quarterly Journal of Speech* 92 (2006), S. 380.

<sup>463</sup> Die *New York Times* druckte indessen Bushs Pressekonferenz vom 17. September am Folgetag im Wortlaut ab. Vgl. The New York Times. 18. September 2001, B4.

<sup>464</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1212-1223.

<sup>465</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 130.

<sup>466</sup> West/Carey 2006: (Re)Enacting Frontier Justice, S. 387.

kündigte er einen entsprechend unnachgiebigen Umgang an: „Clearly, one of our focuses is to get people out of their caves, smoke them out and get them moving and get them.“ In den folgenden Wochen entwarf Bush hierauf aufbauend die Szenerie einer Tierjagd durch Formulierungen wie „the noose is narrowing“ am 20. November. Auch die Schilderung des geplanten Vorgehens gegen Terrornetzwerke vier Tage nach Beginn der Kampfhandlungen in Afghanistan hätte ohne Kenntnis des Kontextes ohne Weiteres im Bereich der Treibjagd verortet werden können: „They will be isolated, surrounded, cornered, until there is no place to run.“<sup>467</sup> Eine wesentliche Säule des Zivilisationsnarrativs bildete schließlich auch die Entmenschlichung des Gegenübers, derer sich Bush in zwei seiner zentralen Reden bediente: Am 20. September 2001 vor dem Kongress forderte er mit Blick auf den Terrorismus in unpersönlicher Form „to destroy it where it grows“, am 29. Januar 2002 in seiner Ansprache zur Lage der Nation „to eliminate the terrorist parasites“.<sup>468</sup>

Mit dieser Zuschreibung einer Namenlosigkeit ging oftmals die Bezeichnung des terroristischen Vorgehens als feige einher.<sup>469</sup> Am Tag der Anschläge benannte Bush die dafür Verantwortlichen als „faceless coward“, womit er an Präsident Bill Clintons Einordnung des Anschlags in Oklahoma 1995 als „act of cowardice“ anknüpfte.<sup>470</sup> Am 12. September 2001 konkretisierte Bush den Wesenszug der Feigheit, indem er dem Gegner einen Hang zum Verstecken unterstellte: „This enemy hides in shadows. (...) This is an enemy that tries to hide, but it won't be able to hide forever.“ Als konkreten Ort dieses Entweichens führte der Präsident wiederholt die Höhle als Zufluchtsort an. Am 7. Oktober 2001 prognostizierte Bush in diesem Zusammenhang bei der Ankündigung der Militärschläge in Afghanistan: „Initially, the terrorists may burrow deeper into caves and other entrenched hiding places.“<sup>471</sup> Auch an anderer Stelle verortete er den Terrorismus im Dunkeln und Abgründigen wie durch den Ausdruck der „terrorist underworld“ in der Rede zur Lage der Nation 2002.<sup>472</sup>

---

<sup>467</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1130/1432.

<sup>468</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1142; Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 131. Insbesondere in der Entmenschlichung der Attentäter des 11. Septembers sahen mehrere Forschungsbeiträge einen wesentlichen Bestandteil des Zivilisationsnarrativs von Präsident Bush. Vgl. Sowinska, Agnieszka: The Values of the Other in the US State of the Union Addresses (2001–2008). In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzata (Hg.): Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 246.

<sup>469</sup> Egan, Danielle R.: Cowardice. In: Collins, John Martin / Glover, Ross (Hg.): Collateral Language: A User's Guide to America's New War. New York 2002, S. 53-64. Die öffentliche Debatte um den Feigheitsbegriff nach den Anschlägen vom 11. September wurde in Kapitel 4.5 thematisiert.

<sup>470</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1098; Public Papers of William J. Clinton. 1995, Book 1, S. 552.

<sup>471</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1100/1201.

<sup>472</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 131.

Durch all diese Selbst- und Fremdzuschreibungen übertrug Bush die im nationalen Gedächtnis der USA verankerte Vorstellung eines Konfliktes zwischen Zivilisation und Wildnis vom amerikanischen Kontinent auf die globale Ebene. Hiermit korrespondierten auch individuelle Inszenierungspraktiken, mit denen sich Bush wie schon die Präsidenten Theodore Roosevelt oder Ronald Reagan zuvor in Beziehung zur Westerschließung des 19. Jahrhunderts setzte.<sup>473</sup> Sowohl vor als auch nach den Anschlägen vom 11. September absolvierte Bush mehrere öffentliche Auftritte in Jeans und Lederjacke. Vor allem aber rekurrierte er regelmäßig wertschätzend auf den Cowboy-Hut als Symbol des Westens in Abgrenzung zur Krawatte als Erkennungsmerkmal einer urbanen Elite, wobei gerade ein Blick auf Bushs Biographie und dessen Ausbildung an Universitäten der Ostküste den Konstruktionscharakter dieser Aussagen verdeutlicht.<sup>474</sup> Auch der Kauf einer Ranch bei Crawford in Texas im Jahr 1999 legt angesichts der fast zeitgleichen Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur entsprechende strategische Überlegungen einer Inszenierung von Ländlichkeit nahe. In der Folge bildete die Ranch immer wieder einen politischen und keinen rein privaten Ort: Am 25. August 2001 führte Bush Pressevertreterinnen und -vertreter durch das Anwesen, am 6. April 2002 empfing er mit Großbritanniens Premierminister Tony Blair dort erstmals einen Staatsgast.<sup>475</sup>

Die affirmierenden Rückgriffe auf die Zivilisierungsprozesse innerhalb der Vereinigten Staaten waren nach dem 11. September keineswegs nur aus dem Umfeld des Weißen Hauses zu vernehmen. Das *Time Magazine* griff Bushs animalische Charakterisierung des Terrorismus in einem Artikel am 8. Oktober 2001 auf, der Osama bin Ladens Versteck als „the viper’s nest“ bezeichnete und sein Umfeld als dezidiert vormodern beschrieb: „The Taliban’s key vehicle is the pickup truck. (...) [T]he Taliban army still looks amateurish in many ways.“ Schließlich verglich der Beitrag das unwegsame Berggebiet Afghanistans explizit mit dem unerschlossenen nordamerikanischen Kontinent im 19. Jahrhundert: „Just as the badlands of the American West were ideal places for the outlaws who haunted the imagination of 19th century America, so the rugged country of Afghanistan is perfect, as if made for the outlaw who haunts the start of the 21st.“<sup>476</sup> Eine Woche später setzte die *New York Times* die Suche nach den Attentätern des 11. Septembers in Bezug zur populärkulturellen Verarbeitung der Westerschließung, indem sie den Kinofilm *Butch Cassidy and the Sundance Kid* aus dem Jahr 1969 über einen Bankraub im

---

<sup>473</sup> West/Carey 2006: (Re)Enacting Frontier Justice, S. 389; Malphurs, Ryan: The Media’s Frontier Construction of President George W. Bush. *The Journal of American Culture* 31 (2008), S. 194.

<sup>474</sup> Am 1. Juni 2004 in Denver und am 3. Februar 2005 in Great Falls lobte Bush die jeweiligen Bundesstaaten Colorado und Montana wortgleich als Orte „where the cowboy hats outnumber the ties“. Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 965; Public Papers of George W. Bush, 2005, Book 1, S. 133.

<sup>475</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1029; Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 561-566.

<sup>476</sup> Ramo, Joshua Cooper: In Hot Pursuit. *Time Magazine*. 8. Oktober 2001, S. 54-58.

späten 19. Jahrhundert ins Gedächtnis rief: „As the investigation into the bin Laden operation proceeds, a classic line from ‚Butch Cassidy and the Sundance Kid‘ is hard to avoid: Who are those guys?“<sup>477</sup>

Selbst Kritiker der Außenpolitik von Präsident Bush übernahmen Teile des Zivilisationsnarrativs, was der Blick auf eine Rede des damaligen Senatsmitglieds von Illinois und späteren US-Präsidenten Barack Obama am 2. Oktober 2002 in Chicago illustriert. Einerseits sprach sich Obama zwar gegen den geplanten Irakkrieg der Bush-Administration aus, was sich für ihn im innerparteilichen Vorwahlkampf der Demokraten in den Jahren 2007 und 2008 gegen Hillary Clinton als wichtiges politisches Kapital erweisen sollte. Andererseits bekundete Obama in dieser Rede jedoch seine Unterstützung für den Krieg in Afghanistan gegen Al-Qaida und bediente sich dabei der für Bushs Narrativ typischen animalischen Charakterisierung des Gegenübers, indem er wörtlich für ein Ausrotten der Terrornetzwerke plädierte: „I supported this administration’s pledge to hunt down and root out those who would slaughter innocents in the name of intolerance.“<sup>478</sup>

#### 5.4 Nationaler Exzeptionalismus im globalen Kontext

Die bislang analysierte Vorstellung einer kollektiven Identität als freiheitliche und zivilisierte Gesellschaft erfuhr in der Geschichte der Vereinigten Staaten mehrfach eine Ausdehnung auf eine globale Ebene. So stellte das Strategiepapier 68 des National Security Council von 1950 zu Beginn fest, dass im Konflikt mit der Sowjetunion der Bestand der Zivilisation über den eigenen nationalen Rahmen hinaus auf dem Spiel stehe: „The issues that face us are momentous, involving the fulfillment or destruction not only of this Republic but of civilization itself.“<sup>479</sup> Auch der Freiheitsbegriff prägte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Abgrenzung zur Friedensrhetorik des sowjetischen Einflussbereiches das Selbstverständnis mehrerer westlicher Staaten.<sup>480</sup> Der Historiker Michael Hochgeschwender machte hierbei vor allem während des frühen Kalten Krieges ein transnationales Bewusstsein als „Westen“ innerhalb eines ansonsten heterogenen Gebildes aus.<sup>481</sup>

---

<sup>477</sup> Haberman, Clyde: Past Ground Zero; The Distance Traveled in a Month of War. *The New York Times*. 14. Oktober 2001, 4004001.

<sup>478</sup> Obama, Barack: We Are the Change We Seek. The Speeches of Barack Obama. Edited by Eugene Joseph Dionne Jr. and Joy-Ann Reid. London 2017, S. 1-4.

<sup>479</sup> Foreign Relations of the United States. 1950, Volume I. National Security Affairs; Foreign Economic Policy. Washington 1977, S. 238.

<sup>480</sup> Doering-Manteuffel 2003: Im Kampf um Frieden und Freiheit, S. 29.

<sup>481</sup> Hochgeschwender, Michael: Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts. *Historisch-*

Auch George W. Bush entwarf nach dem 11. September 2001 auf den ersten Blick eine freiheitlich-zivilisierte Identität mit weltweiter Reichweite. Bereits am Tag nach den Anschlägen löste er den Freiheitsbegriff von einer engen Bindung an die Vereinigten Staaten: „This enemy attacked not just our people but all freedom-loving people everywhere in the world.“<sup>482</sup> Ebenso prägte Bush in seinen Reden zur Lage der Nation in den Jahren 2002 und 2003 jeweils den Terminus der „civilized world“, welche durch den internationalen Terrorismus bedroht sei.<sup>483</sup> Diesen Gedanken brachte er insbesondere bei Ansprachen im Ausland zum Ausdruck wie am 23. Mai 2002 im Deutschen Bundestag: „In this war we defend not just America or Europe; we are defending civilization itself.“<sup>484</sup>

Eine solche globale Ausrichtung würde sich auf den ersten Blick schlüssig fügen in das Bestreben Bushs, seine Identitätskonstruktion möglichst breit und anschlussfähig anzulegen. Dieses Prinzip war bereits zu Beginn seiner Amtszeit im Zugehen auf verschiedene Ethnien sichtbar geworden (Kapitel 3.2) und kam auch nach dem 11. September 2001 zum Ausdruck durch das Heranziehen des Zweiten Weltkrieges als Analogie bei gleichzeitigem Umgehen des stärker umstrittenen Kalten Krieges (Kapitel 5.1) sowie durch den Miteinbezug von Angehörigen des Islam in die Wir-Gruppe (Kapitel 5.2). Hiermit in Einklang steht auch die Beobachtung, dass Bush im Vorfeld der beiden militärischen Operationen des Krieges gegen den Terror in Afghanistan und im Irak nie den jeweiligen Staat zum Gegner erklärte, sondern nur einen eng begrenzten Akteurskreis in Form einer Gruppe (Al Qaida, Taliban) oder sogar einer Einzelperson (Osama bin Laden, Saddam Hussein). Die lokale Zivilbevölkerung schloss er dagegen in beiden Fällen explizit in ein positiv konnotiertes Selbstverständnis mit ein. Am 20. September 2001 betonte Bush mit Blick auf den anstehenden Krieg in Afghanistan: „The United States respects the people of Afghanistan – after all, we are currently its largest source of humanitarian aid – but we condemn the Taliban regime.“<sup>485</sup> Nahezu identisch argumentierte er am 7. Oktober 2002 im Zusammenhang mit den Diskussionen über eine Bedrohung durch den Irak: „America is a friend to the people of Iraq. Our demands are directed only at the regime that enslaves them and threatens us.“<sup>486</sup>

Zugleich jedoch waren die Reden Bushs an mehreren Stellen durch eine dezidiert nationale Priorisierung geprägt: Dies manifestierte sich in einem unilateralen außenpolitischen Ansatz

---

*Politische Mitteilungen* 11 (2004), S. 24.

<sup>482</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1100.

<sup>483</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 130; Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 87.

<sup>484</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 856.

<sup>485</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1141.

<sup>486</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 2, S. 1756.

von Amtsantritt an (Kapitel 3.3) sowie in der Deutung der Anschläge vom 11. September als Kriegsakt gegen die Vereinigten Staaten (Kapitel 4.2). Damit ergibt sich das Bild einer vermeintlichen Inkonsistenz der öffentlichen Äußerungen Bushs, in denen eine globale und eine nationale Argumentationslinie in Konkurrenz zueinander standen. Bei genauerer Betrachtung bestimmte jedoch vor allem letztere die Stoßrichtung: Meist nämlich waren die internationalen Bezugnahmen im Krieg gegen den Terror national perspektiviert, indem Bush die USA als prototypischen und exzeptionellen Vertreter der globalen Vorstellungen von Freiheit und Zivilisation hervorhob. Am Abend des 11. Septembers charakterisierte er die Vereinigten Staaten als „the brightest beacon for freedom“, am 10. Oktober 2001 als „the most free nation in the world.“<sup>487</sup> Die Artikulation derartiger Superlative war zunächst über Parteigrenzen hinweg zu beobachten: Einen Tag nach den Anschlägen bezeichnete der Republikanische Senator Jeff Sessions die USA als „the greatest nation in the world“, der Demokrat Harry Reid als „the greatest democracy and force for freedom the world has ever known.“<sup>488</sup>

Vielfach evozierte Präsident Bush eine US-amerikanische Vorreiterrolle zudem auf indirekte Weise. Am 14. September 2001 deutete er die nationale Geschlossenheit der Vereinigten Staaten als Ursprung globaler Einigkeit und damit implizit die internationale Solidarität nach den Anschlägen als Resultat eines Sich-Anschließens an die USA: „Today we feel what Franklin Roosevelt called the warm courage of national unity. (...) And this unity against terror is now extending across the world.“ Sechs Tage später forderte Bush in seiner Rede vor dem Kongress die Auslieferung der Attentäter nicht etwa an den Internationalen Strafgerichtshof, sondern an die Vereinigten Staaten: „And tonight the United States of America makes the following demands on the Taliban: Deliver to United States authorities all the leaders of Al Qaida who hide in your land.“<sup>489</sup> Auch Bushs Bezeichnung der US-geführten Militäroperation im Mittleren Osten infolge des 11. Septembers als „the first war of the 21st century“ zeugt von einer nationalen Perspektive, die andere bewaffnete Konflikte wie die Zweite Intifada zwischen Israel und Palästina ab September 2000 oder den albanischen Aufstand in Mazedonien ab Januar 2001 außer Acht lässt.<sup>490</sup> Die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror entfaltete sich demnach von innen nach außen mit den USA als Ausgangspunkt und Zentrum, während die globalen Bezüge meist der Selbstvergewisserung der eigenen Strahlkraft dienten. Der Politikwissenschaftler Jack Holland machte diese nationale Priorisierung als US-amerikanisches Spezifikum aus, wohingegen in Großbritannien der

---

<sup>487</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1099/1213.

<sup>488</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9285/S9322.

<sup>489</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1109/1141.

<sup>490</sup> Public Papers of George W. Bush. 2006, Book 2, S. 1582.

Premierminister Tony Blair in seinen Reden eine stärker international ausgerichtete Einigkeit vermittelt habe.<sup>491</sup>

George W. Bush schloss damit an die etablierte Vorstellung eines US-amerikanischen Exzeptionalismus an, demzufolge die Vereinigten Staaten eine Sonderstellung im globalen Vergleich einnehmen. Diese Denkfigur fußte bereits zur Zeit der Staatsgründung zum einen auf dem Argument einer besonderen Geografie durch den Schutz zweier Ozeane und die anfangs großen Landressourcen im Westen, zum anderen aber auch auf einem politischen Selbstverständnis als erste Demokratie der Moderne. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich hierauf aufbauend das Bewusstsein, dass sich die USA im Gegensatz zu den europäischen Nationalstaaten durch gemeinsame Ideen konstituierten anstatt durch Kriterien der Abstammung. Der Historiker Hans Kohn verlieh dieser Einschätzung Ausdruck durch seine Kategorisierung in „ethnic nations“ und „civic nations“. Die Vereinigten Staaten verstand er dabei als einzige Nation, welche sich nicht primär über die Ausgrenzung anderer Ethnien definiere und erhalte.<sup>492</sup> Diesen Gedanken griff US-Präsident Bill Clinton in seiner Rede zur Lage der Nation 1997 auf: „America is far more than a place. It is an idea, the most powerful idea in the history of nations.“<sup>493</sup>

Diese Sicht blieb in der Forschung nicht unwidersprochen. Ein Teil bejahte zwar die Annahme einer Sonderrolle der Vereinigten Staaten, bezog diese aber nicht ausschließlich auf positive Charakteristika. Der Soziologe Seymour Martin Lipset bezeichnete den US-Exzeptionismus als „double-edged sword“ (Kapitel 3.1) und betonte: „[W]e are the worst as well as the best, depending on which quality is being addressed.“<sup>494</sup> Andere Beiträge bestritten generell eine Außergewöhnlichkeit der Vereinigten Staaten. Aus vergleichender Perspektive kam dabei der Politologe Aristide Zolberg zu dem Ergebnis, dass jede nationale Ordnung ein Spezifikum bilde und daher letztlich so viele Exzeptionalismen wie Fälle existierten.<sup>495</sup> Diese These fügt sich in die Logik der konstruktivistischen Wende des Jahres 1983 (Kapitel 2.1), wonach Nationen grundsätzlich von einer jeweils eigenständigen Selbstkonstruktion gekennzeichnet sind.

Kohns Unterscheidung zwischen „ethnic nations“ und „civic nations“ stellt aus diesem Blickwinkel weniger ein empirisch verifizierbares Modell zur Erfassung der globalen

---

<sup>491</sup> Holland 2013: *Selling the War on Terror*, S. 107.

<sup>492</sup> Kohn, Hans: *The Idea of Nationalism. A Study in Its Origins and Background*. New York 1944; Kohn, Hans: *American Nationalism: An Interpretive Essay*. New York 1957, S. 47.

<sup>493</sup> *Public Papers of William J. Clinton*. 1997, Book 1, S. 117.

<sup>494</sup> Lipset 1996: *American Exceptionalism*, S. 18.

<sup>495</sup> Zolberg, Aristide R.: *How Many Exceptionalisms?* In: Ders. / Katznelson, Ira (Hg.): *Working-Class Formation: Nineteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States*. Princeton 1986, S. 397-455.

Staatenwelt dar, sondern eine wertende und interessengeleitete Typologie zum Zweck der US-amerikanischen Selbstbestätigung im Sinne einer positiven Außergewöhnlichkeit.<sup>496</sup> Wie schon im Fall der Selbstverständnisse einer besonders hohen sozialen Mobilität (Kapitel 3.2) sowie einer freiheitlichen und zivilisierten Verfasstheit (Kapitel 5.1 und 5.3) liegt die Bedeutung der Idee eines US-amerikanischen Exzeptionalismus demnach vor allem in ihrem Potenzial als narrative Ressource, wie der Politologe Trevor McCrisken im Jahr 2003 betonte: Einerseits sei zwar die Annahme einer positiven Sonderrolle der Vereinigten Staaten im Verlauf ihrer Geschichte durch die innen- wie außenpolitische Praxis mehrfach widerlegt worden. Andererseits bestehe jedoch noch immer ein breit verankerter Glaube hieran, was von einer hohen Relevanz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zeuge.<sup>497</sup>

Diese vorgestellte Außergewöhnlichkeit lässt sich bis zum puritanischen Auserwähltheitsglauben der europäischen Neuankömmlinge im frühen 17. Jahrhundert und der Metapher der „city upon a hill“ zurückverfolgen.<sup>498</sup> Unter dem Legitimationszwang der Westexpansion vollzog sich in der Folgezeit eine schrittweise Transformation von dem rein passiven Verständnis einer Vorbildfunktion zu einem aktiven Missionsgedanken, der im sakral flankierten Konzept des Manifest Destiny zum Ausdruck kam.<sup>499</sup> Im 20. Jahrhundert erfuhr die Idee einer nationalen Überlegenheit in den Vereinigten Staaten schließlich eine Loslösung aus ihrem religiösen Ursprungskontext, indem sich auf globaler Ebene in Abgrenzung zu verschiedenen totalitären Systemen die Argumentationsform eines „politischen Manichäismus“ entwickelte und verfestigte.<sup>500</sup>

An diesen knüpfte auch George W. Bush an, als er am 12. September 2001 den Anspruch der USA auf eine globale Führungsrolle im Kampf gegen den Terrorismus unmissverständlich bekräftigte: „We will rally the world.“ Dabei entwarf er zwei distinkte mentale Räume und stellte neun Tage nach den Anschlägen in seiner Rede vor dem Kongress die internationale Staatenwelt vor die Entscheidung, die Vereinigten Staaten oder den internationalen Terrorismus zu unterstützen: „Every nation, in every region, now has a decision to make. Either you are with

---

<sup>496</sup> Trautsch, Jasper M.: The Origins and Nature of American Nationalism. *National Identities* 18 (2016), S. 297-299.

<sup>497</sup> McCrisken, Trevor: American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam. US Foreign Policy since 1974. Basingstoke 2003, S. 184; Tomes, Robert R.: American Exceptionalism the Twenty-First Century. *Survival* 56 (2014), S. 27-50; Gilmore, Jason: American Exceptionalism in the American Mind: Presidential Discourse, National Identity, and U.S. Public Opinion. *Communication Studies* 66 (2015), S. 303.

<sup>498</sup> Winthrop, John: A Model of Christian Charity. In: Winthrop Papers, Volume II, 1623–1630. Massachusetts Historical Society 1931, S. 294-295.

<sup>499</sup> Watson, Harry L.: Building the American Republic. A Narrative History to 1877. Chicago 2018, S. 446-456.

<sup>500</sup> Hochgeschwender, Michael: „God’s Own Nation“: Der gerechte Krieg im Selbstbild der USA. In: Buschmann, Nikolaus / Langewiesche, Dieter (Hg.): Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA. Frankfurt am Main 2003, S. 304.

us, or you are with the terrorists.“ Bei der Ankündigung der Militärschläge in Afghanistan am 7. Oktober negierte Bush erneut die Möglichkeit einer neutralen Positionierung: „In this conflict, there is no neutral ground.“<sup>501</sup> Auch die Senatorin Hillary Clinton argumentierte am Tag nach den Anschlägen innerhalb dieser Logik eines absoluten Dualismus ohne Zwischenraum: „You are either with America in our time of need or you are not.“<sup>502</sup>

Neben dieser scharfen Grenzziehung zwischen den USA und ihren Gegnern versah der Präsident zudem entlang der erwähnten Argumentationsstruktur eines politischen Fundamentalismus (Kapitel 5.3) beide Seiten mit einer eindeutigen moralischen und wertenden Markierung.<sup>503</sup> Seine Rede am Vormittag des 12. Septembers 2001 beschloss Bush mit dem Ausrufen eines monumentalen Kampfes zwischen Gut und Böse, ehe er einige Wochen später auf einer Pressekonferenz sein Unverständnis für die partielle Abneigung gegenüber den Vereinigten Staaten im gegenwärtigen Konflikt folgendermaßen begründete: „I just can't believe it, because I know how good we are.“ Im Gegenzug negierte Bush am 10. November jede Überschneidungsmöglichkeit zwischen dem Attribut des Guten und dem internationalen Terrorismus: „We must unite in opposing all terrorists, not just some of them. In this world, there are good causes and bad causes, and we may disagree on where that line is drawn. Yet, there is no such thing as a good terrorist.“<sup>504</sup>

Die Vermittlung einer kollektiven Identität durch diese sprachlichen Dichotomisierungen bestimmte die Äußerungen von Präsident Bush sowie die öffentlichen Reaktionen darauf in den ersten Monaten nach den Anschlägen. Nach dieser ersten Bewältigungsphase änderte sich der inhaltliche Schwerpunkt, als im Zuge der Diskussionen um präventive Gegenmaßnahmen sicherheitspolitische Fragen in den Vordergrund rückten.

---

<sup>501</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1100/1142/1201f. Eine Forschungsgruppe konstatierte auf Grundlage der Analyse von 15 Reden George W. Bushs von seiner Amtseinführung im Januar 2001 bis zum Irakkrieg im Frühjahr 2003 eine Häufung sprachlicher Gegensatzpaare nach den Anschlägen vom 11. September. Vgl. Coe, Kevin et. al.: No Shades of Grey: The Binary Discourse of George W. Bush and an Echoing Press. *Journal of Communication* 54 (2004), S. 234-252.

<sup>502</sup> Congressional Record. Vol. 147, No. 118, S9288. Derartige Prozesse versteht der Tübinger Sonderforschungsbereich als charakteristisch für eine bedrohte Ordnung: „Zonen der Neutralität und Unentschiedenheit werden durch Bedrohungen reduziert und oftmals moralischen Zweifeln unterworfen.“ Frie/Nieswand 2017: Zwölf Thesen, S. 7.

<sup>503</sup> Das Motiv des Bösen (Kapitel 5.2) war in den Vereinigten Staaten lange vor der Präsidentschaft George W. Bushs etabliert. Vgl. Hariman, Robert: Speaking of Evil. *Rhetoric and Public Affairs* 6 (2003), S. 511-517; Nabers/Patman 2008: Political Fundamentalism, S. 178.

<sup>504</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1101/1226/1378.

## 6. Die Diskreditierung des Krieges gegen den Terror als Ordnungsmuster

### 6.1 Die sicherheitspolitische Neuausrichtung im Vorfeld des Irakkrieges

Zu Beginn des Jahres 2002 erhielt die außenpolitische Debatte in den Vereinigten Staaten eine neue Akzentuierung. In seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar bezeichnete Präsident Bush die Staaten Irak, Iran und Nordkorea als Achse des Bösen, da sie die eigene Bevölkerung unterdrückten und aufgrund ihres Strebens nach Massenvernichtungswaffen eine globale Bedrohung darstellten.<sup>505</sup> In der Folgezeit fokussierte sich die US-Administration insbesondere auf den Irak, wobei das Werben um die Zustimmung für eine gegebenenfalls gewaltsame Absetzung des Machthabers Saddam Hussein fortan die Agenda bestimmte. Waren die Reden im Krieg gegen den Terror zuvor also noch vom Bemühen um eine erklärende Einordnung der Anschläge vom 11. September geprägt, rückte nun die Frage nach der angemessenen Reaktion und Ausrichtung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt. Die Argumentationsmuster wurden an anderer Stelle bereits eingehend untersucht und bilden nicht den Kern der vorliegenden Analyse.<sup>506</sup> Dennoch soll nachfolgend die sicherheitspolitische Diskussion bis zum Irakkrieg in ihren Grundzügen dargelegt werden, um darauf aufbauend die Rückwirkungen auf die nationale Identitätsordnung zu erschließen.

Die Inbezugsetzung des Irak zu den Anschlägen vom 11. September erfolgte im Rahmen einer neuen Sicherheitsstrategie, die Bush am 1. Juni 2002 an der Militärakademie in West Point bei New York erläuterte. Dabei sorgte bereits der exponierte Redekontext vor geschätzten 20.000 Gästen im Michie Stadium auf dem Campus der Akademie anlässlich deren 200-jährigen Gründungsjubiläums für eine große Aufmerksamkeit. Folglich verliefen die Vorbereitungen ähnlich gründlich und zeitintensiv wie bei der Ansprache vor dem Kongress neun Tage nach den Anschlägen (Kapitel 4.3): Bereits zwei Wochen im Voraus war am 17. Mai 2002 innerhalb des Beraterkreises des Präsidenten ein erster Entwurf der Rede im Umlauf mit dem Verweis, dass Bush drei Tage später eine vorläufige Fassung als Manuskript vorgelegt bekommen wolle.<sup>507</sup>

---

<sup>505</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 131.

<sup>506</sup> Miles, Alex: US Foreign Policy and the Rogue State Doctrine. Abingdon 2013; Jervis, Robert: Understanding the Bush Doctrine: Preventive Wars and Regime Change. *Political Science Quarterly* 131 (2016), S. 285-311.

<sup>507</sup> Remarks at Graduation Exercises of the United States Military Academy in West Point. June 1, 2002. George W. Bush Presidential Library. 2014-0555-F, Box 1; E-Mail by Anne E. Campbell. May 17, 2002. 8:31 PM. George W. Bush Presidential Library. 2014-0555-F, Box 1.

In West Point grenzte Bush zunächst den internationalen Terrorismus von früheren Gegnern der USA ab. Da dieser kein Staatsterritorium zu verteidigen habe, sei die vormalige Strategie der Abschreckung unwirksam: „For much of the last century, America’s defense relied on the cold war doctrines of deterrence and containment. (...) [B]ut new threats also require new thinking. Deterrence – the promise of massive retaliation against nations – means nothing against shadowy terrorist networks with no nation or citizens to defend.“ Dieses Postulat untermauerte Bush mit einem zweiten Argument, das den Fokus von den Anschlägen vom 11. September löste: Gegenwärtig potenziere sich das Bedrohungspotenzial dadurch, dass autoritäre Staaten einzelne Terrororganisationen mit Massenvernichtungswaffen beliefern könnten: „Containment is not possible when unbalanced dictators with weapons of mass destruction can deliver those weapons on missiles or secretly provide them to terrorist allies.“

Als angemessene Reaktion auf die neue Sicherheitslage im 21. Jahrhundert bezeichnete Bush eine präventive Begegnung dieser Gefahren, um einen Moment der negativen Überraschtheit wie am 11. September 2001 künftig auszuschließen: „We cannot defend America and our friends by hoping for the best. (...) If we wait for threats to fully materialize, we will have waited too long. (...) [T]he war on terror will not be won on the defensive. We must take the battle to the enemy.“ Entsprechende „pre-emptive strikes“ ohne die Notwendigkeit des Nachweises einer unmittelbaren Bedrohung stufte der Präsident aufgrund der neuen Konstellation als nicht nur zulässig, sondern erforderlich ein: „In the world we have entered, the only path to safety is the path of action, and this nation will act.“<sup>508</sup> Die Forderung nach einer falls nötig auch militärisch herbeigeführten Absetzung des irakischen Machthabers Saddam Hussein bildete im Verlauf des Jahres 2002 den ersten Anwendungsfall dieser neuen Strategie, wobei die Bush-Administration zwei grundsätzliche Argumente anführte: Zum einen unterstütze der Irak den internationalen Terrorismus, zum anderen besitze er Massenvernichtungswaffen beziehungsweise stehe kurz vor deren Erwerb.

Im Zuge dieser sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung büßte der Krieg gegen den Terror in den USA jene weitgehende Unumstrittenheit ein, die zuvor im Rahmen der Selbstvergewisserung der eigenen Identität (Kapitel 4 und 5) noch verbreitet gewesen war. Bereits am 6. Dezember 2001 sandte der Republikanische Kongress-Abgeordnete Ron Paul aus Texas einen Brief an Präsident Bush, in dem er ihn vor einer Invasion in den Irak warnte. Als Gründe nannte er die nicht bewiesene Verwicklung des Irak in die Anschläge vom 11.

---

<sup>508</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 919. Diese Gedanken formalisierte die US-Administration im September 2002 in einer offiziellen neuen Sicherheitsstrategie. Vgl. National Security Strategy of the United States of America. September 2002. The White House. Washington 2002.

September, das Risiko eines Zerbrechens der internationalen Koalition sowie die Gefahr eines aufkommenden Unbehagens gegenüber den Vereinigten Staaten in der islamischen Welt. Das Schreiben unterzeichneten 14 weitere Abgeordnete wie beispielsweise der spätere Senator Bernard Sanders, was das beträchtliche Polarisierungspotenzial der Thematik offenlegte.<sup>509</sup>

Im Verlauf des Jahres 2002 waren derartige kritische Stimmen vermehrt auch in der Öffentlichkeit zu vernehmen. Im März gründete sich die Organisation Not in Our Name aus Protest gegen die Reaktion der Bush-Administration auf die Terroranschläge und erhielt in den folgenden Monaten infolge der Fokussierung der Debatte auf einen möglichen Irakkrieg Zulauf von Personen des öffentlichen Lebens wie den Schauspielerinnen Jane Fonda und Susan Sarandon oder dem Musiker Pete Seeger.<sup>510</sup> Unmittelbar vor Kriegsbeginn warb die Organisation am 27. Januar 2003 in einer Zeit weltweiter Massenproteste gegen die Außenpolitik der Bush-Administration auf einer kompletten Doppelseite in der *New York Times* für ihr Anliegen.<sup>511</sup>

Auch ehemalige Führungspolitiker meldeten sich ab dem Spätsommer des Jahres 2002 zu Wort. Kritik am geplanten Irakkrieg kam dabei vor allem von Mitgliedern der Administration von Präsident George H. W. Bush, der 1991 nach der Niederschlagung des von Saddam Hussein ausgehenden Einfalls in Kuwait keinen Regimewechsel im Irak angestrebt hatte. Am 15. August 2002 forderte nun der damalige nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft in einem Artikel im *Wall Street Journal* unter dem Titel „Don’t Attack Saddam!“ ein ähnliches Vorgehen.<sup>512</sup> Zehn Tage später wandte sich auch der einstige Außenminister James Baker in der *New York Times* gegen einen Krieg im Irak und begründete dies mit einer Entfernung vom eigentlichen Fokus der Terrorismus-Bekämpfung und einer potenziell weltweit steigenden Unbeliebtheit der USA.<sup>513</sup> Am 23. September warnte schließlich auch der frühere Vizepräsident Al Gore, der Bush unmittelbar nach den Anschlägen noch seine volle Rückendeckung zugesichert hatte, in einer Rede in San Francisco vor einer Verlagerung des Konfliktes in den Irak: „The fact that we don’t know where they [the terrorists] are, should not cause us to focus instead on some other enemy whose location might be easier to identify.“<sup>514</sup>

---

<sup>509</sup> Letter by Ron Paul to President George W. Bush. December 6, 2001. George W. Bush Presidential Library. 2014-0215-F[1], Box 14.

<sup>510</sup> Young 2015: Dissent, S. 512.

<sup>511</sup> In New York demonstrierten am 15. Februar 2003 rund 300.000 Personen gegen den geplanten Krieg im Irak. Hierbei bildete vor allem der Vorwurf materieller Interessen mit Blick auf die dortigen Ölvorkommen ein zentrales Argument. Vgl. Croft 2006: America’s War on Terror, S. 172-186.

<sup>512</sup> Scowcroft, Brent: Don’t Attack Saddam! *The Wall Street Journal*. 15. August 2002, A12.

<sup>513</sup> Baker, James: The Right Way to Change a Regime. *The New York Times*. 25. August 2002, 4004009.

<sup>514</sup> Berke, Richard L.: Bush Is ‚My Commander‘, Gore Declares in Call for Unity. *The New York Times*. 30. September 2001, A29; Croft 2006: America’s War on Terror, S. 163.

Nichtsdestotrotz fußte die Entscheidung zum Irakkrieg zumindest innerhalb der Vereinigten Staaten auf einer politischen Mehrheit: Im Oktober 2002 stimmte der US-Kongress für eine parteiübergreifend eingereichte Resolution, die den Präsidenten zu allen Mitteln im Konflikt mit dem Irak autorisierte und dabei auch militärische Gewalt als letzte Option billigte.<sup>515</sup> Die Abstimmung im Senat fiel mit 77 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen relativ deutlich aus, wobei auch viele einflussreiche Mitglieder der Demokratischen Partei den Antrag befürworteten – unter anderem Joe Biden (der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses), Tom Daschle (der Mehrheitsführer im Senat), John Kerry (der kommende Präsidentschaftskandidat seiner Partei) und mit Dianne Feinstein aus Kalifornien sowie mit Charles Schumer und Hillary Clinton aus New York die Senatorinnen und Senatoren bevölkerungsreicher und bedeutender Bundesstaaten.<sup>516</sup> Am lautstärksten vor einem möglichen Krieg warnten indessen die altgedienten Senatoren Robert Byrd und Edward Kennedy, die keine größeren politischen Ambitionen mehr verfolgten. Insbesondere der 84-jährige Byrd avancierte zu einem Wortführer der Kritik und appellierte noch am Tag der Abstimmung in einem Gastkommentar in der *New York Times* an die Kongress-Abgeordneten, die Resolution abzulehnen.<sup>517</sup>

Neben den führenden Politikerinnen und Politikern des Landes befürwortete auch eine Mehrheit der US-amerikanischen Bevölkerung vorerst noch den Kurs der Bush-Administration. Dies verdeutlicht das Ergebnis der Zwischenwahlen zum Kongress am 5. November 2002, die wenige Wochen nach der Abstimmung über die Resolution zum Irakkrieg im Zeichen außenpolitischer Debatten standen. Während die Partei des amtierenden Präsidenten in diesen Mid-Term Elections oftmals an Zuspruch verliert, konnten Bushs Republikaner nun die Mehrheit im Senat von den Demokraten zurückerlangen sowie ihre bereits vorhandene Vormachtstellung im Repräsentantenhaus ausbauen.<sup>518</sup>

Nachfolgend beschränkte sich die Demokratische Partei im Vorfeld des Irakkrieges in ihrer Auseinandersetzung mit dem Präsidenten vor allem auf innenpolitische Themen, wie ein Blick auf die Kritikpunkte in der offiziellen Antwort der Partei auf Bushs Rede zur Lage der Nation

---

<sup>515</sup> Die Resolution wurde eingebracht von den Demokratischen Senatoren Evan Bayh und Joe Lieberman sowie von den Republikanischen Senatoren John McCain und John Warner.

<sup>516</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S10342. Die Zustimmung zu der Resolution trotz einer dünnen Faktenlage wurde unter anderem auf eine veränderte Bedrohungswahrnehmung sowie einen Hang zum Patriotismus nach dem 11. September 2001 zurückgeführt. Vgl. Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): American Foreign Policy and the Politics of Fear. Threat Inflation since 9/11. London 2009.

<sup>517</sup> Byrd, Robert: Congress Must Resist the Rush to War. *The New York Times*. 10. Oktober 2002, A39. Byrd verwies darauf, dass er 1964 während des Vietnamkrieges für die Tonkin-Resolution gestimmt und dies seitdem mehrfach bereut habe.

<sup>518</sup> Erst zum dritten Mal seit dem Bürgerkrieg (nach 1934 und 1998) gewann die Partei des Präsidenten 2002 bei den Zwischenwahlen Sitze in beiden Häusern des Kongresses hinzu.

im Januar 2003 durch Gouverneur Gary Locke verdeutlicht: Die Wirtschaft lahme, die gegenwärtige Haushaltskrise sei die schlimmste seit dem Zweiten Weltkrieg, von den Steuersenkungen hätten vor allem reiche Bevölkerungsschichten profitiert. Für die Konfrontation mit dem Terrorismus infolge des 11. Septembers sagte Locke Präsident Bush dagegen die Unterstützung der Demokraten zu: „But the war against terror is not over. (...) We support the president in the course he has followed so far.“<sup>519</sup>

Auch die *New York Times* griff das sicherheitspolitische Narrativ des Präsidenten auf, wobei ein Artikel vom September 2002 auf der Titelseite von der Bush-Administration mehrfach öffentlich angeführt wurde als vermeintlichen Beleg für das von Saddam Hussein ausgehende Bedrohungspotenzial durch das Streben nach Massenvernichtungswaffen.<sup>520</sup> In den Wochen vor Beginn der Invasion in den Irak im März 2003 gab die Zeitung zudem den Argumenten für einen solchen Militäreinsatz mehrfach Raum durch Gastkommentare von Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice oder des Senators John McCain und des Publizisten William Safire.<sup>521</sup> Die Unterstützung für den Irakkrieg war also zunächst nicht nur auf konservative Medien beschränkt, sondern durchzog das gesamte politische Spektrum.

\*\*\*

Neben den dominierenden sicherheitspolitischen Fragen thematisierte Präsident Bush im Vorfeld des Irakkrieges auch weiterhin jene Charakteristika einer US-amerikanischen Identität, die er unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September in seinen Reden etabliert hatte. Stuart Croft sah die Narrative im Krieg gegen den Terror daher geprägt durch zwei miteinander verwobene Erzählstränge entlang der Themenfelder Sicherheit und Identität.<sup>522</sup> Dies manifestierte sich in der Rede in West Point am 1. Juni 2002, in der Bush das Argument einer Notwendigkeit von Präventivschlägen mit dem Selbstverständnis einer freiheitlichen Nation (Kapitel 5.1 und 5.2) verknüpfte. Dabei betonte er ausdrücklich, dass sich der gegenwärtige Konflikt nicht ausschließlich auf Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschränke: „Wherever we carry it, the American flag will stand not only for our power but for freedom.

---

<sup>519</sup> Democrats' Response to Bush's Address to Congress. *The New York Times*. 29. Januar 2003, A13.

<sup>520</sup> Gordon, Michael R. / Miller, Judith: U.S. Says Hussein Intensifies Quest for A-Bomb Parts. *The New York Times*. 8. September 2002, A1.

<sup>521</sup> Rice, Condoleezza: Why We Know Iraq Is Lying. *The New York Times*. 23. Januar 2003, A25; McCain, John: The Right War for the Right Reasons. *The New York Times*. 12. März 2003, A25; Safire, William: Clear Ties of Terror. *The New York Times*, 27. Januar 2003, A25; Safire, William: Irrefutable and Undeniable. *The New York Times*. 6. Februar 2003, A39. In erstgenanntem Kommentar unterstellte Safire dem irakischen Machthaber Saddam Hussein Verbindungen zu Osama bin Laden, in zweitgenanntem den Besitz von Massenvernichtungswaffen.

<sup>522</sup> Croft 2006: America's War on Terror, S. 161.

Our Nation's cause has always been larger than our Nation's defense."<sup>523</sup> Dass in diesem Satz auf Bushs handschriftlichem Redemanuskript der Terminus „freedom“ durch eine doppelte Unterstreichung hervorgehoben war, legt eine besondere Bedeutungsbeimessung dieses nationalen Charakteristikums nahe.<sup>524</sup> Die moralischen Leitlinien der Vereinigten Staaten (Kapitel 5.4) schilderte der Präsident dabei als historische Konstante, während sich die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten gewandelt hätten: „Different circumstances require different methods but not different moralities.“ Fünf Tage später sprach Bush am 6. Juni 2002 im Rahmen der Ankündigung der Schaffung eines neuen Ministeriums für Heimatschutz vom Ziel einer „more civilized world“ und band damit das Selbstverständnis einer zivilisierten Gesellschaft (Kapitel 5.3) in die sicherheitspolitische Argumentation ein.<sup>525</sup>

Auch nachfolgende Terroranschläge integrierte Bush mit einer bemerkenswerten Konsistenz in die im Herbst 2001 etablierte Identitätsordnung, die als Deutungsgehäuse in verschiedenen Kontexten Anwendung fand. Nach den Anschlägen auf der indonesischen Insel Bali am 12. Oktober 2002 mit rund 200 Todesopfern gestand Bush zwei Tage später auf einer Pressekonferenz im Weißen Haus zunächst, dass ihm die Verantwortlichen noch nicht bekannt seien. Trotz dieses fehlenden Wissens über die Hintergründe verortete er die Ereignisse anschließend innerhalb der Antithese zwischen Freiheit und Totalitarismus: „[C]learly it's a deliberate attack on citizens who love freedom, citizens from countries which embrace freedom.“ Später am Abend konkretisierte Bush bei einem Dinner in Dearborn in Michigan das freiheitliche nationale Selbstverständnis auf fast identische Weise wie in seiner Rede am 20. September 2001 vor dem Kongress (Kapitel 5.1), indem er Religions- und Meinungsfreiheit als grundlegende Kennzeichen der USA ausmachte: „We love freedom. We love the fact that in this great country people can worship an almighty God any way they see fit. We love that. We love the fact that people can have honest, open political discourse in a free society. We love free press. We love everything about freedom, and we're not changing.“<sup>526</sup>

Die Charakterisierung der Gegenseite vollzog sich an diesem 14. Oktober primär über den Zivilisationsbegriff. Auf der Pressekonferenz am Nachmittag sprach Bush den Verantwortlichen des Attentats von Bali die Zugehörigkeit zur zivilisierten Welt ab: „They do not value life the way we value life in the civilized world.“ Abends in Michigan griff er die im Herbst 2001 präsenten Motive des Versteckens und der Höhle (Kapitel 5.3) wieder auf: „They've got coldblooded killers who hide in caves. (...) [T]here's not a cave deep enough for

---

<sup>523</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 918.

<sup>524</sup> George W. Bush Handwriting. June 1, 2002. George W. Bush Presidential Library. 2014-0555-F, Box 2.

<sup>525</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 920/939.

<sup>526</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 2, S. 1786/1802f.

the justice of America.“<sup>527</sup> Auch infolge der Anschläge in Madrid im März 2004 und in London im Juli 2005 rief Bush auf die zuvor etablierte Weise in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus das Selbstverständnis einer freiheitlichen und zivilisierten Gesellschaft hervor.<sup>528</sup>

Schließlich dienten diese Identitätsnarrative ab 2002 auch als legitimatorischer Rückzugsort für umstrittene politische Maßnahmen, was bei einem Interview Bushs im Weißen Haus mit dem Fernsehsender ARD im Mai 2002 anlässlich seines bevorstehenden Besuches in Deutschland zum Ausdruck kam: Die Frage von Korrespondent Claus Kleber nach seiner Meinung zu den Demonstrationen gegen die offensive Außenpolitik der Vereinigten Staaten umging Bush, indem er die Proteste zu einem Indikator demokratischer Strukturen umdeutete: „[T]hat’s good. That’s democracy. See, I love to visit a place that is confident in her freedom, a place where people feel free to express themselves, because that’s what I believe in.“ Auch mit dem wachsenden Unbehagen gegenüber nationalen Alleingängen setzte sich Bush nicht inhaltlich auseinander, sondern verwies auf das Recht auf freie Meinungsäußerung: „I understand there’s some reluctance about some of the positions I take. But one of the things that the German people at least ought to respect is, I speak my mind.“<sup>529</sup>

Neben Präsident Bush verknüpften mehrere Mitglieder des Senats ihr Plädoyer für eine militärische Intervention in den Irak mit dem Postulat einer überlegenen US-amerikanischen Identität. In der Debatte am 10. Oktober 2002 beschrieb John McCain den gegenwärtigen Konflikt als Auseinandersetzung um unterschiedliche Wertvorstellungen und setzte Saddam Hussein anschließend implizit moralisch mit Adolf Hitler gleich durch Verweise auf nationalsozialistische Vernichtungslager: „His [Saddam Hussein’s] moral code is so spare that he has gassed his own people – horror the world thought it had left behind at Auschwitz and Treblinka.“ Außerdem bot die sicherheitspolitische Diskussion erneut die Möglichkeit zur Bewusstmachung eines nationalen Exzeptionalismus (Kapitel 5.4): Unmittelbar vor ihrer Zustimmung zur Irak-Resolution bezeichneten die Demokratischen Senatoren Tom Daschle und Joe Biden die US-Streitkräfte wortlich als „the finest fighting force the world has ever known“, McCain die Vereinigten Staaten indessen als „history’s greatest nation.“<sup>530</sup>

Auch war im Vorfeld des Irakkrieges jene Einhegung von Dissens zu beobachten, die bereits die unmittelbare Folgezeit des 11. Septembers stark geprägt hatte (Kapitel 4.5). Im Februar 2002 erfragte der Demokratische Senator Tom Daschle öffentlich eine konkrete

---

<sup>527</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, S. 1789/1804.

<sup>528</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 373-375; Public Papers of George W. Bush. 2005, Book 2, S. 1201-1207.

<sup>529</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 829f.

<sup>530</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S10272f/S10242/S10274.

Strategie im Kampf gegen den Terrorismus und bemerkte mit Blick auf den Begriff der Achse des Bösen: „I think there is expansion without at least a clear direction.“ Obwohl Daschle den Krieg gegen den Terror nicht grundsätzlich infrage stellte, stufte die *New York Times* seine Aussage am 1. März 2002 in einem Bericht auf ihrer Titelseite als erste umfassende Kritik der Demokratischen Partei am Kurs der Bush-Administration ein. Als solche wurde sie von den Republikanern im Senat mit Vehemenz zurückgewiesen. Dabei setzte sich Fraktionsführer Trent Lott mit Daschles Vorwurf einer Überdehnung des Konfliktes nicht inhaltlich auseinander, sondern betonte die bloße Notwendigkeit landesweiter Geschlossenheit: „How dare Senator Daschle criticize President Bush while we are fighting our war on terrorism? He should not be trying to divide our country while we are united.“<sup>531</sup>

Der Vorwurf einer Spaltung der nationalen Einigkeit wirkte noch Monate später: In der Senatsdebatte am 10. Oktober 2002 begründete Daschle seine Zustimmung zur Irak-Resolution mit der Vermittlung einer geschlossenen Außenwirkung – und nicht mit einer tiefergehenden Überzeugung: „It is neither a Democratic resolution nor a Republican resolution. It is now a statement of American resolve and values. (...) [B]ecause I believe it is important for America to speak with one voice at this critical moment, I will vote to give the President the authority he needs.“ Mit der gleichen Argumentation plädierte Hillary Clinton für die Verabschiedung der Resolution: „I want to ensure that Saddam Hussein makes no mistake about our national unity and support for the President’s efforts to wage America’s war against terrorists and weapons of mass destruction.“<sup>532</sup>

Während der Kampfhandlungen im Irak äußerten sich Senatsmitglieder schließlich lobend über die US-amerikanischen Streitkräfte und verbanden dies mit neuerlichen Bezugnahmen auf die demokratische Verfasstheit der Vereinigten Staaten. Am 26. März 2003 bekräftigte beispielsweise Christopher Dodd aus dem Staat Connecticut: “[T]hese young men and women stand ready to (...) risk their lives in defense of all Americans and the values of freedom, liberty, and democracy.“<sup>533</sup> Auch das *Time Magazine* charakterisierte den Irakkrieg zu diesem Zeitpunkt als gerechtfertigten Konflikt zur Verteidigung einer freiheitlichen Lebensweise gegen autoritäre Strömungen, was ein Blick auf die Ausgabe am 21. April 2003 wenige Tage nach dem Sturz Saddam Husseins verdeutlicht: Auf der Titelseite war ein mit einem roten Kreuz durchgestrichenes Porträt des abgesetzten irakischen Machthabers abgebildet, womit das Magazin eine implizite Analogie zu früheren Auseinandersetzungen herstellte: Am 7. Mai 1945

---

<sup>531</sup> Purdum, Todd S.: Democrats Starting to Fault President on the War’s Future. *The New York Times*. 1. März 2002, A1.

<sup>532</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S S10241/S10289.

<sup>533</sup> Congressional Record. Vol. 149, No. 49, S4431.

hatte man als Titelbild ein durchgestrichenes Porträt Hitlers gewählt, am 20. August 1945 eine durchgestrichene japanische Flagge.<sup>534</sup> Diese visuelle Verknüpfung des Irakkrieges mit dem Kampf der Vereinigten Staaten gegen die faschistischen Systeme des 20. Jahrhunderts ergänzte damit das diachrone Narrativ des Präsidenten (Kapitel 5.1), der am 20. September 2001 vor dem Kongress vergleichbar betont hatte: „We have seen their kind before.“<sup>535</sup> Ebenfalls in der Ausgabe am 21. April 2003 druckte das *Time Magazine* ein doppelseitiges Foto jubelnder Kurdinnen und Kurden im Irak und vermittelte damit das Bild eines politischen Befreiungsaktes zugunsten der lokalen Bevölkerung.<sup>536</sup>

Beim Blick auf die Phase zwischen Bushs Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 und dem Irakkrieg im Frühjahr 2003 lassen sich damit zwei grundlegende Beobachtungen festhalten. Einerseits verlor der Krieg gegen den Terror durch den neuen sicherheitspolitischen Fokus jene weitgehende Unumstrittenheit, die ihn direkt nach den Anschlägen vom 11. September im Rahmen der Vermittlung einer kollektiven Identität noch getragen hatte: Bushs Argument einer Notwendigkeit von Präventivschlägen stieß auf breiten öffentlichen Widerspruch, der nicht mehr auf einen kleinen Kreis wie noch im Herbst 2001 beschränkt war. Andererseits aber befürwortete innerhalb der USA vor und während des Irakkrieges noch immer eine parteiübergreifende Mehrheit den militärisch erzwungenen Sturz Saddam Husseins trotz einer dünnen Faktenlage – unter Verweis auf die Notwendigkeit nationaler Geschlossenheit. Die Umschlagphase hin zu einer mehrheitlich kritischen Wahrnehmung des Krieges gegen den Terror und zu einer Zurückweisung der hierin artikulierten Selbstverständnisse setzte jedoch unmittelbar nach dem proklamierten Ende des Irakkrieges ein, der sich damit rückwirkend zu einer Last für die Identitätsordnung entwickelte.

## 6.2 Die Infragestellung der Identitätsnarrative nach dem Irakkrieg

Am Abend des 1. Mai 2003 erklärte Präsident Bush vom Deck des Flugzeugträgers USS Abraham Lincoln vor der Küste Kaliforniens den Irakkrieg für beendet, wobei ein Banner mit der Aufschrift „Mission Accomplished“ im Hintergrund die Botschaft unübersehbar verdeutlichte.<sup>537</sup> Wie im Fall der Einstufung des 11. Septembers 2001 als Startpunkt eines neuen Konfliktes (Kapitel 4.3) handelte es sich jedoch auch hier um einen rein deklarativen Akt

---

<sup>534</sup> Time Magazine. 7. Mai 1945; 20. August 1945; 21. April 2003.

<sup>535</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1142.

<sup>536</sup> Time Magazine. 21. April 2003, S. 26f.

<sup>537</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 410.

auf Basis des selbst definierten Ziels der Absetzung Saddam Husseins. Der Kulturwissenschaftler Patrick Colm Hogan bemerkte hierzu: „Stories have endings. Social life does not.“<sup>538</sup>

So traten nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen sogar viele neue Problemfelder zu Tage. Infolge des entstandenen Machtvakuum kam es im Irak zu gewaltsamen Unruhen zwischen sunnitischen und schiitischen Gläubigen, den beiden größten Strömungen innerhalb des Islam.<sup>539</sup> In weiten Teilen des Landes war die Versorgung mit Wasser und Elektrizität beeinträchtigt, während zugleich viele Krankenhäuser an ihre Kapazitätsgrenzen stießen. Die US-amerikanischen Truppen nahmen ihren Einsatz in diesem Umfeld verstärkt als Belastung wahr: Im Juli 2003 berichtete der Korrespondent Jeffrey Kofman von der American Broadcasting Company (ABC) nach einem Besuch der Streitkräfte im Irak über zunehmenden Frust und eine abnehmende Moral.<sup>540</sup> Der Politikwissenschaftler Timothy Lynch bezeichnete in diesem Kontext die Identitätsnarrative von Präsident Bush als „rhetorical cloak“, da mit der häufigen Charakterisierung der USA als Garant politischer Freiheitsrechte nach dem Sturz Saddam Husseins keine ausreichenden Maßnahmen zur Sicherung der Demokratie im Irak einher gegangen seien.<sup>541</sup>

Unter dem Eindruck dieser Entwicklungen kam das *Time Magazine* zu einer veränderten Bewertung des Irakkrieges: Während das Magazin die US-Invasion am 21. April 2003 noch mit dem Sieg über das Dritte Reich verglichen hatte (Kapitel 6.1), titelte es wenige Monate später am 14. Juli „Peace Is Hell“ und am 6. Oktober „Mission Not Accomplished“ in offenkundiger Abgrenzung zum Banner bei Bushs Rede.<sup>542</sup> Dabei unterlegte der Autor Michael Elliott sein negatives Zwischenfazit mit einer langen Mängelliste: Seit dem erklärten Kriegsende am 1. Mai herrsche im Irak „nothing but trouble“, was auf Fehlannahmen und -entscheidungen der Bush-Administration fuße. Hierzu zählte Elliott die unterschätzten Kosten für den Wiederaufbau sowie die Auflösung der irakischen Armee durch den US-Zivilverwalter Paul Bremer, wodurch Tausende ungebundene Bewaffnete ohne Bezug zu den Vereinigten Staaten im Land verstreut seien. Auch würden die USA aufgrund von vermehrt vorkommenden Plünderungen mehr als

---

<sup>538</sup> Hogan 2009: *Understanding Nationalism*, S. 184. Die Historikerin Mary Dudziak konzeptualisierte Krieg hierbei als ein zeitlich gedachtes Konstrukt, das nicht notwendigerweise mit den tatsächlichen Gegebenheiten korrespondiere. Vgl. Dudziak, Mary L.: *War Time. An Idea, Its History, Its Consequences*. Oxford 2012, S. 3-9.

<sup>539</sup> Die schiitische Mehrheit im Irak strebte in dieser Auseinandersetzung nach der Macht, welche die sunnitische Minderheit während der Herrschaft Saddam Husseins innegehabt hatte.

<sup>540</sup> Dowd, Maureen: *Let's Blame Canada*. *The New York Times*. 20 Juli 2003, 4004011.

<sup>541</sup> Lynch, Timothy J.: George W. Bush. In: Cox, Michael E. / Lynch, Timothy J. / Bouchet, Nicholas (Hg.): *US Foreign Policy and Democracy Promotion. From Theodore Roosevelt to Barack Obama*. London 2013, S. 190.

<sup>542</sup> *Time Magazine*. 21. April 2003; 14. Juli 2003; 6. Oktober 2003.

Besitzer denn als Befreier wahrgenommen.<sup>543</sup> Diese Feststellung steht in Widerspruch zu optimistischen Vorkriegsannahmen, wie sie Senator John McCain im Oktober 2002 noch zum Ausdruck gebracht hatte: „But it’s a safe assumption that Iraqis will be grateful to whoever is responsible for securing their freedom.“<sup>544</sup>

Innerhalb der Demokratischen Partei entwickelte sich indessen entlang der Kritik am Irakkrieg ein gemeinsames Bewusstsein: Im Herbst 2003 standen sämtliche aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatinnen und -kandidaten eines noch heterogenen Bewerberfeldes der Invasion ablehnend gegenüber,<sup>545</sup> nachdem die Partei noch im Januar desselben Jahres in ihrer Antwort auf Bushs Rede zur Lage der Nation dem Präsidenten die Unterstützung seiner Außenpolitik zugesagt hatte (Kapitel 6.1). Im Dezember 2003 begründete Senatorin Hillary Clinton ihre gewandelte Sicht in einer Reihe von Fernsehinterviews, in denen sie unter Verweis auf ihre Eindrücke bei einem Truppenbesuch vor Ort eine unzureichende Organisation der Nachkriegsordnung anprangerte.<sup>546</sup>

Wenige Tage später sorgte die Gefangennahme Saddam Husseins am 13. Dezember 2003 kurzzeitig nochmals für eine positive Wahrnehmung der Ereignisse im Irak. In einem Kommentar in der *New York Times* bewertete die Historikerin Phebe Marr die Festnahme des früheren irakischen Machthabers als Erfolg, der den international kritisierten USA politisches Kapital verschaffe: „For Americans, it is a great military success that may help quiet international criticism of their role in Iraq.“<sup>547</sup> Mittelfristig aber erschwerte die neue Konstellation sogar die Legitimierung der Invasion, da im Zuge des Wegfalls Saddam Husseins als eindeutig identifizierbarer und personalisierter Gegenpol die Abgrenzungsnarrative an Klarheit einbüßten.

Endgültig erodierten die Annahmen einer vom Irak ausgehenden Bedrohung kurz darauf, als die Existenz von Massenvernichtungswaffen grundlegend infrage gestellt wurde. Am 23. Januar 2004 trat der Leiter der Iraq Survey Group, David Kay, von seinem Amt zurück und revidierte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters seinen eigenen Zwischenbericht vom Oktober 2003: Saddam Hussein sei zum Zeitpunkt des Kriegsbeginns im Frühjahr nicht im Besitz illegaler Waffen gewesen, da man diese bereits nach dem Ersten

---

<sup>543</sup> Elliott, Michael: So, What Went Wrong? *Time Magazine*. 6. Oktober 2003, S. 30-37.

<sup>544</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S10273f.

<sup>545</sup> Elliott, Michael: So, What Went Wrong? *Time Magazine*. 6. Oktober 2003, S. 32.

<sup>546</sup> Hernandez, Raymond: In TV Interviews, Senator Clinton Criticizes Bush’s Handling of Iraq. *The New York Times*. 8. Dezember 2003, A20.

<sup>547</sup> Marr, Phebe: Saddam’s Past, Iraq’s Future. *The New York Times*. 15. Dezember 2003, A27. Auch die Herausgeberschaft schloss sich in einem weiteren Kommentar dieser wohlwollenden Einordnung an, die damit als repräsentativ für die Zeitung gelten kann. Vgl. The Editors: The Capture of a Dictator. *The New York Times*. 15. Dezember 2003, A27.

Golfkrieg im Verlauf der 1990er-Jahre aus dem Land gebracht habe.<sup>548</sup> Am 5. Februar 2004 relativierte auch CIA-Direktor George Tenet in seiner ersten öffentlichen Rede seit fast einem Jahr die vormalige Einschätzung der Geheimdienste: Mit Blick auf die Annahme der Existenz entsprechender Waffen im Irak gestand er „a lack of direct access to some of these sources“ und rückte damit deutlich von seiner Aussage ein Jahr zuvor vor dem Kongress ab, als er noch von einer „solid foundation of intelligence“ gesprochen hatte.<sup>549</sup>

Drei weitere Tage später schwächte auch Präsident Bush die Festigkeit seine Argumentation in einem Interview mit dem Sender NBC ab: Saddam Hussein habe zwar den Erwerb von Massenvernichtungswaffen angestrebt, sei zum Zeitpunkt der US-Invasion im Frühjahr 2003 jedoch nicht in deren Besitz gewesen.<sup>550</sup> Im Vorfeld des Krieges hatte Bush dagegen noch die Existenz dieser Waffen in einer Rede an die Nation am 7. Oktober 2002 als Gewissheit bezeichnet und damit die Notwendigkeit eines Militäreinsatzes begründet: „The Iraqi regime (...) possesses and produces chemical and biological weapons. If we know Saddam Hussein has dangerous weapons today – and we do – does it make any sense for the world to wait to confront him as he grows even stronger and develops even more dangerous weapons?“<sup>551</sup>

Angesichts der zunehmend brüchigen Evidenz geriet die Bush-Administration unter öffentlichen Druck. Die Herausgeberschaft der *New York Times* stellte in einem Kommentar am 6. Februar 2004 die Logik der Präventivschläge infrage, da diese auf nicht länger haltbaren Prämissen eines globalen Bedrohungsszenarios fußten: „After everything the public has learned in the last week, it’s unnerving to hear the president continue to defend the idea of pre-emptive strikes based on unverified suppositions.“<sup>552</sup> Zehn Tage später fragte auch das *Time Magazine* auf seiner Titelseite: „Does Bush Have a Credibility Gap?“<sup>553</sup> Die Glaubwürdigkeit des Präsidenten nahm weiteren Schaden durch das im März 2004 veröffentlichte Buch *Against All Enemies*. Darin betonte Bushs früherer außenpolitischer Berater Richard Clarke, dass der Präsident bereits am Tag nach dem 11. September 2001 zu einer Fokussierung auf den Irak gedrängt habe. Das inzwischen ohnehin umstrittene Argument einer Bedrohung durch irakische

---

<sup>548</sup> Stevenson, Richard W.: Iraq Illicit Arms Gone before War, Inspector States. *The New York Times*. 24. Januar 2004, A1.

<sup>549</sup> Jehl, Douglas: Tenet Concedes Gap in C.I.A. Data on Iraq Weapons. *The New York Times*. 6. Februar 2004, A1. Allerdings insistierte Tenet weiterhin darauf, dass die Geheimdienste im Vorfeld des Irakkrieges unabhängig gearbeitet hätten.

<sup>550</sup> Excerpts from Bush’s Television Interview. *The New York Times*. 9. Februar 2004, A19.

<sup>551</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 2, S. 1751f.

<sup>552</sup> The Editors: The Administration’s Scramble. *The New York Times*. 6. Februar 2004, A26.

<sup>553</sup> Time Magazine. 16. Februar 2004.

Massenvernichtungswaffen erschien damit in den Augen vieler endgültig als Vorwand für ein ohnehin feststehendes Vorhaben.<sup>554</sup>

Die Zweifel an den sicherheitspolitischen Argumenten wirkten auch auf die Identitätsordnung zurück. Viele Mitglieder der Demokratischen Partei hatten den Irakkrieg nur unter Verweis auf eine unmittelbare Bedrohung zur Verteidigung der US-amerikanischen Lebensweise gebilligt. Einen Krieg zur aktiven Verbreitung der postulierten Werte lehnten sie hingegen bereits in der Senatsdebatte am 10. Oktober 2002 ab. In dieser knüpfte Joe Biden seine Zustimmung zur Irak-Resolution an die Annahme einer von Saddam Hussein ausgehenden Gefahr und kündigte für den Fall einer veränderten Kriegslegitimation seinen Widerstand an: „[I]f this President attempts to take this Nation to war based on this authority for any reason – any reason – other than weapons of mass destruction, I will be on this floor every day taking issue with this President attempting to stop the war. (...) The President is right to focus on disarming Iraq and not on regime change.“ Im Gegensatz dazu befürwortete der Republikanische Senator John McCain eine Invasion in den Irak zu Zwecken eines Regimewechsels: „In this age, liberating oppressed peoples from the tyranny of those who would do us harm serves not only narrow American interests but the ordered progress of freedom.“<sup>555</sup> Diese unterschiedlichen Begründungen mündeten infolge des Nicht-Auffindens von Massenvernichtungswaffen in einer noch stärker polarisierten Diskussion, da viele Politikerinnen und Politiker der Demokraten eine Sicht auf den Irakkrieg als Militäroperation zur Implementierung einer demokratischen Ordnung ablehnten. Ihnen erschien die Außenpolitik der Bush-Administration daher immer weniger geeignet, eine positive Identität der Vereinigten Staaten zu vermitteln.

Dies manifestierte sich im Aufkommen konkurrierender Analogiebildungen: Während unmittelbar nach dem 11. September Präsident Bushs Bezugnahmen auf den positiv konnotierten Zweiten Weltkrieg die Debatte geprägt hatten (Kapitel 5.1), mehrten sich ab 2004 Vergleiche zwischen dem Irakkrieg und dem Vietnamkrieg. Dieser war im nationalen Gedächtnis der Vereinigten Staaten mit mehrheitlich negativen Assoziationen versehen: Der Historikerin Marilyn Young zufolge verfestigte sich nach Ende der Kämpfe sukzessive ein Bild des Vietnamkrieges als „the great Satan of the late twentieth-century American history“, das auf Vorwürfen einer unzureichenden Legitimation und einer mangelhaften Strategie sowie eines überlangen und verlustreichen Verlaufes basierte.<sup>556</sup> Auch die US-amerikanische

---

<sup>554</sup> Clarke, Richard: *Against All Enemies: Inside America's War on Terror*. New York 2004.

<sup>555</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S10261/S10291/S10274.

<sup>556</sup> Young, Marilyn B.: *The Vietnam Laugh Track*. In: Dumbrell, John / Ryan, David (Hg.): *Vietnam in Iraq. Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts*. New York 2007, S. 31.

Populärkultur setzte sich frühzeitig kritisch mit der Militärintervention in Vietnam auseinander in Filmen wie Francis Ford Coppolas *Apocalypse Now* (1979) oder Stanley Kubricks *Full Metal Jacket* (1987), während die ersten Kinofilme über den Zweiten Weltkrieg oftmals von einer heroisierenden Sicht geprägt waren wie *Sands of Iwo Jima* (1949) mit John Wayne in der Hauptrolle.<sup>557</sup>

Die hemmende Wirkung des Vietnamkrieges für die Artikulation eines positiven nationalen Selbstverständnisses mündete in dem Versuch mehrerer Präsidenten, den Krieg aus dem nationalen Gedächtnis der Vereinigten Staaten zu verbannen. In seiner Amtseinführungsrede mahnte dabei George H. W. Bush 1989 ein Ende der belastenden Erinnerungskultur an: „That war [in Vietnam] cleaves us still. But, friends, that war began in earnest a quarter of a century ago, and surely the statute of limitation has been reached. This is a fact: The final lesson of Vietnam is that no great nation can long afford to be sundered by a memory.“<sup>558</sup> Knapp vier Jahre später stellte auch Bill Clinton im Präsidentschaftswahlkampf einen endgültigen Schlussstrich in Aussicht: „If I win, it will finally close the book of Vietnam.“<sup>559</sup>

Im Frühjahr 2004 hatte die Analogie jedoch erneut Konjunktur, als ein Jahr nach Beginn der Kampfhandlungen im Irak die Zwischenbilanz angesichts einer nicht absehbaren Befriedung des Landes und der vergeblichen Suche nach Massenvernichtungswaffen negativ ausfiel.<sup>560</sup> Am 16. April 2004 sah Paul Krugman in der *New York Times* Parallelen zwischen den US-Interventionen in Vietnam und im Irak hinsichtlich einer intendierten globalen Machtdemonstration und der Unterdrückung von Dissens im eigenen Land, wobei er sogar feststellte: „[I]n some ways Iraq looks worse.“<sup>561</sup> Auch mehrere Politiker riefen den Vietnamkrieg in Erinnerung wie Robert Byrd in seinem im März 2004 veröffentlichten Buch *Losing America* oder Edward Kennedy, der in einem Interview am 6. April 2004 seine Kritik mit dem anstehenden Präsidentschaftswahlkampf verknüpfte: „Iraq is George Bush’s Vietnam, and this country needs a new president.“<sup>562</sup> Dass dieser Vergleich einen empfindlichen Punkt getroffen hatte, zeigte die Senatsdebatte am Folgetag: In dieser gingen mehrere

---

<sup>557</sup> Hagopian, Patrick: *The Vietnam War in American Memory: Veterans, Memorials, and the Politics of Healing*. Amherst 2009; Kieran, David: *Forever Vietnam: How a Divisive War Changed American Public Memory*. Boston 2014.

<sup>558</sup> *Public Papers of George H. W. Bush*. 1989, Book 1, S. 3.

<sup>559</sup> Shapiro, Walter: *A Generation Takes Power*. *Time Magazine*. 16. November 1992, S. 60.

<sup>560</sup> In der Stadt Falludscha war es während des gesamten Jahres 2004 und speziell im Monat April zu blutigen Kämpfen gekommen.

<sup>561</sup> Krugman, Paul: *The Vietnam Analogy*. *The New York Times*. 16. April 2004, A19.

<sup>562</sup> Byrd, Robert: *Losing America. Confronting a Reckless and Arrogant Presidency*. New York 2004; Sanger, David E. / Jehl, Douglas: *Generals in Iraq Consider Options for More Troops*. *The New York Times*. 6. April 2004, A1.

Republikanische Kongressmitglieder auf Kennedys Interview ein und wiesen seine Aussagen mit Vehemenz zurück.<sup>563</sup>

Im September 2004 parallelisierten mit den Senatoren Chuck Hagel und John McCain auch zwei prominente Politiker der Partei von Präsident Bush die Lage im Irak mit der in Vietnam, wobei deren Vergleiche durch ihre persönlichen Kriegserfahrungen in dem südostasiatischen Staat eine zusätzlich beglaubigende Wirkung erhielten.<sup>564</sup> Im Januar 2005 konstatierte schließlich die *New York Times*, dass die Vietnam-Analogie längst in die politische Mitte vorgedrungen sei.<sup>565</sup> Ungeachtet der Frage nach der historischen Angemessenheit der Verweise auf den Vietnamkrieg bildeten diese einen Indikator für das Schwinden der Deutungshoheit von Präsident Bush, der die Analogie auf einer Pressekonferenz am 13. April 2004 ausdrücklich als falsch bezeichnet hatte.<sup>566</sup> Im Gegensatz zum Herbst 2001 gelang es Bush nun nicht mehr, die gegenwärtige außenpolitische Konstellation in der öffentlichen Wahrnehmung zu positiv konnotierten früheren Konflikten wie dem Zweiten Weltkrieg in Bezug zu setzen.

\*\*\*

Besonders nachhaltigen Schaden nahm die Identitätsordnung schließlich infolge des Bekanntwerdens von Vorgängen in einem Gefängnis in Abu Ghraib nahe der irakischen Hauptstadt Bagdad, welches die Vereinigten Staaten im Zuge der Besetzung eingenommen und als Militärbasis sowie Gefangenenlager genutzt hatten. Am 28. April 2004 machte der Fernsehsender CBS nun Bilder aus diesem Lager publik, welche Misshandlungen und Folterpraktiken an irakischen Inhaftierten durch US-amerikanischen Soldatinnen und Soldaten zeigten. Die Veröffentlichung stellte für Präsident Bush auch deshalb ein besonderes Problem dar, da er den Begriff der Folter zuvor als wesentlichen Bestandteil einer negativen und unzivilisierten Fremdcharakterisierung etabliert hatte. In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2003 konstatierte Bush mit Blick auf die Folterpraktiken unter der Herrschaft Saddam Husseins: „If this is not evil, then evil has no meaning.“ Als während des Krieges Berichte über

---

<sup>563</sup> Congressional Record. Vol. 150, No. 48, S3875f. Unter anderem kritisierten Kay Bailey Hutchison aus Texas, Norm Coleman aus Minnesota und Saxby Chambliss aus Georgia den Vergleich mit dem Vietnamkrieg.

<sup>564</sup> Sanger, David E.: 2 Iraq Views, 2 Campaigns. *The New York Times*. 22. September 2004, A1.

<sup>565</sup> Purdum, Todd S.: Flashback to the 60s: A Sinking Sensation of Parallels between Iraq and Vietnam. *The New York Times*. 29. Januar 2005, A12.

<sup>566</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 560. Mit der historischen Adäquatheit der Vergleiche setzte sich der Politikwissenschaftler John Dumbrell auseinander und machte dabei auch Unterschiede aus: Während des Vietnamkrieges sei die Sowjetunion als übergeordneter Gegner auf einer staatlichen Ebene dauerhaft wahrgenommen worden, während es hierfür im Fall des Irakkrieges keine Entsprechung gegeben habe. Vgl. Dumbrell, John: The Iraq and Vietnam Wars: Some Parallels and Connections. In: Ders. / Ryan, David (Hg.): Vietnam in Iraq. Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts. New York 2007, S. 209-221.

mögliche US-amerikanische Kriegsgefangene aufkamen, forderte der Präsident am 23. März 2003 einen menschlichen Umgang mit ihnen ein: „[W]e expect them to be treated humanely, just like we’ll treat any prisoners of theirs that we capture humanely.“

Nach dem proklamierten Kriegsende bettete Bush in einer Rede am 21. Mai 2003 das Vorgehen gegen Folter in das etablierte diachrone Narrativ (Kapitel 5.1) eines US-amerikanischen Eintretens für Freiheitsrechte über mehrere Jahrhunderte ein: „Our country was created in the name and cause of freedom. We are the nation that liberated continents and concentration camps. (...) We are the nation that ended the oppression of Afghan women, and we are the nation that closed the torture chambers of Iraq.“<sup>567</sup> Dieses Selbstverständnis als eine Folter bekämpfende Nation bildete nachfolgend ein wesentliches Argument zur rückwirkenden Kriegslegitimation, als ab Sommer 2003 der Militäreinsatz der Vereinigten Staaten im Irak in die Kritik geriet. In seiner Rede an die Nation am 7. September 2003 prognostizierte Bush eine in diesem Sinne erfolgreiche Umgestaltung des Landes: „Together we are transforming a place of torture chambers and mass graves into a nation of laws and free institutions.“<sup>568</sup> Am Jahrestag des Kriegsbeginns brachte Bush im März 2004 erneut die Methode des Folterns mit der Zeit vor der US-Invasion in Verbindung, indem er rhetorisch fragte: „Who would prefer that Saddam’s torture chambers still be open?“<sup>569</sup> Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bilder aus Abu Ghraib Ende April 2004 war der Begriff der Folter durch die Äußerungen von Präsident Bush also nachhaltig negativ markiert.

Dementsprechend zeigte sich Bush nach dem Publikwerden dieser Praktiken in mehreren Interviews mit Fernsehsendern aus dem arabischen Raum stark bemüht, die Folternden als nicht-repräsentativ für die Vereinigten Staaten darzustellen. Im Gespräch mit Alhurra TV am 5. Mai 2004 beschrieb Bush das von ihm in den Jahren zuvor etablierte Selbstverständnis einer freiheitlichen, mitfühlenden und zivilisierten Nation als Gegenentwurf zu den Vorgängen in Abu Ghraib: „First, people in Iraq must understand that I view those practices as abhorrent. They must also understand that what took place in that prison does not represent America that I know. The America I know is a compassionate country that believes in freedom. (...) This is not America.“ Einen Tag später vollzog Bush auf ähnliche Weise wie schon in seinem Interview mit der ARD im Mai 2002 (Kapitel 6.1) eine Umdeutung der eigentlich belastenden Ereignisse: Repräsentativ für die USA seien nicht die Foltermethoden selbst, sehr wohl aber der transparente Umgang mit ihnen als Indiz einer freiheitlich-demokratischen Verfasstheit der

---

<sup>567</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 89/290/520.

<sup>568</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 2, S. 1104.

<sup>569</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 412.

Vereinigten Staaten: „[I]f there was torture under a dictator, we would never know the truth. In a democracy, you’ll know the truth.“<sup>570</sup>

Die Reaktionen fielen ambivalent aus. Einerseits teilten mehrere Politikerinnen und Politiker parteiübergreifend die Beteuerung von Präsident Bush, dass die Vorfälle in Abu Ghraib nicht den Kern der USA widerspiegeln: Der Republikanische Senator Bill Frist bezeichnete die Folterpraktiken als „deeply un-American“, während der Demokrat Tom Daschle betonte: „This is not America. This is not the practice of our country.“<sup>571</sup> Andererseits jedoch gingen mit dieser verbalen Verteidigung der eigenen Nation keine Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Präsidenten mehr einher, wie es unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September noch weit verbreitet gewesen war (Kapitel 4.5). Die Distanzierung kam zunächst durch eine begriffliche Differenzmarkierung zum Ausdruck: Während Bush den von ihm selbst als Inbegriff des Negativen etablierten Terminus „torture“ umging und stattdessen von „abuses“ oder „actions“ sprach, benannten Senatoren wie Harry Reid und Richard Durbin die Praktiken in Abu Ghraib als „torture“.<sup>572</sup>

Dieser Wortwahl schloss sich am 10. Mai 2004 auch John McCain an, der während des Vietnamkrieges selbst gefoltert worden war und diese Methode nun als unvereinbar mit dem Selbstverständnis der USA einstufte: „America, a nation that was founded on the idea of liberty and justice for all, must hold itself to a higher standard. We liberate, not torture, and we free, not oppress.“<sup>573</sup> Angesichts der konkurrierenden Begrifflichkeiten zur Beschreibung der Ereignisse in Abu Ghraib betitelten Charles Rowling, Timothy Jones und Penelope Sheets ihre politikwissenschaftliche Untersuchung der Debatten *Some Dared Call It Torture* in Abgrenzung zu einem zuvor erschienenen Artikel mit dem Titel *None Dare Call It Torture*, der Präsident Bush eine vollständige Kontrolle über die Debatte zusprach.<sup>574</sup>

Einige Politikerinnen und Politiker gingen abseits dieser terminologischen Unterschiede auch inhaltlich auf Distanz zu Bush, indem sie die Reputation der gesamten US-amerikanischen Nation in Mitleidenschaft gezogen sahen. Am 6. Mai 2004 brachte dabei Senator Patrick Leahy aus Vermont die Vereinigten Staaten mit dem Attribut der Barbarei in Verbindung, das Bush zuvor mehrfach auf den internationalen Terrorismus und Saddam Hussein bezogen hatte (Kapitel 5.3): „The damage done to every American and to the reputation of our great Nation

---

<sup>570</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 767f/795.

<sup>571</sup> Congressional Record. Vol. 150, No. 61, S4900/S4857.

<sup>572</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 768-770; Congressional Record. Vol. 150, No. 64, S5063f.

<sup>573</sup> Congressional Record. Vol. 150, No. 64, S5071.

<sup>574</sup> Rowling, Charles M. / Jones, Timothy M. / Sheets, Penelope: Some Dared Call It Torture. Cultural Resonance, Abu Ghraib, and a Selectively Echoing Press. *Journal of Communication* 61 (2011), S. 1052; Bennett, W. Lance / Lawrence, Regina G. / Livingston, Steven: None Dare Call It Torture: Indexing and the Limits of Press Independence in the Abu Ghraib Scandal. *Journal of Communication* 56 (2006), S. 467-485.

as a whole as a result of these barbaric acts is incalculable.“ Anschließend verkehrte Leahy die Metapher des nationalen Spiegelbildes ins Negative, auf die Präsident Bush im Januar 2002 noch im Sinne einer positiven Selbstbestätigung rekuriert hatte (Kapitel 4.3): „We should speak out when human rights and liberties are violated whenever and wherever it occurs. But today we see our own faces in the mirror.“<sup>575</sup> Auch John McCain verortete die Problematik der Vorfälle auf einer kollektiven Ebene und konstatierte eine belastende Wirkung für das gesamte Land: Abu Ghraib sei von einem „symbol of torture under Saddam Hussein“ zu einem „symbol of shame to the United States“ geworden und müsse deshalb dauerhaft geschlossen werden.<sup>576</sup> Angesichts seines dezidiert kritischen Blicks auf die Vorgänge wurde der Republikaner McCain kurzzeitig sogar als Vize-Präsidentschaftskandidat an der Seite des Demokratischen Bewerbers John Kerry gehandelt.<sup>577</sup>

Vor allem aber manifestierte sich in den Debatten im Mai 2004 ein Bewusstseinswandel innerhalb der Demokratischen Partei: Mehrere Senatoren, die Präsident Bush im Oktober 2002 durch ihre Zustimmung zur Irak-Resolution noch sämtliche Vollmachten im Konflikt mit Saddam Hussein gegeben hatten, deuteten nun die Geschehnisse in Abu Ghraib als Indiz für ein Politikversagen der US-Administration. John Edwards aus North Carolina stellte dabei einen Zusammenhang her zwischen den folternden US-Streitkräften und einer fehlenden Vorbildfunktion der regierenden Elite: „I also believe that these acts reveal such a fundamental failure of leadership that we need to have accountability here in Washington.“ Bill Nelson aus Florida sah in den Vorfällen in Abu Ghraib ein Symptom des übergeordneten Problems einer unzureichenden Nachkriegsplanung, da die ungeordneten Verhältnisse im Irak ein begünstigendes Umfeld für derartige Missbräuche geschaffen hätten: „We did not do a very good job of planning for the postwar occupation. (...) The prison problems are a manifestation of just one element of the lack of a plan.“<sup>578</sup>

Neben dieser zeitgenössischen Kritik an der Politik der Bush-Administration befassten sich rückblickend mehrere wissenschaftliche Beiträge mit der Rolle der sprachlichen Rahmung,

---

<sup>575</sup> Congressional Record, Vol. 150, No. 62, S4944. Bush hatte in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 mit Blick auf die unmittelbare Folgezeit des 11. Septembers 2001 betont: „[A]fter America was attacked, it was as if our entire country looked into a mirror and saw our better selves.“ Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 134.

<sup>576</sup> Stolberg, Sheryl Gay: Prisoner Abuse Scandal Puts McCain in Spotlight Once Again. *The New York Times*. 10. Mai 2004, A19.

<sup>577</sup> Stolberg, Sheryl Gay / Wilgoren, Jodi: Undeterred by McCain Denials, Some See Him as Kerry's No. 2. *The New York Times*. 15. Mai 2004, A1.

<sup>578</sup> Congressional Record, Vol. 150, No. 64, S5069/S5067. Auch die Publizistin Susan Sontag deutete die Misshandlungen als Konsequenz der US-Politik unter Bush: „The issue is not whether a majority or a minority of Americans performs such acts but whether the nature of the policies prosecuted by this administration and the hierarchies deployed to carry them out makes such acts likely. Considered in this light, the photographs are us.“ Sontag, Susan: Regarding the Torture of Others. *The New York Times*. 23. Mai 2004, 6006025.

wobei Richard Jackson in einem Artikel aus dem Jahr 2007 einen Zusammenhang zwischen den Misshandlungen in Abu Ghraib und den Narrativen des Krieges gegen den Terror herstellte: Präsident Bushs Charakterisierung der US-amerikanischen Gegner als namenlos und animalisch (Kapitel 5.3) habe legitimierend auf nachfolgende Gewaltanwendungen gewirkt und sich in der Anonymisierung der Folteropfer in Abu Ghraib durch den Überzug von Kapuzen gespiegelt.<sup>579</sup> In der Folge deutete auch der Politikwissenschaftler Jack Holland die sprachliche Entmenschlichung als Vorstufe zu einer physischen.<sup>580</sup> Eine ausschließliche Begrenzung der Verantwortlichkeit auf die örtlichen US-Truppen im Irak – etwa im Gegensatz zum Gefangenenlager bei Guantanamo auf Kuba, dessen Errichtung die Bush-Administration direkt angeordnet hatte – erweist sich in diesem Licht als unzureichend, um die Tragweite der Ereignisse von Abu Ghraib vollumfänglich zu erfassen.<sup>581</sup>

Die nationale Relevanz der veröffentlichten Bilder belegte nicht zuletzt das landesweite mediale Echo im Mai 2004. Hierbei verfestigte sich endgültig eine mehrheitlich negative Wahrnehmung des Irakkrieges, die in einem Kommentar der Herausgeberschaft der *New York Times* in folgenden Worten zum Ausdruck kam: „The invasion of Iraq, which has already begun to seem like a bad dream in so many ways, cannot get much more nightmarish than this.“<sup>582</sup> Dem Ökonomen Paul Krugman zufolge diskreditierten die Vorfälle in Abu Ghraib nicht nur den Irakkrieg, sondern stellten auch die grundsätzliche Rolle der Vereinigten Staaten als moralische Instanz im globalen Kontext infrage: „We are in danger of losing something much more important than just the war in Iraq. We are in danger of losing America as an instrument of moral authority and inspiration in the world.“ Dabei deutete Krugman den gegenwärtigen Konflikt abseits seiner militärischen Dimension als Auseinandersetzung um Ideen, weshalb die Glaubwürdigkeit der USA wiederhergestellt werden müsse: „I want my country to behave better – not only because it is America, but also because the war on terrorism is a war of ideas, and to have any chance of winning we must maintain the credibility of our ideas.“<sup>583</sup>

---

<sup>579</sup> Jackson, Richard: Language, Policy and the Construction of a Torture Culture in the War on Terrorism. *Review of International Studies* 33 (2007), S. 353-371.

<sup>580</sup> Holland 2013: Selling the War on Terror, S. 112; Molek-Kozakowska, Katarzyna: From the Discourse of American Exceptionalism to Anti-American Sentiment: A Critical Analysis of Neoconservative Rhetoric. In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzata: Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 170.

<sup>581</sup> Im Juni 2004 stellte das Publikwerden eines Memorandums des Justizministeriums vom August 2002 einen direkten Bezug der Bush-Administration zum Thema Folter her. Die drin enthaltene enge Definition von Folter als Schmerz höchster Intensität legitimierte etliche darunter angesiedelte Verhörmethoden, was zu starker öffentlicher Kritik führte. Vgl. Liptak, Adam: Legal Scholars Criticize Memos on Torture. *The New York Times*. 25. Juni 2004, A14; Schild 2005: Terrorbekämpfung und Bürgerrechte, S. 272.

<sup>582</sup> The Editors: The Nightmare at Abu Ghraib. *The New York Times*. 3. Mai 2004, A22.

<sup>583</sup> Krugman, Paul: Restoring Our Honor. *The New York Times*. 6. Mai 2004, A35.

Die Ausprägung dieses Ansehensverlustes in islamisch geprägten Staaten thematisierte ein Artikel im *Time Magazine* im September 2004. Demnach hatten einer repräsentativen Umfrage zufolge in Indonesien im Jahr 2002 noch 61 Prozent der Menschen eine positive Wahrnehmung der USA, 2004 dagegen nur 15 Prozent. Zudem sei der Einfluss radikaler Gläubiger innerhalb des Islam gewachsen, was der in dem Beitrag zitierte pakistanische Kleriker und Politiker Hafiz Hussain Ahmed mit den Vorfällen in Abu Ghraib in Verbindung brachte: „The U.S. and its allies must realize that by occupation, by killing and by dishonoring Muslim women – such as in the Abu Ghraib jail in Iraq – they are sowing the seeds of hatred.“ Auch die indonesische Wissenschaftlerin Musdah Mulia teilte die Ansicht, dass die Fotografien folternder US-Soldatinnen und -Soldaten gemäßigte Stimmen in die Defensive gedrängt hätten.<sup>584</sup>

Angesichts der sprunghaft gestiegenen globalen Ressentiments ging der französische Philosoph Jean Baudrillard sogar soweit, die Wirkung der Bilder aus Abu Ghraib mit jener der Terroranschläge vom 11. September zu vergleichen: „These images are as murderous for America as those of the World Trade Center in flames.“<sup>585</sup> Zwar hatte auch Präsident Bush diese Problematik wahrgenommen, war mit seinem Versuch einer Deeskalation durch die Interviews mit arabischen Fernsehsendern Anfang Mai 2004 aber nicht nachhaltig erfolgreich gewesen. Somit unterliefen die Entwicklungen infolge der US-amerikanischen Militäroperationen im Mittleren Osten letztlich das Bestreben Bushs, in seinem Identitätsnarrativ den Islam mit den Vereinigten Staaten zusammenzuführen und der Wahrnehmung eines Religionskrieges entgegenzuwirken (Kapitel 5.2). Zugleich veränderten die Ereignisse nach dem deklarierten Kriegsende im Irak auch die Art der Debattenführung innerhalb der USA: Im Gegensatz zu der Hochschätzung nationaler Geschlossenheit und den damit verbundenen Einhegungen abweichender Sichtweisen unmittelbar nach dem 11. September (Kapitel 4.5) prägten nun offen ausgetragene Meinungsunterschiede die außenpolitischen Diskussionen, was zugleich mit einer Pluralität konkurrierender nationaler Selbstverständnisse einher ging.

### 6.3 Polarisierung statt Einigkeit

In der Phase zwischen dem Irakkrieg im Frühjahr 2003 und den Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 vollzog sich in den Vereinigten Staaten im Zuge der Rückschläge im Irak (Kapitel 6.2) eine zunehmende Polarisierung der politischen Debatten. Im Dezember 2003

---

<sup>584</sup> Powell, Bill: Struggle for the Soul of Islam. *Time Magazine*. 13. September 2004, S. 55f.

<sup>585</sup> Baudrillard, Jean: *The Conspiracy of Art. Manifestos, Interviews, Essays*. New York 2005, S. 207.

charakterisierte das *Time Magazine* George W. Bush auf seiner Titelseite als „Love Him, Hate Him President“ und konstatierte auf Basis von Umfragen in Kooperation mit dem Fernsehsender CNN eine gesellschaftliche Spaltung in nahezu allen Politikfeldern, die sich vor allem an der Haltung zum Präsidenten manifestiere: „If Ronald Reagan was the Great Communicator, Bush is proving to be the Great Polarizer. (...) People tend to love him or hate him without any complicating shades of grey.“<sup>586</sup> Diese Wahrnehmung seiner Person hatte Bush ursprünglich nicht angestrebt, sondern bei einer Wahlkampfreden im November 1999 betont: „I’ve learned that you can not lead by dividing people. I’m a uniter, not a divider.“<sup>587</sup> Nun aber hatte sich in einem aufgeheizten gesellschaftlichen Klima auch sein persönliches Amtsverständnis als Präsident gewandelt, was Bush in einem Interview mit dem *Time Magazine* im September 2004 in euphemistischer Abgrenzung zur ihm zugeschriebenen Rolle des Polarisierers zum Ausdruck brachte: „If you say, write your job description, I’d say decision maker.“<sup>588</sup>

Die zugrundeliegende Debattenkultur sah das *Time Magazine* geprägt von einem „rise of the anger industry“, die primär auf die emotionale Bestätigung bereits bestehender Meinungen ausgerichtet sei.<sup>589</sup> Die Nachrangigkeit einer inhaltlichen Auseinandersetzung bildete dabei eine Parallele zur unmittelbaren Folgezeit des 11. Septembers, war nun jedoch anders akzentuiert: Während im Herbst 2001 die US-amerikanische Geschlossenheit in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus unhinterfragbar erschien und abweichende Äußerungen als unpatriotisch diffamiert wurden (Kapitel 4.5), verlagerte sich diese absolute Argumentationsweise nach dem Irakkrieg ins Landesinnere hin zu kleineren Akteursgruppen. Binnen weniger Jahre hatte sich der Krieg gegen den Terror damit von einem Bezugspunkt nationaler Einigkeit zu einem Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen entwickelt, den der Kulturwissenschaftler Stuart Croft gar als „marker in America’s culture wars“ zwischen Konservativen und Liberalen einstuft.<sup>590</sup>

Die Zeit nach dem Irakkrieg bildete jedoch nicht den Ursprung dieser weltanschaulichen Differenzen, die in den USA bereits die öffentlichen Diskussionen in den 1960er-Jahren im Kontext der Bürgerrechtsbewegung und der Proteste gegen den Vietnamkrieg bestimmt hatten. Nach dem Ende des Kalten Krieges popularisierte der Soziologe James Davison Hunter die Vorstellung der „culture wars“, die auch Patrick Buchanan in seiner erwähnten Rede auf dem

---

<sup>586</sup> Dickerson, John F. / Tumulty, Karen: The Love Him, Hate Him President. *Time Magazine*. 1. Dezember 2003, S. 28/30.

<sup>587</sup> Bush 1999: A Fresh Start for America, S. 186.

<sup>588</sup> I’ve Gained Strength. *Time Magazine*. 6. September 2004, S. 43.

<sup>589</sup> Poniewozik, James: The Rise of the Anger Industry. *Time Magazine*. 1. Dezember 2003, S. 38.

<sup>590</sup> Croft 2006: America’s War on Terror, S. 240.

Republikanischen Parteitag im August 1992 aufgriff (Kapitel 3.1): Innerhalb der Vereinigten Staaten bestehe ein grundsätzlicher Konflikt um zwei konkurrierende Gesellschaftsentwürfe, der sich Hunter zufolge entlang nur eindeutig – mit Zustimmung oder Ablehnung – beantwortbarer Fragestellungen zu Themen wie Abtreibung oder Waffenrecht vollziehe.<sup>591</sup> Auf dieser Dichotomie basierte auch die 1996 ins Leben gerufene Diskussionssendung *Hannity and Colmes* des Nachrichtensenders Fox News, in der die beiden Gastgeber Sean Hannity und Alan Colmes tagesaktuelle Themen aus ihrer jeweiligen konservativen beziehungsweise liberalen Perspektive diskutierten.

Nachdem derartige Debatten aufgrund der Patriotismuswelle nach dem 11. September 2001 vorübergehend in den Hintergrund getreten waren, kamen sie ab 2003 mit einer nun außenpolitischen Akzentuierung erneut auf: Während sich Personen mit neokonservativen politischen Auffassungen (Kapitel 6.4) vielfach für die Invasion in den Irak als notfalls auch unilaterale Maßnahme zur Demokratie-Verbreitung und US-amerikanischen Machterhaltung aussprachen, wiesen Vertreterinnen und Vertreter einer liberalen Perspektive diese Sicht zurück.<sup>592</sup> Eine solche Polarisierung stellte das *Time Magazine* im Dezember 2003 fest: „The national coming together and one-size-fits-all patriotism that America saw in the months that followed 9/11 is now a distant memory.“<sup>593</sup>

Dieser Wandel innerhalb weniger Jahre lässt sich anhand der Positionierungen der *New York Times* deutlich nachverfolgen: Nachdem die Zeitung unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September noch aktiv eine US-amerikanische Einigkeit vermittelt hatte (Kapitel 4.2 und 4.5), durchlief sie infolge des Irakkrieges einen Prozess der liberalen Selbstfindung und revidierte schließlich im Mai 2004 ihre früheren Positionen explizit. Zunächst wich dabei der Kolumnist Thomas Friedman von seinem vormaligen Plädoyer für eine Invasion in den Irak ab, was er zugleich mit einer Verortung der Bush-Administration im konservativen Spektrum verknüpfte: „I thought the administration would have to do the right things in Iraq – from prewar planning and putting in enough troops to dismissing the secretary of defense for incompetence (...). But I was wrong. There is something even more important to the Bush crowd than getting

---

<sup>591</sup> Hunter, James Davison: *Culture Wars. The Struggle to Define America*. New York 1991.

<sup>592</sup> Die beiden Weltanschauungen bildeten jedoch bei Fragen der Außenpolitik keine homogenen Einheiten. Patrick Buchanan plädierte beispielsweise als prominenter Vertreter eines isolationistischen Strangs innerhalb des US-amerikanischen Konservatismus für ein Zurückfahren der außenpolitischen Interventionen.

<sup>593</sup> Dickerson, John F. / Tumulty, Karen: *The Love Him, Hate Him President*. *Time Magazine*. 1. Dezember 2003, S. 31. Im September 2003 brachte der Fernsehmoderator und spätere Senator Alan Franken seine Ablehnung gegenüber dem Konservatismus auf satirische Weise zum Ausdruck, während Sean Hannity vom konservativen Nachrichtensender Fox News im Titel seines im Februar 2004 erschienen Buches *Liberalismus und Terrorismus* parallelisierte. Vgl. Franken, Alan: *Lies and the Lying Liars Who Tell Them. A Fair and Balanced Look at the Right*. New York 2003; Hannity, Sean: *Deliver Us from Evil: Defeating Terrorism, Despotism and Liberalism*. New York 2004.

Iraq right, and that's getting re-elected and staying loyal to the conservative base to do so."<sup>594</sup> Kurz darauf entschuldigte sich auch die Herausgeberschaft der *New York Times* für eine aus ihrer Sicht zu regierungstreue Berichterstattung im Vorfeld des Irakkrieges.<sup>595</sup> Im Juli 2004 beantwortete schließlich der Public Editor der Zeitung, Daniel Okrent, die rhetorische Titelfrage seines Artikels „Is the New York Times a Liberal News Paper?“ gleich im ersten Satz mit Nachdruck: „Of course it is.“<sup>596</sup>

Verstärkt wurden diese inneramerikanischen Polarisierungsprozesse durch den Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2004 zwischen Amtsinhaber Bush und seinem Herausforderer John Kerry. Der Nominierungsparteitag der Republikaner stand dabei ganz im Zeichen der Legitimierung des Krieges gegen den Terror. Einen Bezug zu den Anschlägen vom 11. September stellte sowohl der Veranstaltungsort New York als auch die Zusammensetzung der Rednerliste her: Zum Auftakt am 30. August sprach unter anderem Rudolph Giuliani, der zum Zeitpunkt der Anschläge Bürgermeister der Stadt New York gewesen war, seit 2002 aber kein bedeutendes politisches Amt mehr inne gehabt hatte. Nun rief Giuliani die von Präsident Bush etablierten Identitätsnarrative in Erinnerung, indem er auf die andauernde Gewährleistung von Freiheitsrechten durch die Vereinigten Staaten verwies (Kapitel 5.1) und die Vereinnahmung der islamischen Religion durch barbarische Terroristen anprangerte (Kapitel 5.2 und 5.3).

Der amtierende Gouverneur des Staates New York, George Pataki, wiederholte indessen auf dem Parteitag den Leitgedanken Bushs, dass die USA aufgrund ihrer positiven Charakteristika und nicht wegen außenpolitischer Verfehlungen angegriffen worden seien (Kapitel 4.3): „I thank God we had a President who understood that America was attacked, not for what we had done wrong but for what we do right.“ Bush selbst dehnte in seiner Nominierungsrede am 2. September 2004 wie bereits unmittelbar nach den Anschlägen (Kapitel 5.1) die Perspektive und bettete den Krieg gegen den Terror in eine Kontinuitätslinie von Konflikten zur Bewahrung politischer Freiheiten ein: „We are honored to aid the rise of democracy in Germany and Japan and Nicaragua and Central Europe and the Baltics, and that noble story goes on. I believe that America is called to lead the cause of freedom in a new century.“ Dieses diachrone Argument verknüpfte Bush mit Kritik an einem Artikel der *New York Times* aus dem Jahr 1946, der eine gescheiterte Besatzungspolitik im besiegten Deutschland konstatierte. Die Standhaftigkeit Präsident Trumans gegenüber derartigen

---

<sup>594</sup> Friedman, Thomas: Dancing Alone. *The New York Times*. 13. Mai 2004, A25.

<sup>595</sup> The Editors: The Times and Iraq. *The New York Times*. 26. Mai 2004, A10.

<sup>596</sup> Okrent, Daniel: Is the New York Times a Liberal News Paper? *The New York Times*, 25. Juli 2004, 4004002.

skeptischen Kommentaren habe nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer stabilen deutschen Demokratie im Herzen Europas geführt. Auch wenn Bush den umstrittenen Irakkrieg nicht direkt ansprach, war der Gegenwartsbezug seiner Ausführungen und die damit verbundene Missbilligung der Berichterstattung der *New York Times* infolge der Ereignisse in Abu Ghraib (Kapitel 6.3) unverkennbar.<sup>597</sup>

Die *New York Times* reagierte drei Tage später auf die Kritik des Präsidenten: Bushs Verweis auf den Artikel der Korrespondentin Anne O'Hare McCormick stelle ein Zerrbild dar, da sich deren Analyse vor allem auf den französischen und britischen Besatzungssektor bezogen habe. Insofern füge sich Bushs Nominierungsrede in dessen „liberal-media-elite-bashing line“.<sup>598</sup> In der Formulierung manifestierte sich erneut das Selbstverständnis der Zeitung als liberales Medium in Abgrenzung zu einem konservativen Präsidenten, das bereits im Mai 2004 im Zuge der öffentlichen Entschuldigung für die Unterstützung des Irakkrieges zum Ausdruck gekommen war. Wenig überraschend warb die *New York Times* einige Wochen später dann auch für die Wahl des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten John Kerry und sprach bilanzierend von „Mr. Bush's disastrous tenure.“<sup>599</sup>

Obwohl Bush im November 2004 für vier weitere Jahre im Amt bestätigt wurde, bildete die Präsidentschaftswahl in erster Linie einen Indikator für eine zunehmende Polarisierung der zurückliegenden Jahre: Nach einem stark außenpolitisch geprägten Wahlkampf erhielt Bush einen absoluten Stimmenanteil von 50,7 Prozent, womit sich sein Zustimmungswert im Vergleich zur unmittelbaren Folgezeit der Anschläge vom 11. September nahezu halbiert hatte. Dass das vormals weit verbreitete gemeinsame US-amerikanische Bewusstsein völlig unabhängig vom Wahlausgang inzwischen einer gesellschaftlichen Spaltung gewichen war, prognostizierte das *Time Magazine* bereits einen Tag vor der Wahl auf seiner Titelseite: „To the victor goes a nation divided. A nation split over its place in the world, over its basic values, over its future direction.“<sup>600</sup>

Die öffentliche Wahrnehmung George W. Bushs hatte damit während dessen erster Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten eine Entwicklung in bemerkenswerten Schwankungen durchlaufen: Auf die mitunter hämischen Verspottungen in den ersten Monaten (Kapitel 3.2) folgte eine parteiübergreifende Anerkennung als Repräsentant der Nation direkt

---

<sup>597</sup> Visions for America. Selected Speeches for the Republican National Convention 2004. Edited by W. Bruce Kopper. Chevy Chase 2004, S. 25-28/86/105f.

<sup>598</sup> O'Hare McCormick, Anne: American Responsibility in Germany. *The New York Times*. 18. November 1946, A20; Dowd, Maureen: Amnesia in the Garden. *The New York Times*. 5. September 2004, 4004009.

<sup>599</sup> The Editors: John Kerry for President. *The New York Times*. 17. Oktober 2004, 4004010.

<sup>600</sup> Time Magazine. 1. November 2004.

nach den Anschlägen vom 11. September (Kapitel 4.5) und schließlich eine eindeutig positive oder negative Beurteilung infolge des umstrittenen Irakkrieges.

\*\*\*

Die Polarisierung vollzog sich im Wahljahr 2004 jedoch noch immer innerhalb der Logik des von Bush etablierten narrativen Gerüsts. Gegenkandidat John Kerry kritisierte zwar die Außenpolitik des Präsidenten scharf, bezeichnete aber zugleich die Bekämpfung des internationalen Terrorismus wie Bush als die zentrale Aufgabe der USA.<sup>601</sup> In seiner Nominierungsrede am 29. Juli 2004 in Boston übernahm Kerry von Bush sogar den Kriegsbegriff zur Beschreibung des gegenwärtigen Konfliktes: „We are a nation at war: a global war on terror against an enemy unlike we’ve ever known before.“ Anschließend definierte er das Wesen der Vereinigten Staaten in der Tradition Bushs (Kapitel 5.1) über den Freiheitsbegriff und betonte: „The future doesn’t belong to fear; it belongs to freedom.“<sup>602</sup> Nahezu wortgleich hatte zuvor auch Bush in seiner Rede vor dem Kongress am 20. September 2001 einen Gegensatz zwischen Freiheit und Angst entworfen: „Freedom and fear are at war.“<sup>603</sup>

Alternative Modelle zur Vermittlung einer nationalen Identität waren allerdings bereits im Jahr 2004 zu vernehmen, wenngleich sie noch nicht das Zentrum der politischen Debatte bildeten. Mit Barack Obama und Donald Trump artikulierten die beiden unmittelbaren Nachfolger George W. Bushs im Präsidentenamt fast zeitgleich ein Narrativ, welches die Essenz der USA nicht mehr im Kontext der Außenpolitik über das Signum der politischen Freiheit in Abgrenzung zu totalitären Systemen bestimmte. Stattdessen richteten sie angesichts eines zunehmend unpopulären Irakkrieges – ähnlich wie Bush vor dem 11. September 2001 (Kapitel 3.2) – den Blick ins Landesinnere und charakterisierten die Vereinigten Staaten als Nation der Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten.

Auf dem Parteitag der Demokraten zur Nominierung John Kerrys als Präsidentschaftskandidat hielt Barack Obama, der sich zum damaligen Zeitpunkt um einen Sitz im US-Senat für den Bundesstaat Illinois bewarb, am 27. Juli 2004 eine viel beachtete Rede. Darin ging Obama zunächst auf die kenianische Herkunft seines Vaters ein, um darauf

---

<sup>601</sup> Bacevich, Andrew J.: *The New American Militarism. How Americans Are Seduced by War.* New York 2013, S. 15.

<sup>602</sup> Kerry’s Acceptance: There Is a Right Way and a Wrong Way to Be Strong. *The New York Times*. 30. Juli 2004, P06.

<sup>603</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1144.

aufbauend seinen persönlichen beruflichen Erfolg als Anwalt und Politiker als Beleg für die Irrelevanz der ethnischen Abstammung in den Vereinigten Staaten zu deuten: „Let’s face it, my presence on this stage is pretty unlikely. (...) My parents shared not only an improbable love; they shared an abiding faith in the possibilities of this nation. They would give me an African name, Barack, or ‚blessed‘, believing that in a tolerant America, your name is no barrier to success.“ Anschließend schilderte Obama seine Biographie als Beispiel für die Exzeptionalität der US-amerikanischen Nation, die wie kein anderes Land die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg biete: „I stand here knowing that my story is part of the larger American story (...) and that in no other country on Earth is my story even possible.“ Mit Blick auf die Polarisierung infolge des Irakkrieges plädierte er schließlich für eine Rückkehr zur nationalen Einigkeit: „[T]here’s not a liberal America and a conservative America; there’s the United States of America.“<sup>604</sup> Die Rede brachte Obama viel Anerkennung und eine erhöhte Popularität, die ihn für höhere Aufgaben in den Fokus rückte. Die *New York Times* stellte dabei im Zuge ihrer Schilderung der Reaktionen sogar bereits das Präsidentenamt in den Raum: „Some political consultants said it was the best keynote address they had heard in years. (...) As he moved through rooms and hallways, whispers followed: perhaps the man who had just passed would be the first black president of the United States.“<sup>605</sup>

Ebenfalls 2004 erlangte der Unternehmer Donald Trump mit der Reality-Show *The Apprentice* auf dem Fernsehsender NBC landesweite Bekanntheit. Darin vermittelte er ähnlich wie Obama ein Bild der USA als Ort besonderer Aufstiegschancen, wenn auch mit einer deutlich kompetitiveren Akzentuierung.<sup>606</sup> Der Vorspann der Sendung, in der 16 Kandidierende um einen Vertrag bei Gastgeber Trump konkurrierten, thematisierte dabei das Narrativ des Amerikanischen Traumes am Beispiel New Yorks. Aufnahmen des Stadtteils Manhattan aus der Vogelperspektive wurden mit Trumps Stimme und folgenden Worten unterlegt: „New York, my city. Where the wheels of the global economy never stop turning (...). Manhattan is a tough place. This island is the real jungle. If you’re not careful, it can chew you up and spit you out. But if you work hard you can really hit it big. And I mean really big.“ Wie auch Obama beglaubigte Trump dieses nationale Selbstverständnis anschließend unter Verweis auf seine persönliche Biographie: „About thirteen years ago, I was seriously in trouble. I was billions of dollars in debt. But I fought back, and I won. Big league. (...) Now my company’s bigger than

---

<sup>604</sup> Obama 2017: *We Are the Change We Seek*, S. 5-13.

<sup>605</sup> Archibold, Randal C.: *Day After, Keynote Speaker Finds Admirers Everywhere*. *The New York Times*. 29. Juli 2004, P06.

<sup>606</sup> Seine Sicht legte Trump zudem in einem Buch aus dem Kontext der Reality-Show dar. Vgl. Trump, Donald J. / McIver, Meredith: *How to Get Rich. Big Deals from the Star of The Apprentice*. New York 2004.

it ever was, and stronger than it ever was.“ Vor allem die erste Staffel von *The Apprentice* erreichte ein breites Publikum: 20 Millionen Menschen sahen die erste Folge am 8. Januar, mehr als 27 Millionen die letzte Folge am 15. April 2004. Entsprechend avancierte Trump zu einer omnipräsenten Person des öffentlichen Lebens, was ihm dem Journalisten Michael D’Antonio zufolge ein immenses Kapital verschaffte: „*The Apprentice* provided Donald Trump with publicity so valuable it would be impossible to calculate its worth.“<sup>607</sup>

Sowohl Barack Obama als auch Donald Trump erhielten also 2004 einen landesweiten Popularitätsschub infolge ihrer Bezugnahmen auf den Amerikanischen Traum. Die Rückkehr zur Artikulation eines stärker innenpolitisch ausgerichteten Selbstverständnisses der Vereinigten Staaten war damit bereits angelegt, aber noch nicht endgültig vollzogen: Während Bushs zweiter Amtszeit prägten noch immer außenpolitische Themen weite Teile der öffentlichen Diskussionen, wobei die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror angesichts eines erhöhten Legitimationsdrucks markanten Wandlungen unterworfen war.

#### 6.4 Die Transformation der Identitätsnarrative ab 2004

Infolge der Rückschläge im Irak vollzog Präsident Bush rückwirkend eine Umdefinition der dortigen Kriegsziele, wodurch Fragen der nationalen Identität wieder stärker in den Vordergrund traten. Im Vorfeld und in der unmittelbaren Folgezeit des Irakkrieges hatte noch das sicherheitspolitische Argument einer weitreichenden Bedrohung durch Saddam Hussein die Legitimationsgrundlage der Intervention gebildet (Kapitel 6.1) – wie bei Bushs Proklamation des Kriegsendes am 1. Mai 2003: „No terrorist network will gain weapons of mass destruction from the Iraqi regime, because the regime is no more.“<sup>608</sup> Die Verknüpfung mit den Anschlägen am 11. September 2001 erfolgte in dieser Phase durch den Verweis auf die Notwendigkeit einer präventiven Begegnung von Gefahren, worauf Bush unter anderem in einer Rede am 26. März 2004 einging: „We must deal with threats before they fully materialize. That’s the lesson of September the 11th.“<sup>609</sup>

Derartige Argumente traten in der zweiten Amtszeit Bushs zunehmend in den Hintergrund. Nachdem im Irak keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden waren (Kapitel 6.2), erschien auch das vormals angeführte Bedrohungspotenzial Saddam Husseins mehr als

---

<sup>607</sup> D’Antonio, Michael: *The Truth about Trump*. New York 2016, S. 264-268.

<sup>608</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2003, Book 1, S. 411.

<sup>609</sup> *Public Papers of George W. Bush*. 2004, Book 1, S. 461.

fragwürdig. Infolgedessen erklärte Bush die Transformation des Irak in eine Demokratie zum eigentlichen Motiv der US-Intervention: Die Kriegslegitimation bezog sich nun nicht mehr auf eine unmittelbare Bedrohung, sondern auf die undemokratische Staatsform unter Saddam Hussein. Die irakischen Parlamentswahlen am 15. Dezember 2005 nahm Bush zum Anlass, diese veränderte Sicht auf den Krieg öffentlich darzulegen. Dabei verabschiedete er sich in einer Rede am Tag vor den Wahlen zunächst endgültig von der Annahme einer vom Irak ausgehenden Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen: „[I]t is true that much of the intelligence turned out to be wrong.“ Die militärische Intervention der USA rechtfertigte Bush anschließend dennoch als Akt der Demokratie-Ausdehnung, wodurch mittelbar der gesamte Mittlere Osten befriedet werden könne: „We are in Iraq today because our goal has always been more than the removal of a brutal dictator; it is to leave a free and democratic Iraq in its place. (...) So we’re helping the Iraqi people build a lasting democracy that is peaceful and prosperous and an example for the broader Middle East.“<sup>610</sup>

Mit dieser neuen Begründung der Absetzung Saddam Husseins ging auch eine veränderte Sicht auf die Anschläge am 11. September 2001 einher: Als deren Lehre bezeichnete Bush nun nicht mehr die präventive Entwaffnung potenziell bedrohlicher Staaten, sondern die Notwendigkeit der Schaffung einer demokratischen und damit stabilen Weltordnung. In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2006 betonte der Präsident: „On September the 11th, 2001, we found that problems originating in a failed and oppressive state 7000 miles away could bring murder and destruction to our country. Dictatorships shelter terrorists, and feed resentment and radicalism, and seek weapons of mass destruction. Democracies replace resentment with hope.“ Hieraus leitete Bush einen Auftrag der USA zur globalen Demokratie-Verbreitung aufgrund eines nationalen Eigeninteresses ab: „Every step toward freedom in the world makes our country safer, so we will act boldly in freedom’s cause.“<sup>611</sup>

Diese Argumentation fußte auf Annahmen des sogenannten Neokonservatismus, wonach eine aktive und gegebenenfalls auch unilaterale Verbreitung demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen die weltweite Vormachtstellung der Vereinigten Staaten bestmöglich absichere. Im Hintergrund stand dabei das Theorem des Demokratischen Friedens, demzufolge sich die innere Verfasstheit eines Staates auf dessen Außenpolitik auswirkt und Demokratien die internen gewaltfreien Aushandlungsprozesse auch auf internationaler Ebene anwenden.<sup>612</sup> Nachdem entsprechende Plädoyers für ein offensives globales Handeln zur

---

<sup>610</sup> Public Papers of George W. Bush. 2005, Book 2, S. 1852.

<sup>611</sup> Public Papers of George W. Bush. 2006, Book 1, S. 146f.

<sup>612</sup> Diese umstrittene politikwissenschaftliche Hypothese war vielfach Gegenstand von Diskussionen. Vgl. Spanger, Hans-Joachim / Schesterinina, Anna: Demokratischer Frieden nach außen und innen? Der

Umstrukturierung der Staatenwelt in den USA in den 1960er-Jahren als Gegenbewegung zu den nationalen Selbstzweifeln infolge des Vietnamkrieges aufgekommen waren, hatten sie nach dem Kalten Krieg Konjunktur in Form mehrfacher Warnungen vor einer zu starken Fokussierung der Vereinigten Staaten auf innenpolitische Fragen. 1995 gründete der Publizist William Kristol das Wochenmagazin *The Weekly Standard* als entsprechendes Sprachrohr und forderte ein Jahr später zusammen mit Robert Kagan in einem programmatischen Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* eine aktivere globale Rolle der USA. 1997 riefen beide Autoren schließlich die neokonservativ ausgerichtete Denkfabrik Project for the New American Century ins Leben.<sup>613</sup>

Auch George W. Bush berücksichtigte diese Denkströmung bei der personellen Besetzung seiner Administration, wobei insbesondere der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz sowie der außenpolitische Berater Richard Perle ein offensives und unilaterales Auftreten der Vereinigten Staaten auf der internationalen Bühne befürworteten.<sup>614</sup> Bush selbst wandte sich in seinen öffentlichen Äußerungen jedoch erst im Verlauf seiner achtjährigen Amtszeit diesen Positionen zu. Im Wahlkampf des Jahres 2000 hatte er zwar für eine enge Ausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik an nationalen Interessen plädiert, zugleich aber seine Skepsis gegenüber einer globalen Führungsrolle der Vereinigten Staaten geäußert (Kapitel 3.3). Die Politologen Derek Chollet und James Goldgeier beschrieben daher Bushs außenpolitische Konzeption vor dem 11. September 2001 als „more nationalist than neo-conservative“.<sup>615</sup> Dies änderte sich nach dem Irakkrieg, als Bush im Zuge von Legitimationszwängen aufgrund der vergeblichen Suche nach Massenvernichtungswaffen die aktive Verbreitung von Demokratien als Leitprinzip seiner Präsidentschaft etablierte. Verglichen mit seiner erwähnten Forderung nach außenpolitischer Demut im Fernsehduell mit Al Gore im Oktober 2000 hatte sich Bushs Sicht auf die globale Rolle der Vereinigten Staaten damit innerhalb weniger Jahre stark gewandelt.

---

Forschungsstand zum Civil Democratic Peace. In: Ders. (Hg.): Der demokratische Unfrieden. Über das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und innerer Gewalt. Baden-Baden 2012, S. 9-34.

<sup>613</sup> Kagan, Robert / Kristol, William: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy. *Foreign Affairs* 75 (1996), S. 18-32.

<sup>614</sup> Die Anschläge vom 11. September gaben diesem Personenkreis die Möglichkeit, die Agenda der Bush-Administration maßgeblich zu prägen. Das neokonservative Argument einer notwendigen Demokratisierung des Irak bestimmte dabei vor allem nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen die öffentliche Kriegsbegründung. Interne Äußerungen legen jedoch nahe, dass der Krieg bereits unmittelbar nach dem 11. September 2001 geplant wurde (Kapitel 6.2) und daher das sicherheitspolitische Argument der Jahre 2002 und 2003 einer irakischen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen für viele Neokonservative einen Vorwand für die ohnehin intendierte Absetzung Saddam Husseins bildete.

<sup>615</sup> Chollet/Goldgeier 2008: *America between the Wars*, S. 305.

Markant kam die neue Akzentuierung im Übergang zwischen beiden Amtszeiten zum Ausdruck: An der Spitze des Außenministeriums folgte die Irakkrieg-Befürworterin Condoleezza Rice auf Colin Powell, der zuvor innerhalb der Bush-Administration mehrfach für diplomatische Lösungswege anstatt militärischer Interventionen plädiert hatte (Kapitel 3.3). Bushs zweite Amtseinführungsrede im Januar 2005 bildete dann auch eine Lobeshymne auf die politische Idee der Freiheit und ihre globale Expansion, worauf bereits die Betitelung der Rede als „A Celebration of Freedom“ auf der Eintrittskarte verwies.<sup>616</sup> Auch ein Jahr später griff Bush in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2006 neokonservative Gedanken auf, als er losgelöst von den Anschlägen am 11. September 2001 die offensive Schaffung einer demokratischen Weltordnung als zeitübergreifende US-amerikanische Maxime kennzeichnete: „Abroad, our Nation is committed to an historic, long-term goal: We seek the end of tyranny in our world. (...) Far from being a hopeless dream, the advance of freedom is the great story of our time. In 1945, there were about two dozen lonely democracies in the world. Today, there are 122.“ Danach bezog Bush seine Außenpolitik in dieses diachrone Narrativ mit ein, indem er die Kriege in Afghanistan und im Irak als jüngste Manifestation der Verbreitung demokratischer Staatsformen beschrieb: „And we’re writing a new chapter in the story of self-government – with women lining up to vote in Afghanistan, and millions of Iraqis marking their liberty with purple ink.“<sup>617</sup>

In diesem Kontext vollzog der Präsident bei der Ausgestaltung seiner Identitätsordnung einen sukzessiven Abstraktionsprozess, was sich in einer allgemeineren Titulierung der US-amerikanischen Gegner niederschlug: In seiner zweiten Amtszeit nahm Bush kaum noch Bezug auf Terrororganisationen wie Al-Qaida oder konkrete Staaten wie den Irak, sondern verwendete stattdessen vermehrt den Begriff des Totalitarismus, den der Soziologe Frank Furedi aufgrund seiner semantischen Vagheit als „all-purpose concept“ bezeichnete.<sup>618</sup> Auch prägten weitere unspezifische Termini wie Radikalismus oder Extremismus Bushs Reden zur Lage der Nation nach seiner Wiederwahl, was eine Anwendung auf verschiedenste Konflikte und Kontrahenten erlaubte.<sup>619</sup> Damit hatte sich seit dem 11. September die Größe derjenigen Gruppe graduell erweitert, die Bush zu Zwecken der nationalen Selbstbestätigung als Gegenpol der Vereinigten Staaten darstellte: Auf den internationalen Terrorismus direkt nach den Anschlägen folgten ab

---

<sup>616</sup> A Celebration of Freedom. The 55th Presidential Inaugural. George W. Bush Presidential Library. 2014-0045-F, Box 1.

<sup>617</sup> Public Papers of George W. Bush. 2006, Book 1, S. 146f.

<sup>618</sup> Furedi, Frank: Invitation to Terror. The Expanding Empire of the Unknown. London 2007, xxxiii.

<sup>619</sup> Sowinska 2016: The Values of the Other, S. 249.

2002 Staaten mit Bedrohungspotenzial durch das Schlagwort des „Achse des Bösen“ und schließlich ab 2004 sämtliche totalitären Regime.

Der Begriff „Krieg gegen den Terror“ erschien zur Erfassung dieser gewandelten Konflikteinstufung nicht mehr zutreffend, wie Bush in einem Interview mit dem *Time Magazine* im September 2004 selbst einräumte: „Frankly, the war on terror is somewhat misnamed, though. It ought to be called the struggle of a totalitarian point of view that uses terror as a tool to intimidate the free.“<sup>620</sup> Während Bush den internationalen Terrorismus unmittelbar nach dem 11. September also noch als eigentlichen Gegner der USA ausgemacht hatte (Kapitel 5), stuft er ihn nun zu einer Methode der Kontrahenten ab und schloss damit an die eigentliche Bedeutung des Begriffs an (Kapitel 4.2). Am 11. Juli 2005 sprach Bush nach dem Attentat in London in diesem Sinne von „hateful ideologies that use terror“.<sup>621</sup>

Die größere Unbestimmtheit kam abseits dieser vagen Benennung der Gegenseite auch in Bushs Charakterisierung der Vereinigten Staaten zum Tragen, wie die zweite Amtseinführungsrede verdeutlicht: Rund 50 Mal verwendete der Präsident darin Begriffe aus den Wortfeldern „freedom“ oder „liberty“, während er den Irakkrieg erst ganz am Ende erstmals erwähnte.<sup>622</sup> Angesichts dieser Darstellung der Verbreitung von Freiheit als abstraktes Ziel ohne konkreten Realitätsbezug sprach die *New York Times* einige Tage später von „a speech about nothing, something, everything“, während der Linguist George Lakoff betonte: „These words could mean whatever one wanted them to mean.“<sup>623</sup> Durch das abstraktere Freiheitsnarrativ vermied Bush eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Kritik am Irakkrieg, indem er seine angreifbare Außenpolitik in einem unangreifbaren Kontext verortete.

Neben diesem Abstraktionsprozess erfuhr die Identitätsordnung ab 2004 auch eine Weiterentwicklung von einem passiven zu einem aktiven Verständnis, um die Invasion in den Irak in ein positives nationales Selbstverständnis miteinschließen zu können.<sup>624</sup> Am Abend des 11. Septembers 2001 hatte Bush die Vereinigten Staaten noch als Repräsentanten – und nicht als Verbreiter – einer freiheitlichen Lebensweise charakterisiert: „America was targeted for

---

<sup>620</sup> I've Gained Strength. *Time Magazine*. 6. September 2004, S. 40.

<sup>621</sup> Public Papers of George W. Bush. 2005, Book 2, S. 1206.

<sup>622</sup> Coe, Kevin: The Language of Freedom in the American Presidency, 1933–2006. *Presidential Studies Quarterly* 37 (2007), S. 376.

<sup>623</sup> Sanger, David E.: A Speech about Nothing, Something, Everything. *The New York Times*. 23. Januar 2005, 4004005; Lakoff 2006: Whose Freedom? S. 229. Der abstrakte politische Freiheitsbegriff fungierte dabei in prototypischer Weise als leerer Signifikant im Sinne des Politologen Ernesto Laclau (Kapitel 2.1), da er die US-amerikanische Nation mit größtmöglicher Vagheit charakterisierte.

<sup>624</sup> Viele der im Herbst 2001 eingeführten Deutungsmuster blieben als Konstante im Hintergrund weiterhin vorhanden. So betonte Bush im Januar 2007 in seiner Rede zur Lage der Nation mit Blick auf das etablierte Zivilisationsnarrativ (Kapitel 5.3): „Take almost any principle of civilization, and their goal is the opposite.“ Public Papers of George W. Bush. 2007, Book 1, S. 46.

attack because we're the brightest beacon for freedom and opportunity in the world."<sup>625</sup> Mit der Argumentation auf dieser ontologischen Ebene bewegte er sich in der Tradition seines Amtsvorgängers Bill Clinton und dessen Einordnung der Anschläge auf die US-Botschaften 1998: „America is and will remain a target of terrorists precisely because (...) we're the most open society on Earth."<sup>626</sup> Nach dem Irakkrieg war Bushs Darstellung einer US-amerikanischen Identität jedoch weitaus offensiverer Prägung, indem er die globale Verbreitung freiheitlicher Strukturen als Leitgedanken der Vereinigten Staaten beschrieb – wie in seiner Nominierungsrede für eine zweite Amtszeit am 2. September 2004: „The story of America is the story of expanding liberty, an ever-widening circle, constantly growing to reach further and include more. Our Nation's founding commitment is still our deepest commitment: In our world and here at home, we will extend the frontiers of freedom."<sup>627</sup>

Inwiefern diese öffentlichen Bekundungen auch den tatsächlichen Motiven für die Invasion in den Irak entsprachen, blieb umstritten. Ein Teil der Forschung deutete den Irakkrieg als neokonservatives Projekt, das als Machtdemonstration zur Aufrechterhaltung respektive Wiederherstellung einer globalen Hegemonie der Vereinigten Staaten nach dem 11. September intendiert gewesen sei.<sup>628</sup> An anderer Stelle machten politikwissenschaftliche Analysen dagegen hiervon abweichende Triebkräfte für den Entschluss der Bush-Administration aus, den Irak anzugreifen: Robert Jervis sah in der sicherheitspolitischen Argumentation der Vorkriegszeit (Kapitel 6.1) keine reine Manipulation, sondern maß der Bedrohungswahrnehmung einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidung für einen Krieg bei.<sup>629</sup> Michael Klare betonte dagegen, dass die Sicherung des Zugangs zu den Ölvorkommen am Persischen Golf den handlungsleitenden Beweggrund für die Absetzung Saddam Husseins gebildet habe.<sup>630</sup> Dieser Vielzahl möglicher Motive steht nichtsdestotrotz der Befund gegenüber, dass Präsident Bush in der Öffentlichkeit während seiner zweiten Amtszeit ein

---

<sup>625</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1099.

<sup>626</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1998, Book 2, S. 1461.

<sup>627</sup> Visions for America 2004, S. 93.

<sup>628</sup> Dueck, Colin: Ideas, American Grand Strategy, and the War in Iraq. In: Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): Why Did the United States Invade Iraq? London 2012, S. 49-71.

<sup>629</sup> Die Verunsicherung nach den Anschlägen vom 11. September habe gepaart mit psychologisch bedingten Vorurteilen zu einer Fehlwahrnehmung der Bush-Administration und infolgedessen zu einer bewussten Übertreibung der Gefahr geführt. Vgl. Jervis, Robert: Why Intelligence Fails. Lessons from the Iranian Revolution and the Iraq War. Ithaca 2010.

<sup>630</sup> Klare zufolge war die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bereits seit Mitte des 20. Jahrhunderts am Bestreben einer Gewährleistung der nationalen Ölversorgung ausgerichtet. Nach dem 11. September 2001 habe man dann aufgrund der Verwicklung Saudi-Arabiens in die Anschläge eine Radikalisierung des Landes befürchtet und daher zur Vermeidung von Abhängigkeiten ein US-freundliches Regime im ölreichen Irak als Alternative installieren wollen. Vgl. Klare, Michael T.: Blood for Oil, in Iraq and Elsewhere. In: Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): Why Did the United States Invade Iraq? London 2012, S. 129-143.

einziges kohärentes Bild zu vermitteln versuchte und den Irakkrieg wiederholt als politischen Befreiungsakt durch die USA charakterisierte.

\*\*\*

Die allmähliche Hinwendung zu diesem offensiven nationalen Selbstverständnis eines Demokratie-Exporteurs war begleitet von einem veränderten Blick auf die eigene Vergangenheit. Dieser kam zum Ausdruck durch eine häufigere und selbstbewusstere Thematisierung des Kalten Krieges im Allgemeinen sowie des Vietnamkrieges im Speziellen. Nachdem Präsident Bush in seiner Rede am 20. September 2001 die Benennung des Kommunismus in seiner Reihung der Vorläufer des internationalen Terrorismus noch explizit vermieden hatte (Kapitel 5.1), integrierte er im Zuge des Werbens für den Irakkrieg die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in sein diachrones Narrativ: In der Rede zur Lage der Nation am 28. Januar 2003 bezeichnete Bush „Hitlerism, militarism, and communism“ als frühere feindliche Ideologien, ehe er am 1. Mai 2003 sein außenpolitisches Handeln unter anderem in die Tradition der Politik Harry Trumans und Ronald Reagans während des Ost-West-Konfliktes stellte: „Our commitment to liberty is America’s tradition, declared at our founding, affirmed in Franklin Roosevelt’s Four Freedoms, asserted in the Truman Doctrine and in Ronald Reagan’s challenge to an evil empire.“<sup>631</sup>

Im Verlauf der zweiten Amtszeit Bushs rückte der Kalte Krieg vermehrt ins alleinige Zentrum der Analogiebildungen, da insbesondere dessen Früh- und Endphase den Befürworterinnen und Befürwortern einer offensiven US-amerikanischen Außenpolitik als Blaupause und positive historische Ressource galt (Kapitel 5.1). Am 6. Oktober 2005 machte der Präsident hierbei in einer Rede im Ronald Reagan Building in Washington zunächst einen islamischen Radikalismus als gegenwärtige Herausforderung aus, womit er sich zugleich von seiner früheren allumfassenden Inschutznahme des Islam (Kapitel 5.2) löste. Anschließend bezeichnete Bush den Kommunismus des 20. Jahrhunderts als zentralen ideologischen Vorläufer dieser radikalen Weltanschauung: „The murderous ideology of the Islamic radicals is the great challenge of our new century. Yet, in many ways, this fight resembles the struggle against communism in the last century.“ Im weiteren Verlauf der Rede verfestigte Bush diese Einschätzung mit Nachdruck, indem er gleich vier Passagen mit der Anapher „Like the ideology of communism“ einleitete.<sup>632</sup>

---

<sup>631</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 86/412.

<sup>632</sup> Public Papers of George W. Bush. 2005, Book 2, S. 1523.

Infolge dieser intensivierten Bezugnahmen auf den Ost-West-Konflikt änderte sich auch Bushs öffentlich artikulierte Sicht auf den Vietnamkrieg, der als umstrittenster US-amerikanischer Militäreinsatz des Kalten Krieges mit einer mehrheitlich negativen Konnotation versehen war. Dabei lässt sich ein vierstufiger Prozess seit dem 11. September 2001 ausmachen. Auf das anfängliche Ignorieren des Vietnamkrieges direkt nach den Anschlägen durch ausschließliche Vergleiche des Krieges gegen den Terror mit dem Zweiten Weltkrieg (Kapitel 5.1) folgte das explizite Leugnen einer Relevanz der Ereignisse in Vietnam zum Verständnis der Gegenwart (Kapitel 6.2): Als kritische Stimmen den Irakkrieg mit dem Vietnamkrieg parallelisierten, betonte Bush am 13. April 2004 auf einer Pressekonferenz mit Blick auf die Mühen und Rückschläge in den 1970er-Jahren in Südostasien: „I think the analogy is false. I also happen to think that analogy sends the wrong message to our troops and sends the wrong message to the enemy.“<sup>633</sup>

In einem dritten Schritt bezog Bush dann den Vietnamkrieg in eine Reihung früherer Konflikte zur Verbreitung politischer Freiheitsrechte mit ein, als er am 31. August 2006 in einer Rede in Salt Lake City die anwesenden Kriegsveteraninnen und -veteranen mit folgenden Worten lobte: „As veterans, all of you stepped forward when America needed you most. From North Africa to Normandy, Iwo Jima to Inchon, from Khe Sanh to Kuwait, your courage and service have made it possible for generations to live in liberty.“<sup>634</sup> Die Neuartigkeit dieser Nebeneinanderstellung der Schlacht um Khe Sanh 1968 in Vietnam mit der Landung in der Normandie 1941 zeigt sich deutlich bei einem Vergleich mit der Rede am 1. Mai 2003, als Bush die Ereignisse in Vietnam bei einer ähnlichen Analogiebildung noch unerwähnt gelassen hatte: „The character of our military through history – the daring of Normandy, the fierce courage of Iwo Jima, the decency and idealism that turned enemies into allies – is fully present in this generation.“<sup>635</sup>

Viertens und letztens stellte Bush den Vietnamkrieg sogar ins Zentrum seiner Argumentation. In einer geschichtslastigen Rede am 22. August 2007 vor den Veterans of Foreign Wars in Kansas City untermauerte er seinen Appell an ein Durchhaltevermögen in den gegenwärtigen Einsätzen in Afghanistan und im Irak durch Verweise auf die Kriege der Vereinigten Staaten in Asien im 20. Jahrhundert. Die Militäroperationen gegen Japan im Zweiten Weltkrieg sowie in Korea und Vietnam während des Kalten Krieges hätten langfristig einen Beitrag zu einem demokratischen und damit friedlichen asiatischen Kontinent geleistet:

---

<sup>633</sup> Public Papers of George W. Bush. 2004, Book 1, S. 560.

<sup>634</sup> Public Papers of George W. Bush. 2006, Book 2, S. 1581.

<sup>635</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 410.

„At the outset of World War II, there were only two democracies in the Far East, Australia and New Zealand. Today, most of the nations in Asia are free (...) and they desire to live in peace with their neighbors.“

Im weiteren Verlauf der Rede widmete sich Bush ausführlich dem Vietnamkrieg und gestand dabei eingangs: „This is a complex and painful subject for many Americans.“ Anschließend zog der Präsident zwei Lehren aus den damaligen Ereignissen, aus denen er Handlungsempfehlungen für die gegenwärtige Lage im Irak ableitete. Der Truppenabzug der USA aus Vietnam sei entgegen der verbreiteten Meinung nicht zu spät erfolgt, sondern zu früh aufgrund eines schutzlosen Zurücklassens der lokalen Bevölkerung. Dieser Fehler dürfe sich nun nicht wiederholen: „[O]ne unmistakable legacy of Vietnam is that the price of America’s withdrawal was paid by millions of innocent citizens whose agonies would add to our vocabulary new terms like ‚boat people‘, ‚reeducation camps‘, and ‚killing fields‘. (...) If we were to abandon the Iraqi people, the terrorists would be emboldened.“ Zudem mahnte Bush, nicht erneut durch innenpolitische Auseinandersetzungen wie während des Vietnamkrieges die Position der Gegner der Vereinigten Staaten zu stärken: „In an interview with a Pakistani newspaper after the 9/11 attacks, Usama bin Laden declared that ‚the American people had risen against their Government’s war in Vietnam, and they must do the same today‘.“<sup>636</sup> Durch den Miteinbezug des Vietnamkrieges in sein Narrativ bemühte sich Bush folglich um die Legitimierung der US-amerikanischen Truppenpräsenz im Irak trotz ausbleibender Fortschritte, indem er an ein kollektives Durchhaltevermögen und eine nationale Geschlossenheit appellierte.

Bushs Rede stieß auf verhaltene Reaktionen, wobei vor allem Historikerinnen und Historiker eine Verkehrung etablierter Annahmen über den Vietnamkrieg durch den Präsidenten monierten.<sup>637</sup> Auf der anderen Seite des Meinungsspektrums strebten einige ehemalige politisch Verantwortliche eine Rehabilitation der US-Intervention in Vietnam an. Melvin Laird, Verteidigungsminister unter Präsident Richard Nixon in der Endphase des Vietnamkrieges, kritisierte hierbei 2005 in einem Artikel in der Zeitschrift *Foreign Affairs* den Kongress für ein zu frühes Einstellen der Hilfen an Vietnam im Jahr 1975. Anschließend parallelisierte und rechtfertigte er die Militäreinsätze der Vereinigten Staaten in Vietnam und im Irak innerhalb der Logik des Narrativs, das Bush ab 2004 etabliert hatte. Wie im Fall des Vietnamkrieges bestehe auch die eigentliche Bedeutung des Irakkrieges nicht in der Eindämmung einer unmittelbaren

---

<sup>636</sup> Public Papers of George W. Bush. 2007, Book 2, S. 1101-1104.

<sup>637</sup> Shanker, Thom: Historians Question Bush’s Reading of Lessons of Vietnam War for Iraq. *The New York Times*. 23. August 2007, A8.

Bedrohung, sondern in der Schaffung einer demokratischen und damit friedlichen Weltordnung: „I have no patience for those who can't see that big picture and who continue to view Iraq as a failed attempt to find WMD [Weapons of Mass Destruction]. (...) Bush has an opportunity to reshape the region. (...) Democracies are simply better for the planet.“ Als Lehre aus dem Vietnamkrieg bezeichnete Laird wie Bush, dass die Etablierung einer solchen Demokratie einen ebenso zeitintensiven wie lohnenswerten Prozess darstelle: „In Vietnam, the voices of the ‚cut-and-run‘ crowd ultimately prevailed, and our allies were betrayed after all of our work to set them on their feet. Those same voices would now have us cut and run from Iraq, assuring the failure of the fledgling democracy there and damning the rest of the Islamic world to chaos fomented by extremists.“<sup>638</sup>

Tatsächlich aber sank trotz dieser Mahnungen in der Endphase von Bushs Amtszeit die Bereitschaft, die eingeforderte Geduld aufzubringen. Nachdem der Präsident am 10. Januar 2007 eine Aufstockung um 20.000 Soldatinnen und Soldaten im Irak verkündet hatte, übte der Republikanische Senator Chuck Hagel scharfe Kritik und zog dabei einen negativ konnotierten Vergleich mit dem Vietnamkrieg: „I think this speech given last night by this president represents the most dangerous policy blunder in this country since Vietnam, if it's carried out.“<sup>639</sup> Auch die Herausgeberschaft der *New York Times* sah am Tag nach Bushs Rede keinerlei positive Perspektiven mehr für die Vereinigten Staaten: „There is nothing ahead but even greater disaster in Iraq.“<sup>640</sup> Im August 2007 veröffentlichte die Zeitung schließlich einen von mehreren Mitgliedern der US-Armee aus Bagdad verfassten Bericht, der die negative Sicht auf die Nachkriegspolitik durch Schilderungen des Alltags vor Ort bestätigte: Die Vereinigten Staaten hätten noch immer keine nachhaltige Befriedung des Irak erreicht und würden von der örtlichen Bevölkerung dementsprechend skeptisch wahrgenommen: „[A] vast majority of Iraqis feel increasingly insecure and view us as an occupation force that has failed to produce normalcy after four years.“ Abschließend konstatierte der Bericht eine umfassende Diskrepanz zwischen den Postulaten der Vorkriegszeit und dem Zustand der Nachkriegszeit: „Four years into our occupation, we have failed on every promise.“<sup>641</sup>

Bush hingegen verteidigte den Irakkrieg bis zuletzt. In der Farewell Address zum Abschluss seiner achtjährigen Amtszeit am 15. Januar 2009 verortete er seine Außenpolitik noch immer

---

<sup>638</sup> Laird, Melvin R.: Iraq: Learning the Lessons of Vietnam. *Foreign Affairs* 84 (2005), S. 32/37/43. Ähnlich argumentierten die Publizisten David Ignatius und Matt Steinglass. Vgl. Ignatius, David: A Better Strategy for Iraq. *The Washington Post*. 5. November 2005, A23; Steinglass, Matt: Vietnam and Victory. *The Boston Globe*. 18. Dezember 2005, K1/K5.

<sup>639</sup> Stout, David: Bush's Iraq Plan Meets Opposition from Congress. *The New York Times*. 11. Januar 2007, A1.

<sup>640</sup> The Editors: The Real Disaster. *The New York Times*. 11. Januar 2007, A30.

<sup>641</sup> Jayamaha, Buddhika et. al.: The War as We Saw It. *The New York Times*. 19. August 2007, WK11.

im Kontext politischer Befreiungsakte mit einer unhinterfragbaren Richtigkeit: „[G]ood and evil are present in this world, and between the two there can be no compromise. Murdering the innocent to advance an ideology is wrong every time, everywhere. Freeing people from oppression and despair is eternally right.“<sup>642</sup> Derartige Äußerungen wirkten jedoch angesichts der zunehmenden außenpolitischen Frustrationserfahrungen aus der Zeit gefallen. Die Lücke zwischen einem selbstaffirmierenden Narrativ und gegensätzlichen politischen Entwicklungen thematisierte der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer in einem Gastbeitrag in der *New York Times*: „But what are we in the West fighting for? We fight for our values: for our freedom, for democracy, for the rule of law, the equality of all human beings and for peace. In this context, Guantanamo Bay, Abu Ghraib and the situation in Iraq could hardly be called successes.“<sup>643</sup>

Unter dem Eindruck dieser Diskrepanz stellten mehrere Forschungsbeiträge in der Endphase von Bushs Präsidentschaft eine grundsätzliche Identitätskrise der Vereinigten Staaten fest. Der Kulturwissenschaftler John Michael weitete hierbei in *Identity and the Failure of America* den Fokus auf die gesamte US-amerikanische Geschichte aus, die er durch ein stetiges Unterlaufen der artikulierten Selbstverständnisse in der politischen Praxis geprägt sah.<sup>644</sup> Zudem erlangte der Mythosbegriff Konjunktur, durch den in den Jahren 2008 und 2009 zwei Publikationen gängige Annahmen hinterfragten: In *The Myth of American Diplomacy* verwies der Historiker Walter Hixson auf die identitätsstiftende Funktion von Gewalt und Kriegen für die USA, die er als „warfare state“ bezeichnete.<sup>645</sup> Der Journalist Godfrey Hodgson verneinte in *The Myth of American Exceptionalism* das Postulat einer positiven US-amerikanischen Sonderrolle: Die Vereinigten Staaten seien innerhalb der westlichen und industrialisierten Welt sogar im Gegenteil durch eine besondere Rückständigkeit gekennzeichnet, die in Form eines rudimentären Wohlfahrtsstaates oder des Fortbestandes der Todesstrafe zum Ausdruck komme.<sup>646</sup> Auch von einem konservativen Standpunkt aus äußerten sich politische

---

<sup>642</sup> Public Papers of George W. Bush. 2008, Book 2, S. 1578f. Selbstkritik übte Bush im Rückblick auf seine Amtszeit nur vereinzelt und ohne eine grundsätzliche Infragestellung des Krieges gegen den Terror, als er in einem Interview mit CNN Teile seiner Wortwahl (Kapitel 5.3) bedauerte: „I regret saying some things I shouldn't have said. Like ‚dead or alive‘ and ‚bring ’em on‘.“ Zudem bewertete Bush das Banner mit der Aufschrift „Mission Accomplished“ während seiner Rede am 1. Mai 2003 (Kapitel 6.1) rückblickend als kommunikativen Fehler: „It conveyed the wrong message.“ Mooney, Alexander: Bush: „Mission Accomplished“ a Mistake. CNN. 12. November 2008.

<sup>643</sup> Fischer, Joschka: Don't Forget Our Values. *The New York Times*. 10. September 2006, WK13.

<sup>644</sup> Michael, John: *Identity and the Failure of America*. From Thomas Jefferson to the War on Terror. Minneapolis 2008, S. 4f.

<sup>645</sup> Hixson 2008: *The Myth of American Diplomacy*, S. 14.

<sup>646</sup> Hodgson, Godfrey: *The Myth of American Exceptionalism*. New Haven 2009. Die Herausbildung der US-amerikanischen Nation war Hodgson zufolge stark von äußeren Entwicklungen in Europa abhängig: Die politische Philosophie der Staatsgründung entstamme der europäischen Aufklärung, die Westexpansion im 19. Jahrhundert sei durch den Willen Napoleons zum Verkauf eines großen Gebietes im Jahr 1803 begünstigt gewesen,

Beobachterinnen und Beobachter unzufrieden mit dem Erscheinungsbild der USA am Ende der Amtszeit Bushs: So forderte der Historiker Andrew Bacevich 2008 in *The Limits of Power. The End of American Exceptionalism* eine Abwendung von außenpolitischen Missionsgedanken, um sich wieder stärker auf den nationalen Rahmen zu besinnen.<sup>647</sup>

Anstatt die Sinnsuche der Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges (Kapitel 3.1) aufzulösen, potenzierte der Krieg gegen den Terror diese also letztlich sogar. Der Wandel von einem patriotischen Bewusstsein zu einer weitreichenden politischen Verunsicherung innerhalb weniger Jahre spiegelte sich deutlich in der Wahrnehmung des Staatsoberhauptes: Nachdem George W. Bush unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September die höchsten je erhobenen Zustimmungswerte für einen US-Präsidenten erhalten hatte, verließ er das Amt mit den niedrigsten. Im Februar des Jahres 2010 bezeichnete der Historiker Eric Foner Bush rund ein Jahr nach dem Ende seiner Amtszeit gar als „arguably the worst president in American history“.<sup>648</sup>

---

Kapitalismus und Industrialisierung hätten im 19. Jahrhundert zuerst in England eingesetzt.

<sup>647</sup> Bacevich 2008: *The Limits of Power*, S. 1-13. Ebenso hatte kurz zuvor auch Francis Fukuyama Kritik am militärischen Interventionismus der USA nach dem 11. September 2001 geübt. Vgl. Fukuyama, Francis: *America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy*. New Haven 2006.

<sup>648</sup> Foner, Eric: *The Professional*. 1. Februar 2010. In: Ders.: *Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from The Nation*. London 2017, S. 157-162.

## 7. Die Abkehr von kollektiven Selbstbestimmungen im außenpolitischen Rahmen

### 7.1 Barack Obama: Rückbesinnung auf das Landesinnere

Mit Barack Obama übernahm im Januar 2009 ein Politiker das Präsidentenamt, der den Irakkrieg frühzeitig und wiederholt als falsche Reaktion auf die Anschläge vom 11. September kritisiert hatte.<sup>649</sup> Dennoch konstatierten mehrere Forschungsbeiträge ein Fortbestehen zentraler Leitlinien George W. Bushs unter der neuen Administration. Die These einer außenpolitischen Kontinuität zwischen Bush und Obama kam im März 2011 zum Ausdruck in einer Sonderausgabe der Fachzeitschrift *International Politics*. Dabei betonte Inderjeet Parmar, dass Obama trotz Anpassungen in seiner Rhetorik und seiner Strategie weiterhin das übergeordnete Ziel einer globalen Dominanz der Vereinigten Staaten verfolge.<sup>650</sup> Wenige Monate später erkannte der Politologe Walter Russell Mead unter Obama sogar eine dritte Amtszeit für George W. Bush, was durch den US-amerikanischen Militäreinsatz in Libyen im März 2011 und die Tötung Osama bin Ladens am 1. Mai 2011 augenfällig geworden sei.<sup>651</sup>

Beide Operationen wiesen allerdings auch erhebliche Unterschiede zur Praxis unter Bush auf. Bei der Tötung bin Ladens handelte es sich um einen gezielten Einzelschlag, der nicht als großflächige Invasion angelegt war. Der Militäreinsatz gegen Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi richtete sich zwar wie der Irakkrieg 2003 auf ein Staatsgebiet, unterlag jedoch anderen Prinzipien: Zum einen bezweckte die Intervention keine Demokratisierung des Landes, die Bush noch als zentrale Legitimationsgrundlage des Irakkrieges angeführt hatte (Kapitel 6.4). Stattdessen waren die Luftangriffe in Libyen als zeitlich begrenzte Schutzmaßnahme für die Zivilbevölkerung in einer konkreten Notsituation ausgewiesen.<sup>652</sup> Zum anderen trugen die USA im Gegensatz zu 2003 nicht die Hauptlast der Operationen, an denen auch französische und britische Streitkräfte maßgeblich beteiligt waren. Dass zudem keine Bodentruppen zum Einsatz kamen, verringerte sowohl den Aufwand als auch das Risiko für die US-amerikanische

---

<sup>649</sup> Bereits 2002 hatte sich Obama gegen den Irakkrieg ausgesprochen, da dieser in keinem Zusammenhang zu den Anschlägen vom 11. September stehe (Kapitel 5.3). Während des Präsidentschaftswahlkampfes der Jahre 2007 und 2008 betonte er zudem mehrfach, dass der internationale Terrorismus ortsungebunden agiere und daher nicht durch großflächige Militäroperationen gegen Staaten bekämpft werden könne. Vgl. Aaronson, Mike: Interventionism in US Foreign Policy from Bush to Obama. In: Bentley, Michelle / Holland, Jack (Hg.): Obama's Foreign Policy. Ending the War on Terror. New York 2014, S. 127.

<sup>650</sup> Parmar, Inderjeet: American Power and Identities in the Age of Obama. *International Politics* 48 (2011), S. 156.

<sup>651</sup> Mead, Walter Russell: W Gets a Third Term in the Middle East. *The American Interest*. 22. August 2011.

<sup>652</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2011, Book 1, S. 309.

Armee. In anderen Fällen reagierten die Vereinigten Staaten unter Obama noch zurückhaltender wie nach dem Tod Hunderter Zivilisten in Syrien infolge eines – mutmaßlich von der Regierung um Präsident Baschar al-Assad ausgehenden – Chemiewaffen-Angriffs im August 2013.<sup>653</sup> Die Nicht-Einmischungen der Obama-Administration in innerstaatliche Konflikte stuft der Politikexperte Thomas Carothers im Kontext des sogenannten Arabischen Frühlings sogar als verpasste Chance ein: „[T]he administration fell short of fully backing a historic opportunity for democracy in the Arab world.“<sup>654</sup>

Aus diesen außenpolitischen Nejustierungen leitete der Publizist David Sanger 2012 eine auf zwei Handlungsmaximen basierende „Obama-Doktrin“ ab: Einerseits habe die Bekämpfung des internationalen Terrorismus auch unter Obama einen hohen Stellenwert eingenommen. So sei der Einsatz von Kampfdrohnen im Vergleich zur Bush-Administration sogar intensiviert worden und auch eine Bereitschaft zu unilateralem Handeln weiterhin vorhanden gewesen, was sich im Fall der Tötung bin Ladens auf pakistanischem Staatsgebiet gezeigt habe. Andererseits jedoch unterlagen diese Aktivitäten Sanger zufolge dem Imperativ einer Minimierung der öffentlichen Sichtbarkeit, um nach dem rufschädigenden Irakkrieg Demut zu vermitteln und nicht als globaler Dominator wahrgenommen zu werden.<sup>655</sup>

Dieses Bestreben schlug sich nieder in der offenen Zurückweisung einer nationalen Identität als Demokratie-Exporteur, die George W. Bush nach dem Irakkrieg artikuliert hatte (Kapitel 6.4). Bei mehreren Anlässen charakterisierte Obama die USA als eine Nation, die dem Prinzip der staatlichen Souveränität eine höhere Bedeutung beimisst als der weltweiten Etablierung demokratischer Regierungsformen. Nachdem im Juni 2009 in Iran der von den Vereinigten Staaten nicht präferierte islamische Fundamentalist Mahmud Ahmadinedschad in einer umstrittenen Wahl als Präsident wiedergewählt worden war, akzeptierte Obama dies auf einer Pressekonferenz unter Verweis auf den Grundsatz der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten: „[T]he United States respects the sovereignty of the Islamic Republic of Iran, and is not interfering with Iran’s affairs. (...) [T]he most important thing for

---

<sup>653</sup> Powaski, Ronald E.: *Ideals, Interests, and U.S. Foreign Policy from George H. W. Bush to Donald Trump*. Cham 2019, S. 157-168.

<sup>654</sup> Carothers, Thomas: Barack Obama. In: Cox, Michael E. / Lynch, Timothy J. / Bouchet, Nicholas (Hg.): *US Foreign Policy and Democracy Promotion. From Theodore Roosevelt to Barack Obama*. London 2013, S. 209.

<sup>655</sup> Sanger, David E.: *Confront and Conceal. Obama’s Secret Wars and Surprising Use of American Power*. New York 2012, xvi. Auch der Politikwissenschaftler Jack Holland und der Journalist Jeffrey Goldberg sprachen in der Folgezeit von einer „Obama-Doktrin“, was eine Eigenständigkeit von Obamas Außenpolitik implizierte und damit eine vollständige Kontinuität zu George W. Bush negierte. Vgl. Holland, Jack: *Introduction: Why Is Change so Hard? Understanding Continuity in Barack Obama’s Foreign Policy*. In: Bentley, Michelle / Holland, Jack (Hg.): *Obama’s Foreign Policy. Ending the War on Terror*. New York 2014, S. 13; Goldberg, Jeffrey: *The Obama Doctrine. The U.S. President Talks through His Hardest Decisions about America’s Role in the World*. *The Atlantic*. April 2016.

the Iranian government to consider is legitimacy in the eyes of its own people, not in the eyes of the United States.“<sup>656</sup>

Als während des Arabischen Frühlings in mehreren Staaten Aufstände gegen langjährige Machthaber ausbrachen, bekräftigte Obama ebenfalls die US-amerikanische Zurückhaltung bei der Umgestaltung der politischen Ordnungen. In seiner Rede an die Nation am 28. März 2011 zur Begründung des Militäreinsatzes in Libyen erklärte er, dass die Errichtung einer Flugverbotszone lediglich der Verhinderung einer humanitären Notlage diene. Eine Absetzung Muammar al-Gaddafis und die Mithilfe bei einem nachfolgenden Neuaufbau lehnte Obama dagegen ab, was er mit den negativen Erfahrungen nach dem Irakkrieg begründete: „To be blunt, we went down that road in Iraq. (...) [R]egime change there took eight years, thousands of American and Iraqi lives, and nearly a trillion dollars. That is not something we can afford to repeat in Libya.“

Knapp zwei Monate später betonte Obama in einem Zwischenfazit zur Protestwelle im arabischen Raum die Verantwortung der lokalen Behörden bei der Errichtung der jeweiligen Staatsform und verabschiedete sich zugleich vom Anspruch seines Vorgängers Bushs, die globale Verbreitung repräsentativer Demokratien nach US-amerikanischem Vorbild voranzutreiben: „It’s not America that put people into the streets of Tunis or Cairo, it was the people themselves who launched these movements, and it’s the people themselves that must ultimately determine their outcome. Not every country will follow our particular form of representative democracy.“ Am 22. Juni 2011 verwies Obama bei der Ankündigung des Truppenabzuges aus Afghanistan erneut auf das Eintreten der Vereinigten Staaten für den Grundsatz der Selbstbestimmung im internationalen Rahmen: „We stand not for empire, but for self-determination.“<sup>657</sup>

Dies beeinflusste auch Obamas Thematisierung einer US-amerikanischen Exzeptionalität. Zwar brachte Obama – entgegen mancher anderslautender Vorwürfe seiner Kritikerinnen und Kritiker – in der Tradition seiner Vorgänger weiterhin die Auffassung einer globalen Sonderstellung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck, als er etwa am 25. Mai 2009 in einer Rede anlässlich des Memorial Days die Überlegenheit der nationalen Streitkräfte betonte: „I am humbled to be the Commander in Chief of the finest fighting force in the history of the world.“<sup>658</sup> Zugleich jedoch verabschiedete er sich von der offensiven Akzentuierung dieser

---

<sup>656</sup> Public Papers of Barack H. Obama, 2009, Book 1, S. 874/876. Dass sich die Vereinigten Staaten in der politischen Praxis auch unter Obama nicht immer an dieses Postulat hielten, zeigte sich bei der erwähnten Tötung Osama bin Ladens auf pakistanischem Staatsgebiet, die ohne eine vorherige Inkenntnissetzung der dortigen Regierung erfolgte.

<sup>657</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2011, Book 1, S. 309/554/693.

<sup>658</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2009, Book 1, S. 714. Das Vorhalten einer Zurückweisung des US-

Vorstellung unter George W. Bush, der infolge des Irakkrieges aus dem Überlegenheitspostulat einen Auftrag zur globalen Verbreitung der US-amerikanischen Lebensform abgeleitet hatte wie beispielsweise in seiner zweiten Amtseinführungsrede im Januar 2005: „Advancing these ideals is the mission that created our Nation.“<sup>659</sup> Obama knüpfte im Gegensatz hierzu an eine passive Lesart dieser Außergewöhnlichkeit an (Kapitel 5.4), wonach die USA lediglich als Vorbild wirkten und so eine weltweit inspirierende Wirkung entfalteten. In eben diesem Sinne bezeichnete er vier Monate nach seiner Amtseinführung in einer Rede im Nationalarchiv in Washington die Gründungsdokumente der Vereinigten Staaten als „a light that shines for all who seek freedom“, ehe er ein Jahr später im Vorwort der neuen Sicherheitsstrategie erneut eine interventionistische Implementierung der US-amerikanischen Grundsätze ausschloss: „We promote these values by living them.“<sup>660</sup>

Die Antwort auf die Frage nach einer außenpolitischen Kontinuität zwischen George W. Bush und Barack Obama muss also zweigeteilt ausfallen. In der politischen Praxis führte Obama die Terrorismus-Bekämpfung in teils sogar intensivierter Form fort, wenngleich sich Methoden und Zielfelder änderten. Mit Blick auf die in der vorliegenden Untersuchung analysierte öffentliche Identitätsstiftung vollzog er dagegen eine Abkehr von seinem Vorgänger: Im Gegensatz zu Bush leitete Obama kein positives nationales Selbstverständnis mehr aus einer außenpolitischen Konfrontation ab, sondern verstand die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus lediglich als politische Notwendigkeit.<sup>661</sup>

Diesen pragmatischen Ansatz bestätigten in der Rückschau mehrere Mitglieder der Obama-Administration wie Redenschreiber Ben Rhodes oder Verteidigungsminister Robert Gates, der sogar eine außenpolitische Leidenschaftslosigkeit seines Vorgesetzten monierte: „One quality I missed in Obama was passion. (...) Given his campaign rhetoric about Afghanistan, I think I myself, our commanders, and our troops had expected more commitment to the cause and more

---

Exzeptionalismus und einer unzureichenden Identifikation mit dem eigenen Land fußte auf einer Aussage des Präsidenten auf dem Nato-Gipfel in Straßburg am 4. April 2009, als Obama jedes Land als gleichermaßen exzeptionell bezeichnet hatte. Zwar trat Obama vor internationalem Publikum öfter derart relativierend auf, vermittelte im Landesinneren aber mehrfach die Vorstellung einer positiven Außergewöhnlichkeit der Vereinigten Staaten. Vgl. Valenzano III, Joseph M. / Edwards, Jason A.: Exceptionally Distinctive. President Obama's Complicated Articulation of American Exceptionalism. In: Barreto, Amilcar Antonio / O'Bryant, Richard L. (Hg.): American Identity in the Age of Obama. New York 2014, S. 175-182.

<sup>659</sup> Public Papers of George W. Bush. 2005, Book 1, S. 66.

<sup>660</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2009, Book 1, S. 690; National Security Strategy. May 2010. The White House. Washington 2010, ii.

<sup>661</sup> In der Endphase seiner Amtszeit setzte Obama gänzlich andere außenpolitische Schwerpunkte, als er 2016 zunächst im März als erster US-Präsident seit 88 Jahren Kuba und anschließend im Mai als erster US-Präsident überhaupt Hiroshima, den Ort des erstmaligen kriegesischen Kernwaffeneinsatzes, besuchte. Vgl. Powaski 2019: Ideals, S. 172f.

passion for it from him.“<sup>662</sup> Auf ähnliche Weise charakterisierte die Historikerin Mary Dudziak Obamas Rede am 31. August 2010 zum geplanten Truppenabzug aus dem Irak als technokratisch, wodurch sie sich erheblich unterscheidet von Bushs emphatischer Rhetorik zu Beginn der Invasion: „He [Obama] seemed more bureaucrat than war leader.“<sup>663</sup>

Daher stellte es auch weit mehr als einen bloßen Etikettenschwindel dar, dass die Obama-Administration nicht mehr von einem Krieg gegen den Terror sprach und der Präsident selbst den Terminus im Mai 2013 mit folgenden Worten explizit verwarf: „[W]e must define our effort not as a global war on terror, but rather, as a series of persistent, targeted efforts to dismantle specific networks of violent extremists that threaten America.“<sup>664</sup> Denn George W. Bush hatte den Krieg gegen den Terror stets als einen grundlegenden Ordnungskonflikt zwischen zwei konkurrierenden Lebensformen charakterisiert, in dem sich abseits der militärischen Kampagnen auch eine nationale Selbstvergewisserung der Vereinigten Staaten vollziehe (Kapitel 4.3). Folglich waren nach den Negativerfahrungen im Zuge des Irakkrieges auch die kollektiven Selbstzweifel eng mit diesem Begriff verknüpft, wie der frühere Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, in der Tageszeitung *The Washington Post* im März 2007 betonte: „The damage these three words [war on terror] have done – a classic self-inflicted wound – is infinitely greater than any wild dreams entertained by the fanatical perpetrators of the 9/11 attacks.“<sup>665</sup> Indem Obama den Krieg gegen den Terror für beendet erklärte, löste er sich daher von dieser inzwischen diskreditierten identitätsstiftenden Dimension des Konfliktes. Mit der Präsidentschaft Barack Obamas endete demnach zwar keineswegs die Terrorismus-Bekämpfung der Vereinigten Staaten, in weiten Teilen aber die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror. Bei der Vermittlung eines US-amerikanischen Selbstverständnisses richtete der 44. Präsident stattdessen den Blick ins Landesinnere.

\*\*\*

Dass Obamas Präsidentschaft einen innenpolitischen Schwerpunkt erhalten würde, legten bereits die Rahmenbedingungen nahe: Die Endphase der Amtszeit seines Vorgängers Bush war

---

<sup>662</sup> Rhodes, Ben: *The World as It Is. A Memoir of the Obama White House*. New York 2018; Gates, Robert M.: *Duty: Memoirs of a Secretary of War*. New York 2014, S. 298f.

<sup>663</sup> Dudziak 2012: *War Time*, S. 128.

<sup>664</sup> *Public Papers of Barack H. Obama*. 2013, Book 1, S. 482. Bereits im März 2009 wurden Mitarbeitende der neuen US-Administration intern angewiesen, künftig den Terminus „war on terror“ durch den Begriff „overseas contingency operation“ zu ersetzen. Vgl. Kamen, Al: *The End of the Global War on Terror*. *The Washington Post*. 23. März 2009.

<sup>665</sup> Brzezinski, Zbigniew: *Terrorized by ‚War on Terror‘. How a Three-Word Mantra Has Undermined America*. *The Washington Post*. 25. März 2007, B01.

zum einen von einem außenpolitischen Überdruß geprägt und zum anderen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge der globalen Banken- und Finanzkrise ab 2007. In diesem Zusammenhang forderte Obama in seiner 2010 veröffentlichten Sicherheitsstrategie eine Beendigung kostspieliger Kriege im Ausland, um sich auf die Wiederbelebung der heimischen Wirtschaft fokussieren zu können: „Our strategy starts by recognizing that our strength and influence abroad begins with the steps we take at home. We must grow our economy and reduce our deficit.“<sup>666</sup> Als Obama im Juni 2011 den US-Truppenabzug aus Afghanistan ankündigte, begründete er dies erneut mit der Notwendigkeit von Investitionen im eigenen Land: „America, it is time to focus on nation-building here at home.“<sup>667</sup>

Auch Obamas Identitätsstiftung vollzog sich in einem innenpolitischen Kontext, wobei das Narrativ des Amerikanischen Traumes eine wiederkehrende Konstante bildete. Bereits in seiner ersten landesweit beachteten Rede auf dem Parteitag der Demokraten im Juli 2004 hatte er wie erwähnt seine persönliche Biographie als Beleg für eine besondere soziale Mobilität in den Vereinigten Staaten angeführt, die nicht von der Herkunft einer Person abhängt (Kapitel 6.3). Der Vorwahlkampf der Demokratischen Partei für die Präsidentschaftswahl 2008 zwischen Obama und Hillary Clinton rückte die Frage nach den Aufstiegschancen für alle Gesellschaftsmitglieder erneut in den Fokus, da zuvor weder eine Person afroamerikanischer Abstammung noch eine Frau in das höchste politische Amt des Landes gewählt worden war.<sup>668</sup>

Nach seinem Wahlsieg fokussierte sich Obama auf die Reformierung des Gesundheitswesens als politisches Leuchtturmprojekt zur Verwirklichung des Amerikanischen Traumes.<sup>669</sup> Im Rahmen der Verabschiedung des Gesetzes über eine verpflichtende Krankenversicherung für alle US-Amerikanerinnen und -Amerikaner stellte er am 21. März 2010 einen direkten Bezug zum dahinterstehenden Narrativ her: „In the end, what this day represents is another stone firmly laid in the foundation of the American Dream.“ In seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2012 sah Obama hieran anknüpfend im Prinzip der Chancengleichheit – und nicht mehr in der globalen Verbreitung von Demokratien wie noch zuvor Präsident Bush – den zeitübergreifenden Kern der USA, als er mit Blick auf frühere

---

<sup>666</sup> National Security Strategy 2010, i.

<sup>667</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2011, Book 1, S. 693. Den innenpolitischen Schwerpunkt von Obamas Präsidentschaft belegten die Kommunikationswissenschaftler Kevin Coe und Rico Neumann in einer vergleichenden Analyse zentraler Reden der US-Präsidenten seit Franklin D. Roosevelt. Während die Ansprachen George W. Bushs (56 Prozent) und vor allem seines Vaters (62 Prozent) häufiger im außenpolitischen Kontext angesiedelt waren, befassten sich die Reden Bill Clintons (63 Prozent) und noch deutlicher Barack Obamas (67 Prozent) mehrheitlich mit innenpolitischen Fragen. Vgl. Coe/Neumann 2011: Major Addresses, S. 737.

<sup>668</sup> Mousavi, Mohammad A. / Kurki, Fatemeh: Americans and the American Dream in Obama's 2008 Campaign Speeches. *International Journal of Humanities and Social Sciences* 5 (2015), S. 172.

<sup>669</sup> Damit unterschied er sich vom Ansatz George W. Bushs, der vor dem 11. September 2001 die Gewährleistung des Amerikanischen Traumes an Investitionen in das Bildungswesen geknüpft hatte (Kapitel 3.2).

Generationen bemerkte: „They understood they were part of something larger, that they were contributing to a story of success that every American had a chance to share the basic American promise that if you worked hard, you could be well enough to raise a family, own a home, send your kids to college, and put a little away for retirement.“ Die Aufrechterhaltung dieser Aufstiegsmöglichkeiten sei gegenwärtig noch immer die drängendste Aufgabe in den USA: „The defining issue of our time is how to keep that promise alive. No challenge is more urgent. No debate is more important.“ Im Gegensatz dazu hatte George W. Bush vier Jahre zuvor an gleicher Stelle in seiner letzten Rede zur Lage der Nation die zentrale Herausforderung für die Vereinigten Staaten noch im Bereich der Außenpolitik verortet und die Bekämpfung des Terrorismus als „the defining ideological struggle of the 21st century“ bezeichnet.<sup>670</sup>

Eine Parallele zwischen Bushs und Obamas Identitätsstiftung bestand jedoch: Beide Präsidenten einte das Bestreben, alle in den USA lebenden gesellschaftlichen Gruppen in das nationale Selbstverständnis einzuschließen und die persönlichen Spezifika des jeweiligen Präsidenten nicht zu stark ins Zentrum zu stellen: Während Bush trotz seiner Gläubigkeit das Bild einer christlichen Nation zu vermeiden versucht hatte (Kapitel 3.2 und 5.2), bezog Obama den Amerikanischen Traum nicht ausschließlich auf eine afroamerikanische Zielgruppe. Vielmehr charakterisierte er seine Lebensgeschichte als einen exemplarischen und zugleich austauschbaren Beleg für die grundsätzliche Irrelevanz der Herkunft eines Menschen in den USA.<sup>671</sup>

Dass diese Ausrichtung der nationalen Identitätsbestimmung im Anspruch eines Präsidenten zur Repräsentation der gesamten Bevölkerung begründet war, legt ein Blick auf die beiden ersten von Obama verfassten Bücher nahe: Nachdem Obama in seiner Autobiographie aus dem Jahr 1995 im Buchtitel *Dreams from my Father* auf seinen kenianischen Vater und im Untertitel „A Story of Race and Inheritance“ auf ethnische Aspekte rekurriert hatte, war diese potenziell polarisierende Thematik 2006 in Obamas zweitem Buch angesichts gestiegener politischer Ambitionen in den Hintergrund getreten: *The Audacity of Hope* thematisierte eher Obamas politische Grundsätze als seine Lebensgeschichte und bezog sich im Untertitel „Thoughts on Reclaiming the American Dream“ auf ein breit verankertes Narrativ.<sup>672</sup>

---

<sup>670</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2010, Book 1, S. 399; Public Papers of Barack H. Obama. 2012, Book 1, S. 69; Public Papers of George W. Bush. 2008, Book 1, S. 120.

<sup>671</sup> Schild, Georg: Too Angry? Not Angry Enough? Rassenproblematik und Bürgerrechte in Reden Barack Obamas. In: Weibler, Jürgen (Hg.): Barack Obama und die Macht der Worte. Wiesbaden 2010, S. 100-121; Augoustinos, Martha / De Garis, Stephanie: ‚Too Black or Not Black Enough‘: Social Identity Complexity in the Political Rhetoric of Barack Obama. *European Journal of Social Psychology* 42 (2012), S. 564-577.

<sup>672</sup> Obama, Barack: *Dreams from my Father: A Story of Race and Inheritance*. New York 1995; Obama, Barack: *The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream*. New York 2006.

Auch bei der personellen Besetzung seiner Administration berücksichtigte Obama die afroamerikanische Bevölkerung nicht in besonderem Maße: Während unter Präsident Bill Clinton sieben und unter George W. Bush vier Afroamerikanerinnen und Afroamerikaner Ministerien leiteten, waren es unter Obama lediglich drei: Anthony Foxx fungierte ab 2013 als Verkehrsminister, während Eric Holder (2009 bis 2015) und Loretta Lynch (2015 bis 2017) dem Justizministerium vorstanden. Sie prangerten eine fortbestehende und auf Äußerlichkeiten basierende Ungleichbehandlung in den Vereinigten Staaten dann auch weitaus offener als der Präsident selbst an: Bereits kurz nach seiner Vereidigung bezeichnete Holder die USA diesbezüglich als „nation of cowards“, die unliebsame Themen verdränge anstatt eine wirkliche Reform des Justizwesens anzustreben.<sup>673</sup> Obama dagegen bekräftigte im August 2012 in einem Interview mit dem Magazin *Black Enterprise* seinen Anspruch, alle Gruppen in den Vereinigten Staaten gleichermaßen zu vertreten: „I’m not the president of Black America. I’m the president of the United States of America.“<sup>674</sup>

Entsprechend schnell verflog die anfängliche Euphorie in afroamerikanischen Kreisen, die bei der Präsidentschaftswahl 2008 mit großer Mehrheit für Obama gestimmt hatten. Die Amerikanistin Keeanga-Yamahtta Taylor betitelte Obamas Amtszeit als „The End of an Illusion“ und stellte fest: „Barack Obama became president at a time when black people needed help the most, yet he has done precious little.“<sup>675</sup> Das landesweite Aufkommen der Black Lives Matter-Bewegung nach der Ermordung des afroamerikanischen Schülers Michael Brown durch einen weißen Polizisten im August 2014 in der Stadt Ferguson im Bundesstaat Missouri lässt sich hierbei als Reaktion auf das von Obama gelassene Vakuum deuten: Eine soziale Bewegung deckte den Bedarf an subnationaler Repräsentation, die der Präsident als Vertreter des gesamten Landes nicht leisten konnte oder wollte. Der Historiker Peniel Joseph betonte mit Blick auf Obama und Black Lives Matter: „[T]hey spoke entirely different languages.“<sup>676</sup>

Es blieb nicht die einzige Gruppe, die mit dem Präsidenten fremdelte: Auch unter weißen Gesellschaftsschichten in den USA zog Obama Unmut auf sich, der 2009 durch die Gründung der rechtskonservativen „Tea Party“-Bewegung zum Ausdruck kam. Ein Jahr später stellte der Kolumnist Dinesh D’Souza den 44. US-Präsidenten in dem Buch *The Roots of Obamas Rage* in die Tradition eines afroamerikanischen Nationalismus und der Vorstellung einer „black supremacy“, die im 20. Jahrhundert unter anderem der Aktivist Elijah Muhammad vertreten

---

<sup>673</sup> Joseph, Peniel E.: Barack Obama and the Movement for Black Lives: Race, Democracy, and Criminal Justice in the Age of Ferguson. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): The Presidency of Barack Obama. A First Historical Assessment. Princeton 2018, S. 129.

<sup>674</sup> Dingle, Derek T.: Oval Office Interview with President Barack Obama. *Black Enterprise*. 6. August 2012.

<sup>675</sup> Taylor, Keeanga-Yamahtta: From #BlackLivesMatter to Black Liberation. Chicago 2016, S. 12.

<sup>676</sup> Joseph 2018: Barack Obama and the Movement for Black Lives, S. 142.

hatte.<sup>677</sup> Derartige Vergleiche mögen angesichts Obamas offener Zurückweisung einer dezidiert afroamerikanischen Agenda überraschen, erschließen sich aber durch eine Einbettung in einen größeren Zusammenhang: Obamas Aufstieg bis in das höchste Staatsamt sowie sein eloquentes Auftreten stellten die historisch gewachsene Annahme eines angelsächsischen Kerns in den Vereinigten Staaten (Kapitel 3.2) infrage, die über Jahrhunderte verbreitet gewesen war und seit den 1960er-Jahren als Gegenreaktion auf die Bürgerrechtsbewegung im Rahmen der „culture wars“ (Kapitel 6.3) wieder verstärkt vorgebracht wurde.

Die Kritik an Obama aus diesem politischen Spektrum bezog sich dabei oft auf sein Äußeres. Bei einer Demonstration der Tea Party am 12. September 2009 in Washington wurde Obama auf zahlreichen Plakaten mit einem Fokus auf seine afrikanischen Wurzeln dargestellt, während ihn der Republikaner Newt Gingrich 2010 mit einem „Kenyan, anticolonial behavior“ in Verbindung brachte.<sup>678</sup> Die Birther-Bewegung äußerte schließlich nie belegte Zweifel, ob Obama tatsächlich auf Hawaii und damit auf US-amerikanischem Staatsgebiet geboren wurde, womit sie zugleich die Rechtmäßigkeit seiner Wahl zum Präsidenten infrage stellte.<sup>679</sup>

Mit Blick auf Barack Obamas Identitätsstiftung lassen sich damit zwei grundlegende Beobachtungen festhalten. Einerseits knüpfte Obama durch Verweise auf den Amerikanischen Traum und den Miteinbezug aller Gesellschaftsgruppen weitaus stärker an etablierte nationale Selbstverständnisse an, als es seine Wechsel-Rhetorik während des Wahlkampfs 2008 und die damit verbundenen Erwartungen an einen Neuanfang hätten vermuten lassen.<sup>680</sup> Andererseits aber gelang Obama hiermit nicht die anvisierte Überwindung der bestehenden Polarisierung, die sich im Zuge des Aufkommens von Protestbewegungen wie Black Lives Matter sogar eher verfestigte als auflöste.<sup>681</sup> Ein entsprechend ernüchterndes Fazit zog der Historiker Eric Foner im Sommer 2016: „Those who thought that the election of Obama was the end of race in America have been sorely disappointed.“<sup>682</sup> Völlig unzutreffend war Obamas Feststellung in

---

<sup>677</sup> D’Souza, Dinesh: *The Roots of Obama’s Rage*. Washington 2010.

<sup>678</sup> Gerstle, Gary: *Civic Ideals, Race, and Nation in the Age of Obama*. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): *The Presidency of Barack Obama. A First Historical Assessment*. Princeton 2018, S. 272; Shear, Michael D.: *Gingrich: President Exhibits „Kenyan, Anticolonial Behavior“*. *The New York Times*. 13. September 2010.

<sup>679</sup> Butter, Michael: *The Birthers’ New World Order: Conspiracy Theories about Barack Obama*. In: Christ, Birte / Olson, Greta (Hg.): *Obama and the Paradigm Shift – Measuring Change*. Heidelberg 2012, S. 227-246.

<sup>680</sup> Barreto, Amilcar Antonio: *Obama and Enduring Notions of American National Identity*. In: Barreto, Amilcar Antonio / O’Byrne, Richard L. (Hg.): *American Identity in the Age of Obama*. New York 2014, S. 35.

<sup>681</sup> In der Endphase von Obamas Amtszeit häuften sich lokale Unruhen mit landesweiter Resonanz wie infolge der Ermordung neun afroamerikanischer US-Bürgerinnen und -Bürger im Juni 2015 in einer Kirche in Charleston oder im Zuge der Ermordung fünf weißer Polizeikräfte durch einen Afroamerikaner im Juli 2016 in Dallas.

<sup>682</sup> Foner, Eric: *A Usable Past: Interview with Richard Kreiter, Assistant Editor of The Nation*. 20. Juli 2016. In: Ders.: *Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from The Nation*. London 2017, S. 219.

dem eingangs erwähnten Interview (Kapitel 1) also nicht, wonach das größte unerfüllte Desiderat seiner Amtszeit in der Entwicklung eines breit akzeptierten nationalen Narrativs liege. Wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl 2012 griff der Journalist Matt Bai diese Aussage Obamas in einem Artikel in der *New York Times* unter dem Titel „Still Waiting for the Narrator in Chief“ auf.<sup>683</sup>

## 7.2 Donald Trump: Repräsentant der eigenen Anhängerschaft

Durch die US-amerikanische Gesellschaft verliefen also bereits innere Konfliktlinien, lange bevor Donald Trump im November 2016 nach einem aggressiv geführten Wahlkampf zum 45. Präsidenten gewählt wurde. Allerdings war Trump im Gegensatz zu seinen Vorgängern nicht mehr bestrebt, dieser Entwicklung durch den Miteinbezug möglichst vieler Gruppen in ein nationales Selbstverständnis entgegenzuwirken. Stattdessen orientierte er sich auch nach der Wahl weiter eng an seiner Anhängerschaft, wie der Kolumnist Thomas Friedman von der *New York Times* in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* im Oktober 2018 betonte: „Donald Trump will nicht Präsident des ganzen Landes sein. Sein Kalkül ist, eine knappe Mehrheit zu überzeugen. 50,001 Prozent der Stimmen genügen ihm.“<sup>684</sup>

Die zugrundeliegende konfrontative Kommunikationskultur entstand nicht erst im Zuge der Präsidentschaftskandidatur, sondern fußte maßgeblich auf Trumps Ethos als Geschäftsmann: Bereits im Jahr 2000 hatte die Journalistin Gwenda Blair in ihrem Buch *The Trumps* das Kapitel über Donald Trump mit „Born to Compete“ betitelt.<sup>685</sup> Als Präsident wandte Trump schließlich die Mechanismen der Aus- und Abgrenzung (Kapitel 2.2) nicht mehr nur in Interaktion der Vereinigten Staaten mit der Außenwelt an, wie es für den Krieg gegen den Terror unter George W. Bush charakteristisch gewesen war. Stattdessen bediente er sich zur Schärfung eines kollektiven Gruppenbewusstseins unter seinen Anhängerinnen und Anhängern auch zahlreicher verbaler Angriffe auf Personen und Institutionen im Landesinneren.

Eine Konstante bildete dabei die scharfe Grenzziehung zwischen der US-amerikanischen Bevölkerung und einer herrschenden politischen Elite, von der Trump sich als Quereinsteiger in die Politik ausnahm. Diese duale Denkfigur prägte vor allem den Wahlkampf und die Rede zur Amtseinführung am 20. Januar 2017, in der Trump betonte: “[T]oday we are not merely

---

<sup>683</sup> Bai, Matt: Still Waiting for the Narrator in Chief. *The New York Times*. 4. November 2012, MM16.

<sup>684</sup> Friedman, Thomas: Trump gibt den Ton vor. *Der Spiegel* 44 (2018), S. 98.

<sup>685</sup> Blair, Gwenda: *The Trumps. Three Generations that Built an Empire*. New York 2000, S. 223.

transferring power from one administration to another or from one party to another, but we are transferring power from Washington, DC, and giving it back to you, the people.“ Anschließend beschuldigte er die Mehrzahl der Politikerinnen und Politiker, persönliche Interessen zulasten der Menschen in den USA priorisiert zu haben: „For too long, a small group in our nation’s capital has reaped the rewards of government while the people have borne the cost. Washington flourished, but the people did not share in its wealth. Politicians prospered, but the jobs left, and the factories closed. The establishment protected itself, but not the citizens of our country.“<sup>686</sup>

Weiten Teilen der Medienlandschaft unterstellte Trump indessen eine voreingenommene und unwahre Berichterstattung, wobei insbesondere die Tageszeitung *The New York Times* und der Nachrichtensender CNN wiederholt im Fokus standen. Am Tag nach seiner Amtseinführung sprach Trump in einer Rede im CIA-Hauptquartier – in der Tradition der in den Vereinigten Staaten gängigen metaphorischen Verwendung des Kriegsbegriffs (Kapitel 4.2) – von einem Krieg gegen die Medien, ehe sein damaliger Chefstrategie Stephen Bannon in der darauffolgenden Woche in einem Interview kritische Journalistinnen und Journalisten zum eigentlichen Gegner der Trump-Administration und ihrer Anhängerschaft erklärte: „The media here is the opposition party. They don’t understand this country.“<sup>687</sup> Am 17. Februar 2017 knüpfte Trump hieran an, als er auf dem Nachrichtendienst Twitter nach Berichten über eine russische Einmischung in den US-Wahlkampf des Vorjahres erklärte: „The FAKE NEWS media (...) is not my enemy, it is the enemy of the American People!“<sup>688</sup> Die Nachrichtenmedien waren damit nicht mehr nur – wie noch während des Krieges gegen den Terror – Mitgestalter der kollektiven Identitätskonstruktionen, sondern auch deren Gegenstand: Der Begriff der „fake news“ fungierte in Trumps Narrativ als negativer Gegenpol zur Schärfung eines gemeinsamen Bewusstseins, während in den Reden George W. Bushs noch der internationale Terrorismus diese Funktion inne gehabt hatte.

Trump sprach jedoch nicht nur weiten Teilen der Medien und der politischen Elite, sondern auch ganzen gesellschaftlichen Gruppen die Zugehörigkeit zu einem positiv konnotierten Kern

---

<sup>686</sup> Trump, Donald J.: Inaugural Address. January 20, 2017. The White House. Auch das Gerichtswesen oder Behörden wie das FBI kritisierte Trump bei Meinungsverschiedenheiten derart stark, dass der Kulturwissenschaftler Lawrence Grossberg eine „vision of a nation without a state“ als Leitprinzip ausmachte. Grossberg 2018: *Under the Cover of Chaos*, S. 137; Jamieson, Kathleen Hall / Taussig, Doron: *Disruption, Demonization, Deliverance, and Norm Destruction: The Rhetorical Signature of Donald J. Trump. Political Science Quarterly* 132 (2017), S. 635-640.

<sup>687</sup> Grynbaum, Michael M.: Top Strategist Casts Media as „Opposition Party“. *The New York Times*. 27. Januar 2017, A1; Turcott, Jason: „Enemies of the People“: Elites, Attacks, and News Trust in the Era of Trump. In: Hayes, Arthur S. / McKinney, Mitchell S. / Stuckey, Mary E. (Hg.): *Communication in the Age of Trump*. New York 2018, S. 73-90; Kellner, Douglas: Trump’s War against the Media, Fake News, and (A)Social Media. In: Happer, Catherine / Hoskins, Andrew / Merrin, William (Hg.): *Trump’s Media War*. Cham 2019, S. 47-67.

<sup>688</sup> Trump, Donald J.: Tweet. February 17, 2017. 1:48 PM.

der USA ab. Während des Präsidentschaftswahlkampfes forderte er wiederholt ein generelles Einreiseverbot für alle Angehörigen des Islam, was er am 9. März 2016 gegenüber CNN mit einem Hass der islamischen Religion auf die Vereinigten Staaten begründete: „I think Islam hates us. (...) There’s an unbelievable hatred of us.“<sup>689</sup> Rund drei Wochen später rückte er die Auseinandersetzung mit dem Islam bei einem Auftritt in Wisconsin in die Nähe eines Religionskrieges: „We have a major, major problem. This is, in a sense, this is a war.“<sup>690</sup> Diese Einstufung unterschied sich grundlegend von der öffentlichen Position George W. Bushs, der den Krieg gegen den Terror explizit nicht als religiösen Konflikt charakterisiert hatte und vor allem anfangs um eine Inschutznahme des Islam bemüht gewesen war (Kapitel 5.2). Trump hingegen brachte die Ereignisse des 11. Septembers nicht wie Bush mit dem internationalen Terrorismus, sondern mit der islamischen Welt in Verbindung: In einem Interview mit dem Sender ABC berichtete er am 22. November 2015 rückblickend von einer jubelnden Menschenmenge arabischer Herkunft, die er am Tag der Anschläge in New Jersey beobachtet habe: „There were people over in New Jersey that were watching it, a heavy Arab population, that were cheering as the buildings came down.“<sup>691</sup>

Neben muslimischen Gläubigen war auch die hispanische sowie die afroamerikanische Bevölkerung in den USA mehrfach abwertenden Bemerkungen Trumps ausgesetzt. In der Rede zur Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur am 16. Juni 2015 warnte Trump vor mexikanischen Einwanderinnen und Einwanderern, die er von seiner zuhörenden Anhängerschaft abgrenzte: „When Mexico sends its people, they’re not sending their best. They’re not sending you. (...) They’re bringing drugs. They’re bringing crime. They’re rapists.“<sup>692</sup> Als Konsequenz forderte Trump eine Abschottung durch den Bau einer Mauer an der Südgrenze der Vereinigten Staaten, den er nach seinem Wahlsieg weiter vorantrieb.<sup>693</sup> Im August 2017 sorgte der Präsident schließlich für Aufsehen, als er gewaltsame Ausschreitungen unter dem Motto „Unite the Right“ gegen Menschen afroamerikanischer Herkunft in der Stadt Charlottesville auf einer Pressekonferenz relativierte: „[Y]ou also had people that were very

---

<sup>689</sup> Healy, Patrick / Barbaro, Michael: Trump Wants to Block Entry of All Muslims. *The New York Times*. 8. Dezember 2015, A1; Schleifer, Theodore: Donald Trump: „I Think Islam Hates Us.“ CNN. 9. März 2016; Braunstein, Ruth: Muslims as Outsiders, Enemies, and Others: The 2016 Presidential Election and the Politics of Religious Exclusion. In: Mast, Jason L. / Alexander, Jeffrey C. (Hg.): *Politics of Meaning/Meaning of Politics. Cultural Sociology and the 2016 U.S. Presidential Election*. Cham 2019, S. 185-206.

<sup>690</sup> CNN Milwaukee Republican Presidential Town Hall. Donald Trump. Full Transcript. March 29, 2016.

<sup>691</sup> Coulter, Ann: In Trump We Trust. *E Pluribus Awesome!* New York 2016, S. 117.

<sup>692</sup> Gamboa, Suzanne: Donald Trump Announces Presidential Bid by Trashing Mexico, Mexicans. NBC. 16. Juni 2015.

<sup>693</sup> Im Januar 2018 twitterte Trump hierzu: „We need the Wall for the safety and security of our country. We need the Wall to help stop the massive inflow of drugs from Mexico, now rated the number one most dangerous country in the world.“ Trump, Donald J.: Tweet. January 18, 2018. 5:16 AM.

fine people on both sides.“<sup>694</sup> Auch in der Folgezeit äußerte sich Trump auf Twitter mehrfach negativ über afroamerikanische Bürgerinnen und Bürger der USA: Im September 2017 forderte er die Entlassung der gegen Rassismus protestierenden Profisportler der National Football League (NFL), im Juli 2019 verunglimpfte er die Einwohnerschaft der mehrheitlich afroamerikanisch geprägten Stadt Baltimore.<sup>695</sup>

Durch diese Diffamierungen verkleinerte sich der Personenkreis, den Trump in sein Identitätsnarrativ der Vereinigten Staaten einschloss: Zwar rekurrierte er in seinem Wahlkampfeslogan „Make America Great Again“ auf die gesamte Nation, sprach in der konkreten Ausgestaltung dieser Worthülle aber nur eine weiße Teilmenge der US-amerikanischen Bevölkerung an.<sup>696</sup> Entsprechend verorteten mehrere Analysen die von Trump vermittelte Identität unterhalb der nationalen Ebene: Als sich der Präsident infolge der Unruhen in Charlottesville durch Kritik an der Entfernung einer Statue des Generals Robert E. Lee zu einem Fürsprecher des weißen Südens machte, sah die *New York Times* darin die Vermittlung einer „southern identity“.<sup>697</sup> Im Oktober 2017 bezeichnete schließlich der afroamerikanische Journalist Ta-Nehisi Coates Trump als ersten weißen Präsidenten unter Verweis auf die von ihm repräsentierte Gruppe.<sup>698</sup>

Die diesbezügliche Singularität Trumps unter den US-Präsidenten der jüngeren Geschichte manifestierte sich im Juni 2020, als nach dem Tod des Afroamerikaners George Floyd infolge eines gewaltsamen Polizeieinsatzes in Minneapolis landesweite Demonstrationen gegen Alltagsrassismus und für Gleichberechtigung aufkamen. Während Trump wenig Verständnis zeigte und den Protestierenden die Störung der öffentlichen Ordnung vorwarf, kritisierten alle vier noch lebenden Ex-Präsidenten – Jimmy Carter, Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama – in Stellungnahmen eine anhaltende Ungleichbehandlung in den Vereinigten Staaten.<sup>699</sup> Trumps früherer Verteidigungsminister James Mattis verwies hierbei in einem Kommentar im Magazin *The Atlantic* auf die Neuartigkeit des Ansatzes, als Staatsoberhaupt

---

<sup>694</sup> The President’s Words on Hatred and History. *The New York Times*. 16. August 2017, A12.

<sup>695</sup> Trump, Donald J.: Tweet. September 23, 2017. 8:18 PM; Trump, Donald J.: Tweet. July 27, 2019. 1:14 PM; Berg, Manfred: Von Barack Obama zu Donald Trump. Martin Luther Kings Traum vor dem Ende? *APuZ* 18 (2017), S. 23.

<sup>696</sup> Auch innerhalb dieser weißen Gruppe grenzte Trump noch Personenkreise aus, indem er beispielsweise auf einer Wahlkampf-Veranstaltung im November 2015 einen körperlich beeinträchtigten Journalisten abwertend nachahmte. Vgl. Kessler, Glenn: Donald Trump’s Revisionist History of Mocking a Disabled Reporter. *The Washington Post*. 2. August 2016.

<sup>697</sup> Robertson, Campbell / Blinder, Alan / Fausset, Richard: Monument Debate Spurs Calls for a Reckoning in the South. *The New York Times*. 19. August 2017, A1.

<sup>698</sup> Coates, Ta-Nehisi: The First White President. The Foundation of Donald Trump’s Presidency Is the Negation of Barack Obama’s Legacy. *The Atlantic*. Oktober 2017, S. 74-87.

<sup>699</sup> Rucker, Philip: All Four Living Ex-Presidents Draw a Sharp Contrast with Trump on Systemic Racism. *The Washington Post*. 4. Juni 2020.

keine Zusammenführung aller gesellschaftlichen Gruppen anzustreben: „Donald Trump is the first president in my lifetime who does not try to unite the American people – does not even pretend to try. Instead he tries to divide us.“<sup>700</sup>

Diese sprachliche Spaltung schlug sich auch in den Analogiebildungen des Präsidenten nieder. In seiner Rede zum Unabhängigkeitstag am 4. Juli 2020 kritisierte Trump die Forderung nach einer Entfernung der Denkmäler einstiger Südstaaten-Generäle und Sklaverei-Befürworter aus der Zeit Bürgerkrieges, wobei er die Demonstrierenden als radikale Linke diffamierte und in eine Reihe mit früheren außenpolitischen Kontrahenten der USA stellte: „American heroes defeated the Nazis, dethroned the fascists, toppled the communists, saved American values, upheld American principles, and chased down the terrorists to the very ends of the Earth. We are now in the process of defeating the radical left. (...) We will never allow an angry mob to tear down our statues.“<sup>701</sup>

Im Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfes des Jahres 2020 weitete Trump diesen Personenkreis aus, indem er die gesamte Demokratische Partei als Bedrohung für die US-amerikanische Lebensweise bezeichnete. Am 27. September betonte er auf einer Pressekonferenz mit Blick auf das Recht auf Waffenbesitz und die Beschränkung der Einwanderung: „[I]f they [the Democrats] win, they will nominate justices who will destroy the American way of life, the American Dream. (...) They’ll destroy the United States of America.“<sup>702</sup> Während Trump damit den Gegenpol zu einem US-amerikanischen Wir im Landesinneren verortete, hatte George W. Bush in seiner Identitätsordnung den Fokus auf den internationalen Rahmen gerichtet und den Terrorismus als zentralen Nachfolger der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts charakterisiert (Kapitel 5.1).

Auch die Einstufung von Immigration als Bedrohung – etwa durch die Titulierung syrischer Geflüchteter als Trojanisches Pferd<sup>703</sup> – unterschied Trump grundlegend von seinen Vorgängern. George W. Bush hatte 2001 in seiner Amtseinführungsrede Einwanderung als Bereicherung beschrieben und sich gegen äußerliche Kriterien bei der Frage nach der Zugehörigkeit zu einem US-amerikanischen Kollektiv ausgesprochen: „America has never been united by blood or birth or soil. We are bound by ideals that move us beyond our backgrounds (...). And every immigrant, by embracing these ideals, makes our country more,

---

<sup>700</sup> Goldberg, Jeffrey: James Mattis Denounces President Trump, Describes Him as a Threat to the Constitution. *The Atlantic*. 3. Juni 2020.

<sup>701</sup> Remarks by President Donald J. Trump at the 2020 Salute to America. July 4, 2020. The White House.

<sup>702</sup> Remarks by President Donald J. Trump in Press Briefing. September 27, 2020. The White House.

<sup>703</sup> Tanfani, Joseph: Donald Trump Warns that Syrian Refugees Represent a „Great Trojan Horse“ to the U.S. *Los Angeles Times*. 19. Oktober 2016.

not less American.“<sup>704</sup> Ebenso hatte auch Barack Obama acht Jahre später bei seiner Inauguration den Mehrwert kultureller Vielfalt für die Vereinigten Staaten bekräftigt: „[W]e know that our patchwork heritage is a strength, not a weakness. (...) We are shaped by every language and every culture, drawn from every end of this Earth.“<sup>705</sup> Trumps Äußerungen waren im Gegensatz dazu durch einen xenophoben Protektionismus geprägt, der in den erwähnten Forderungen nach Einreiseverboten und der Errichtung einer Grenzmauer zum Ausdruck kam.

In offenkundiger Reaktion hierauf erneuerte Bush zehn Jahre nach dem Ende seiner Amtszeit das Verständnis der USA als Einwanderungsland, als er im März 2006 Immigration als „a blessing and a strength“ bezeichnete.<sup>706</sup> Auch einige amtierende Republikanische Senatoren artikulierten in Abgrenzung zu Trump diese nationale Identitätsvorstellung: Die Executive Order des Präsidenten vom 27. Januar 2017 über ein Einreiseverbot für Personen aus sieben mehrheitlich islamischen Ländern bewertete Lamar Alexander aus Tennessee als unvereinbar mit einer multireligiösen Prägung der Vereinigten Staaten: „[W]hile not explicitly a religious test, it comes close to one, which is inconsistent with our American character.“<sup>707</sup> Aus der gleichen Perspektive kritisierte Benjamin Sasse aus Nebraska im August 2017 die von Trump relativierten rechtsextremen Demonstrationen in Charlottesville: Diese stünden in Widerspruch zum Wesen der US-amerikanischen Nation, die sich über ein gemeinsames Credo und nicht über ethnische Kriterien definiere: „These people (...) have no understanding of America. This creedal nation explicitly rejects ‚blood and soil‘ nationalism.“<sup>708</sup>

Während der Präsidentschaft Donald Trumps vollzog sich also eine Debatte um zwei grundverschiedene nationale Selbstverständnisse, die der Historiker Gary Gerstle in den Begriffen „civic nationalism“ und „racial nationalism“ erfasste.<sup>709</sup> Der zweitgenannte Nationalismus war bereits lange vor Trumps politischer Karriere in der US-amerikanischen Öffentlichkeit verbreitet,<sup>710</sup> weshalb Hans Kohns Einstufung der USA als einzig wahre „civic nation“ ohne ethnische Zugehörigkeitskriterien (Kapitel 5.4) die Diskussionen um eine

---

<sup>704</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 1, S. 1. Diese Position behielt Bush auch nach den Anschlägen vom 11. September zumindest in seinen öffentlichen Äußerungen bei, als er etwa 2006 erleichterte Aufenthaltsbedingungen für illegal eingereiste Hispanics befürwortete. Vgl. Public Papers of George W. Bush. 2006, Book 1, S. 928-932.

<sup>705</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2009, Book 1, S. 2f.

<sup>706</sup> Watkins, Eli: George W. Bush: „Immigration Is a Blessing and a Strength.“ CNN. 18. März 2019.

<sup>707</sup> Fandos, Nicholas: More G.O.P. Lawmakers Fault Order on Refugees. *The New York Times*. 30 Januar 2017, A15.

<sup>708</sup> Sasse, Benjamin: Tweet. August 12, 2017. 12:25 AM.

<sup>709</sup> Gerstle 2018: Civic Ideals, S. 262/268.

<sup>710</sup> Schon zur Zeit der Staatsgründung hatte sich John Jay 1787 im zweiten Federalist Paper für die Schaffung einer Nation christlich-angelsächsischer Prägung ausgesprochen. Deren Bevölkerung definierte er als „one united people – a people descended from the same ancestors, speaking the same language, professing the same religion, attached to the same principles of government.“ Hamilton/Madison/Jay 1961: *The Federalist Papers*, S. 38.

nationale Identitätsvorstellung nicht vollständig abbildet. Insbesondere seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen als Gegenreaktion auf die größer werdende Diversität der US-amerikanischen Gesellschaft vermehrt Forderungen nach einer Rückbesinnung auf einen christlichen und weißen Ursprung der Vereinigten Staaten auf: Der Politologe Samuel Huntington warnte 2004 in *Who Are We?* (Kapitel 3.2) ebenso vor einer zu großen kulturellen Vielfalt wie zwei Jahre später der Autor Patrick Buchanan, der in seinem Buch *State of Emergency* betonte: „It is not true that all creeds and cultures are equally assimilable in a First World nation born of England, Christianity, and Western civilization. Race, faith, ethnicity and history leave genetic fingerprints no ‚proposition nation‘ can erase (...). Race matters. Ethnicity matters. (...) Multiculturalist ideology be damned, this is what history teaches.“<sup>711</sup> Auch Donald Trump stellte sich bereits 2011 implizit in die Tradition dieser Auffassung durch seine Wortführerschaft in der Birther-Bewegung gegen Barack Obama (Kapitel 7.1).<sup>712</sup>

Das Narrativ Trumps bildete aus dieser Perspektive kein präzedenzloses Novum, sondern den vorläufigen Kulminationspunkt einer längerfristigen Entwicklung: Während seine Vorgänger ein nationales Selbstverständnis der kulturellen Vielfalt vermittelt hatten, erreichte mit Trump eine bislang außerhalb der US-Administrationen artikulierte weiße Identitätsvorstellung das Präsidentenamt.<sup>713</sup> Wenige Tage vor den Wahlen 2016 erklärte die Journalistin Amanda Taub in der *New York Times* den Zuspruch für Trump in diesem Sinne mit einer „crisis of white identity“: In den vorangegangenen Jahrzehnten habe ein Rückgang des weißen Bevölkerungsanteils in Verbindung mit einer zunehmenden Gleichstellung anderer gesellschaftlicher Gruppen Ängste vor einer Auflösung bestehender Hierarchien und vor einem Bedeutungsverlust der vormals dominierenden Elite forciert. Als Folge sah Taub – rekurrierend auf eine Unterscheidung des Anthropologen Ralph Linton zwischen erlangter und zugeschriebener Identität – eine wachsende Bedeutung unabänderlicher äußerer Charakteristika: „For many Western whites, opportunities for achieved identity – the top of the

---

<sup>711</sup> Buchanan, Patrick J.: *State of Emergency: The Third World Invasion and Conquest of America*. New York 2006, S. 248/252; Lozada, Carlos: Samuel Huntington, a Prophet for the Trump Era. *The Washington Post*. 18. Juli 2017.

<sup>712</sup> Auch der 1996 ins Leben gerufene Nachrichtensender Fox News und die 2007 gestartete Internetseite Breitbart News lassen sich innerhalb dieser weißen Identitätsbewegung verorten. Vgl. Hemmer, Nicole: *Messengers of the Right: Conservative Media and the Transformation of American Culture*. Philadelphia 2016; Kreiss, Daniel: *The Media Are about Identity, not Information*. In: Boczkowski, Pablo J. / Papacharissi, Zizi (Hg.): *Trump and the Media*. Cambridge Mass. 2018, S. 96.

<sup>713</sup> Der Historiker Michael Kazin deutete das Gesellschaftsbild Trumps als Bestandteil einer seit den 1960er-Jahren ausgetragenen weltanschaulichen Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Konservativen. Vgl. Kazin, Michael: *America's Never-Ending Culture War*. *The New York Times*. 26. August 2018, SR4; Nabers, Dirk / Stengel, Frank A.: *Sedimented Practices and American Identity in Donald J. Trump's Election Campaign*. In: Stengel, Frank A. / MacDonald, David B. / Nabers, Dirk (Hg.): *Populism and World Politics: Exploring Inter- and Transnational Dimensions*. Basingstoke 2019, S. 103-135.

hill – seem unattainable. So their ascribed identity – their whiteness – feels more important than ever.“<sup>714</sup> Diesen Befund teilte der Historiker Mark Lilla: Viele weiße US-Amerikanerinnen und -Amerikaner hätten sich im liberalen Ansatz der Demokratischen Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton nicht wiedergefunden, sehr wohl aber in den Äußerungen Donald Trumps.<sup>715</sup>

Indem Trump auch nach seinem Wahlsieg die enge Orientierung an seiner Anhängerschaft beibehielt, verlieh er dem 1980 publizierten Konzept *The Permanent Campaign* des Politikberaters Sidney Blumenthal in besonderem Maße Ausdruck.<sup>716</sup> Der Dauerwahlkampf Trumps manifestierte sich dabei durch wiederkehrende verbale Angriffe auf die Demokratische Partei vor allem während des im September 2019 eingeleiteten Amtsenthebungsverfahrens,<sup>717</sup> aber auch durch veränderte Kommunikationsformen: Zum einen avancierte der Nachrichtendienst Twitter zum bevorzugten Medium Trumps, das ihm die unmittelbare Adressierung seiner rund 80 Millionen Abonnentinnen und Abonnenten ohne direkten Einfluss zwischengeschalteter Instanzen ermöglichte.<sup>718</sup> Zum anderen hielt Trump während seiner Amtszeit regelmäßig dem Wahlkampf ähnliche Veranstaltungen ab. Bei einem solchen Auftritt am 11. Februar 2019 in El Paso wertete er den dortigen Kontext im Vergleich zu seiner Rede zur Lage der Nation sechs Tage zuvor ausdrücklich auf: „Is there any place, that’s more fun to be than a Trump rally. (...) Some people said it [the State of the Union] was a great speech. (...) [B]ut if I ever did that in El Paso, Texas, it wouldn’t work here too.“<sup>719</sup>

Die Neuartigkeit des zugrundeliegenden Amtsverständnisses Trumps zeigt ein Blick auf die Abhandlung *Defining Americans*, in der die Politikwissenschaftlerin Mary Stuckey im Jahr 2004 noch die Vermeidung einer öffentlichen Polarisierung als fest etabliertes Rollenprofil eines US-Präsidenten ausgemacht hatte: „The presidency is the repository of a certain amount of cultural consensus. Presidents do not often venture into the truly controversial but instead exercise considerable caution. (...) [P]residents, for the most part, seek broad agreement and not national polarization.“<sup>720</sup> Im Gegensatz dazu bildete die bewusst eingegangene

---

<sup>714</sup> Taub, Amanda: Behind the Gathering Turmoil, a Crisis of White Identity. *The New York Times*. 2. November 2016, A6; Linton, Ralph: *The Study of Man: An Introduction*. New York 1936.

<sup>715</sup> Lilla, Mark: The End of Identity Liberalism. *The New York Times*. 20. November 2016, SR1; Sides, John / Tesler, Michael / Vavreck, Lynn: *Identity Crisis. The 2016 Presidential Campaign and the Battle for the Meaning of America*. Princeton 2018.

<sup>716</sup> Blumenthal, Sidney: *The Permanent Campaign. Inside the World of Elite Political Operatives*. Boston 1980.

<sup>717</sup> Sullivan, Eileen: Trump, Back in Washington, Attacks Democrats over Impeachment. *The New York Times*. 23. Januar 2020.

<sup>718</sup> Turner, Fred: Trump on Twitter: How a Medium Designed for Democracy Became an Authoritarian’s Mouthpiece. In: Boczkowski, Pablo J. / Papacharissi, Zizi (Hg.): *Trump and the Media*. Cambridge Mass. 2018, S. 143-150; Kramer, Olaf: Donald Trump – Der Twitter-Präsident. In: Knape, Joachim / Kramer, Olaf / Till, Dietmar (Hg.): *Populisten – rhetorische Profile*. Tübingen 2019, S. 85-92.

<sup>719</sup> Trump, Donald J.: Political Rally in El Paso. February 11, 2019. Transcript. Factbase.

<sup>720</sup> Stuckey, Mary E.: *Defining Americans. The Presidency and National Identity*. Lawrence 2004, S. 8.

Konfrontation ein zentrales Prinzip Trumps, wie er in seinem 2015 veröffentlichten Buch *Crippled America* beispielhaft anhand seines Verhältnisses zu den Medien betonte: „I don't mind being attacked. I use the media the way the media uses me – to attract attention. (...) I have a mutually profitable two-way relationship with the media – we give each other what we need.“<sup>721</sup> Durch seine Abkehr von der Maxime einer Zusammenführung des Landes erschien Trump vielen als Gefahr für das politische System der USA und die es erhaltenden Routinen. Im Gespräch mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* betonte Francis Fukuyama im Februar 2019 hierzu: „In den vergangenen Jahrzehnten schien die Demokratie vor allem von außen bedroht, von autoritären Staaten wie China oder der Sowjetunion. Doch jetzt kommt die Bedrohung auf einmal von innen.“<sup>722</sup>

Zur Überwindung dieser Konstellation sprach sich Fukuyama in seinem Buch *Identity* für eine Rückbesinnung auf integrativere kollektive Selbstverständnisse aus, wie sie die Vorgänger Trumps im Präsidentenamt artikuliert hatten.<sup>723</sup> Während Fukuyama hierfür den nationalen Referenzrahmen im Blick hatte, erneuerte der britische Philosoph Anthony Appiah 2018 in *Rethinking Identity* unter dem Eindruck der Äußerungen Trumps sein schon zuvor vertretenes Plädoyer für kosmopolitische Identitätsbildungen, um das destruktive Potenzial exkludierender Nationalismen im 21. Jahrhundert zu überwinden.<sup>724</sup> Die Zeit der Trump-Administration war demnach geprägt durch eine zweifache Bedrohungskommunikation: Einerseits charakterisierte der Präsident verschiedene Gruppen im In- und Ausland als bedrohlich für die Vereinigten Staaten, andererseits wurde er dadurch selbst als Gefahr wahrgenommen.

---

<sup>721</sup> Trump, Donald J.: *Crippled America. How to Make America Great Again*. New York 2015, S. 10f.

<sup>722</sup> Quack, Gregor: Der Feind kommt von innen. Francis Fukuyama im Gespräch. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. 3 Februar 2019, S. 33. Diese Entwicklung kulminierte am 6. Januar 2021, als aus Worten Taten wurden: Nachdem Trump über Wochen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen nicht anerkannt hatte, rief er seine Anhängerschaft kurz vor der geplanten Bestätigung des Wahlsieges des Demokraten Joe Biden dazu auf, zum Kapitol zu marschieren. Es kam zur gewaltsamen Erstürmung des Gebäudes mit mehreren Toten und Hunderten Verletzten.

<sup>723</sup> Fukuyama, Francis: *Identity: Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition*. London 2018.

<sup>724</sup> Appiah, Anthony: *The Lies that Bind. Rethinking Identity: Creed, Country, Color, Class, Culture*. London 2018.

## 8. Zwischen Singularität und Kontinuität: Die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror im zeithistorischen Kontext

Dass die Nachfolger George W. Bushs die Identität der Vereinigten Staaten nicht mehr in Abgrenzung zum Terrorismus bestimmen würden, war anfangs nicht abzusehen: Unmittelbar nach dem 11. September 2001 verstand sich eine große Mehrheit in den USA als Teil eines nationalen Kollektivs entlang der Deutung des Präsidenten, wonach das Land aufgrund seiner freiheitlichen und zivilisierten Lebensweise den Hass der Attentäter auf sich gezogen habe. Die essenzielle Bedeutung der Anschläge für seine zuvor erfolglose Suche nach einem Leitmotiv thematisierte Bush selbst in einer Rede am 29. November 2001 in Washington: „You know, it’s interesting – I can’t imagine what a speech like this would have been like prior to September the 11th.“<sup>725</sup>

Wenig überraschend war Bush daher bestrebt, den Krieg gegen den Terror als Ordnungsmuster zu verstetigen. Wiederholt charakterisierte er die Konfrontation mit dem Terrorismus als eine Herausforderung mit unabsehbarem Ende – wie neun Tage nach den Anschlägen in seiner Ansprache vor dem Kongress: „Our war on terror begins with Al Qaida, but it does not end there. (...) Americans should not expect one battle but a lengthy campaign, unlike any other we have ever seen.“ In der Rede zur Lage der Nation 2002 erweiterte Bush den potenziellen Horizont dieser Langfristigkeit über seine Präsidentschaft und die gegenwärtige Generation hinaus: „This campaign may not be finished on our watch.“<sup>726</sup> Begünstigend auf diese zeitliche Dehnung wirkte, dass Bush einer Methode den Krieg erklärt hatte (Kapitel 4.2) und damit nicht an die Kapitulation einer Person oder eines Staates gebunden war.<sup>727</sup> Die Historikerin Mary Dudziak betonte mit Blick auf diese Zeitbezüge, dass der Krieg gegen den Terror im Gegensatz zu früheren Militäroperationen nicht mehr temporal befristet gedacht war: „[T]he seemingly endless character of the war on terror challenged the idea that war is necessarily bounded in time.“<sup>728</sup>

Neben der zeitlichen Entgrenzung des Konfliktes bediente sich Bush einer zweiten narrativen Strategie, um die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror auf Dauer zu

---

<sup>725</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1460.

<sup>726</sup> Public Papers of George W. Bush. 2001, Book 2, S. 1141f; Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 132.

<sup>727</sup> MacMillan 2009: *Dangerous Games*, S. 166.

<sup>728</sup> Dudziak 2010: *A Sword and a Shield*, S. 47. Im Gegensatz hierzu hatte Bushs Vorgänger Bill Clinton die US-Interventionen in mittelamerikanischen Staaten während seiner Amtszeit als „limited and specific“ bezeichnet. Public Papers of William J. Clinton. 1994, Book 2, S. 1560.

etablieren: Mehrfach vergegenwärtigte er den ursprünglichen Bedrohungsmoment des 11. Septembers, indem er wie am 24. Januar 2002 betonte: „[W]e’re still under attack. They still want to come after us.“ Fünf Tage nach dieser Äußerung verlieh Bush in seiner Rede zur Lage der Nation jener präsentischen Unmittelbarkeit der Bedrohung abermals Ausdruck: „Thousands of dangerous killers (...) are now spread throughout the world like ticking timebombs, set to go off without warning.“<sup>729</sup> Auch der erstmals 2002 veröffentlichte Terror Threat Alert des neu geschaffenen Ministeriums für Heimatschutz verstärkte den Eindruck einer stetigen Gefahrenlage: Eine farblich abgestufte Skala warnte hierbei die Öffentlichkeit vor dem Bedrohungsgrad eines erneuten terroristischen Angriffs, wobei fünf Stufen von „low“ (grün) bis „severe“ (rot) abgebildet waren. Dass die Skala die Einschätzung „zero“ nicht enthielt, suggerierte eine fortwährende Bedrohung.<sup>730</sup>

Bushs Prognose, wonach der Krieg gegen den Terror auf lange Sicht die prägende Aufgabe der Vereinigten Staaten bilden werde, stieß zunächst vielfach auf Zustimmung. Am 1. Oktober 2001 zog der Journalist Michael Elliott im *Time Magazine* den Vergleich zum vier Jahrzehnte andauernden Kalten Krieg: „If Bush is serious, he has laid upon his successors a task hardly less demanding than the one he has adopted for himself. In just such fashion did Harry Truman in 1947 commit his nation to a 40-year-long cold war against totalitarian communism.“<sup>731</sup> Ebenso legte US-Außenminister Colin Powell am 18. Oktober 2001 bei einem Wirtschaftstreffen in Shanghai nahe, die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus als Folgekonflikt der Konfrontation mit dem Kommunismus zu verstehen: „Not only is the cold war over, the post-cold war period is also over.“<sup>732</sup>

Im Verlauf des Jahres 2002 erfuhr der Krieg gegen den Terror jedoch eine Veränderung seiner Ausrichtung (Kapitel 6.1), die auf lange Sicht die Grundlage für eine irreparable Schädigung des gesamten Ordnungsmusters bildete: Durch das sicherheitspolitische Postulat einer Notwendigkeit von Präventivschlägen trat die Bewältigung der Anschläge vom 11. September in eine zweite Phase, in der anstatt der Deutung der Ereignisse durch eine Selbstvergewisserung der eigenen Identität nun Fragen der außenpolitischen Ausrichtung in den Mittelpunkt rückten. Auch wenn die Bush-Administration den geplanten Irakkrieg als ersten Anwendungsfall der neuen Strategie durch das Argument einer veränderten Gefahrenlage lose

---

<sup>729</sup> Public Papers of George W. Bush. 2002, Book 1, S. 111/130.

<sup>730</sup> Tallman 2014: Interpreting 9/11, S. 11.

<sup>731</sup> Elliott, Michael: „We Will Not Fail.“ *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 21. Der Politikwissenschaftler Wesley Widmaier verglich Bushs Ansprache am 20. September 2001 (das Ausrufen des Krieges gegen den Terror) mit Harry Trumans Rede am 12. März 1947 (die Begründung der Truman-Doktrin) und interpretierte beide als kommunikative Startmarkierungen von Konflikten um konkurrierende Lebensweisen. Vgl. Widmaier 2007: *Constructing Foreign Policy Crises*, S. 779.

<sup>732</sup> Croft 2006: *America’s War on Terror*, S. 38.

mit den Anschlägen auf das World Trade Center zu verknüpfen versuchte, löste sich der inhaltliche Fokus damit in den Augen vieler vom Ausgangsereignis und der Terrorismus-Bekämpfung. Joe Biden beispielsweise sprach im Oktober 2002 im Senat von „two wars, a war in Iraq and a war against terrorism“.<sup>733</sup>

Die Entwicklungen nach dem deklarierten Ende des Irakkrieges belasteten schließlich auch die Identitätsnarrative (Kapitel 6.2): Die ausbleibende Demokratisierung und Befriedung des Landes sowie die Folterpraktiken in Abu Ghraib standen in Widerspruch zur Charakterisierung der USA als freiheitliche und zivilisierte Nation, die zuvor im Herbst 2001 noch mehrheitlich geteilt worden war. Dessen ungeachtet stufte Bush die Terrorismus-Bekämpfung weiterhin als eine langfristige und bestimmende Aufgabe der Vereinigten Staaten ein, indem er Erfolgsmeldungen stets mit dem Verweis auf ein Fortbestehen des zugrundeliegenden Konfliktes verknüpfte. Als er den Irakkrieg am 1. Mai 2003 für siegreich beendet erklärte, betonte Bush zugleich: „The battle of Iraq is one victory in a war on terror that began on September 11th, 2001, and still goes on. (...) Our mission continues. Al Qaida is wounded, not destroyed.“<sup>734</sup> Dass in Bushs Redemanuskript die Worte „still goes on“ doppelt unterstrichen waren, lässt – wie bei der handschriftlichen Markierung des Wortes „freedom“ (Kapitel 6.1) – auf das Beimessen einer hohen Bedeutung dieses Zeitbezugs schließen.<sup>735</sup> Auch die Gefangennahme Saddam Husseins im Dezember 2003 wollte Bush ausdrücklich nicht als Endpunkt eines Prozesses verstanden wissen. Stattdessen richtete er den Blick in die Zukunft auf weitere Auseinandersetzungen zur Verbreitung einer freiheitlichen Lebensweise: „The capture of Saddam Hussein does not mean the end of violence in Iraq. We still face terrorists who would rather go on killing the innocent than accept the rise of liberty in the heart of the Middle East.“<sup>736</sup>

Für diesen Kurs fand Bush allerdings während seiner zweiten Amtszeit in einem Umfeld zunehmenden außenpolitischen Überdrusses keine Mehrheit mehr. Sein Nachfolger Barack Obama wandte sich schließlich bei der Vermittlung eines nationalen Selbstverständnisses wieder stärker der Innenpolitik zu und verkündete das formale Ende des Krieges gegen den Terror (Kapitel 7.1), den nun auch mehrere Autorinnen und Autoren – im Gegensatz zur unmittelbaren Folgezeit der Anschläge – nicht mehr auf eine Ebene mit dem Ost-West-Konflikt des 20. Jahrhunderts stellten: In ihrer 2008 veröffentlichten Analyse der zurückliegenden

---

<sup>733</sup> Congressional Record. Vol. 148, No. 133, S10296.

<sup>734</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 1, S. 411f.

<sup>735</sup> Remarks from the USS Abraham Lincoln. May 1, 2003. Draft 13, S. 18. George W. Bush Presidential Library. 2014-0044-F, Box 1.

<sup>736</sup> Public Papers of George W. Bush. 2003, Book 2, S. 1720f.

außenpolitischen Debatten verstanden die Politologen Derek Chollet und James Goldgeier das Ende des Kalten Krieges für die USA als größeren Einschnitt als die Terroranschläge vom 11. September, da seit dem Niedergang der Sowjetunion die Rolle der Vereinigten Staaten in einer komplexeren globalen Ordnung nicht mehr in einem eindeutigen bipolaren Rahmen verortet werden könne.<sup>737</sup> Der internationale Terrorismus wirkte aus dieser Perspektive nicht in dem gleichen Maße als sinnstiftender Gegenpol, wie es zuvor der Kommunismus vier Jahrzehnte lang getan hatte. In einem ähnlichen Sinne deutete der Historiker Hal Brands den Krieg gegen den Terror 2017 implizit als außenpolitische Episode, indem er die eigene Gegenwart durch das Präfix „post“ noch immer in Bezug auf das Ende des Kalten Krieges definierte: „The post-Cold War era has now lasted over a quarter century.“<sup>738</sup> Der Krieg gegen den Terror bildete demnach kein grundlegendes neues Ordnungsmuster, das die US-amerikanische Orientierungssuche der 1990er-Jahre (Kapitel 3.1) aufgelöst hätte.

Dass die Charakterisierung des Terrorismus als zentrales identitätsstiftendes Gegenüber der Vereinigten Staaten mit George W. Bushs Amtszeit endete und ein Alleinstellungsmerkmal seiner Administration bildete, illustriert auch ein Blick auf die Vorgänger und Nachfolger Bushs im Präsidentenamt und deren narrativen Umgang mit terroristischen Handlungen, die bereits vor dem 11. September 2001 Gegenstand der Diskussionen in den USA waren. In ihrer diachronen Studie *In the Name of Terrorism* wies hierbei zunächst die Kommunikationswissenschaftlerin Carol Winkler nach, dass der Begriff „terrorism“ ab der Kennedy-Administration von Präsidenten regelmäßig als „negative ideograph“ zur Bezeichnung von Feinden im In- und Ausland Anwendung gefunden hatte.<sup>739</sup> Darauf aufbauend befassten sich politikwissenschaftliche Einzelstudien mit den sprachlichen Vorläufern des Krieges gegen den Terror: Während Richard Jackson diese in der Zeit Ronald Reagans verortete, nahm Chin-Kuei Tsui die Präsidentschaft Bill Clintons in den Fokus: Dieser habe wie Bush den Terrorismus mehrfach als Bedrohung für die Vereinigten Staaten geschildert und in Abgrenzung dazu auch eine kollektive Identität entwickelt.<sup>740</sup>

Zwei Argumente sprechen allerdings dagegen, Bushs Bezugnahmen auf den Terrorismus mit denen seiner Vorgänger gleichzusetzen. Erstens benannte nur Bush den internationalen Terrorismus regelmäßig als eigentlichen Gegner der USA, während bei anderen

---

<sup>737</sup> Chollet/Goldgeier 2008: *America between the Wars*, S. 315.

<sup>738</sup> Brands, Hal: *The Pretty Successful Superpower*. In: Ders.: *American Grand Strategy in the Age of Trump*. Washington 2018, S. 1.

<sup>739</sup> Winkler, Carol: *In the Name of Terrorism: Presidents and Political Violence in the Post-World War II Era*. New York 2006, S. 15.

<sup>740</sup> Jackson, Richard: *Genealogy, Ideology, and Counter-Terrorism. Writing Wars on Terrorism from Ronald Reagan to George W. Bush Jr.* *Studies in Language and Capitalism* 1 (2006), S. 163-194; Tsui, Chin-Kuei: *Clinton, New Terrorism and the Origins of the War on Terror*. London 2017.

Administrationen meist von einer Methode der Gegner die Rede war: Henry Lodge, Botschafter in Süd-Vietnam unter den Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, bezeichnete den Terrorismus als „traditional Viet Cong weapon“;<sup>741</sup> während Ronald Reagan bei der Verkündung von Luftangriffen auf Ziele in Libyen im April 1986 betonte: „[T]errorism is the preferred weapon of weak and evil men.“<sup>742</sup> Zweitens vermitteln die einzelnen Zitate insofern ein Zerrbild, als dass sie keine Rückschlüsse auf den grundsätzlichen Stellenwert der Thematik in den jeweiligen Administrationen geben: Nie zuvor oder danach waren die USA mit einem terroristischen Angriff der Dimension des 11. Septembers konfrontiert – und kein anderer Präsident maß der Terrorismus-Bekämpfung auch nur ansatzweise die gleiche Bedeutsamkeit bei wie George W. Bush, der von ihr ausgehend eine nationale Identitätsordnung konstituierte.<sup>743</sup>

Diese unterschiedliche Gewichtung wird deutlich bei Betrachtung der Reaktion auf den Sprengstoff-Anschlag auf ein US-Militärgebäude in Saudi-Arabien im Juni 1996, in dessen Folge Präsident Bill Clinton den Kampf gegen den Terrorismus explizit nicht auf eine Ebene mit dem Kalten Krieg oder dem Zweiten Weltkrieg stellte: „It’s not the cold war, it’s not World War II, but it’s an important part of our struggle to make this a civilized and sane world.“<sup>744</sup> Bush dagegen parallelisierte genau diese Konflikte durch Analogiebildungen (Kapitel 5.1) und bezeichnete noch in seiner letzten Rede zur Lage der Nation im Januar 2008 die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus als „the defining ideological struggle of the 21st century“.<sup>745</sup>

Die regelmäßige Thematisierung dieser Bedrohung unterschied Bush ebenfalls von seinem Vorgänger. Zwar bezeichnete Clinton den internationalen Terrorismus nach den Anschlägen auf die Botschaften der Vereinigten Staaten in Tansania und Kenia im August 1998 – wie Bush später auch – als unvereinbar mit der US-amerikanischen Lebensweise, beließ es jedoch bei derartigen punktuellen und anlassbezogenen Einordnungen: Fünf Monate später widmete Clinton in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 1999 der Frage des Umgangs mit terroristischen Gefahren lediglich einen kurzen Abschnitt im Mittelteil einer ansonsten innenpolitisch geprägten Ansprache.<sup>746</sup> Wenngleich also George W. Bush an bestehende

---

<sup>741</sup> Winkler 2006: In the Name of Terrorism, S. 18.

<sup>742</sup> Public Papers of Ronald Reagan. 1986, Book 1, S. 472. Infolge des Irakkrieges und der abstrakteren Benennung der US-amerikanischen Gegner knüpfte auch Bush an diese eigentliche Bedeutung des Terrorismus-Begriffs im Sinne einer Methode an (Kapitel 6.4), indem er in seinem erwähnten Interview im September 2004 klarstellte: „It [the war on terror] ought to be called the struggle of a totalitarian point of view that uses terror as a tool to intimidate the free.“ I’ve Gained Strength. *Time Magazine*. 6. September 2004, S. 40.

<sup>743</sup> Diese Sonderstellung während der Amtszeit Bushs räumte selbst Tsui ein, der ansonsten eine weitreichende Kontinuität zwischen Clinton und Bush ausmachte. Vgl. Tsui 2017: Clinton, New Terrorism, S. 151.

<sup>744</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1996, Book 1, S. 997.

<sup>745</sup> Public Papers of George W. Bush. 2008, Book 1, S. 120.

<sup>746</sup> Public Papers of William J. Clinton. 1999, Book 1, S. 68.

Sprach- und Deutungsmuster anknüpfte, war die Ausprägung seiner Terrorismus-Bezüge sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht präzedenzlos.

Auch der Blick auf Bushs Nachfolger im Präsidentenamt bestätigt diese Singularität der Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror: Sowohl Barack Obama als auch Donald Trump distanzieren sich entschieden vom nationalen Selbstverständnis eines Demokratie-Exporteurs, das Bushs Reden infolge des Irakkrieges stark geprägt hatte.<sup>747</sup> Zwar kritisierte Trump während des Wahlkampfes 2016 nahezu jede politische Maßnahme Obamas, knüpfte aber zugleich an dessen Abkehr von einem globalen Missionsgedanken an (Kapitel 7.1). In einer Rede zu seinen außenpolitischen Zielen und Prinzipien im April 2016 betonte Trump dabei zunächst, dass er im Fall eines Wahlsieges die Rückbesinnung auf die eigenen Landesgrenzen anstrebe: „The world must know that we do not go abroad in search of enemies.“ Hierauf aufbauend machte er – ohne den Irakkrieg zu benennen – als Grundsatzproblem der jüngeren US-amerikanischen Außenpolitik die Einmischung in innere Strukturen anderer Staaten zur demokratischen Umgestaltung der internationalen Ordnung aus: „It all began with a dangerous idea that we could make western democracies out of countries that had no experience or interest in becoming a western democracy.“<sup>748</sup>

Auf nahezu identische Weise hatte Obama wie erwähnt (Kapitel 7.1) im Mai 2011 die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten während des Arabischen Frühlings begründet: „Not every country will follow our particular form of representative democracy.“<sup>749</sup> Während George W. Bush das Drängen auf eine Ausbreitung demokratischer Staatsformen als wirksames präventives Mittel zur Zurückdrängung der terroristischen Bedrohung charakterisiert hatte (Kapitel 6.4), kündigte Trump in einer Rede im August 2016 gezielte Einzelschläge und damit ein ähnliches Vorgehen wie Obama an.<sup>750</sup> Zugegebenermaßen basierte die Abwendung des 44. und des 45. Präsidenten von Bushs Außenpolitik auf unterschiedlichen Argumentationen: Während Obama wiederholt auf die Notwendigkeit einer internationalen Rehabilitation der

---

<sup>747</sup> Gemeinsamer Ausgangspunkt war die Ablehnung des Irakkrieges, die in den Debatten mit der anfänglichen Kriegsbefürworterin Hillary Clinton jeweils ein gewichtiges Argument bildete für Obama im Vorwahlkampf der Demokraten 2008 sowie für Trump im Präsidentschaftswahlkampf 2016. Während Obamas frühzeitige Kritik durch seine öffentliche Rede in Chicago am 2. Oktober 2002 dokumentiert ist (Kapitel 5.3), beanspruchte Trump diese Position trotz einer uneindeutigen Quellenlage ebenfalls mehrfach für sich: Er habe in privaten Gesprächen bereits vor Kriegsbeginn vor der Invasion gewarnt und entsprechende Zweifel im Januar 2003 in einem Interview mit Neil Cavuto im Nachrichtensender Fox News zum Ausdruck gebracht. Vgl. Miller, Zeke J.: Donald Trump Again Claims that He Opposed the Iraq War. *Time Magazine*. 8. September 2016.

<sup>748</sup> Trump, Donald J.: Foreign Policy Speech. April 27, 2016. Transcript. *The New York Times*.

<sup>749</sup> *Public Papers of Barack H. Obama*. 2011, Book 1, S. 554.

<sup>750</sup> Trump, Donald J.: Speech on Fighting Terrorism. August 15, 2016. Transcript. *Politico*. Die Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani am 3. Januar 2020 im Irak erfolgte wie die Tötung Osama bin Ladens neun Jahre zuvor als verdeckte Operation auf fremdem Staatsgebiet.

angeschlagenen US-amerikanischen Reputation verwies, rückte Trump eine Kosten-Nutzen-Maximierung in den Vordergrund (Kapitel 7). Nichtsdestotrotz kamen beide zu der gleichen Schlussfolgerung, sodass die Abkehr von einem nationalen Selbstverständnis als globale Ordnungsmacht einen der wenigen gemeinsamen Nenner dieser ansonsten grundverschiedenen Politiker bildete.

Entsprechend akzentuierten Obama und Trump die Vorstellung eines nationalen Exzeptionalismus grundsätzlich anders als Bush, der aus dem Postulat einer Überlegenheit der US-amerikanischen Lebensform einen Auftrag zu deren weltweiter Verbreitung abgeleitet hatte (Kapitel 6.4). Hiervon distanzieren sich beide direkten Nachfolger Bushs, indem sie die Vereinigten Staaten als globales Vorbild ohne Sendungsbewusstsein außerhalb der eigenen Landesgrenzen charakterisierten. Nachdem Obama die Gründungsdokumente der USA als „a light that shines for all who seek freedom“ bezeichnet hatte, betonte auch Trump in seiner Amtseinführungsrede im Januar 2017: „We do not seek to impose our way of life on anyone, but rather to let it shine as an example for everyone to follow.“<sup>751</sup>

Dass alle drei Präsidenten – wenngleich auf unterschiedliche Weise – diese Denkfigur einer weltweiten US-amerikanischen Superiorität aufgriffen, deckt sich mit dem eingangs eingeführten relationalen Verständnis kollektiver Identitätskonstruktionen (Kapitel 2.2): In allen drei Fällen war die Vermittlung eines nationalen Selbstverständnisses durch ein Überlegenheitspostulat geprägt, das auf einem Vergleich der Vereinigten Staaten mit der Außenwelt fußte. In diesem Sinne hatte der Sozialpsychologe Henri Tajfel wie erwähnt betont: „[T]he definition of a group (national, racial or any other) makes no sense unless there are other groups around.“<sup>752</sup>

Ein Äußeres war also für alle drei Narrative konstitutiv, nicht aber die Außenpolitik als Feld der inhaltlichen Ausgestaltung: Im Gegensatz zu Bush entwickelten Obama und Trump die Vorstellung einer US-amerikanischen Exzeptionalität vorrangig im innenpolitischen Kontext. Obama charakterisierte die Aufrechterhaltung der außergewöhnlich hohen Aufstiegschancen in den Vereinigten Staaten in seiner Rede zur Lage der Nation 2012 als „the defining issue of our time“, während Trump 2015 im Präsidentschaftswahlkampf forderte:

---

<sup>751</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2009, Book 1, S. 690; Trump, Donald J.: Inaugural Address. January 20, 2017. The White House. Trumps Auslegung des US-amerikanischen Exzeptionalismus war indessen im Gegensatz zu Obamas mit einer Vielzahl aggressiv vorgetragener Vergleiche mit der Außenwelt und einem stärkeren Fokus auf eine materielle Überlegenheit versehen. Vgl. Edwards, Jason A.: Make America Great Again: Donald Trump and Redefining the U.S. Role in the World. *Communication Quarterly* 66 (2018), S. 189.

<sup>752</sup> Tajfel 1982: *Social Psychology*, S. 24.

„Most important, we need to reinvigorate the American dream and give our country back to the millions of people who have labored so hard for so little.“<sup>753</sup>

\*\*\*

Zugleich jedoch stellte die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror keinen völligen Sonderfall in der jüngeren US-amerikanischen Geschichte dar, da die in Abgrenzung zum Terrorismus abgeleiteten positiven Eigenschaften der Vereinigten Staaten lange vor dem 11. September 2001 etabliert waren. Das von Bush artikulierte Selbstverständnis einer freiheitlichen und zivilisierten Nation fußte dabei auf der ideengeschichtlichen Verarbeitung der Staatsgründung (Kapitel 5.1) sowie der Westerschließung (Kapitel 5.3) und war bereits von seinen Vorgängern im Präsidentenamt mehrfach thematisiert worden. Zwei prominente Beispiele unter vielen bilden in diesem Zusammenhang Franklin D. Roosevelts Darlegung der „four freedoms“ im Jahr 1941 als Gegenmodell zu den faschistischen Systemen sowie der Terminus der „new frontier“, mit dem John F. Kennedy in seiner Nominierungsrede für die Präsidentschaftskandidatur 1960 eine Übertragung des Pioniergeistes aus der Zeit der Westerschließung auf die gegenwärtigen Herausforderungen forderte.<sup>754</sup>

Die immense öffentliche Wirkung der Anschläge auf das World Trade Center (Kapitel 4.1) bot Präsident Bush nun die Möglichkeit, diese im nationalen Gedächtnis der USA bereits verankerten Selbstverständnisse in Abgrenzung zu einem neu sichtbaren Gegner wieder schärfer zu akzentuieren. Die von Dirk Nabers konstatierte „new identity“ im Krieg gegen den Terror manifestierte sich demnach lediglich in einer Neuartigkeit des sinnstiftenden Gegenpols sowie in einer Loslösung Bushs von seinem vorherigen innenpolitischen Schwerpunkt, wohingegen die hierbei vermittelten Wesenszüge der Vereinigten Staaten an Bestehendes angeschlossen.<sup>755</sup>

---

<sup>753</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2012. Book 1, S. 69; Trump 2015: *Crippled America*, S. 161f. Ein Blick auf George W. Bushs erste Monate im Präsidentenamt legt nahe, dass er bei einem Ausbleiben der Anschläge vom 11. September einen ähnlichen Weg eingeschlagen hätte. Die eindeutig innenpolitische Ausrichtung seiner 1999 publizierten Wahlkampf-Programmatik (Kapitel 3.2) bildete hierbei eine Parallele zu Trumps im November 2015 veröffentlichtem Buch *Crippled America*: In diesem befasste sich nur eines von 14 Kapiteln explizit mit außenpolitischen Fragen, während Trump zahlreiche innenpolitische Themen wie die Gesundheitspolitik oder das Waffenrecht in gesonderten Kapiteln abhandelte.

<sup>754</sup> Annual Address of President Franklin D. Roosevelt to Congress. January 6, 1941. Franklin D. Roosevelt Presidential Library and Museum; Address of Senator John F. Kennedy Accepting the Democratic Party Nomination for the Presidency of the United States. July 15, 1960. John F. Kennedy Presidential Library and Museum.

<sup>755</sup> Nabers, Dirk: Identity Construction in US Foreign Policy during the Bush Years. In: Ders. / MacDonald, David B. / Patman, Robert G.: *The Bush Leadership, the Power of Ideas, and the War on Terror*. Farnham 2012, S. 67.

Ebenfalls ein Kontinuum bildete Bushs Identitätsordnung mit Blick auf den Anspruch der Repräsentation aller Menschen in den USA und das Bestreben einer Umgehung kontroverser Themen, das Mary Stuckey 2004 als gemeinsames Profil aller US-Präsidenten der jüngeren Vergangenheit ausgemacht hatte.<sup>756</sup> Dieses Prinzip kam im Krieg gegen den Terror zum Ausdruck durch das Heranziehen des Zweiten Weltkrieges als zentrale Analogie anstelle des stärker umstrittenen Kalten Krieges (Kapitel 5.1) sowie in Form der Inschutznahme des Islam, um die zuvor bereits Bushs Vorgänger Bill Clinton nach den Terroranschlägen während seiner Amtszeit bemüht gewesen war (Kapitel 5.2).<sup>757</sup> Durch den Miteinbezug verschiedener Glaubensströmungen in das nationale Selbstverständnis vermied Bush eine Charakterisierung der USA als christliche Nation und damit eine Ausrichtung an seiner persönlichen Religiosität.<sup>758</sup> Ebenso strukturierte Barack Obama sein Narrativ ausdrücklich nicht entlang seiner spezifischen Biographie, indem er sich wiederholt als Repräsentant der gesamten US-amerikanischen Bevölkerung und nicht nur des afroamerikanischen Teils bezeichnete (Kapitel 7.1). Erst Donald Trump verabschiedete sich durch die ausschließliche Konzentration auf seine Anhängerschaft von diesem Verständnis eines grundsätzlich jeder und jedem offenstehenden Einwanderungslandes (Kapitel 7.2).

Allerdings wiesen auch die Ansätze Trumps und Bushs eine Parallele auf, die in einem zentralen Konstruktionsmechanismus begründet lag: Beide Identitätsordnungen konstituierten sich durch die Grenzziehung zu einem als bedrohlich gekennzeichneten Äußeren, wenngleich auf unterschiedliche Weise: Während Bush mit seinem Fokus auf den internationalen Terrorismus einer einzelnen Bedrohungsquelle eine überragende Bedeutung beimaß, charakterisierte Trump eine Vielzahl von Gruppen im Landesinneren wie -äußeren als bedrohlich.<sup>759</sup> Als narratives Fundament fungierte damit nicht mehr ein Ausgangsereignis wie die Anschläge am 11. September 2001, sondern ein infolge beiläufiger Anlässe hervorgerufenen Dauerbedrohungsgefühl. Hatte Bush aus einer äußeren Bedrohung noch inhaltliche Charakteristika der USA abgeleitet, stellte nun das Bedrohtsein an sich das zentrale

---

<sup>756</sup> Stuckey 2004: *Defining Americans*, S. 8.

<sup>757</sup> Dieses Streben nach einer größtmöglichen Anschlussfähigkeit zeigte sich bereits vor dem 11. September 2001 durch die ethnisch diverse Zusammensetzung von Bushs Kabinett (Kapitel 3.1) sowie anschließend bei den beiden Militärkampagnen des Krieges gegen den Terror durch das verbale Zugehen auf die jeweilige Zivilbevölkerung in Afghanistan und im Irak (Kapitel 5.4).

<sup>758</sup> Donald Trump hingegen ließ sich im Juni 2020 vor einer Kirche in Washington mit einer Bibel in der Hand fotografieren.

<sup>759</sup> Trumps Schilderung zahlreicher innenpolitischer Bedrohungen wurde in Kapitel 7.2 dargelegt. Mit Blick auf die Außenpolitik beschrieb Trump die Handelspraktiken anderer Staaten als bedrohlich, da diese die US-amerikanische Wirtschaft benachteiligen würden. Bush hingegen maß der Bedrohung durch den Terrorismus in seiner Farewell Address im Januar 2009 noch immer eine vorrangige Dringlichkeit bei, indem er einen erneuten terroristischen Angriff als „the gravest threat to our people“ bezeichnete. *Public Papers of George W. Bush*. 2008, Book 2, S. 1578.

Wesensmerkmal der von Trump signifizierten Gruppe dar: Aus der freiheitlichen und zivilisierten Nation im Krieg gegen den Terror war eine bedrohte Nation geworden.

Als im Frühjahr 2020 schließlich durch die Corona-Pandemie erstmals seit den Anschlägen auf das World Trade Center wieder eine zentrale Bedrohung die öffentliche Debatte in den Vereinigten Staaten bestimmte, gab Trump gemäß seinem etablierten Vorgehen stetiger verbaler Angriffe mehreren Personen und Gruppen im In- und Ausland eine Mitschuld an der Ausnahmesituation. Im internationalen Kontext warf er hierbei vor allem der Weltgesundheitsorganisation und dem Ursprungsland China eine Nachlässigkeit bei der Eindämmung des Erregers vor, den er am 18. März 2020 entsprechend als „Chinese Virus“ national markierte.<sup>760</sup> Im Landesinneren beschuldigte Trump die Administration seines Vorgängers Barack Obama, keine hinreichenden präventiven Maßnahmen für den Fall einer solchen Pandemie getroffen zu haben.<sup>761</sup> In einem vom Weißen Haus veröffentlichten Brief an den Senator des stark betroffenen Bundesstaates New York, Charles Schumer, verknüpfte Trump diesen Vorwurf der Untätigkeit mit einem Seitenhieb auf das gescheiterte Amtsenthebungsverfahren: „If you spent less time on your ridiculous impeachment hoax (...) and instead focused on helping the people of New York, then New York would not have been so completely unprepared for the invisible enemy.“<sup>762</sup>

Dass Bush anders mit der Bedrohung durch das Virus umgegangen wäre, legt der Blick auf eine Videobotschaft des Ex-Präsidenten im Rahmen des Projekts „The Call to Unite“ aus dem Mai 2020 nahe. Darin parallelisierte Bush zunächst die Anschläge auf das World Trade Center und die Corona-Pandemie als besondere nationale Herausforderungen: „Let us remember, we have faced times of testing before. Following 9/11, I saw a great nation rise as one to honor the brave, to grieve with the grieving and to embrace unavoidable new duties.“ Anschließend rief er dazu auf, die gegenwärtigen Konflikte innerhalb der USA beizulegen und angesichts der Bedrohung durch das Virus an die landesweite Solidarität aus dem Herbst des Jahres 2001 anzuknüpfen: „I have no doubt, none at all, that this spirit of service and sacrifice is alive and well in America. (...) Let us remember how small our differences are in the face of this shared threat. In the final analysis, we are not partisan combatants. We are human beings.“<sup>763</sup>

Ebenso war auch Barack Obama nach der Tötung Osama bin Ladens im Mai 2011 bestrebt gewesen, die nationale Einigkeit infolge des 11. Septembers wieder in Erinnerung zu rufen: „I

---

<sup>760</sup> Shear, Michael D. / McNeil Jr., Donald G.: Criticized for Pandemic Response, Trump Tries Shifting Blame to the W.H.O. *The New York Times*. 14. April 2020; Trump, Donald J.: Tweet. March 18, 2020. 1:46 PM.

<sup>761</sup> Trump, Donald J.: Tweet. March 13, 2020. 11:22 AM.

<sup>762</sup> Letter from President Donald J. Trump to Senator Charles E. Schumer. April 2, 2020. The White House.

<sup>763</sup> An dem 24-stündigen Livestream beteiligten sich unter anderem die Moderatorin Oprah Winfrey und die Schauspielerin Julia Roberts mit Beiträgen. Vgl. *The Call to Unite*. May 1, 2020.

know that that unity that we felt on 9/11 has frayed a little bit over the years (...). But I also know there have been several moments like this during the course of this year that have brought us together as an American family (...). Last night was one of those moments.“<sup>764</sup> Indem Trump im Gegensatz dazu während der Bedrohung durch das Coronavirus an seiner Methode der Spaltung und Diffamierung verschiedener Gruppen festhielt, unterlief er dieses bis dahin etablierte Prinzip einer Zusammenführung des Landes in Krisenzeiten durch den US-Präsidenten. Auf diesen Unterschied zwischen Trump und seinen Vorgängern verwies der Korrespondent der *New York Times* für das Weiße Haus, Peter Baker, zwei Tage nach Bushs Aufruf zur Einigkeit während der Corona-Pandemie: „Past presidents made a point of enlisting former occupants of the White House from both parties in times of crisis to demonstrate national resolve and unity.“<sup>765</sup>

Nichtsdestotrotz illustrieren die Identitätsordnungen Bushs und Trumps jeweils die Wirksamkeit einer Bedrohungsartikulation zur Schärfung eines kollektiven Bewusstseins: In der unmittelbaren Folgezeit des 11. Septembers verstanden sich die meisten US-Amerikanerinnen und -Amerikaner in Abgrenzung zum internationalen Terrorismus ebenso geeint (Kapitel 4.5) wie 15 Jahre später erhebliche Teile der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten entlang Trumps Postulat einer Dauerbedrohung durch verschiedene Gruppen im In- und Ausland.<sup>766</sup> Bedrohungen können eine Ordnung demnach nicht nur destabilisieren, sondern auch festigen durch die Verankerung eines gemeinsamen Gefühls der Zugehörigkeit. Folglich lässt sich eine bedrohte Ordnung auf Grundlage der konstruktivistischen Perspektive dieser Untersuchung als bestimmter Ordnungstypus charakterisieren, in dem die Grenzziehung zu einem bedrohlichen Äußeren stabilisierend auf das Innere wirken kann. Zugleich aber bilden derartige bedrohte Ordnungen selten einen stabilen Dauerzustand, sondern erodieren bei einem Nachlassen der Bedrohungswahrnehmung.<sup>767</sup> Zu beobachten war dieser Prozess in Form von Selbstverständigungsdebatten und -zweifeln in den Vereinigten Staaten sowohl nach dem Niedergang der Sowjetunion (Kapitel 3.1) als auch nach der Invasion in den Irak im Jahr 2003 (Kapitel 6.2).

---

<sup>764</sup> Public Papers of Barack H. Obama. 2011, Book 1, S. 487.

<sup>765</sup> Baker, Peter: George W. Bush Calls for End to Pandemic Partisanship. *The New York Times*. 3. Mai 2020.

<sup>766</sup> Die konstant hohen Zustimmungswerte Trumps bei seiner Anhängerschaft illustrieren, dass sich die Vermittlung eines Gruppenbewusstseins in Abgrenzung zu einem bedrohlichen Äußeren auch unterhalb der nationalen Ebene erfolgreich vollziehen kann. Entsprechend konzeptualisierte Henri Tajfel die „social identity theory“ als einen innerhalb verschiedener Skalierungen anwendbaren Ansatz (Kapitel 2.2). Vgl. How Popular Is Donald Trump? May 2020. FiveThirtyEight.

<sup>767</sup> Frie/Meier 2014: Bedrohte Ordnungen, S. 4.

Ob die Identitätsordnung des Krieges gegen den Terror ohne die Entscheidung für den Irakkrieg ähnlich lange Bestand gehabt hätte wie die des Kalten Krieges, scheint indessen ungewiss angesichts der Unterschiedlichkeit des bedrohlichen Äußeren. Der Historiker Michael Hochgeschwender verwies auf die punktuelle Vorgehensweise des Terrorismus, der damit über ein geringeres einheitsstiftendes Potenzial verfüge wie etwa die Sowjetunion als dauerhaft sichtbarer und eindeutig zu verortender Staat.<sup>768</sup> In jedem Fall aber beschleunigte der Irakkrieg die Diskreditierung von Bushs Identitätsordnung und wirkte letztlich als deren Sargnagel, da sich der Fokus weg vom internationalen Terrorismus verlagerte und die Argumentationslinie zugleich eine umstrittenere Prägung erhielt: Als sich die sicherheitspolitische Begründung für die Absetzung Saddam Husseins als unhaltbar erwies und eine neue Kriegslegitimation benötigt wurde, bediente sich Bush hierfür einer Transformation des zugrundeliegenden Identitätsnarrativs. Während er unmittelbar nach den Anschlägen am 11. September 2001 noch aus einer nationalen Opferrolle heraus in Abgrenzung zur terroristischen Bedrohung positive Eigenschaften der Vereinigten Staaten abgeleitet hatte, artikulierte er nach dem Irakkrieg ein nicht mehr an eine unmittelbare Gefahrenlage gebundenes Selbstverständnis der USA als aktiver Demokratie-Exporteur (Kapitel 6.4). Dieses barg zum einen angesichts der isolationistischen Strömungen innerhalb des Landes ein erhebliches Konfliktpotenzial<sup>769</sup> und korrespondierte zum anderen keineswegs mit der tatsächlichen Lage im Irak.

Denn weder während Bushs Präsidentschaft noch in der Folgezeit kam der Irak nachhaltig zur Ruhe, sodass der dortige US-amerikanische Militäreinsatz den Beweis eines gelungenen Beispiels der Verbreitung stabiler demokratischer Staatsformen schuldig blieb. Vielmehr bildeten sich nach der Absetzung Saddam Husseins während der Amtszeit von Premierminister Nuri al-Maliki zwischen 2006 und 2014 sogar autoritäre Strukturen durch Einschränkungen der Pressefreiheit und eine vermehrt aufkommende Ämterhäufung, wie der Politologe Toby Dodge 2012 in *Iraq. From War to New Authoritarianism* aufzeigte. Bereits das Cover des Buches suggerierte hierbei durch die Abbildung Saddam Husseins und al-Malikis eine Kontinuität zwischen der Zeit vor und nach der US-Invasion.<sup>770</sup> Die Jahre ab 2014 waren schließlich geprägt von bewaffneten Kämpfen zwischen der irakischen Armee und der neu aufgekommenen Terrororganisation des sogenannten Islamischen Staates, wodurch weite Teile des Landes in Mitleidenschaft gezogen wurden. Im Oktober 2019 kam es in diesem

---

<sup>768</sup> Hochgeschwender 2004: Was ist der Westen? S. 29.

<sup>769</sup> Klein, Stefan: America First? Isolationism in U.S. Foreign Policy from the 19th to the 21st Century. Berlin 2017.

<sup>770</sup> Dodge, Toby: Iraq. From War to New Authoritarianism. London 2012.

Zusammenhang zu Massenprotesten gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte Grundversorgung mit öffentlichen Gütern.<sup>771</sup>

Eine veränderte Wahrnehmung der US-Invasion in den Irak erscheint mit wachsender zeitlicher Distanz zum Geschehen auf den ersten Blick zumindest möglich, wie vergangene Beispiele illustrieren: Das positive Bild des Zweiten Weltkrieges hatte sich in den Vereinigten Staaten erst infolge eines Jahrzehnte andauernden Aushandlungsprozesses etabliert (Kapitel 5.2), was der Historiker John Bodnar im Jahr 2010 auch für den Krieg gegen den Terror als vorstellbar bezeichnete: „The War on Terrorism may eventually end in a way that is perceived as an American victory.“<sup>772</sup> Auch wurde beispielsweise dem relativ unbeliebt aus dem Amt geschiedenen Präsidenten Harry Truman – wie George W. Bush ein eher offensiver Außenpolitiker – erst in der Rückschau sukzessive eine Aufwertung zuteil.<sup>773</sup> Bush selbst äußerte sich im Interview mit dem *Time Magazine* im September 2004 entsprechend skeptisch gegenüber voreiligen Einschätzungen und mahnte eine längerfristige Perspektive zur adäquaten Beurteilung seiner Amtszeit an: „I don’t trust short term history. Most historians wouldn’t have voted for me, so I don’t think they can write an objective history. But I think long-term history will say that this Administration accomplished a lot.“<sup>774</sup>

Knapp zwei Jahrzehnte nach dieser Aussage hat sich allerdings ein negatives Bild der Kriege im Mittleren Osten als fehlgeleitete und unverhältnismäßige Überreaktion auf den 11. September 2001 etabliert, durch die mehr US-Amerikanerinnen und -Amerikaner ums Leben kamen als bei den Terroranschlägen selbst.<sup>775</sup> Nie zeigte sich das deutlicher als im August 2021. Nachdem in den vorangegangenen Jahren bereits die Truppenpräsenz im Irak stark reduziert worden war, zog US-Präsident Joe Biden im ersten großen außenpolitischen Projekt seiner Amtszeit sämtliche Streitkräfte der Vereinigten Staaten vom zweiten Kriegsschauplatz Afghanistan ab. Die Geschwindigkeit und Endgültigkeit der Evakuierungsaktion sorgte international für Irritationen,<sup>776</sup> die eigene kriegsmüde Bevölkerung aber wusste Biden hinter sich: In einer repräsentativen Umfrage des Senders ABC und der Tageszeitung *The Washington Post* stieß zwar die Art und Weise des Rückzugs angesichts der tumultartigen Szenen am Flughafen der Hauptstadt Kabul mehrheitlich auf Kritik, nicht aber der Abzug an sich: Mehr als drei Viertel der Befragten befürworteten das Ende des Auslandseinsatzes – und das

---

<sup>771</sup> Wedeman, Ben: A New Wave of Arab Protesters Say, „It’s the Economy, Stupid!“. CNN. 4. Oktober 2019.

<sup>772</sup> Bodnar 2010: The ‚Good War‘, S. 245.

<sup>773</sup> Dallek, Robert: Harry S. Truman. New York 2008, S. 149-152.

<sup>774</sup> I’ve Gained Strength. *Time Magazine*. 6. September 2004, S. 43.

<sup>775</sup> Im Irak fielen alleine bis 2011 rund 5000 US-Soldatinnen und -Soldaten, bei den Anschlägen vom 11. September kamen knapp 3000 Menschen ums Leben. Vgl. Powaski 2019: Ideals, S. 155.

<sup>776</sup> Karnitschnig, Matthew: Disbelief and Betrayal: Europe Reacts to Biden’s Afghanistan ‚Miscalculation‘. *Politico*. 17. August 2021.

weitgehend unabhängig von ihrer parteipolitischen Präferenz: Die Zustimmung war bei der Anhängerschaft der Demokratischen Partei von Präsident Biden erwartungsgemäß am höchsten (88 Prozent), aber auch unter den Republikanern Nahestehenden (74 Prozent) und politisch Unabhängigen (76 Prozent) noch beträchtlich.<sup>777</sup> Zwanzig Jahre nach Beginn des Krieges gegen den Terror hatte sich damit die Sicht auf die Militäroperationen in der Öffentlichkeit fast vollständig gewandelt – von einer anfänglichen Euphorie hin zu einer desillusionierten Ablehnung. Insbesondere die schnelle Macht-Rückgewinnung der islamistischen Terrorgruppe Taliban im August 2021 stellte die Sinnhaftigkeit des kosten- und zeitintensiven sowie verlustreichen US-amerikanischen Auslandseinsatzes infrage, da die Verhältnisse in Afghanistan nach dem Abzug der Vereinigten Staaten offenkundig jenen aus der Zeit vor 2001 glichen.

In seiner Begründung des Abzuges verwies Präsident Biden in einer Rede aus dem Weißen Haus am 31. August auf das nicht mehr vorhandene nationale Interesse: „To those asking for a third decade of war in Afghanistan, I ask: What is the vital national interest? In my view, we only have one: to make sure Afghanistan can never be used again to launch an attack on our homeland.“ Das eigentliche Ziel der Invasion nach dem 11. September 2001 habe man durch die Ergreifung und Tötung Osama bin Ladens bereits vor mehr als einem Jahrzehnt erreicht. Die immensen Kosten – Biden zitierte Berechnungen der Brown University, wonach jeder Tag des Einsatzes in Afghanistan mit 300 Millionen US-Dollar zu Buche geschlagen habe – seien daher schon lange nicht mehr zu rechtfertigen, zumal die zentralen außenpolitischen Herausforderungen längst von zunehmenden Cyberangriffen und dem Machtstreben Chinas ausgingen. Abschließend deutete Biden den Abzug als Akt zur endgültigen Beendigung einer Phase, in der sich die USA fälschlicherweise dem nicht realisierbaren Ziel der globalen Demokratie-Verbreitung verschrieben hätten: „This decision about Afghanistan is not just about Afghanistan. It’s about ending an era of major military operations to remake other countries.“<sup>778</sup> Der Krieg gegen den Terror erfuhre aus dieser Perspektive eine Abstufung zu einer unerfolgreichen und abgeschlossenen Episode der US-amerikanischen Außenpolitik. Das Bemühen der Biden-Administration um einen klar markierten Endpunkt spiegelte sich dabei nicht zuletzt im Zeitplan, den Einsatz in Afghanistan spätestens bis zum 20. Jahrestag der Anschläge vom 11. September beendet zu haben.

---

<sup>777</sup> Balz, Dan / Clement, Scott / Guskin, Emily: Americans Support Afghanistan Pullout – but Not the Way It Was Done, a Post-ABC Poll Finds. *The Washington Post*. 3. September 2021.

<sup>778</sup> Remarks by President Joe Biden on the End of the War in Afghanistan. August 31, 2021. The White House.

Ein Wandel zu einer grundsätzlich positiven Betrachtung zeichnet sich auch deshalb nicht ab, da Fragen des Umgangs mit äußeren Bedrohungen längst aus dem alleinigen Fokus der öffentlichen Diskussionen in den USA geraten sind und innenpolitische Themen wieder an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt nicht zuletzt für die Vermittlung eines nationalen Selbstverständnisses, wie ein Blick auf die drei Nachfolger George W. Bushs im Präsidentenamt verdeutlicht: Barack Obama und Donald Trump bestimmten die Essenz der Vereinigten Staaten ebenso über das Narrativ des Amerikanischen Traumes (Kapitel 7) wie Joe Biden, der in seiner Nominierungsrede als Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei am 20. August 2020 betonte: „I have always believed you can define America in one word: Possibilities. That in America, everyone, and I mean everyone, should be given the opportunity to go as far as their dreams and God-given ability will take them.“<sup>779</sup> George W. Bush ist somit der bislang einzige nach dem Ende des Kalten Krieges gewählte Präsident, der seiner Amtszeit einen dezidiert außenpolitischen Schwerpunkt verlieh und auch sein nationales Identitätsbild vom Zeitpunkt der Anschläge an fast ausschließlich in diesem Umfeld entwickelte.

Selbst wenn die Terrorismus-Bekämpfung infolge eines erneuten Anschlags in den USA nochmals ins Zentrum der politischen Debatte rücken sollte, wäre eine weitreichende nationale Einigkeit wie im frühen Krieg gegen den Terror angesichts der verfestigten gesellschaftlichen Spaltungen kaum zu erwarten: Nicht zuletzt die konstanten Zustimmungswerte für Donald Trump während seiner vierjährigen Präsidentschaft trotz zahlreicher streitbarer Maßnahmen und Äußerungen verweisen auf einen gesunkenen Einfluss äußerer Entwicklungen auf die Konjunktur von Selbstverständnissen innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft, in der die freigelegten Gegensätze nicht mehr ohne Weiteres überdeckbar sind.<sup>780</sup> Wie aus einer anderen Zeit wirkt in diesem Umfeld die erwähnte Feststellung des früheren Demokratischen Präsidentschaftskandidaten Al Gore kurz nach den Terroranschlägen im Jahr 2001: „This country is more united than at any time I can remember in my life.“<sup>781</sup>

Die unmittelbare Folgezeit des 11. Septembers stellt damit die bis dato letzte Phase in der Geschichte der Vereinigten Staaten dar, in der sich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung über mehrere Monate hinweg als US-amerikanisch geeint verstand und Unterschiede bis hin zur Einhegung abweichender Stimmen nivelliert wurden. Auf das Scheitern von George W.

---

<sup>779</sup> Joe Biden's Democratic National Convention Speech. August 20, 2020. CNN.

<sup>780</sup> Das Meinungsforschungsinstitut FiveThirtyEight errechnete aus allen verfügbaren Erhebungen fortlaufend einen Durchschnittswert der Zustimmung zur Politik Donald Trumps. Während seiner vierjährigen Amtszeit hatte sich der Wert konstant in einem Korridor zwischen 35 und 50 Prozent bewegt. Vgl. How Popular Is Donald Trump? January 2021. FiveThirtyEight.

<sup>781</sup> Berke, Richard L.: Bush Is „My Commander“, Gore Declares in Call for Unity. *The New York Times*. 30. September 2001, A29.

Bushs Identitätsordnung folgte eine bis heute vorherrschende Konstellation konkurrierender Selbstverständnisse, die schon vor 2001 angelegt waren und zuletzt in den öffentlichen Diskussionen an Bedeutung gewonnen haben. Der Annahme eines ethnisch definierten Gemeinwesens steht hierbei das Verständnis eines auf Werten basierenden und grundsätzlich für neue Mitglieder offenen Einwanderungslandes gegenüber, wobei darüber hinaus soziale Bewegungen wie Black Lives Matter die Anliegen spezifischer Gruppen unterhalb der nationalen Referenzebene adressieren. Die Gesellschaft der Vereinigten Staaten ist damit gegenwärtig charakterisiert durch eine Fülle an kollektiven Bezugspunkten und das Fehlen einer mehrheitlich geteilten Auffassung über die Zugehörigkeitskriterien zu einem US-amerikanischen Kollektiv.

Es überrascht daher nicht, dass Joe Biden in seiner Amtseinführungsrede im Januar 2021 die Zusammenführung des Landes entlang eines gemeinsamen Selbstverständnisses als zentrales Ziel seiner Präsidentschaft bezeichnete.<sup>782</sup> Auf Dauer gelungen ist das in der jüngeren Vergangenheit allerdings kaum. Auch die Anschläge vom 11. September haben die unterschiedlichen Identitätsvorstellungen nur vorübergehend überlagert.

---

<sup>782</sup> Inaugural Address by President Joseph R. Biden, Jr. January 20, 2021. The White House.

## 9. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 9.1 Quellen

#### Manuskripte – George W. Bush Presidential Library (Dallas, Texas)

- A Celebration of Freedom. The 55th Presidential Inaugural. 2014-0045-F, Box 1.
- CNN Live Event/Special. September 11, 2001. 10:14 PM. Transcript. 2014-0041-F, Box 1.
- The Daily Diary of President George W. Bush. 2015-0012-F, Box 1.
- E-Mail by Anne E. Campbell. May 17, 2002. 8:31 PM. 2014-0555-F, Box 1.
- E-Mail by Scott Pelley. September 20, 2001. 11:55 PM. 2014-0215-F[1], Box 5.
- George W. Bush Handwriting. September 11, 2001. 2014-0158-F, Box 2.
- George W. Bush Handwriting. June 1, 2002. 2014-0555-F, Box 2.
- Letter by Douglas E. Coe. September 22, 2001. 2014-0215-F[1], Box 5.
- Letter by Ron Paul to President George W. Bush. December 6, 2001. 2014-0215-F[1], Box 14.
- Meeting with Muslim- and Arab-American Leaders. September 11, 2001. 2014-0158-F, Box 2.
- National Day of Prayer and Remembrance. The Cathedral Church of Saint Peter and Saint Paul. Washington National Cathedral. September 14, 2001. 2014-0041-F, Box 1.
- Press Gaggle by Ari Fleischer. September 11, 2001. 8:13 PM. Transcript. 2014-0158-F, Box 2.
- Putting Reading First. September 10, 2001. 4:51 PM. 2014-0158-F, Box 2.
- Remarks at Emma E. Booker Elementary School. Sarasota, Florida. September 11, 2001. Draft 9, Suggested Lines. 2014-0158-F, Box 2.
- Remarks at Graduation Exercises of the United States Military Academy in West Point. June 1, 2002. 2014-0555-F, Box 1.
- Remarks from the USS Abraham Lincoln. May 1, 2003. Draft 13. 2014-0044-F, Box 1.
- Schedule Proposal. February 28, 2001. 2015-0140-F, Box 1.
- Schedule Proposal. March 26, 2001. 2015-0140-F, Box 3.

## Ungedruckte Quellen

Address of Senator John F. Kennedy Accepting the Democratic Party Nomination for the Presidency of the United States. July 15, 1960. John F. Kennedy Presidential Library and Museum.

<https://www.jfklibrary.org/archives/other-resources/john-f-kennedy-speeches/democratic-party-nomination-19600715>

Annual Address of President Franklin D. Roosevelt to Congress. January 6, 1941. Franklin D. Roosevelt Presidential Library and Museum.

<http://docs.fdrlibrary.marist.edu/od4frees.html>

The Call to Unite. May 1, 2020.

<https://unite.us/#>

CNN Milwaukee Republican Presidential Town Hall. Donald Trump. Full Transcript. March 29, 2016.

<https://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2016/03/29/full-rush-transcript-donald-trump-cnn-milwaukee-republican-presidential-town-hall>

CNN Newsroom. December 18, 2001. 4:30 PM. Transcript.

<http://transcripts.cnn.com/transcripts/0112/18/nr.00.html>

Commission on Presidential Debates. General Election Presidential Debate. October 11, 2000. Transcript.

<http://www.debates.org/index.php?page=october-11-2000-debate-transcript>

Gespräch mit dem Historiker Ralph Young am 2. Juli 2018 in Tübingen.

How Popular Is Donald Trump? January 2021. FiveThirtyEight.

<https://projects.fivethirtyeight.com/trump-approval-ratings>

Inaugural Address by President Joseph R. Biden, Jr. January 20, 2021. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/01/20/inaugural-address-by-president-joseph-r-biden-jr>

Joe Biden's Democratic National Convention Speech. August 20, 2020. CNN.

<https://edition.cnn.com/2020/08/20/politics/biden-dnc-speech-transcript/index.html>

Letter from President Donald J. Trump to Senator Charles E. Schumer. April 2, 2020. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/letter-president-donald-j-trumpsenator-charles-e-schumer>

Remarks by President Donald J. Trump at the 2020 Salute to America. July 4, 2020. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-2020-salute-america>

Remarks by President Donald J. Trump in Press Briefing. September 27, 2020. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-press-briefing-september-27-2020>

Remarks by President Joe Biden on the End of the War in Afghanistan. August 31, 2021. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan>

Sasse, Benjamin: Tweet. August 12, 2017. 12:25 AM.

<https://twitter.com/BenSasse/status/896452707388506112>

Statement by the American Civil Liberties Union. September 13, 2001. People for the American Way.

<https://www.pfaw.org/press-releases/pfaw-president-ralph-g-neas-addresses-divisive-comments-by-religious-right-leaders/>

Televised Address by Governor Ronald Reagan. October 19, 1980. Ronald Reagan Presidential Library and Museum.

<https://www.reaganlibrary.gov/10-19-80>

Trump, Donald J.: Foreign Policy Speech. April 27, 2016. Transcript. The New York Times.

<https://www.nytimes.com/2016/04/28/us/politics/transcript-trump-foreign-policy.html>

Trump, Donald J.: Speech on Fighting Terrorism. August 15, 2016. Transcript. Politico.

<https://politico.com/story/2016/08/donald-trump-terrorism-speech-227025>

Trump, Donald J.: Inaugural Address. January 20, 2017. The White House.

<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/the-inaugural-address>

Trump, Donald J.: Political Rally in El Paso. February 11, 2019. Transcript. Factbase.

<https://factba.se/transcript/donald-trump-speech-maga-rally-el-paso-february-11-2019>

Trump, Donald J.: Tweet.

- February 17, 2017. 1:48 PM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/832708293516632065>

- September 23, 2017. 8:18 PM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/911654184918880260>

- January 18, 2018. 5:16 AM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/953979393180950528>

- July 27, 2019. 1:14 PM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1155073965880172544>

- March 13, 2020. 11:22 AM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1238410044263333894>

- March 18, 2020. 1:46 PM.

<https://twitter.com/realDonaldTrump/status/1240243188708839424>

### Gedruckte Reden und Dokumente

Bin Laden, Osama: Fatwa Urging a Jihad against Americans. Published in al-Quds al-Arabi.

February 23, 1998. In: Reeve, Simon: The New Jackals. Ramzi Yousef, Osama bin Laden and the Future of Terrorism. Boston 1999, S. 268-270.

Buchanan, Patrick J.: Speech to the Republican National Convention. August 12, 1992. In:

Utter, Glenn H.: Culture Wars in America. A Documentary and Reference Guide. Santa Barbara 2010, S. 26-31.

Bush, George W.: A Fresh Start for America. Policy Addresses of George W. Bush. Austin 1999.

Bush, George W.: Renewing America's Purpose. Policy Addresses of George W. Bush. July 1999 – July 2000. Austin 2000.

Clinton, Bill: Preface to the Presidency. Selected Speeches of Bill Clinton, 1974–1992. Edited by Stephen A. Smith. Fayetteville 1996.

The Collected Works of Abraham Lincoln. Edited by Roy Basler. Volume VII. New Brunswick 1953.

Congressional Record. Proceedings and Debates of the U.S. Congress. United States Government Publishing Office. Washington.

- 117th Congress, 2001–2002. Vol. 147, No. 118.

- 117th Congress, 2001–2002. Vol. 148, No. 133.

- 118th Congress, 2003–2004. Vol. 149, No. 49.

- 118th Congress, 2003–2004. Vol. 150, No. 48/61/62/64.

Foreign Relations of the United States. 1950, Volume I. National Security Affairs; Foreign Economic Policy. Washington 1977.

Hamilton, Alexander / Madison, James / Jay, John: The Federalist Papers. With an

Introduction, Table of Contents, and Index of Ideas by Clinton Rossiter. New York 1961.

Martin, Jerry L. / Neal, Anne D.: *Defending Civilization: How Our Universities Are Failing America and What Can Be Done about It*. American Council of Trustees and Alumni. Washington 2001.

*A Nation Challenged. A Visual History of 9/11 and Its Aftermath*. Introduction by Howell Raines. The New York Times. New York 2002.

National Security Strategy of the United States of America. September 2002. The White House. Washington 2002.

National Security Strategy. May 2010. The White House. Washington 2010.

Obama, Barack: *We Are the Change We Seek. The Speeches of Barack Obama*. Edited by Eugene Joseph Dionne Jr. and Joy-Ann Reid. London 2017.

Public Papers of the Presidents of the United States. Published by the Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration. Washington.

- Public Papers of Ronald Reagan.
- Public Papers of George H. W. Bush.
- Public Papers of William J. Clinton.
- Public Papers of George W. Bush.
- Public Papers of Barack H. Obama.

Schröder, Gerhard: *Regierungserklärung zu den Anschlägen in den Vereinigten Staaten von Amerika vor dem Deutschen Bundestag am 12. September 2001 in Berlin*. Bulletin Nr. 58-1. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 2001.

September 11, 2001. *A Collection of Newspaper Front Pages Selected by the Poynter Institute*. Kansas City 2001.

*Visions for America. Selected Speeches for the Republican National Convention 2004*. Edited by W. Bruce Kopper. Chevy Chase 2004.

Winthrop, John: *A Model of Christian Charity*. In: *Winthrop Papers, Volume II, 1623–1630*. Massachusetts Historical Society 1931, S. 294-295.

### Monographien

Adams, James Truslow: *The Epic of America*. Boston 1931.

Appy, Christian G.: *American Reckoning. The Vietnam War and Our National Identity*. New York 2015.

Brokaw, Tom: *The Greatest Generation*. New York 1998.

Buchanan, Patrick J.: *State of Emergency: The Third World Invasion and Conquest of America*. New York 2006.

Byrd, Robert: *Losing America. Confronting a Reckless and Arrogant Presidency.* New York 2004.

Chomsky, Noam: *9/11.* New York 2001.

Chomsky, Noam: *Hopes and Prospects.* London 2010.

Clarke, Richard: *Against All Enemies: Inside America's War on Terror.* New York 2004.

Coulter, Ann: *In Trump We Trust. E Pluribus Awesome!* New York 2016.

D'Souza, Dinesh: *The Roots of Obama's Rage.* Washington 2010.

Eisenhower, Dwight D.: *Crusade in Europe. A Personal Account of World War II.* New York 1948.

Franken, Alan: *Lies and the Lying Liars Who Tell Them. A Fair and Balanced Look at the Right.* New York 2003.

Frum, David: *The Right Man. An Inside Account of the Surprise Presidency of George W. Bush.* London 2003.

Fukuyama, Francis: *America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy.* New Haven 2006.

Gates, Robert M.: *Duty: Memoirs of a Secretary of War.* New York 2014.

Haass, Richard N.: *The Reluctant Sheriff. The United States after the Cold War.* New York 1997.

Hannity, Sean: *Deliver Us from Evil: Defeating Terrorism, Despotism and Liberalism.* New York 2004.

Huntington, Samuel: *Who Are We? America's Great Debate.* London 2004.

Ivins, Molly / Dubose, Lou: *Shrub: The Short but Happy Political Life of George W. Bush.* New York 2000.

Miller, Mark Crispin: *The Bush Dyslexicon: Observations of a National Disorder Company.* New York 2001.

Obama, Barack: *Dreams from my Father: A Story of Race and Inheritance.* New York 1995.

Obama, Barack: *The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream.* New York 2006.

Talbott, Strobe: *The Great Experiment. The Story of Ancient Empires, Modern States, and the Quest for a Global Nation.* New York 2009.

Terkel, Studs: *The Good War. An Oral History of World War II.* New York 1984.

Tocqueville, Alexis de: *Democracy in America.* Translated by Henry Reeve. 3. Auflage. Band 1. London 1838.

Trump, Donald J. / McIver, Meredith: How to Get Rich. Big Deals from the Star of The Apprentice. New York 2004.

Trump, Donald J.: Crippled America. How to Make America Great Again. New York 2015.

Turner, Jackson Frederick: The Significance of the Frontier in American History. With an Introduction by Harold P. Simonson. New York 1963.

#### Artikel auf Internetseiten

Baker, Peter: George W. Bush Calls for End to Pandemic Partisanship. *The New York Times*. 3. Mai 2020.

<https://www.nytimes.com/2020/05/03/us/politics/george-w-bush-coronavirus-unity.html>

Balz, Dan / Clement, Scott / Guskin, Emily: Americans Support Afghanistan Pullout – but Not the Way It Was Done, a Post-ABC Poll Finds. *The Washington Post*. 3. September 2021.

[https://www.washingtonpost.com/politics/post-abc-poll-biden-afghanistan/2021/09/02/5520cd3e-0c16-11ec-9781-07796ffb56fe\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/politics/post-abc-poll-biden-afghanistan/2021/09/02/5520cd3e-0c16-11ec-9781-07796ffb56fe_story.html)

Berthold, Richard: My Five Minutes of Infamy. *History News Network*. 25. November 2002.

<https://historynewsnetwork.org/article/1121>

Boerma, Lindsey: Obama Reflects on His Biggest Mistake as President. CBS. 12. Juli 2012.

<https://www.cbsnews.com/news/obama-reflects-on-his-biggest-mistake-as-president>

Dingle, Derek T.: Oval Office Interview with President Barack Obama. *Black Enterprise*. 6. August 2012.

<https://www.blackenterprise.com/mag/president-obama-interview-small-business-unemployment-exclusive>

Gamboa, Suzanne: Donald Trump Announces Presidential Bid by Trashing Mexico, Mexicans. NBC. 16. Juni 2015.

<https://www.nbcnews.com/news/latino/donald-trump-announces-presidential-bid-trashing-mexico-mexicans-n376521>

Goldberg, Jeffrey: The Obama Doctrine. The U.S. President Talks through His Hardest Decisions about America's Role in the World. *The Atlantic*. April 2016.

<https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>

Goldberg, Jeffrey: James Mattis Denounces President Trump, Describes Him as a Threat to the Constitution. *The Atlantic*. 3. Juni 2020.

<https://www.theatlantic.com/politics/archive/2020/06/james-mattis-denounces-trump-protests-militarization/612640>

- Kamen, Al: The End of the Global War on Terror. *The Washington Post*. 23. März 2009.  
[https://voices.washingtonpost.com/44/2009/03/23/the\\_end\\_of\\_the\\_global\\_war\\_on\\_t.html](https://voices.washingtonpost.com/44/2009/03/23/the_end_of_the_global_war_on_t.html)
- Kaplan, Lawrence F.: No Choice. Foreign Policy after September 11. *The New Republic*. 1. Oktober 2001.  
<https://newrepublic.com/article/64059/no-choice>
- Karnitschnig, Matthew: Disbelief and Betrayal: Europe Reacts to Biden's Afghanistan ‚Miscalculation‘. *Politico*. 17. August 2021.  
<https://www.politico.eu/article/europe-reacts-bidens-afghanistan-withdrawal>
- Kessler, Glenn: Donald Trump's Revisionist History of Mocking a Disabled Reporter. *The Washington Post*. 2. August 2016.  
<https://www.washingtonpost.com/news/fact-checker/wp/2016/08/02/donald-trumps-revisionist-history-of-mocking-a-disabled-reporter>
- Lozada, Carlos: Samuel Huntington, a Prophet for the Trump Era. *The Washington Post*. 18. Juli 2017.  
<https://www.washingtonpost.com/news/book-party/wp/2017/07/18/samuel-huntington-a-prophet-for-the-trumpera>
- Mead, Walter Russell: W Gets a Third Term in the Middle East. *The American Interest*. 22. August 2011.  
<https://blogs.the-american-interest.com/wrm/2011/08/22/w-gets-a-third-term-in-the-middle-east>
- Miller, Zeke J.: Donald Trump Again Claims that He Opposed the Iraq War. *Time Magazine*. 8. September 2016.  
<https://time.com/4484539/donald-trump-iraq-war-claim>
- Mooney, Alexander: Bush: „Mission Accomplished“ a Mistake. CNN. 12. November 2008.  
<https://edition.cnn.com/2008/politics/11/12/bush.regrets/index.html>
- Rucker, Philip: All Four Living Ex-Presidents Draw a Sharp Contrast with Trump on Systemic Racism. *The Washington Post*. 4. Juni 2020.  
[https://www.washingtonpost.com/politics/all-four-living-ex-presidents-draw-a-sharp-contrast-with-trump-on-systemic-racism/2020/06/03/ba421b78-a5b5-11ea-bb20-ebf0921f3bbd\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/politics/all-four-living-ex-presidents-draw-a-sharp-contrast-with-trump-on-systemic-racism/2020/06/03/ba421b78-a5b5-11ea-bb20-ebf0921f3bbd_story.html)
- Schleifer, Theodore: Donald Trump: „I Think Islam Hates Us.“ CNN. 9. März 2016.  
<https://www.cnn.com/2016/03/09/politics/donald-trump-islam-hates-US>

- Shear, Michael D.: Gingrich: President Exhibits „Kenyan, Anticolonial Behavior“. *The New York Times*. 13. September 2010.  
<https://thecaucus.blogs.nytimes.com/2010/09/13/gingrich-president-exhibits-kenyan-anti-colonial-behavior>
- Shear, Michael D. / McNeil Jr., Donald G.: Criticized for Pandemic Response, Trump Tries Shifting Blame to the W.H.O. *The New York Times*. 14. April 2020.  
<https://www.nytimes.com/2020/04/14/us/politics/coronavirus-trump-who-funding.html>
- Sullivan, Eileen: Trump, Back in Washington, Attacks Democrats over Impeachment. *The New York Times*. 23. Januar 2020.  
<https://www.nytimes.com/2020/01/23/us/politics/trump-impeachment.html>
- Talbot, David: The ‚Traitor‘ Fires Back. *Salon*. 17. Oktober 2001.  
<https://www.salon.com/2001/10/16/susans>
- Tanfani, Joseph: Donald Trump Warns that Syrian Refugees Represent a „Great Trojan Horse“ to the U.S. *Los Angeles Times*. 19. Oktober 2016.  
<https://latimes.com/politics/la-na-pol-syrian-refugees-debate-20161019-snap-story.html>
- Watkins, Eli: George W. Bush: „Immigration Is a Blessing and a Strength.“ CNN. 18. März 2019.  
<https://edition.cnn.com/2019/03/18/politics/george-bush-naturalization-ceremony/index.html>
- Wedeman, Ben: A New Wave of Arab Protesters Say, „It’s the Economy, Stupid!“. CNN. 4. Oktober 2019.  
<https://edition.cnn.com/2019/10/04/middleeast/iraq-lebanon-protests-intl/index.html>

#### Artikel in Zeitungen und Zeitschriften

- Alvarez, Lizette: With Bipartisan Zeal, Rival House Leaders Bond. *The New York Times*. 25. September 2001, A16.
- Annan, Kofi: Fighting Terrorism on a Global Front. *The New York Times*. 21. September 2001, A35.
- Apple, Raymond Walter Jr.: Awaiting the Aftershocks. *The New York Times*. 12. September 2001, A24.
- Apple, Raymond Walter Jr.: A Clear Message: „I Will Not Relent.“ *The New York Times*. 21. September 2001, A1.
- Archibold, Randal C.: Day After, Keynote Speaker Finds Admirers Everywhere. *The New York Times*. 29. Juli 2004, P06.

Armstrong, Karen: The True, Peaceful Face of Islam. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 48.

Atlas, James: Name that Era. Pinpointing a Moment on the Map of History. *The New York Times*. 19. März 1995, E1.

Baderjan, Jenny Lyn: The Necessity of Aimless Chitchat. *The New York Times*. 6. Januar 2002, 4004016.

Bai, Matt: Still Waiting for the Narrator in Chief. *The New York Times*. 4. November 2012, MM16.

Baker, James: The Right Way to Change a Regime. *The New York Times*. 25. August 2002, 4004009.

Berke, Richard L.: Bush Is „My Commander“, Gore Declares in Call for Unity. *The New York Times*. 30. September 2001, A29.

Bernstein, Richard: Counterpoint to Unity: Dissent. *The New York Times*. 6. Oktober 2001, A13.

Beschloss, Michael: Bush Faces the Greatest Test. *The New York Times*. 17. September 2001, A15.

Beyer, Lisa: Roots of Rage. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 44-46.

Bohlen, Celestine: In New War on Terrorism, Words Are Weapons, Too. *The New York Times*. 29. September 2001, A11.

Bowman, James: Towers of Intellect. *The Wall Street Journal*. 5. Oktober 2001, W17.

Bragg, Rick: U.S. Binds Wounds in Red, White, Blue. *The New York Times*. 17. September 2001, A1/A5.

Brzezinski, Zbigniew: Terrorized by ‚War on Terror‘. How a Three-Word Mantra Has Undermined America. *The Washington Post*. 25. März 2007, B1.

Bumiller, Elisabeth: Bush Talks, Saying Hosts Will Share the Terrorists' Fate. *The New York Times*. 21. September 2001, A1/B4.

Butler, Judith: Explanation and Exoneration, or What We Can Hear. In: Dies: Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence. London 2004, S. 1-18.

Byrd, Robert: Congress Must Resist the Rush to War. *The New York Times*. 10. Oktober 2002, A39.

Carlson, Margaret: Arsenic and Bad Beef. *Time Magazine*. 16. April 2001, S. 36.

Carlson, Margaret: A President Finds His Voice. *Time Magazine*. 24. September 2001, S. 50.

Carney, James: A Few Small Repairs. *Time Magazine*. 9. Juli 2001, S. 20-23.

Carney, James / Dickerson, John F.: Rolling Back Clinton. *Time Magazine*. 29. Januar 2001, S. 30-32.

Carney, James / Dickerson, John F.: Easy Does It. *Time Magazine*. 19. März 2001, 38-40.

Coates, Ta-Nehisi: The First White President. The Foundation of Donald Trump's Presidency Is the Negation of Barack Obama's Legacy. *The Atlantic*. Oktober 2017, S. 74-87.

Conversation with Terror. *Time Magazine*. 11. Januar 1999, S. 38-39.

Cronin, Anne: „I Can't Watch. Don't Watch. ... Run. It's Going to Come Down.“ *The New York Times*. 16. September 2001, A3.

Democrats' Response to Bush's Address to Congress. *The New York Times*. 29. Januar 2003, A13.

Dickerson, John F. / Tumulty, Karen: The Love Him, Hate Him President. *Time Magazine*. 1. Dezember 2003, S. 28-40.

Dowd, Maureen: Let's Blame Canada. *The New York Times*. 20 Juli 2003, 4004011.

Dowd, Maureen: Amnesia in the Garden. *The New York Times*. 5. September 2004, 4004009.

The Editors: The Capture of a Dictator. *The New York Times*. 15. Dezember 2003, A27.

The Editors: The Administration's Scramble. *The New York Times*. 6. Februar 2004, A26.

The Editors: The Nightmare at Abu Ghraib. *The New York Times*. 3. Mai 2004, A22.

The Editors: The Times and Iraq. *The New York Times*. 26. Mai 2004, A10.

The Editors: John Kerry for President. *The New York Times*. 17. Oktober 2004, 4004010.

The Editors: The Real Disaster. *The New York Times*. 11. Januar 2007, A30.

Elliott, Michael: „We Will Not Fail.“ *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 18-32.

Elliott, Michael: So, What Went Wrong? *Time Magazine*. 6. Oktober 2003, S. 30-37.

Enormous TV Audience Peaked with Bush Talk. *The New York Times*. 13. September 2001, A24.

Excerpts from Bush's Television Interview. *The New York Times*. 9. Februar 2004, A19.

Fandos, Nicholas: More G.O.P. Lawmakers Fault Order on Refugees. *The New York Times*. 30 Januar 2017, A15.

Foner, Eric: Changing History. 23. September 2002. In: Ders.: Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from The Nation. London 2017, S. 131-136.

Foner, Eric: The Professional. 1. Februar 2010. In: Ders.: Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from The Nation. London 2017, S. 157-162.

Foner, Eric: A Usable Past: Interview with Richard Kreiter, Assistant Editor of The Nation. 20. Juli 2016. In: Ders.: Battles for Freedom. The Use and Abuse of American History. Essays from The Nation. London 2017, S. 209-220.

Fischer, Joschka: Don't Forget Our Values. *The New York Times*. 10. September 2006, WK13.

Friedman, Thomas: World War III. *The New York Times*. 13. September 2001, A27.

Friedman, Thomas: Smoking or Non-Smoking? *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

Friedman, Thomas: Dancing Alone. *The New York Times*. 13. Mai 2004, A25.

Friedman, Thomas: Trump gibt den Ton vor. *Der Spiegel* 44 (2018), S. 98.

Fukuyama, Francis: The End of History? *The National Interest* 16 (1989), S. 3-18.

Fukuyama, Francis: Has History Started Again? *Policy* 18 (2002), S. 3-7.

Gibbs, Nancy / Duffy, Michael: „We Must Proceed with Great Care.“ *Time Magazine*. 20. August 2001, S. 14-16.

Goodstein, Laurie: Falwell's Finger-Pointing Inappropriate, Bush Says. *The New York Times*. 15 September 2001, A15.

Goodstein, Laurie / Niebuhr, Gustav: Attacks and Harassment of Arab-Americans Increase. *The New York Times*. 14. September 2001, A14.

Gordon, Michael: A New War and Its Scale. *The New York Times*. 17. September 2001, A1/3.

Gordon, Michael R. / Miller, Judith: U.S. Says Hussein Intensifies Quest for A-Bomb Parts. *The New York Times*. 8. September 2002, A1.

Grynbaum, Michael M.: Top Strategist Casts Media as „Opposition Party“. *The New York Times*. 27. Januar 2017, A1.

Haberman, Clyde: Past Ground Zero; The Distance Traveled in a Month of War. *The New York Times*. 14. Oktober 2001, 4004001.

Harden, Blaine: Physical and Psychological Paralysis of Nation. *The New York Times*. 12. September 2001, A18.

Harnden, Toby: Attacks on US Were Blessed, Says bin Laden in New Video. *The Daily Telegraph*. 27. Dezember 2001, S. 4.

Hartocollis, Anemona: Campus Culture Wars Flare Anew over Tenor of Debate after the Attacks. *The New York Times*. 30. September 2001, A32.

Healy, Patrick / Barbaro, Michael: Trump Wants to Block Entry of All Muslims. *The New York Times*. 8. Dezember 2015, A1.

Hernandez, Raymond: In TV Interviews, Senator Clinton Criticizes Bush's Handling of Iraq. *The New York Times*. 8. Dezember 2003, A20.

Hertzberg, Hendrik: Fade to Bush. *The New Yorker*. 29. Januar 2001, S. 33-34.

Hertzberg, Hendrik: Talk of the Town. *The New Yorker*. 24. September 2001, S. 27.

Hitchens, Christopher: Against Rationalization. *The Nation*. 8. Oktober 2001, S. 8.

Huntington, Samuel: The Clash of Civilizations? *Foreign Affairs* 72 (1993), S. 22-49.

Huntington, Samuel: The Age of Muslim Wars. *Newsweek*. January 2002, S. 6.

I've Gained Strength. *Time Magazine*. 6. September 2004, S. 38-43.

Idiocy Watch. *The New Republic*. 8. Oktober 2001, S. 10.

Ignatius, David: A Better Strategy for Iraq. *The Washington Post*. 5. November 2005, A23.

Janofsky, Michael: New Mexico: Professor Jokes about Attack. *The New York Times*. 27. September 2001, A16.

Jayamaha, Buddhika et. al.: The War as We Saw It. *The New York Times*. 19. August 2007, WK11.

Jehl, Douglas: Tenet Concedes Gap in C.I.A. Data on Iraq Weapons. *The New York Times*. 6. Februar 2004, A1.

Kagan, Robert / Kristol, William: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy. *Foreign Affairs* 75 (1996), S. 18-32.

Kazin, Michael: America's Never-Ending Culture War. *The New York Times*. 26. August 2018, SR4.

Kerry's Acceptance: There Is a Right Way and a Wrong Way to Be Strong. *The New York Times*. 30. Juli 2004, P06.

Krauthammer, Charles: The Hundred Days. *Time Magazine*. 31 Dezember 2001, S. 156.

Krugman, Paul: After the Horror. *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

Krugman, Paul: The Vietnam Analogy. *The New York Times*. 16. April 2004, A19.

Krugman, Paul: Restoring Our Honor. *The New York Times*. 6. Mai 2004, A35.

Laird, Melvin R.: Iraq: Learning the Lessons of Vietnam. *Foreign Affairs* 84 (2005), S. 22-43.

Leonhardt, David: U.S. Jobless Rate in a Jump to 4.9%. Bush Vows to Act. *The New York Times*. 8. September 2001, A1.

Lewin, Tamar / Niebuhr, Gustav: Attacks and Harassment Continue on Middle Eastern People and Mosques. *The New York Times*. 18. September 2001, B5.

Lewis, Anthony: Abroad at Home; Beware Unintended Results. *The New York Times*. 15. September 2001, A22.

Lewis, Bernard: The Roots of Muslim Rage. *The Atlantic Monthly* 266 (1990), S. 47-58.

Lewis, Bernard: What Went Wrong? The Clash between Islam and Modernity in the Middle East. *The Atlantic Monthly* 289 (2002), S. 43-45.

Lilla, Mark: The End of Identity Liberalism. *The New York Times*. 20. November 2016, SR1.

Liptak, Adam: Legal Scholars Criticize Memos on Torture. *The New York Times*. 25. Juni 2004, A14.

Marr, Phebe: Saddam's Past, Iraq's Future. *The New York Times*. 15. Dezember 2003, A27.

Max, Daniel T.: The Making of the Speech. *The New York Times*. 7. Oktober 2001, 6006032.

McCain, John: The Right War for the Right Reasons. *The New York Times*. 12. März 2003, A25.

McGeary, Johanna: Odd Man Out. *Time Magazine*. 10. September 2001, S. 24-32.

Mendelsohn, Daniel: September 11 at the Movies. *The New York Review of Books* 53/14 (2006), S. 43-46.

Mitchell, Alison: Joint Congress Transformed into a United Showcase of Courage and Resolve. *The New York Times*. 21. September 2001, B5.

Mitchell, Alison / Berke, Richard L.: Differences Are Put Aside as Lawmakers Reconvene. *The New York Times*. 13. September 2001, A16.

Mitchell, Alison / Shenon, Philip: Agreement on \$40 Million for Aid and a Response. *The New York Times*. 14. September 2001, A19.

Morrow, Lance: The Case for Rage and Retribution. *Time Magazine*. Special Issue, 14. September 2001.

Naming a New Era. *Foreign Policy* 119 (2000), S. 29-69.

Niebuhr, Gustav: U.S. ‚Secular‘ Groups Set Tone for Terror Attacks, Falwell Says. *The New York Times*. 14. September 2001, A18.

Niebuhr, Gustav: Falwell Apologizes for Saying an Angry God Allowed Attacks. *The New York Times*. 18. September 2001, B4.

Niebuhr, Gustav: Bishops Write Bush to Back U.S. Efforts. *The New York Times*. 21. September 2001, B7.

Not Enough Flags. *The New York Times*. 20. September 2001, B11.

O'Hare McCormick, Anne: American Responsibility in Germany. *The New York Times*. 18. November 1946, A20.

Okrent, Daniel: Is the New York Times a Liberal News Paper? *The New York Times*, 25. Juli 2004, 4004002.

Poniewozik, James: The Rise of the Anger Industry. *Time Magazine*. 1. Dezember 2003, S. 38-39.

Powell, Bill: Struggle for the Soul of Islam. *Time Magazine*. 13. September 2004, S. 46-64.

Powell, Colin: U.S. Forces: Challenges Ahead. *Foreign Affairs* 71 (1992), S. 32-45.

The President's Words on Hatred and History. *The New York Times*. 16. August 2017, A12.

Purdum, Todd S.: Democrats Starting to Fault President on the War's Future. *The New York Times*. 1. März 2002, A1.

Purdum, Todd S.: Flashback to the 60s: A Sinking Sensation of Parallels between Iraq and Vietnam. *The New York Times*. 29. Januar 2005, A12.

Quack, Gregor: Der Feind kommt von innen. Francis Fukuyama im Gespräch. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. 3 Februar 2019, S. 33.

Ramo, Joshua Cooper: In Hot Pursuit. *Time Magazine*. 8. Oktober 2001, S. 54-58.

Red, White, and Blue. *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 88-93.

Rice, Condoleezza: Promoting the National Interest. *Foreign Affairs* 79 (2000), S. 45-62.

Rice, Condoleezza: Why We Know Iraq Is Lying. *The New York Times*. 23. Januar 2003, A25.

Rich, Frank: No News Is Good News. *The New York Times*. 13. Oktober 2001, A23.

Robertson, Campbell / Blinder, Alan / Fausset, Richard: Monument Debate Spurs Calls for a Reckoning in the South. *The New York Times*. 19. August 2017, A1.

Rosenbaum, David E.: Congress Joins in Support of President. *The New York Times*. 21. September 2001, B6.

Rumsfeld, Donald: A New Kind of War. *The New York Times*. 27. September 2001, A21.

Safire, William: New Day of Infamy. *The New York Times*. 12. September 2001, A27.

Safire, William: The Way We Live Now. On Language; Words at War. *The New York Times*. 30. September 2001, 6006026.

Safire, William: Clear Ties of Terror. *The New York Times*, 27. Januar 2003, A25.

Safire, William: Irrefutable and Undeniable. *The New York Times*. 6. Februar 2003, A39.

Said, Edward: ‚Islam‘ and ‚The West‘ Are Inadequate Banners. *The Observer*. 16. September 2001, S. 27.

Sanger, David E.: Bin Laden Is Wanted in Attacks, „Dead or Alive“, President Says. *The New York Times*. 18. September 2001, A1/B4.

Sanger, David E.: 2 Iraq Views, 2 Campaigns. *The New York Times*. 22. September 2004, A1.

Sanger, David E.: A Speech about Nothing, Something, Everything. *The New York Times*. 23. Januar 2005, 4004005.

Sanger, David E. / Jehl, Douglas: Generals in Iraq Consider Options for More Troops. *The New York Times*. 6. April 2004, A1.

Scowcroft, Brent: Don't Attack Saddam! *The Wall Street Journal*. 15. August 2002, A12.

Seelye, Katharine Q. / Bumiller, Elisabeth: Bush Labels Aerial Terrorist Attacks „Acts of War“. *The New York Times*. 13. September 2001, A16.

Shanker, Thom: Historians Question Bush's Reading of Lessons of Vietnam War for Iraq. *The New York Times*. 23. August 2007, A8.

Shapiro, Walter: A Generation Takes Power. *Time Magazine*. 16. November 1992, S. 57-60.

Sontag, Susan: Tuesday, and After. *The New Yorker*. 24. September 2001, S. 32.

Sontag, Susan: Regarding the Torture of Others. *The New York Times*. 23. Mai 2004, 6006025.

Steel, Ronald: The Weak at War with the Strong. *The New York Times*. 14. September 2001, A27.

Steinglass, Matt: Vietnam and Victory. *The Boston Globe*. 18. Dezember 2005, K1/K5.

Steinhauer, Jennifer: Giuliani and Senator Clinton: Once Rivals, Now Allies. *The New York Times*. 22. September 2001, B11.

Stevenson, Richard W.: Iraq Illicit Arms Gone before War, Inspector States. *The New York Times*. 24. Januar 2004, A1.

Stolberg, Sherly Gay: Prisoner Abuse Scandal Puts McCain in Spotlight Once Again. *The New York Times*. 10. Mai 2004, A19.

Stolberg, Sheryl Gay / Wilgoren, Jodi: Undeterred by McCain Denials, Some See Him as Kerry's No. 2. *The New York Times*. 15. Mai 2004, A1.

Stout, David: Bush's Iraq Plan Meets Opposition from Congress. *The New York Times*. 11. Januar 2007, A1.

Taub, Amanda: Behind the Gathering Turmoil, a Crisis of White Identity. *The New York Times*. 2. November 2016, A6.

Time / CNN Poll. *Time Magazine*. 4. Juni 2001, S. 32.

Tumulty, Karen: A One-Man Earthquake. *Time Magazine*. 4. Juni 2001, S. 30-35.

Van Biema, David: As American As... *Time Magazine*. 1. Oktober 2001, S. 72-74.

Walzer, Michael: First, Define the Battlefield. *The New York Times*. 21. September 2001, A35.

Wolfe, Alan: The God of a Diverse People. *The New York Times*. 14. Oktober 2001, 4004013.

## 9.2 Forschungsliteratur

Aaronson, Mike: Interventionism in US Foreign Policy from Bush to Obama. In: Bentley, Michelle / Holland, Jack (Hg.): *Obama's Foreign Policy. Ending the War on Terror*. New York 2014, S. 124-138.

Adib-Moghaddam, Arshin: *Remnants of Empire. Civilization, Torture, and Racism in the War on Terrorism*. In: Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): *U.S. Foreign Policy and the Other*. New York 2015, S. 222-234.

- Al-Sumait, Fahed / Lingle, Colin / Domke, David: Terrorism's Cause and Cure: The Rhetorical Regime of Democracy in the US and UK. *Critical Studies on Terrorism 2* (2009), S. 7-25.
- Alexander, Michelle: *The New Jim Crow. Mass Incarceration in the Age of Colorblindness.* New York 2010.
- Althaus, Scott L. / Coe, Kevin: Priming Patriots: Social Identity Processes and the Dynamics of Public Support for War. *Public Opinion Quarterly 75* (2011), S. 65-88.
- Anderson, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism.* 2. Auflage. London 1991.
- Angstrom, Jan: Mapping the Competing Historical Analogies of the War on Terrorism: The Bush Presidency. *International Relations 25* (2011), S. 224-242.
- Appiah, Anthony: *The Lies that Bind. Rethinking Identity: Creed, Country, Color, Class, Culture.* London 2018.
- Appleman Williams, William: The Frontier Thesis and American Foreign Policy. *Pacific Historical Review* (1955), S. 379-395.
- Assmann, Aleida: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik.* München 2006.
- Assmann, Aleida: Kollektives Gedächtnis. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Dossier Geschichte und Erinnerung.* Bonn 2008, S. 26-28.
- Assmann, Aleida: *Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne.* München 2013.
- Augoustinos, Martha / De Garis, Stephanie: ‚Too Black or Not Black Enough‘: Social Identity Complexity in the Political Rhetoric of Barack Obama. *European Journal of Social Psychology 42* (2012), S. 564-577.
- Bacevich, Andrew J.: *The Limits of Power: The End of American Exceptionalism.* New York 2008.
- Bacevich, Andrew J.: *The New American Militarism. How Americans Are Seduced by War.* New York 2013.
- Bacharach, Marc: *War Metaphors. How Presidents Use the Language of War to Sell Policy.* Miami 2006.
- Barlett, Donald L. / Steele, James B.: *The Betrayal of the American Dream.* New York 2012.
- Barreto, Amilcar Antonio: Obama and Enduring Notions of American National Identity. In: Barreto, Amilcar Antonio / O'Bryant, Richard L. (Hg.): *American Identity in the Age of Obama.* New York 2014, S. 14-41.

- Barthes, Roland: Der Diskurs der Geschichte. In: Ders.: Das Rauschen der Sprache. Frankfurt am Main 2006, S. 149-163.
- Baudrillard, Jean: The Conspiracy of Art. Manifestos, Interviews, Essays. New York 2005.
- Bayley, Paul: Terror in Political Discourse from the Cold War to the Unipolar World. In: Fairclough, Norman / Cortese, Giuseppina / Ardizzone, Patrizia (Hg.): Discourse and Contemporary Social Change. Bern 2007, S. 49-71.
- Beasley, Vanessa B.: The Rhetoric of Ideological Consensus in the United States: American Principles and American Pose in Presidential Inaugurals. *Communication Monographs* 68 (2001), S. 169-183.
- Beasley, Vanessa B.: You, the People. American National Identity in Presidential Rhetoric. College Station 2004.
- Beck, Ulrich: The Sociological Anatomy of Enemy Images: The Military and Democracy after the End of the Cold War. In: Fiebig-von Hase, Ragnhild / Lehmkuhl, Ursula (Hg.): Enemy Images in American History. Oxford 1997, S. 65-87.
- Bell, Jonathan / Stanley, Timothy (Hg.): Making Sense of American Liberalism. Urbana 2012.
- Bennett, W. Lance: Toward a Theory of Press-State Relations in the United States. *Journal of Communication* 40 (1990), S. 103-127.
- Bennett, W. Lance / Lawrence, Regina G. / Livingston, Steven: None Dare Call It Torture: Indexing and the Limits of Press Independence in the Abu Ghraib Scandal. *Journal of Communication* 56 (2006), S. 467-485.
- Berg, Manfred: Geschichte der USA. München 2013.
- Berg, Manfred: Von Barack Obama zu Donald Trump. Martin Luther Kings Traum vor dem Ende? *APuZ* 18 (2017), S. 22-28.
- Berman, Morris: Locating the Enemy: Myth vs. Reality in U.S. Foreign Policy. In: Ders.: A Question of Values. CreateSpace 2010, S. 34-59.
- Blair, Gwenda: The Trumps. Three Generations that Built an Empire. New York 2000.
- Blumenthal, Sidney: The Permanent Campaign. Inside the World of Elite Political Operatives. Boston 1980.
- Bodnar, John: Remaking America. Public Memory, Commemoration, and Patriotism in the Twentieth Century. Princeton 1992.
- Bodnar, John: The ‚Good War‘ in American Memory. Baltimore 2010.
- Borradori, Giovanna: Philosophy in a Time of Terror. Dialogues with Jürgen Habermas and Jacques Derrida. Chicago 2003.

- Bostdorff, Denise: George W. Bush's Post-September 11 Rhetoric of Covenant Renewal: Upholding the Faith of the Greatest Generation. *Quarterly Journal of Speech* 89 (2003), S. 293-319.
- Bradshaw, Seth C. / Coe, Kevin / Neumann, Rico: Newspaper Attention to Major Presidential Addresses. A Reexamination of Conceptualizations, Predictors, and Effects. *Communication Reports* 27 (2014), S. 53-64.
- Brands, Hal: The Pretty Successful Superpower. In: Ders.: American Grand Strategy in the Age of Trump. Washington 2018, S. 1-23.
- Braunstein, Ruth: Muslims as Outsiders, Enemies, and Others: The 2016 Presidential Election and the Politics of Religious Exclusion. In: Mast, Jason L. / Alexander, Jeffrey C. (Hg.): Politics of Meaning/Meaning of Politics. Cultural Sociology and the 2016 U.S. Presidential Election. Cham 2019, S. 185-206.
- Bruner, Jerome: Actual Minds, Possible Worlds. Cambridge Mass. 1986.
- Bruner, Jerome: The Narrative Construction of Reality. *Critical Inquiry* 18 (1991), S. 1-21.
- Butter, Michael: The Epitome of Evil. Hitler in American Fiction, 1939–2002. New York 2009.
- Butter, Michael: The Birthers' New World Order: Conspiracy Theories about Barack Obama. In: Christ, Birte / Olson, Greta (Hg.): Obama and the Paradigm Shift – Measuring Change. Heidelberg 2012, S. 227-246.
- Butter, Michael / Christ, Birte / Keller, Patrick (Hg.): 9/11: Kein Tag, der die Welt veränderte. Paderborn 2011.
- Calhoun, Craig: Social Theory and the Politics of Identity. In: Ders. (Hg.): Social Theory and the Politics of Identity. Oxford 1994, S. 9-36.
- Calhoun, Craig: Nations Matter. Culture, History, and the Cosmopolitan Dream. London 2009.
- Callahan, Kathe / Dubnick, Melvin J. / Olshfski, Dorothy: War Narratives: Framing Our Understanding of the War on Terror. *Public Administration Review* 66 (2006), S. 554-568.
- Campbell, David: Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity. 2. Auflage. Minnesota 1998.
- Campbell, Karlyn Kohrs / Jamieson, Kathleen Hall: Presidents Creating the Presidency. Deeds Done in Words. Chicago 2008.
- Canes-Wrone, Brandice / Howell, William G. / Lewis, David E.: Toward a Broader Understanding of Presidential Power: A Reevaluation of the Two Presidencies Thesis. *The Journal of Politics* 70 (2008), S. 1-16.

- Carothers, Thomas: Barack Obama. In: Cox, Michael E. / Lynch, Timothy J. / Bouchet, Nicholas (Hg.): *US Foreign Policy and Democracy Promotion. From Theodore Roosevelt to Barack Obama*. London 2013, S. 196-215.
- Cavari, Amnon: *The Party Politics of Presidential Rhetoric*. New York 2017.
- Chang, Nancy: *Silencing Political Dissent*. Foreword by Howard Zinn. New York 2002.
- Chollet, Derek H. / Goldgeier, James M.: *America between the Wars. From 11/9 to 9/11. The Misunderstood Years between the Fall of the Berlin Wall and the Start of the War on Terror*. New York 2008.
- Chouliaraki, Lilie (Hg.): *The Soft Power of War: Legitimacy and Community in Iraq War Discourses*. Special Issue: *Journal of Language and Politics* 4 (2005), S. 1-168.
- Coe, Kevin: *The Language of Freedom in the American Presidency, 1933–2006*. *Presidential Studies Quarterly* 37 (2007), S. 375-398.
- Coe, Kevin et. al.: *No Shades of Grey: The Binary Discourse of George W. Bush and an Echoing Press*. *Journal of Communication* 54 (2004), S. 234-252.
- Coe, Kevin / Bradshaw, Seth C.: *Toward a Fuller Understanding of the Echoing Press: Presidential Addresses and the New York Times, 1933–2013*. *Communication Theory* 24 (2014), S. 272-290.
- Coe, Kevin / Neumann, Rico: *The Major Addresses of Modern Presidents: Parameters of a Data Set*. *Presidential Studies Quarterly* 41 (2011), S. 727-751.
- Connerton, Paul: *Seven Types of Forgetting*. *Memory Studies* 1 (2008), S. 59-71.
- Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor: *Introduction. Understanding Threat Inflation*. In: Dies. (Hg.): *American Foreign Policy and the Politics of Fear. Threat Inflation since 9/11*. London 2009, S. 1-15.
- Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): *Why Did the United States Invade Iraq?* London 2012.
- Croft, Stuart: *Culture, Crisis and America's War on Terror*. Cambridge 2006.
- Cullen, Jim: *The American Dream. A Short History of an Idea that Shaped the Nation*. New York 2003.
- Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): *U.S. Foreign Policy and the Other*. New York 2015.
- Curtis, Tony (Hg.): *Wales: The Imagined Nation. Studies in Cultural and National Identity*. Bridgend 1986.
- D'Antonio, Michael: *The Truth about Trump*. New York 2016.
- Dallek, Robert: *Harry S. Truman*. New York 2008.

- De Castella, Krista / McGarty, Craig: The War/Crime Narrative and Fear Content in Leader Rhetoric about Terrorism. In: Sinclair, Samuel Justin / Antonius, Daniel (Hg.): The Political Psychology of Terrorism Fears. Oxford 2013, S. 85-106.
- Dodge, Toby: Iraq. From War to New Authoritarianism. London 2012.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Im Kampf um Frieden und Freiheit. Über den Zusammenhang von Ideologie und Sozialkultur im Ost-West-Konflikt. In: Hockerts, Hans Günter (Hg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts. München 2003, S. 29-47.
- Domke, David S.: God Willing? Political Fundamentalism in the White House, the ‚War on Terror‘, and the Echoing Press. London 2004.
- Dudziak, Mary L.: A Sword and a Shield: The Uses of Law in the Bush Administration. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment. Princeton 2010, S. 39-58.
- Dudziak, Mary L.: War Time. An Idea, Its History, Its Consequences. Oxford 2012.
- Dueck, Colin: Ideas, American Grand Strategy, and the War in Iraq. In: Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): Why Did the United States Invade Iraq? London 2012, S. 49-71.
- Dumbrell, John: The Iraq and Vietnam Wars: Some Parallels and Connections. In: Ders. / Ryan, David (Hg.): Vietnam in Iraq. Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts. New York 2007, S. 209-221.
- Edkins, Jenny: Poststructuralism and International Relations: Bringing the Political Back in. London 1999.
- Edwards, Jason A.: Make America Great Again: Donald Trump and Redefining the U.S. Role in the World. *Communication Quarterly* 66 (2018), S. 176-195.
- Edwards, John / Martin, J. R. (Hg.): Interpreting Tragedy: The Language of September 11th, 2001. Special Issue: *Discourse and Society* 15 (2004), S. 147-359.
- Egan, Danielle R.: Cowardice. In: Collins, John Martin / Glover, Ross (Hg.): Collateral Language: A User’s Guide to America’s New War. New York 2002, S. 53-64.
- Eickelpasch, Rolf / Rademacher, Claudia: Identität. 4. Auflage. Bielefeld 2013.
- Engel, Jeffrey A.: When George Bush Believed the Cold War Ended and Why that Mattered. In: Nelson, Michael / Perry, Barbara A. (Hg.): 41: Inside the Presidency of George H. W. Bush. New York 2014, S. 100-121.
- Erl, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung. 3. Auflage. Stuttgart 2017.

- Fechner, Fabian et. al.: „We are gambling with our survival.“ Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen. In: Frie, Ewald / Meier, Mischa (Hg.): Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 141-173.
- Foner, Eric: The Story of American Freedom. New York 1999.
- Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. Inauguralvorlesung am Collège de France. München 1974.
- Frank, Michael C.: The Cultural Imaginary of Terrorism in Public Discourse, Literature, and Film. Narrating Terror. New York 2017.
- Frankel, Max: The Oxygen of Our Liberty. In: September 11, 2001. A Collection of Newspaper Front Pages Selected by the Poynter Institute. Kansas City 2001, x-xi.
- Frie, Ewald / Meier, Mischa: Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich. In: Dies. (Hg.): Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen 2014, S. 1-27.
- Frie, Ewald / Nieswand, Boris: Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Zwölf Thesen zur Begründung eines Forschungsbereiches. *Journal of Modern European History* 15 (2017), S. 5-15.
- Füssel, Marian / Neu, Tim: Diskursforschung in der Geschichtswissenschaft. In: Angermüller, Johannes et. al. (Hg.): Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band 1: Theorien, Methodologien und Kontroversen. Bielefeld 2014, S. 145-161.
- Fukuyama, Francis: Identity: Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition. London 2018.
- Furedi, Frank: Invitation to Terror. The Expanding Empire of the Unknown. London 2007.
- Gaddis, John Lewis: A Grand Strategy of Transformation. *Foreign Policy* 133 (2002), S. 50-57.
- Gaddis, John Lewis: Surprise, Security and the American Experience. Cambridge Mass. 2004.
- Gadinger, Frank / Jarzebski, Sebastian / Yildiz, Taylan: Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie. In: Dies. (Hg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis. Wiesbaden 2014, S. 3-38.
- Gellner, Ernest: Nations and Nationalism. Oxford 1983.
- Gerstle, Gary: Minorities, Multiculturalism, and the Presidency of George W. Bush. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment. Princeton 2010, S. 252-281.

- Gerstle, Gary: Civic Ideals, Race, and Nation in the Age of Obama. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): *The Presidency of Barack Obama. A First Historical Assessment*. Princeton 2018, S. 261-279.
- Gilens, Martin / Vavreck, Lynn / Cohen, Martin: The Mass Media and the Public's Assessments of Presidential Candidates, 1952–2000. *Journal of Politics* 69 (2007), S. 1160-1175.
- Gillis, John R.: Memory and Identity: The History of a Relationship. In: Ders. (Hg.): *Commemorations. The Politics of National Identity*. Princeton 1994, S. 3-24.
- Gilmore, Jason: American Exceptionalism in the American Mind: Presidential Discourse, National Identity, and U.S. Public Opinion. *Communication Studies* 66 (2015), S. 301-320.
- Gilmore, Jason / Sheets, Penelope / Rowling, Charles M.: Make No Exception, Save One: American Exceptionalism, the American Presidency, and the Age of Obama. *Communication Monographs* 83 (2016), S. 505-520.
- Greiner, Bernd: 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen. München 2011.
- Grossberg, Lawrence: *Under the Cover of Chaos. Trump and the Battle for the American Right*. London 2018.
- Haas, Stefan: Theory Turn. Entstehungsbedingungen, Epistemologie und Logik der Cultural Turns in der Geschichtswissenschaft. In: Ders. und Wischermann, Clemens (Hg.): *Die Wirklichkeit der Geschichte. Wissenschaftstheoretische, mediale und lebensweltliche Aspekte eines (post-)konstruktivistischen Wirklichkeitsbegriffes in den Kulturwissenschaften*. Stuttgart 2015, S. 11-44.
- Habermas, Jürgen: *Die postnationale Konstellation*. Frankfurt am Main 1998.
- Habermas, Jürgen / Derrida, Jacques: *Philosophie in Zeiten des Terrors. Zwei Gespräche, geführt und kommentiert von Giovanna Borradori*. Hamburg 2006.
- Hagopian, Patrick: *The Vietnam War in American Memory: Veterans, Memorials, and the Politics of Healing*. Amherst 2009.
- Halbwachs, Maurice: *Das kollektive Gedächtnis*. Stuttgart 1967.
- Hall, Stuart: Cultural Identity and Diaspora. In: Rutherford, Jonathan (Hg.): *Identity: Community, Culture, Difference*. London 1990, S. 222-237.
- Hall, Stuart: Old and New Identities, Old and New Ethnicities. In: King, Anthony D.: *Culture, Globalization and the World-System. Contemporary Conditions for the Representation of Identity*. Basingstoke 1991, S. 41-68.

- Hall, Stuart: The Question of Cultural Identity. In: McGrew, Tony / Hall, Stuart / Held, David (Hg.): *Modernity and Its Futures*. Cambridge 1992, S. 273-326.
- Hall, Stuart: Who Needs Identity? In: Ders. / Du Gay, Paul (Hg.): *Questions of Cultural Identity*. London 1996, S. 1-17.
- Hall, Stuart: The Spectacle of the Other. In: Ders. (Hg.): *Representation: Cultural Representations and Signifying Practices*. London 1997, S. 223-279.
- Happer, Catherine / Hoskins, Andrew / Merrin, William: Weaponizing Reality: An Introduction to Trump's War on the Media. In: Dies (Hg.): *Trump's Media War*. Cham 2019, S. 3-22.
- Hariman, Robert: Speaking of Evil. *Rhetoric and Public Affairs* 6 (2003), S. 511-517.
- Harrington, Michael: *The Other America: Poverty in the United States*. New York 1962.
- Hartman, Andrew: *A War for the Soul of America. A History of the Culture Wars*. 2. Auflage. Chicago 2019.
- Hartwig, Marcel: Der 11. September im nationalen Bewusstsein der USA. *APuZ* 27 (2011), S. 31-37.
- Hemmer, Nicole: *Messengers of the Right: Conservative Media and the Transformation of American Culture*. Philadelphia 2016.
- Herman, Susan N.: *Taking Liberties. The War on Terror and the Erosion of American Democracy*. Oxford 2014.
- Hess Carney, Zoe / Stuckey, Mary E.: The World as the American Frontier: Racialized Presidential War Rhetoric. *Southern Communication Journal* 80 (2015), S. 163-188.
- Himmelreich, Jörg: Nation – eine Begriffsbestimmung aus aktuellem Anlass. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Dossier Rechtspopulismus*. Bonn 2017, S. 41-50.
- Hixson, Walter L.: *The Myth of American Diplomacy. National Identity and U.S. Foreign Policy*. New Haven 2008.
- Hixson, Walter L.: „No Savage Shall Inherit the Land.“ The Indian Enemy Other, Indiscriminate Warfare, and American National Identity, 1607–1783. In: Cullinane, Michael Patrick / Ryan, David (Hg.): *U.S. Foreign Policy and the Other*. New York 2015, S. 16-41.
- Hobsbawm, Eric: Introduction: Inventing Traditions. In: Ders. / Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983, S. 1-14.
- Hobsbawm, Eric: Mass-Producing Traditions: Europe, 1870–1914. In: Ders. / Ranger, Terence (Hg.): *The Invention of Tradition*. Cambridge 1983, S. 263-307.

- Hobsbawm, Eric: *The Age of Extremes: A History of the World, 1914–1991*. New York 1994.
- Hochgeschwender, Michael: „God’s Own Nation“: Der gerechte Krieg im Selbstbild der USA. In: Buschmann, Nikolaus / Langewiesche, Dieter (Hg.): *Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA*. Frankfurt am Main 2003, S. 286-319.
- Hochgeschwender, Michael: Religion, nationale Mythologie und nationale Identität. Zu den methodischen und inhaltlichen Debatten in der amerikanischen ‚New Religious History‘. *Historisches Jahrbuch* 124 (2004), S. 435-520.
- Hochgeschwender, Michael: Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts. *Historisch-Politische Mitteilungen* 11 (2004), S. 1-30.
- Hochschild, Jennifer L.: *Facing up to the American Dream. Race, Class, and the Soul of the Nation*. Princeton 1995.
- Hochschild, Jennifer L. / Scovronick, Nathan B.: *The American Dream and the Public Schools*. New York 2003.
- Hodges, Adam: *The ‚War on Terror‘ Narrative. Discourse and Intertextuality in the Construction and Contestation of Sociopolitical Reality*. New York 2011.
- Hodgson, Godfrey: *The Myth of American Exceptionalism*. New Haven 2009.
- Hogan, Patrick Colm: *Understanding Nationalism. On Narrative, Cognitive Science, and Identity*. Columbus 2009.
- Holland, Jack: From September 11th, 2001 to 9-11: From Void to Crisis. *International Political Sociology* 3 (2009), S. 275-292.
- Holland, Jack: *Selling the War on Terror. Foreign Policy Discourses after 9/11*. New York 2013.
- Holland, Jack: Introduction: Why Is Change so Hard? Understanding Continuity in Barack Obama’s Foreign Policy. In: Bentley, Michelle / Holland, Jack (Hg.): *Obama’s Foreign Policy. Ending the War on Terror*. New York 2014, S. 1-16.
- Holland, Jack: The Elusive Essence of Evil. Constructing Otherness in the Coalition of the Willing. In: PISOIU, Daniela (Hg.): *Arguing Counterterrorism. New Perspectives*. New York 2014, S. 201-220.
- Holland, Jack / Jarvis, Lee: „Night Fell on a Different World“: Experiencing, Constructing and Remembering 9/11. *Critical Studies on Terrorism* 7 (2014), S. 187-204.
- Howell, William / Jackman, Saul / Rogowski, Jon: *The Wartime President. Executive Influence and the Nationalizing Politics of Threat*. Chicago 2013.

- Hunt, Michael H.: Nationalism as an Umbrella Ideology. In: Costigliola, Frank / Hogan, Michael (Hg.): *Explaining the History of American Foreign Relations*. 3. Auflage. Cambridge 2016, S. 217-231.
- Hunter, James Davison: *Culture Wars. The Struggle to Define America*. New York 1991.
- Hutchinson, John: *Nationalism and War*. Oxford 2017.
- Ivie, Robert L.: Images of Savagery in American Justifications for War. *Communication Monographs* 47 (1980), S. 279-294.
- Jackson, Richard: *Writing the War on Terrorism. Language, Politics and Counter-Terrorism*. Manchester 2005.
- Jackson, Richard: Genealogy, Ideology, and Counter-Terrorism. Writing Wars on Terrorism from Ronald Reagan to George W. Bush Jr. *Studies in Language and Capitalism* 1 (2006), S. 163-194.
- Jackson, Richard: Constructing Enemies: ‚Islamic Terrorism‘ in Political and Academic Discourse. *Government and Opposition* 42 (2007), S. 394-426.
- Jackson, Richard: Language, Policy and the Construction of a Torture Culture in the War on Terrorism. *Review of International Studies* 33 (2007), S. 353-371.
- Jackson, Richard: The 9/11 Attacks and the Social Construction of a National Narrative. In: Morgan, Matthew J. (Hg.): *The Impact of 9/11 on the Media, Arts, and Entertainment: The Day that Changed Everything?* Basingstoke 2009, S. 25-35.
- Jackson, Richard: Culture, Identity and Hegemony: Continuity and (the Lack of) Change in US Counterterrorism Policy from Bush to Obama. *International Politics* 48 (2011), S. 390-411.
- Jackson, Richard: Bush, Obama, Bush, Obama, Bush, Obama... The War on Terror as Social Structure. In: Bentley, Michelle / Holland, Jack (Hg.): *Obama's Foreign Policy. Ending the War on Terror*. New York 2014, S. 76-90.
- Jamieson, Kathleen Hall / Taussig, Doron: Disruption, Demonization, Deliverance, and Norm Destruction: The Rhetorical Signature of Donald J. Trump. *Political Science Quarterly* 132 (2017), S. 619-650.
- Jarvis, Lee: *Times of Terror. Discourse, Temporality and the War on Terror*. Basingstoke 2009.
- Jervis, Robert: *Why Intelligence Fails. Lessons from the Iranian Revolution and the Iraq War*. Ithaca 2010.
- Jervis, Robert: Understanding the Bush Doctrine: Preventive Wars and Regime Change. *Political Science Quarterly* 131 (2016), S. 285-311.

- Jillson, Calvin C.: *The American Dream*. In *History, Politics, and Fiction*. Lawrence 2016.
- Johnsons, Heather: *The American Dream and the Power of Wealth: Choosing Schools and Inheriting Inequality in the Land of Opportunity*. New York 2006.
- Joseph, Peniel E.: *Barack Obama and the Movement for Black Lives: Race, Democracy, and Criminal Justice in the Age of Ferguson*. In: Zelizer, Julian E. (Hg.): *The Presidency of Barack Obama. A First Historical Assessment*. Princeton 2018, S. 127-143.
- Kalb, Deborah / Peters, Gerhard / Woolley, John T. (Hg.): *State of the Union. Presidential Rhetoric from Woodrow Wilson to George W. Bush*. Washington 2007.
- Kaldor, Mary: *Identity and War*. *Global Policy* 4 (2013), S. 336-346.
- Kammen, Michael: *Mystic Chords of Memory: The Transformation of Tradition in American Culture*. New York 1993.
- Kassimeris, George / Jackson, Leonie: *The West, the Rest, and the 'War on Terror': Representation of Muslims in Neoconservative Media Discourse*. *Contemporary Politics* 17 (2011), S. 19-33.
- Kellner, Douglas: *Trump's War against the Media, Fake News, and (A)Social Media*. In: Happer, Catherine / Hoskins, Andrew / Merrin, William (Hg.): *Trump's Media War*. Cham 2019, S. 47-67.
- Kennedy, David M.: *Culture Wars. The Sources and Uses of Enmity in American History*. In: Fiebig-von Hase, Ragnhild / Lehmkuhl, Ursula (Hg.): *Enemy Images in American History*. Oxford 1997, S. 339-356.
- Kennedy, Paul: *The Rise and Fall of Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. New York 1987.
- Kernell, Samuel: *Going Public. New Strategies of Presidential Leadership*. Washington 1986.
- Kibble, David G.: *The Attacks of 9/11: Evidence of a Clash of Religions?* *Parameters* 32 (2002), S. 34-45.
- Kieran, David: *Forever Vietnam: How a Divisive War Changed American Public Memory*. Boston 2014.
- Klare, Michael T.: *Blood for Oil, in Iraq and Elsewhere*. In: Cramer, Jane K. / Thrall, A. Trevor (Hg.): *Why Did the United States Invade Iraq?* London 2012, S. 129-143.
- Klein, Christina: *Cold War Orientalism. Asia in the Middlebrow Imagination, 1945–1961*. Berkeley 2003.
- Klein, Stefan: *America First? Isolationism in U.S. Foreign Policy from the 19th to the 21st Century*. Berlin 2017.

- Koch, Michael: ‚Slavocrat‘ und ‚Yankee‘. Feindbilder und der Amerikanische Bürgerkrieg. 1830–1865. Paderborn 2014.
- König, Jens Christian: Politische Kultur in den USA und Deutschland: Nationale Identität am Anfang des 21. Jahrhunderts. Berlin 2010.
- Kohn, Hans: The Idea of Nationalism. A Study in Its Origins and Background. New York 1944.
- Kohn, Hans: American Nationalism: An Interpretive Essay. New York 1957.
- Kramer, Olaf: Donald Trump – Der Twitter-Präsident. In: Knape, Joachim / Kramer, Olaf / Till, Dietmar (Hg.): Populisten – rhetorische Profile. Tübingen 2019, S. 85-92.
- Krannawitter, Thomas L. / Palm, Daniel C.: A Nation under God? The ACLU and Religion in American Politics. Lanham 2005.
- Krebs, Ronald R.: Narrative and the Making of US National Security. Cambridge 2015.
- Krebs, Ronald R. / Jackson, Patrick Thaddeus: Twisting Tongues and Twisting Arms: The Power of Political Rhetoric. *European Journal of International Relations* 13 (2007), S. 35-66.
- Krebs, Ronald R. / Lobasz, Jennifer: Fixing the Meaning of 9/11. Hegemony, Coercion, and the Road to War in Iraq. *Security Studies* 16 (2007), 409-451.
- Kreiss, Daniel: The Media Are about Identity, not Information. In: Boczkowski, Pablo J. / Papacharissi, Zizi (Hg.): Trump and the Media. Cambridge Mass. 2018, S. 93-99.
- Kuypers, Jim A.: Presidential Crisis Rhetoric and the Press in the Post-Cold War World. Westport 1997.
- Laclau, Ernesto: New Reflections on the Revolution of Our Time. London 1990.
- Laclau, Ernesto: Emancipation(s). 2. Auflage. London 2007.
- Lakoff, George: Whose Freedom? The Battle over America’s Most Important Idea. New York 2006.
- Lakoff, George: The Political Mind: A Cognitive Scientist’s Guide to Your Brain and Its Politics. New York 2009.
- Lakoff, George / Johnson, Mark: Metaphors We Live by. Chicago 1980.
- Lakoff, George / Johnson, Mark: Leben in Metaphern. Konstruktion und Gebrauch von Sprachbildern. 9. Auflage. Heidelberg 2018.
- Langewiesche, Dieter: Was heißt ‚Erfindung der Nation‘? Nationalgeschichte als Artefakt – oder Geschichtsdeutung als Machtkampf. *Historische Zeitschrift* 277 (2003), S. 593-617.
- Lazar, Annita / Lazar, Michelle M.: The Discourse of the New World Order: ‚Out-Casting‘ the Double Face of Threat. *Discourse & Society* 15 (2004), S. 223-242.

- Ledeen, Michael: *The War against the Terror Masters. Why It Happened, Where We Are Now, How We'll Win*. New York 2002.
- Leonhard, Jörn: *Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten. 1750–1914*. München 2008.
- Lepore, Jill: *These Truths. A History of the United States*. New York 2018.
- Lewis, Justin: Speaking of Wars... *Television and New Media* 3 (2002), S. 169-172.
- Limerick, Patricia Nelson: *The Legacy of Conquest. The Unbroken Past of the American West*. 2. Auflage. New York 2006.
- Linton, Ralph: *The Study of Man: An Introduction*. New York 1936.
- Lipset, Seymour Martin: *American Exceptionalism. A Double-Edged Sword*. New York 1996.
- Little, Douglas: *American Orientalism. The United States and the Middle East since 1945*. Chapel Hill 2008.
- Llorente, Marina A.: Civilization versus Barbarism. In: Collins, John Martin / Glover, Ross (Hg.): *Collateral Language: A User's Guide to America's New War*. New York 2002, S. 39-51.
- Luhmann, Niklas: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. 7. Auflage. Frankfurt am Main 1999.
- Lynch, Timothy J.: George W. Bush. In: Cox, Michael E. / Lynch, Timothy J. / Bouchet, Nicholas (Hg.): *US Foreign Policy and Democracy Promotion. From Theodore Roosevelt to Barack Obama*. London 2013, S. 178-195.
- MacMillan, Margaret: *Dangerous Games. The Uses and Abuses of History*. New York 2009.
- Malphurs, Ryan: The Media's Frontier Construction of President George W. Bush. *The Journal of American Culture* 31 (2008), S. 185-201.
- Malreddy, Pavan Kumar: Introduction. Orientalism(s) after 9/11. *Journal of Postcolonial Writing* 48 (2012), S. 233-240.
- Mann, Robert: *Wartime Dissent in America. A History and Anthology*. New York 2010.
- McCombs, Maxwell E.: *Setting the Agenda: The Mass Media and Public Opinion*. 2. Auflage. New York 2014.
- McCrisken, Trevor: *American Exceptionalism and the Legacy of Vietnam. US Foreign Policy since 1974*. Basingstoke 2003.
- McCrone, David / McPherson, Gayle (Hg.): *National Days: Constructing and Mobilising National Identity*. London 2009.
- Michael, John: Intellectuals and the Clash of Cultures. *Socialism and Democracy* 16 (2002), S. 137-143.

- Michael, John: Identity and the Failure of America. From Thomas Jefferson to the War on Terror. Minneapolis 2008.
- Miles, Alex: US Foreign Policy and the Rogue State Doctrine. Abingdon 2013.
- Milford, Mike: National Identity, Crisis, and the Inaugural Genre: George W. Bush and 9/11. *Southern Communication Journal* 81 (2016), S. 18-31.
- Mitchell, William John Thomas (Hg.): On Narrative. Chicago 1981.
- Molek-Kozakowska, Katarzyna: From the Discourse of American Exceptionalism to Anti-American Sentiment: A Critical Analysis of Neoconservative Rhetoric. In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzaza: Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 169-184.
- Mousavi, Mohammad A. / Kurki, Fatemeh: Americans and the American Dream in Obama's 2008 Campaign Speeches. *International Journal of Humanities and Social Sciences* 5 (2015), S. 171-183.
- Müller, Harald: Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington. Frankfurt am Main 1998.
- Müller, Kurt: Nine Eleven, the Apocalyptic Political Rhetoric of George W. Bush and the Legacy of American Millennialism. In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzaza: Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 185-199.
- Müller-Funk, Wolfgang: Die Kultur und ihre Narrative. Eine Einführung. 2. Auflage. Wien 2008.
- Münkler, Herfried: Barbaren und Dämonen: Die Konstruktion des Fremden in imperialen Ordnungen. In: Barberowski, Jörg / Kaelble, Hartmut / Schriewer, Jürgen (Hg.): Selbstbilder und Fremdbilder. Repräsentation sozialer Ordnungen im Wandel. Frankfurt am Main 2008, S. 153-189.
- Münkler, Herfried: Politische Mythen als Grundlage von Repräsentation und Symbolik. In: Diehl, Paula / Steilen, Felix (Hg.): Politische Repräsentation und das Symbolische. Historische, politische und soziologische Perspektiven. Wiesbaden 2015, S. 227-243.
- Nabers, Dirk: Amerikanische Konstruktionen des Krieges und der Selbstverständigung nach dem 11. September 2001. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 17 (2007), S. 357-378.
- Nabers, Dirk: Filling the Void of Meaning: Identity Construction in U.S. Foreign Policy after September 11, 2001. *Foreign Policy Analysis* 5 (2009), S. 191-214.

- Nabers, Dirk: Identity Construction in US Foreign Policy during the Bush Years. In: Ders. / MacDonald, David B. / Patman, Robert G.: *The Bush Leadership, the Power of Ideas, and the War on Terror*. Farnham 2012, S. 55-74.
- Nabers, Dirk / Patman, Robert G.: September 11 and the Rise of Political Fundamentalism in the Bush Administration: Domestic Legitimization versus International Estrangement? *Global Change, Peace and Security* 20 (2008), S. 169-183.
- Nabers, Dirk / Stengel, Frank A.: Sedimented Practices and American Identity in Donald J. Trump's Election Campaign. In: Stengel, Frank A. / MacDonald, David B. / Nabers, Dirk (Hg.): *Populism and World Politics: Exploring Inter- and Transnational Dimensions*. Basingstoke 2019, S. 103-135.
- Nash, George H.: *The Conservative Intellectual Movement in America since 1945*. 3. Auflage. Wilmington 2006.
- Nayak, Meghana: Orientalism and ‚Saving‘ US State Identity after 9/11. *International Feminist Journal of Politics* 8 (2006), S. 42-61.
- Noon, David Hoogland: Operation Enduring Analogy: World War II, the War on Terror, and the Uses of Historical Memory. *Rhetoric and Public Affairs* 7 (2004), S. 339-366.
- Noon, David Hoogland: Cold War Revival: Neoconservatives and Historical Memory in the War on Terror. *American Studies* 48 (2007), S. 75-99.
- Norton, Anne: *Reflections on Political Identity*. Baltimore 1988.
- Nünning, Ansgar und Vera: Stories as ‚Weapons of Mass Destruction‘: George W. Bush's Narratives of Crisis as Paradigm Examples of Ways of World- and Conflict-Making (and Conflict-Solving?). In: Müller-Funk, Wolfgang / Ruthner, Clemens (Hg.): *Narrative(s) in Conflict*. Berlin 2017, S. 109-134.
- Olasky, Marvin: *The Tragedy of American Compassion*. Wheaton 1992.
- Olick, Jeffrey K. / Vinitzky-Seroussi, Vered / Levy, Daniel: Introduction. In: Dies (Hg.): *The Collective Memory Reader*. New York 2011, S. 3-62.
- Parmar, Inderjeet: American Power and Identities in the Age of Obama. *International Politics* 48 (2011), S. 153-163.
- Patzold, Steffen: Bedrohte Ordnungen, mediävistische Konfliktforschung, Kommunikation: Überlegungen zu Chancen und Perspektiven eines neuen Forschungskonzepts. In: Frie, Ewald / Meier, Mischa (Hg.): *Aufbruch – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften*. Tübingen 2014, S. 31-60.
- Piketty, Thomas: *Capital in the Twenty-First Century*. Translated by Arthur Goldhammer. Cambridge Mass. 2017.

- Powaski, Ronald E.: *Ideals, Interests, and U.S. Foreign Policy from George H. W. Bush to Donald Trump*. Cham 2019.
- Puglisi, Riccardo: *Being The New York Times. The Political Behaviour of a Newspaper*. *The B.E. Journal of Economic Analysis & Policy* 11 (2011), S. 1-34.
- Redfield, Marc: *The Rhetoric of Terror. Reflections on 9/11 and the War on Terror*. New York 2009.
- Ricoeur, Paul: *Memory and Forgetting*. In: Kearney, Richard / Dooley, Mark (Hg.): *Questioning Ethics: Contemporary Debates in Philosophy*. London 1999, S. 5-11.
- Rigney, Ann: *Remembrance as Remaking: Memories of the Nation Revisited*. *Nations and Nationalism* 24 (2018), S. 240-257.
- Riley, Russell L.: *Introduction. History and George Bush*. In: Nelson, Michael / Perry, Barbara A. (Hg.): *Inside the Presidency of George H. W. Bush*. Ithaca 2014, S. 1-24.
- Rorty, Richard (Hg.): *The Linguistic Turn. Recent Essays in Philosophical Method*. Chicago 1967.
- Roper, Jon: *The Contemporary Presidency. George W. Bush and the Myth of Heroic Presidential Leadership*. *Presidential Studies Quarterly* 34 (2004), S. 132-142.
- Rosenberg, Emily: *Remembering Pearl Harbor before September 11*. In: Gallicchio, Marc (Hg.): *The Unpredictability of the Past: Memories of the Asia-Pacific War in U.S.-East Asian Relations*. Durham 2007, S. 15-48.
- Rotter, Andrew J.: *Saidism without Said: Orientalism and U.S. Diplomatic History*. *American Historical Review* 105 (2000), S. 1205-1217.
- Rowling, Charles M. / Jones, Timothy M. / Sheets, Penelope: *Some Dared Call It Torture. Cultural Resonance, Abu Ghraib, and a Selectively Echoing Press*. *Journal of Communication* 61 (2011), S. 1043-1061.
- Ryan, Michael: *Framing the War against Terrorism. US Newspaper Editorials and Military Action in Afghanistan*. *Gazette* 66 (2004), S. 363-382.
- Said, Edward W.: *Culture and Imperialism*. New York 1993.
- Said, Edward W.: *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. London 1995.
- Said, Edward W.: *Covering Islam: How the Media and the Experts Determine How We See the Rest of the World*. New York 1997.
- Sanger, David E.: *Confront and Conceal. Obama's Secret Wars and Surprising Use of American Power*. New York 2012.
- Schild, Georg: *Die bedrohte Supermacht. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges*. Opladen 2002.

- Schild, Georg: Zwischen Freiheit des Einzelnen und Wohlfahrtsstaat. Amerikanische Sozialpolitik im 20. Jahrhundert. Paderborn 2003.
- Schild, Georg: Terrorbekämpfung und Bürgerrechte in den USA nach dem 11. September 2001. In: Jäger, Thomas / Höse, Alexander / Oppermann, Kai (Hg.): Transatlantische Beziehungen. Sicherheit – Wirtschaft – Öffentlichkeit. Wiesbaden 2005, S. 267-285.
- Schild, Georg: God Is Not Neutral. Die Rolle der Religion im amerikanischen Anti-Terror-Krieg. In: Holzem, Andreas (Hg.): Krieg und Christentum. Religiöse Gewalttheorien in der Kriegserfahrung des Westens. Paderborn 2009, S. 811-825.
- Schild, Georg: Too Angry? Not Angry Enough? Rassenproblematik und Bürgerrechte in Reden Barack Obamas. In: Weibler, Jürgen (Hg.): Barack Obama und die Macht der Worte. Wiesbaden 2010, S. 100-121.
- Schild, Georg: 1983: Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges. Paderborn 2013.
- Schild, Georg: Gettysburg 1863. Lees gescheiterte Invasion. Paderborn 2017.
- Schirmer, Werner: Bedrohungskommunikation. Eine gesellschaftstheoretische Studie zu Sicherheit und Unsicherheit. München 2008.
- Schlesinger, Arthur: The City in American History. *Mississippi Valley Historical Review* 27 (1940), S. 43-66.
- Sen, Amartya: Identity and Violence. The Illusion of Destiny. New York 2006.
- Sen, Amartya: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München 2007.
- Shafer, Byron E. (Hg.): Is America Different? A New Look at American Exceptionalism. Oxford 1991.
- Shaheen, Jack G.: Reel Bad Arabs: How Hollywood Vilifies a People. New York 2001.
- Sides, John / Tesler, Michael / Vavreck, Lynn: Identity Crisis. The 2016 Presidential Campaign and the Battle for the Meaning of America. Princeton 2018.
- Simko, Christina: The Politics of Consolation. Memory and the Meaning of September 11. New York 2015.
- Slotkin, Richard: Regeneration through Violence. The Mythology of the American Frontier, 1600–1860. Middletown 1973.
- Slotkin, Richard: Gunfighter Nation. The Myth of the Frontier in Twentieth-Century America. New York 1992.
- Smith, Gene Edward: Bush. New York 2016.

- Sowinska, Agnieszka: The Values of the Other in the US State of the Union Addresses (2001–2008). In: Gonerko-Frej, Anna / Sokól, Malgorzaza (Hg.): Ideological Battlegrounds – Constructions of Us and Them before and after 9/11. Volume II: Perspectives in Language. Newcastle 2016, S. 239-256.
- Spanger, Hans-Joachim / Schesterinina, Anna: Demokratischer Frieden nach außen und innen? Der Forschungsstand zum Civil Democratic Peace. In: Ders. (Hg.): Der demokratische Unfrieden. Über das spannungsreiche Verhältnis zwischen Demokratie und innerer Gewalt. Baden-Baden 2012, S. 9-34.
- Spigel, Lynn: Entertainment Wars: Television Culture after 9/11. *American Quarterly* 56 (2004), S. 235-270.
- Staack, Michael: Die Außenpolitik der Bush-Administration. *APuZ* 37 (2008), S. 6-13.
- Steuter, Erin / Wills, Deborah: At War with Metaphor: Media, Propaganda, and Racism in the War on Terror. Lanham 2008.
- Stoddard, Eve Walsh / Cornwell, Grant H.: Unity. In: Collins, John / Glover, Ross (Hg.): Collateral Language. A User's Guide to America's New War. New York 2002, S. 175-189.
- Straub, Jürgen: Identität. In: Konersmann, Ralf (Hg.): Handbuch Kulturphilosophie. Stuttgart 2012, S. 334-339.
- Stuckey, Mary E.: The President as Interpreter-in-Chief. Chatham 1991.
- Stuckey, Mary E.: Defining Americans. The Presidency and National Identity. Lawrence 2004.
- Sznaider, Natan: Memory Unbound: The Holocaust and the Formation of Cosmopolitan Memory. *European Journal of Social Theory* 5 (2002), S. 87-106.
- Tajfel, Henri: Social Categorization, Social Identity and Social Comparison. In: Ders. (Hg.): Differentiation between Social Groups. Studies in the Social Psychology of Intergroup Relations. London 1978, S. 61-76.
- Tajfel, Henri: The Social Psychology of Intergroup Relations. *Annual Review of Psychology* 33 (1982), S. 1-39.
- Tajfel, Henri / Turner, John C.: The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Worchel, Stephen / Austin, William G. (Hg.): Psychology of Intergroup Relations. 2. Auflage. Chicago 1986, S. 7-24.
- Tallman, Chad: Interpreting 9/11: The Role of Language and Narrative in the Construction of ‚American‘ Identity. *Journal of Government and Politics* 5 (2014), S. 1-19.
- Taylor, Keeanga-Yamahtta: From #BlackLivesMatter to Black Liberation. Chicago 2016.

- Thomä, Dieter: *Unter Amerikanern. Eine Lebensart wird besichtigt*. 2. Auflage. München 2001.
- Tomes, Robert R.: American Exceptionalism the Twenty-First Century. *Survival* 56 (2014), S. 27-50.
- Toros, Harmonie: „9/11 Is Alive and Well.” Or How Critical Terrorism Studies Has Sustained the 9/11 Narrative. *Critical Studies on Terrorism* 10 (2017), S. 203-219.
- Trautsch, Jasper M.: The Origins and Nature of American Nationalism. *National Identities* 18 (2016), S. 289-312.
- Tsui, Chin-Kuei: *Clinton, New Terrorism and the Origins of the War on Terror*. London 2017.
- Tulis, Jeffrey: *The Rhetorical Presidency*. Princeton 1987.
- Turcott, Jason: „Enemies of the People“: Elites, Attacks, and News Trust in the Era of Trump. In: Hayes, Arthur S. / McKinney, Mitchell S. / Stuckey, Mary E. (Hg.): *Communication in the Age of Trump*. New York 2018, S. 73-90.
- Turner, Fred: *Trump on Twitter: How a Medium Designed for Democracy Became an Authoritarian’s Mouthpiece*. In: Boczkowski, Pablo J. / Papacharissi, Zizi (Hg.): *Trump and the Media*. Cambridge Mass. 2018, S. 143-150.
- Tushnet, Mark: *The Constitution in Wartime. Beyond Alarmism and Complacency*. Durham 2005.
- Valenzano III, Joseph M.: The Presidency that Almost Wasn’t. George W. Bush’s First Inaugural. In: Denton, Robert E. Jr. (Hg.): *The George W. Bush Presidency. A Rhetorical Perspective*. Lanham 2012, S. 1-20.
- Valenzano III, Joseph M. / Edwards, Jason A.: Exceptionally Distinctive. President Obama’s Complicated Articulation of American Exceptionalism. In: Barreto, Amilcar Antonio / O’Byrant, Richard L. (Hg.): *American Identity in the Age of Obama*. New York 2014, S. 175-197.
- Warburton, Terrence L.: *George W. Bush’s Conservatism. Compassionate or Compromised?* In: Denton, Robert E. Jr. (Hg.): *The George W. Bush Presidency. A Rhetorical Perspective*. Lanham 2012, S. 113-127.
- Watson, Harry L.: *Building the American Republic. A Narrative History to 1877*. Chicago 2018.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*. München 2001.
- Weiten, Barbara: *Wie denkt Amerika? Nationale Identität, Außen- und Wirtschaftspolitik im Wahlkampfdiskurs in den USA*. Wiesbaden 2014.

- Wertsch, James V.: Narrative Tools and the Construction of Identity. In: Schultz, Majken et al. (Hg.): *Constructing Identity in and around Organizations*. Oxford 2012, S. 128-146.
- West, Mark / Carey, Chris: (Re)Enacting Frontier Justice: The Bush Administration's Tactical Narration of the Old West Fantasy after September 11. *Quarterly Journal of Speech* 92 (2006), S. 379-412.
- Widmaier, Wesley W.: Constructing Foreign Policy Crises: Interpretive Leadership in the Cold War and War on Terrorism. *International Studies Quarterly* 51 (2007), S. 779-794.
- Widmaier, Wesley W.: *Presidential Rhetoric from Wilson to Obama. Constructing Crises, Fast and Slow*. New York 2015.
- Widmaier, Wesley W. / Blyth, Mark / Seabrooke, Leonard: Exogenous Shocks or Endogenous Constructions? The Meaning of Wars and Crisis. *International Studies Quarterly* 51 (2007), S. 747-759.
- Wildavsky, Aaron: The Two Presidencies. *Trans-Action/Society* 4 (1966), S. 7-14.
- William, Robert C.: *Russia Imagined. Art, Culture, and National Identity, 1840–1995*. New York 1999.
- Williams, Daniel K.: *God's Own Party. The Making of the Christian Right*. Oxford 2012.
- Windt, Theodore O.: Presidential Rhetoric: Definition of a Field of Study. *Presidential Studies Quarterly* 16 (1986), S. 102-116.
- Winkler, Carol: *In the Name of Terrorism: Presidents and Political Violence in the Post-World War II Era*. New York 2006.
- Young, Marilyn B.: The Vietnam Laugh Track. In: Dumbrell, John / Ryan, David (Hg.): *Vietnam in Iraq. Tactics, Lessons, Legacies and Ghosts*. New York 2007, S. 31-47.
- Young, Ralph: Bringing History Alive. A Decade of Teachable Moments: 9/11 and the Temple University Teach-In. *OAH Magazine of History* 25 (2011), S. 53-54.
- Young, Ralph: *Dissent. The History of an American Idea*. New York 2015.
- Zelizer, Julian E.: Establishment Conservative: The Presidency of George W. Bush. In: Ders. (Hg.): *The Presidency of George W. Bush. A First Historical Assessment*. Princeton 2010, S. 1-14.
- Ziemann, Andreas: Bedrohte Ordnungen – ein soziologischer Kommentar. *Journal of Modern European History* 15 (2017), S. 15-19.
- Zolberg, Aristide R.: How Many Exceptionalisms? In: Ders. / Katznelson, Ira (Hg.): *Working-Class Formation: Nineteenth-Century Patterns in Western Europe and the United States*. Princeton 1986, S. 397-455.